EL SENDERO

3/4
1953

Der Weg

DOPPELHEFT:

WIRTSCHAFT und FINANZ

Der Weg

EL SENDERO

Registro Nacional de Prop. Int. N. 377.832 - Queda hecho el depósito que señala la ley.

Originalbeiträge: * Nachdruck bei vorheriger Einholung schriftlicher Verlagszustimmung und genauer Quellenangabe gestattet.

Artículos originales: * La reproducción es permitida previa autorización escrita del editor y con la indicación de su fuente.

INHALTSVERZEICHNIS

Dieses Heft erscheint als
DOPPELHEFT MÄRZ/APRIL 1953.
Sein Preis beträgt demnach im Einzelverkauf
das Doppelte des gewöhnlichen Heftes.
Heft 5 erscheint Anfang Mai.

Wer jetzig Zeiten leben will
muß habn ein tapfers Herze.
Es sind der argen Feind so viel,
bereiten ihm groß Schmerze.
Da heißt es stehn ganz unverzagt
in seiner blanken Wehre,
daß sich der Feind nicht an uns wagt:
Es geht um Gut und Ehre.

Geld nur regiert die ganze Welt,
dazu verhilft Betrügen;
wer sich sonst noch so redlich hält,
muß doch bald unterliegen.
Rechtschaffen hin, rechtschaffen her,
das sind nur alte Geigen:
Betrug, Gewalt und List vielmehr,
klag du, man wird dirs zeigen.

Doch wies auch kommt, das arge Spiel,
behalt ein tapfers Herze!
Und sind der Feind auch noch so viel,
verzage nicht im Schmerze,
steh gottgetreulich, unverzagt
in deiner blanken Wehre:
Wenn sich der Feind auch an uns wagt,
es geht um Gut und Ehre!

AUS EINEM ALTEN LIEDERBLATT

Der Weg

7. JAHRGANG
3./4. HEFT, 1953

Monatsschrift für Freiheit und Ordnung

DÜRER-VERLAG, BUENOS AIRES

MANUEL MARIA OLIVER:

El Dinero en la Vida Moderna

La vida moderna está regida en su aspecto concreto, en sus fenómenos constructivos, por el dinero. Sabemos que éste, desde la más remota antigüedad, representa el valor de los bienes que el ser humano es capaz de acumular, ya sea en productividad, la tierra, en el trabajo, el hombre, y el tiempo, que muchos tratadistas colocan como factor esencial de la evolución. El dinero acumulado se transforma en capital, cuya definición ha provocado infinidad de controversias y las sigue suscitando, según se percibe en los graves problemas que preocupan al mundo. Pero nosotros, ciñéndonos a las teorías actuales, a las reformas sociales que marchan con rapidez vertiginosa, expresaremos que el dinero ofrece la oportunidad de mantener la solidaridad y el equilibrio en los pueblos y que sin él la armonía colectiva sería ilusoria. Pero hay que entender que los valores monetarios que se emplean para acumular bienes inmensos, desembocan siempre en el "capitalismo", cuyo cabal ejemplo de organización económica y financiera lo constituye Gran Bretaña en su antiguo poderío imperialista. El dinero tiene una función creadora y su circulación metódica y equitativa ha de tender a conservar y adelantar las fuerzas dinámicas de las colectividades. Lo contrario, lo que se llama avaricia, atesoramiento, arrastra los males que calificamos atraso, pobreza, miseria, guerras. Manifiesta un pensador "que el dinero se ha inventado para el mejoramiento o la satisfacción de necesidades generales y no exclusivamente para favorecer al individuo que acrecentó sus recursos con los intereses obtenidos". No es aventurado afirmar que desde Adam Smith, el economista inglés del siglo anterior, hasta los de ahora existe un abismo. Aquel predicó el trabajo y el comercio para enriquecer a una nación con el dinero del universo; los de hoy, Adolfo Wagner, entre ellos entienden que el primer capital lo forman el suelo, los elementos de trabajo y la labor, siendo el dinero el medio de valorización racional y de redistribución de recompensas; vale decir, que no ha de fomentar lo negativo, o sea el capital tiránico y brutal, sino el progreso social legislado para la utilidad común. Carlos Marx tiende a la supresión del dinero y aconseja el trueque de mercaderías, pensamiento gregario que la misma Rusia comunista no ha aceptado, desde que sostiene su moneda, le fija cotización y trata de imponerla en los mercados internacionales, para promover el intercambio de sus productos y manufacturas. "La característica fundamental que distingue a todo aquello que se considera dinero, escribe un economista, es su aceptación general como medio de pago, por parte de todos los miembros de la comunidad". En suma, el dinero impulsa a los pueblos si se le considera como propulsor de utilidad social. Y ésta es sin duda su exacta influencia en la civilización contemporánea, que tiende a cimentar postulados de Justicia en todos los órdenes de la vida orgánica de las multitudes conscientes de sus destinos.

REINAR KLAGGES:

Sozialordnung weder privat noch international

Beteiligung der Arbeiter am Gewinn des Betriebes, sowie ihre noch weiter gehende Mitbeteiligung am Besitz und dann auch an der Leitung desselben (Mitunternehmertum) sind gewiß verdienstliche Bestrebungen. Sie werden imstande sein, das Interesse der Mitarbeiter am Betriebe zu heben und dessen wirtschaftlichen Erfolg zu steigern. — Sind sie aber auch in der Lage, die uns in der Gegenwart gestellte soziologische Aufgabe, unser Gemeinschaftsleben auf eine bessere und festere Grundlage zu stellen, in ihrem ganzen Umfange zu lösen?

*

Die uns gestellte Aufgabe ist eine wirtschaftliche und eine soziale. Ihre wirtschaftliche Seite gipfelt im wirtschaftlichen Erfolg, ihre soziale in der Gerechtigkeit. Der wirtschaftliche Erfolg besteht darin, so viel wie möglich zu erzeugen, der soziale, das Erzeugnis gerecht zu verteilen, damit es voll dem menschlichen Ge- und Verbrauch zugeführt wird. Beide können nicht voneinander getrennt werden, da die Verteilung von der Höhe der Erzeugung, die ständige Erzeugungshöhe aber wieder von der richtigen Verteilung abhängt. Beide — Produktion und Verteilung oder wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit — sind durch eine dritte Größe miteinander verbunden: die Leistung. Die Leistung ist ebenso die Ursache des Wirtschaftserfolges, wie sie auch die einzig vertretbare Grundlage der Verteilung bildet, die von allen anerkannt werden muß und auch anerkannt wird.

*

Der Marxismus sichert nicht die höchstmögliche Produktion, weil er durch Beseitigung oder Beschränkung des Eigentums und durch staatliche Planwirtschaft den Unternehmungsgeist schwächt und tötet, weil er ferner durch Anfeindung des individuellen Leistungslohnes und Einführung von Kollektivlöhnen den Arbeitswillen lähmt. Das eigentliche Sozialproblem der gerechten Verteilung hat Marx weder behandelt noch überhaupt gesehen, weil er einmal die Produktivität von Kapital und Arbeit völlig falsch beurteilte, und sich zum andern der Illusion hingab, durch die Enteignung der Produktionsmittel und die Einführung des kommunistischen Gemeinbesitzes und der Gemeinwirtschaft werde ohne weiteres Ueberfluß erzielt, so daß jeder nach Belieben nehmen könne, was er nur immer bedürfe und wolle. (Kommunistisches Paradies.)

Die heutigen marxistischen Versuchswirtschaften, die bolschewistische sowohl wie die englische, sind jedoch von einem solchen Idealerfolg weit entfernt. In der einen herrscht brutaler Arbeitszwang, um die Leistung zu steigern, in der anderen ebenso brutale Austerity (Entbehrung) wegen mangelnder Leistung. Zwischen diesen beiden bleibt dem Marxismus überhaupt nur die Wahl: Mangel trotz Zwang kennzeichnet seine bolschewistische, Entbehrung wegen Mangel seine demokratische Form.

*

Wie Enteignung der Produktionsmittel mit ihrem Gefolge von Zwangsarbeit und Entbehrung aus dem Marxismus, so sind alle Versuche, die soziologische Neuordnung allein im Einzelbetrieb durchzuführen aus Liberalismus und Individualismus geboren, der jetzt in der Marktwirtschaft eine Greisenblüte erlebt.

Aufgeschlossene Unternehmer fühlen selbst, daß in dieser Richtung etwas Entscheidendes geschehen muß. Beteiligung an Gewinn, Besitz und Leitung sind ihre Vorschläge. Auch bei den Arbeitnehmern finden sie damit teilweise Anklang.

Etwas anderes ist es aber, ob sie für sich allein ausreichen zur Lösung der unserer Zeit gestellten Aufgabe einer gesellschaftlichen Reform. Und gerade das muß verneint werden. Wer glaubt, jener Notwendigkeit allein mit Beteiligung an Gewinn, Besitz und Leitung des Betriebes begegnen zu können, der versucht, eine umfassende wirtschafts- und sozialpolitische Aufgabe zu privatisieren, indem er sie zu einer Betriebsangelegenheit einengt und verkrüppelt. Seine Maßnahmen betreffen allein die Beziehungen der Betriebsangehörigen untereinander, nicht aber die grundlegenderen der Betriebe zueinander und noch weniger diejenigen zwischen Produktion und Verbrauch, und müssen daher notwendig unzureichend bleiben.

Die Wirtschafts- und Sozialordnung ist nicht nur eine Angelegenheit der privaten Betriebsgemeinschaft, sondern gehört zugleich und zwar zu ihrem Hauptteil höheren und umfassenderen Gemeinschaftsformen an und muß daher grundlegend unter deren Einbeziehung gelöst werden.

*

Man kann diese Notwendigkeit nicht einmal dadurch umgehen, daß die genannten sozialen Neuerungen in allen Betrieben, etwa einer Volkswirtschaft oder gar der Welt, durchgeführt werden. Die außerbetrieblichen Beziehungen, sowie auch jene zwischen Herstellern und Verbrauchern, die gerade das Wesen höherer Wirtschaftsgemeinschaft ausmachen, blieben davon noch immer unberührt.

Als Gemeinschaften der Betriebswirtschaft übergeordnet sind aber

1. die Volkswirtschaft und
2. die Weltwirtschaft.

Welche Bedeutung jeder der drei Kreise für die Wirtschafts- und Sozialordnung hat, hängt davon ab, in welchem Maße die in ihm begonnenen Wirtschaftsprozesse auch innerhalb seiner Grenzen zum Abschluß kommen.

Produktion, Gütererzeugung, ist nicht der ganze, sondern erst der halbe Wirtschaftsprozeß. Seine andere gleich unentbehrliche Hälfte bildet der

Verbrauch, durch den die Wirtschaftsgüter in Menschenkraft umgesetzt und erst dadurch ihrem wirklich nützlichen Zweck zugeführt werden.

Solange der Privatbetrieb, wie etwa in alten Zeiten der Bauernhof, 9/10 seiner Erzeugnisse auch selbst verbrauchte, konnten ihm auch die meisten Aufgaben der Wirtschafts- und Sozialordnung überlassen und in seinem Rahmen gelöst werden, wie z. B. die Altersversorgung durch das Altenteil.

Infolge der fortschreitenden Arbeitsteilung haben die Betriebe die Selbstversorgung und den Selbstverbrauch fast ganz aufgegeben und sich auf reine Produktionsgemeinschaften beschränkt. Schon dadurch sind sie zur Relegung der Wirtschafts- und Sozialordnung für sich allein unfähig geworden.

*

Hinzu kommt, daß schon die Betriebe, mehr noch die Betriebszweige, wie etwa Industrie und Landwirtschaft, unter sehr verschiedenen wirtschaftlichen Voraussetzungen arbeiten müssen und daher auch ganz unterschiedliche Gewinnmöglichkeiten haben aus Gründen, auf die sie selbst keinen Einfluß besitzen. Diese unverdienten Verschiedenheiten nicht nur in voller Schärfe für die Unternehmer bestehen zu lassen, sondern auch noch die Arbeitnehmer in ihrem Gewinnanteil allein darauf zu gründen, wäre ebenso sozial ungerecht wie wirtschaftlich unzweckmäßig.

Vielmehr müssen diese Unterschiede nach Möglichkeit ausgeglichen werden, für den Leistungswettlauf möglichst gleiche Voraussetzungen zu schaffen. Das ist aber nur in einer Wirtschaftsgemeinschaft durchführbar, in der, wenn nicht alle, so doch die meisten Wirtschaftsprozesse auch durch den Verbrauch des Selbsterzeugten zu einem nützlichen Abschluß kommen, denn nur sie besitzt die dafür erforderliche Geschlossenheit und Selbständigkeit.

Eine solche Gemeinschaft ist die Volkswirtschaft, die trotz allem Außenhandelsgeschrei und aller Weltwirtschaftsverhimmelung noch immer 9/10 ihrer Produkte selbst verbraucht und dadurch eine große natürliche Geschlossenheit und Unabhängigkeit besitzt.

Diese Umstände gestatten, im volkswirtschaftlichen Rahmen den Ausgleich der wirtschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen so vorzunehmen, daß der Erfolg aller Unternehmungen und Arbeiten in der Hauptsache nur noch von den Leistungen sowohl der Betriebe wie der Einzelnen abhängt.

Um eine solche Grundlage für eine gesellschaftliche Neuordnung zu schaffen, die ebenso erfolgreich wie gerecht ist, bedarf es vor allem der wirtschaftlich zweckmäßigen und sozial gerechten, d. h. leistungsgemäßen Bildung der Entgelte. Sie ist zwar nicht die einzige, wohl aber die wichtigste und zugleich schwierigste Aufgabe einer vernünftig gesteuerten Volkswirtschaft.

*

Anders als in der Volkswirtschaft werden in der Weltwirtschaft nur rund 1/10 aller Produkte umgesetzt, da die übrigen 9/10 gar nicht erst auf den Weltmarkt gelangen. Aus diesem Grunde haben Weltmarkt und Weltwirtschaft für Wirtschafts- und Sozialordnung einer zielbewußt arbeitenden Volkswirtschaft auch nur eine entsprechend nebensächliche Bedeutung, so

unentbehrlich Ausfuhr und Einfuhr in ihrem beschränktem Umfange auch sein mögen. — Auch ist es eine der verhängnisvollsten Wahnideen der kapitalistischen Marktwirtschaftslehre, zu glauben, eine Volkswirtschaft nehme an echtem Wohlstande erst dann zu, wenn es ihr gelänge mehr auszuführen, als zur Deckung der notwendigen Einfuhr erforderlich ist. Die wirtschaftliche Erfahrung der vergangenen Jahrhunderte hat dem gegenüber gezeigt, daß Völker, die ihre Ausfuhr übersteigern, verarmen, mögen auch kleine Kreise sich noch so sehr dabei bereichern. — Als Rahmen für die Wirtschafts- und Sozialordnung ist die Weltwirtschaft auch aus weiteren Gründen ungeeignet. Einmal bestehen in ihr viel zu unterschiedliche Verhältnisse, als daß ein gemeinsamer sozialpolitischer Nenner dafür gefunden werden könnte, der allen gleiche wirtschaftliche Voraussetzungen gewährte und zugleich alle sozialpolitisch befriedigte. Das ist schon zwischen Japan einerseit und Amerika, Deutschland, England andrerseits nicht möglich, obwohl es sich hier auf beiden Seiten um hochindustrialisierte Länder handelt. Zum andern fehlt der Weltwirtschaft vor allem die althergebrachte solide staatliche Ordnung, die der Volkswirtschaft im Nationalstaat zur Verfügung steht.

*

Wem es daher ehrlich um eine soziale Wirtschaftsordnung zu tun ist, die ebenso erfolgreich wie gerecht wirkt, der muß sich an den alten, bewährten und auch zukunftsträchtigen Volksstaat halten. Für ihn ist und bleibt die Volkswirtschaft der hauptsächliche und entscheidende Schauplatz der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Das ist auch der Grund, warum Völker mit gesundem und starkem Nationalbewußtsein wie die Schweden und Engländer selbst unter marxistischen Regierungen an der nationalstaatlichen Unabhängigkeit festhalten. — Wir Deutschen haben allen Grund, einmütig die gleiche Haltung einzunehmen, unsere Vorstellung einer europäischen Föderation muß auf selbständigen Volkswirtschaften basieren. Im Vergleich mit der Volkswirtschaft können Betriebswirtschaft und Weltwirtschaft bei der Schaffung einer besseren Wirtschafts- und Sozialordnung nur Hilfsdienste leisten. Selbstverständlich ist aber alles, was zu einem guten Einvernehmen zwischen allen Mitarbeitern und zur Hebung ihrer Unternehmungs- und Schaffenslust besonders von den Betrieben beigetragen werden kann, nur zu begrüßen. Dazu gehört ohne Zweifel auch die Einführung der Gewinnbeteiligung aller Mitarbeiter und die Förderung ihrer Teilnahme an Besitz und Leitung der Betriebe. Wenn sich die Beteiligten über die begrenzten Möglichkeiten ihrer Bestrebungen klar sind und mit ihnen keine utopischen Hoffnungen erwecken, so sind sie auch schon heute als verdienstliche Pionierarbeit anzusehen und zu fördern, obwohl es an einer entsprechenden, volkswirtschaftlich ausgerichteten Politik noch völlig fehlt.

Die Schaffung einer befriedigenden Wirtschafts- und Sozialordnung als Ganzes ist jedoch weniger eine private oder gar internationale als vielmehr eine n a t i o n a l e A u f g a b e.

Volk - Staat - Wirtschaft

Die folgenden Ausführungen sind die Zusammenfassung von Ergebnissen einer Arbeitsgemeinschaft bekannter Wirtschaftsfachleute und gebildeter Laien mit dem sog. „gesunden Menschenverstand.“ Sie zielen weniger auf einen plötzlichen und radikalen Umbruch, der nur katastrophale Folgen zeitigen würde, als vielmehr auf einen gewissenhaft gesteuerten Umbau, der sich allerdings nach revolutionären Gesichtspunkten orientiert, indem er an die Stelle des Profits das Volkswohl setzt. Mein Anteil daran war in erster Linie der des Sichtens, Ordnens und Zusammenfügens der Ergebnisse.

LUDWIG PAULIN.

Die Wirtschaft umfaßt die Beschaffung, Verteilung und die Verwendung aller Mittel, die dem Einzelnen für eine würdige Lebensführung notwendig oder primär erstrebenswert sind. Eine Volkswirtschaft ist nur dann gesund, wenn sie diese Notwendigkeiten im Einklang mit den höheren Interessen der Allgemeinheit zu erfüllen vermag.

Erzeuger (Produzent) und Verbraucher (Konsument) sind die beiden entscheidenden Säulen, auf denen die Wirtschaft ruht. Dazwischengeschaltet ist der Handel, der mit zunehmender Weltbevölkerung und Differenzierung der Nationalwirtschaften eine immer weittragendere Bedeutung erhält. Die Volkswirtschaft umfaßt folgende Zweige: Landwirtschaft (Ackerbau, Viehzucht und Forst), Industrie, Gewerbe (= Handwerk), Bankwesen, Finanzen, Handel, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Siedlung und Sozialpflege.

Das Grundgesetz der Wirtschaft ist die Arbeit. Es heißt nicht: Die Menschen müssen sich den Gesetzen und Gegebenheiten der Wirtschaft unterwerfen, sondern: Die Wirtschaft ist das Ergebnis der Arbeit. Denn so dient die Wirtschaft dem Menschen, dem Volke, dem Leben. Die jahrzehntelange Versuche, eine möglichst milde, ja wie man sagte, sozialistische Form für die Herrschaft der Wirtschaft über die Menschen und die Völker zu finden, kann nur begegnet werden, indem man der Vorrang der Wirtschaft vor Leben, Recht, Sittlichkeit und Kultur grundsätzlich verneint.

Eine gesunde Volkswirtschaft ist deshalb auch daran zu erkennen, daß sie keine Arbeitslosigkeit aufkommen läßt, ausgenommen die Arbeitsunfähigen. Sie ermöglicht eine stetige Vollbeschäftigung, im Gegensatz zur privatkapitalistischen Wirtschaftsform, die immer wieder neue Krisenepochen schafft, die für den Einzelnen wie für die Gemeinschaft (außer für die

kleine Schicht der Wirtschaftsspekulanten und Finanzhyänen) katastrophale Folgen zeitigen. Arbeitslose sind volkswirtschaftlich betrachtet ein Danaidenfaß für die Steuerlast der Gesamtheit, sind brachliegende Schaffenskraft und schließlich nichtkaufende Verbraucherschicht. In einer gesunden Volkswirtschaft muß jeder Arbeitsfähige und Arbeitswillige die Möglichkeit zu produktiver und ehrlich vergoltener Arbeit haben nach dem Grundsatz: Recht auf Arbeit — Pflicht zur Leistung! Es darf in ihr nur zwei Einstufungen von Menschen geben: Arbeiter und Parasiten. Den ersteren muß jede Förderung gelten, wer aber von Schiebungen, Bestechungen, Börsenspekulation, Zinsausbeutung, kurzum jeder unproduktiven und volksschädigenden Tätigkeit — genannt müheloses Einkommen — lebt, ist aus dem Wirtschaftsprozeß des Volkes auszumerzen. Was der Einzelne durch Fleiß und Tüchtigkeit erwirbt, soll ihm und seiner Familie in vollem Umfang zugute kommen — immer im Rahmen des Gemeinwohles —, denn immer noch bleibt der Wunsch nach Besitz der tätigste Ansporn zu erhöhter Leistung. Anders aber ist es mit dem Einkommen aus Kapital, aus mühelos erworbenem Kapital. Selbst bei ererbtem Kapital gilt das Schiller-Wort: Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, erwirb es um es zu besitzen!

*

Der Wirtschaftsliberalismus ist abzulehnen: Auch in der Wirtschaft ist der Einzelne nicht zügellos frei, das Wohlbefinden der Allgemeinheit ist oberstes Gebot. Zum „Gemeinnutz" in höchstmöglichem Maße beizutragen, mag der höchste Ansporn für Privatinitiative und Leistungsfreiheit sein. Eine gesunde Wirtschaft gründet deshalb auf dem Leistungsprinzip, Privateigentum und Privatinitiative sind weitestgehend zu fördern.

Die Anerkennung des privaten Eigentums ist die Grundlage unserer Kultur. Zum Besitz und zur Verwaltung eines Teiles der Güter der Nation erscheint in erster Linie derjenige geeignet, der fähig war, sich diese zu erwerben. Nur so kann jene Privatinitiative erhalten und gefördert werden, die den Motor jeden wirtschaftlichen Fortschrittes darstellt. Wenn in einem Staate dafür gesorgt ist, daß der Erwerb von Eigenum auf einem für die Gesamtheit schädlichen Wege unmöglich ist, wenn die Gewähr dafür gegeben ist, daß nicht der Skrupellose, sondern der Tüchtigste zum größten Anteil an den Lebensgütern gelangen kann, wenn außerdem eine Verwendung von Vermögen in einer die Volksgemeinschaft schädigenden Art unterbunden ist, dann ist dem Begriffe des Eigentums in Wirklichkeit ein höchster ethischer Wert gegeben. Das Ziel kann nicht heißen „Allen das Gleiche", um damit jeden Tüchtigen und Fleißigen zugunsten der Faulen und Unfähigen von vornherein zu benachteiligen, sondern: „Jedem das Seine!"

Die beiden Grundregeln für eine gesunde Wirtschaftsführung lauten: Jedem das Seine! und Gemeinnutz vor Eigennutz!

*

Die Wirtschaft ist nicht unser Schicksal. Was nützte beispielsweise eine noch so profitable Wirtschaft, wenn der Staat im Marke faul wäre? Die Politik als die Ordnungsform aller im Staate zusam-

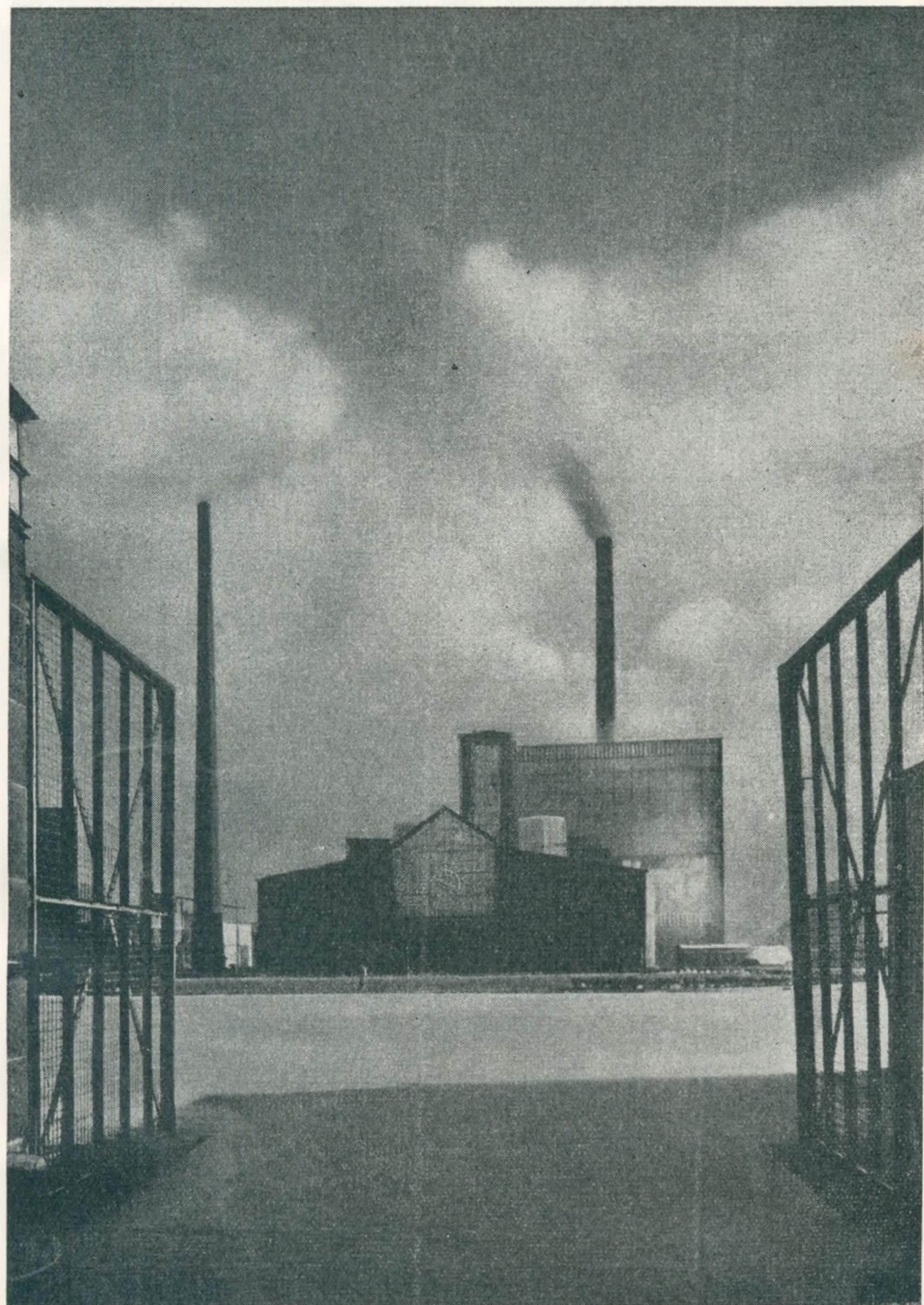
mengeschlossenen Menschen hat den Vorrang und nur ein organisch gesunder und machtvoller Staat wird eine für die Gesamtheit ergiebige und gesunde Wirtschaft schaffen und erhalten können. Politik ist die Führung des gesamten Lebenskampfes der Nation. Zu diesem Lebenskampf gehören alle Aeußerungen und Erscheinungsformen unseres völkisch-gesellschaftlichen Lebens überhaupt, gleichgültig ob sie sich im Staat, in der Kultur oder in der Wirtschaft zeigen. Sie alle sind nur Aeußerungen des Lebens eines Volkes, sind Wege und Mittel, um dieses Volk zu erhalten und seine Weiterentwicklung zu gewährleisten. Kein Gebiet dieses völkischen Lebens kann deswegen ein Sonderdasein führen. Darum auch sind alle drei als Teilgebiete abhängig von der obersten Führung dieses Lebenskampfes eines Volkes, der Politik. Immer ist das Schicksal des Ganzen auch das Schicksal der Teile und niemals kann ein Teil wichtiger gelten als die Gesamtheit.

*

Gleichbedeutend mit einer gesunden Wirtschafts**gesinnung** ist die gesunde Wirtschafts**organisation**. Mit der Französischen Revolution ergriff eine neue Denkart von den Menschen Besitz. Ueberall dort, wo die Ideen von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" fortan deren Handeln bestimmten, sehen wir im Laufe der Jahrzehnte die gleichen Folgeerscheinungen entstehen. Das Schlagwort von der **Freiheit** führte zur Auflösung aller Bindungen, ob staatlicher, ständischer, religiöser oder selbst familiärer Natur, die bisher für die Menschen verpflichtend gewesen waren und die Ordnung ihres Zusammenlebens bestimmt hatten. Sie begünstigte das Entstehen einer undifferenzierten, formlosen Masse, in der der Grundsatz dieser Freiheit insofern galt, als jeder Einzelne für sich die Freiheit in Anspruch nahm, zu tun und zu lassen, was er wollte. Das Individuum sah nur sich selbst und die Formel „Freie Bahn dem Tüchtigen!" lieferte der Skrupellosigkeit aller Art den ethischen Anstrich. Besonders jenes andere Schlagwort von der **Gleichheit** all dessen, was Menschenantlitz trägt, führte dann jenes liberalistische Zeitalter herauf, indem alles naturgemäß Gewachsene für falsch erklärt und zwangsläufig jede Ordnung dadurch unmöglich gemacht wurde, daß jeder auf alles Anspruch hatte. Auch das Gefüge der Staaten wurde zerrüttet und die Staatsordnung wich der unrühmlichen Demokratie, die uns überall entgegentritt. Man prägte die Devise für die **führungslose Unordnung**: „Laissez faire, laissez aller, le monde va de lui même." Einige Jahrzehnte liberalistischer Entwicklung zeigten jedoch alsbald, daß auf keinem Gebiete, und besonders nicht auf dem der Wirtschaft, das Gehen- und Treibenlassen eine harmonische Ordnung herbeizuführen vermochte. Es ging eben doch nicht alles „von selbst". Auch der Marxismus (vorausgesetzt, daß es ihm ernst darum gewesen wäre!) war nicht in der Lage, die als Manchestertum und Kapitalismus bezeichnete Krankheit zu beseitigen, da auch er von dem Grundsatz der Gleichheit aller Menschen ausging und daher zwangsläufig auf dieselben Fehlentwicklungen wie Liberalismus und Individualismus hinauslaufen mußte. Ergebnis war die Aufreißung einer noch größeren Kluft innerhalb der Völker, an der der liberalistisch-kapitalistische Unverstand der einen Seite und der liberalistisch-marxistische Scheinkampf der anderen den gleichen Teil von Schuld trugen.

Diese Erstarrung der Kampffronten kann nur überwunden werden durch eine Neuordnung des Verhältnisses vom Einzelnen zu Staat und Volk (s. WEG 1/53, S. 7) einerseits und vom Einzelschaffenden zu den Gesamtinteressen aller Schaffenden seines Volkes, also zur Wirtschaft andrerseits, durch eine organische und ständische Ordnung. Eine solche ständische Ordnung meint nicht die Form des Staates, denn nicht der „Ständestaat" ist das Ziel: Weder soll die Staatsführung von den Ständen und deren Interessen diktiert werden, noch soll der Staat eine Art Dachorganisation für die ständischen Gebilde darstellen. Der ständische Aufbau soll das Volk seiner natürlichen Gliedhaftigkeit gemäß ordnen, in dem die Einzelnen auf den Gebieten ihres täglichen Lebenskampfes zusammengeführt werden. Das Wissen um die gemeinsame Aufgabe aller auf einem Wirtschaftsgebiet Schaffenden —vom Generaldirektor bis zum Hilfsarbeiter — ist ein stärkeres Bindemittel als alle klassenegoistischen Konstruktionen. Innerhalb der einzelnen Stände treten an den Einzelnen die verschiedensten Aufgaben des Gemeinschaftslebens heran, so daß die Mannigfaltigkeit des organischen Lebens sich in ihnen widerspiegelt und jeden Kollektivismus verhindert. An die Stelle der Gewerkschaften, die in ihrer heutigen Form Keime des Unfriedens und Werkzeuge international gelenkten Klassenkampfes sind, müßten fachlich gegliederte Wirtschaftsverbände auf der Basis der Werkzusammengehörigkeit treten. So würden alle Angehörigen der Werke der Textilindustrie oder des Buchgewerbes usw. zu ständischen Gruppen zusammengefaßt werden, zu denen die Zugehörigkeit Pflicht ist, und die in sich wiederum nach Berufssparten, nach sozialer Schichtung oder anderen notwendigen Gesichtspunkten unterteilt sein könnten. Parallel hierzu würde auch eine regionale Gliederung treten. Die Führungsstellen dieser ständischen Gliederung würden nach „oben" zu immer enger zusammenlaufen und in einer zusammenfassenden, den Interessen der Gesamtheit verantwortlichen Spitze münden. Nur so kann eine Wirtschaftsorganisation einerseits dem Staat bei der Wahrung der Allgemeininteressen zur Hand gehen (gewissermaßen von oben nach unten wirken) wie auch andrerseits den berechtigten Interessen des Einzelnen bzw. einzelner Berufszweige im Rahmen der Gemeininteressen das notwendige Schwergewicht verleihen (gewissermaßen von unten nach oben wirken). Zur anderen Seite der Wirtschaftsorganisation auf dem Gebiet des Verbrauches, sei auf den Aufsatz über die Marktordnung 1933—1945 im vorliegenden Heft verwiesen.

Eine solche „gelenkte" Wirtschaft, wie sie auch aus eben zitiertem Aufsatz hervorgeht, hat nichts mit Planwirtschaft zu tun, die Erzeugung und Verbrauch zentral zuweist (diktiert). Eine solche ist als Wirtschaftskommunismus abzulehnen. Sie ertötet jede Initiative und verhindert Lebenskampf und Fortschritt, denn erst das tägliche Ringen um das Dasein schafft die höchsten Werte. Das bedeutet jedoch nicht ein Beiseite-Stehen des Staates. Gerade in der gegenwärtig höchstdifferenzierten Wirtschaftsform sowohl in den Binnen- wie in den Außenmärkten ist eine starke Einflußnahme des Staates notwendig, in der Form eines Regulators, nicht aber eines selbständigen Unternehmers. Der Staat als Organisation der Volksgesamtheit überwacht die Durchführung der durch die Politik gestellten Aufgaben auf allen Gebieten. Er soll aber grundsätzlich nicht selbst wirtschaften außer auf den Gebieten, bei denen es auf den richtigen Gebrauch



staatlicher Hoheitsrechte ankommt und die deshalb nicht den Privatinteressen Einzelner überlassen werden können, wie beispielsweise das gemeinnützige Verkehrs- und Nachrichtenwesen, das Währungswesen, die elektrische Versorgung u. ä. Der Staat legt die wirtschaftlichen Richtlinien fest und überwacht durch den Einsatz seiner auch auf dem wirtschaftlichen Gebiete überragenden Staatsautorität deren Durchführung. Unter gewissen erschwerten Umständen kann es sich jedoch auch als notwendig erweisen, daß die Vorsorge des Staates übergreifen muß auf das Gebiet des Verbrauches durch dessen unmittelbare Beeinflussung und Lenkung.

*

Die Stabilität einer gefestigten Käuferschicht und damit auch des allgemeinen Wohlstandes hängt weitestgehend von einer stabilen Preisgestaltung ab. Dies ist nur möglich, wenn nicht Angebot und Nachfrage alleinbestimmend den Markt beherrschen. Auch hier muß der Staat Sorge für höchstmögliche Stetigkeit tragen. Auf keinen Fall darf die Preisregulierung den Zwischenhändlern, Aufkäufern und Spekulanten überlassen bleiben. Einen echten Einfluß auf die Preisgestaltung hat dagegen die Frage der Rohstoffbeschaffung aus dem Auslande. Dieses Problem ist einmal von einer vernünftigen und gerechten Lösung der kolonialen Belange abhängig und greift zum anderen stark in die staatlich gelenkte Devisenbewirtschaftung hinüber. Die Wareneinfuhr muß sich deswegen nicht nur nach den vorhandenen Zahlungsmöglichkeiten, sondern desgl. nach den echten Notwendigkeiten im Interesse der Gesamtheit und nicht einzelner Händler richten und soll aus denjenigen Ländern erfolgen, in denen gegebenenfalls ein gleichstarker Absatzmarkt für die eigene Ausfuhr zu erwarten ist. Die Profitgier einzelner Privatkapitalisten läßt die Bedeutung der Ausfuhr in überdimensionaler Bedeutung und mit entsprechendem Vorrang erscheinen. Eine verantwortliche Volkswirtschaft wird dagegen ihr Hauptaugenmerk auf die Befriedigung des Binnenmarktes, also des Volkswohlstandes und erst in zweiter Linie auf die Ausfuhr legen. Jedoch kann die Lebenshaltung eines Volkes keine bessere sein, als sie aus den Ueberschüssen der eigenen wirtschaftlichen Arbeit bestritten werden kann. Also auch hier: nicht Auslandskredite — sondern Leistungsanspannung! Außerdem besteht die Gefahr, daß ein über Gebühr vom Außenhandel abhängiger Binnenmarkt leichtfertig durch jede irgendwo auf der Welt ausbrechende Krise bedroht wird. Durch das einseitige Gelddenken unterschätzte man häufig die Güterseite des Wirtschaftsgeschehens und daß Mensch und Boden, daß die Erzeugungsmöglichkeiten der Wirtschaft und der Bedarf des Volkes im tatsächlichen Leben den ersten Rang einnehmen. Alle geldseitigen Wirtschaftsvorgänge, so wichtig sie für die Verwaltung der Güter immer sein mögen, haben doch stets nur buchenden Charakter.

*

Jede gesunde Wirtschaftsplanung ist ihrerseits abhängig von einem gesunden Kapitalmarkt und setzt eine vernunftvolle Finanzgebarung voraus. Der Kapitalmarkt eines Volkes darf nicht Experimentierfeld für die unzähligen Geldtheorien sein, sondern bedarf der Regelung durch souveräne, dem Volkswohl verantwortliche Fachkräfte. Geld und ausgetüftelte Verträge

haben mehr und mehr die menschlichen Beziehungen zwischen Hersteller und Verbraucher, Nachbar und Nachbar verdrängt, das Geld wurde so zum alleinseligmachenden und einzig ausschlaggebenden Faktor in der Regelung der Gesellschaftsordnung. Daß nicht alles in Geld gemessen zu werden braucht, zeigt folgende Anregung: Warum sollte man nicht denjenigen landwirtschaftlichen Unternehmen die Steuern erlassen, die sich verpflichten, bestimmten Staatsunternehmungen in erfaßbarem Umkreis (Krankenhäuser, Altersheime, Arbeitsdienstlager u.ä.) zu beliefern, wodurch einmal die Steuerbeträge nicht den kostenreichen Verwaltungsapparat und die landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht die verteuernden Zwischenhandels-Stationen durchlaufen müßten und auf diese Weise allgemeine Kostensenkungen erzielt werden könnten?

Wichtiger als alle noch so wohlmeinenden geldtheoretischen Experimente ist es für eine gesunde Währungslenkung erforderlich, die Höhe des Geldumlaufes in einem abgewogenen Verhältnis zu den wirtschaftlichen Gesamtumsätzen der Nation zu halten. Bei guten Geschäften und guten Umsätzen sollte der Geldumlauf entsprechend vermehrt, bei schlechten Geschäften und geringen Umsätzen entsprechend verringert werden. Denn Geld ist ein Umlaufsmittel, ein Zahlungsmittel, es ist n i c h t Kapital. Diese Unterscheidung ist auch wesentlich für die Frage der sog. Notendeckung, die in einem gesonderten Aufsatz behandelt werden soll.

Besonderer Pflege bedarf das Spar-, Investitions- und Kreditwesen, das unter Berücksichtigung der Interessen der Allgemeinheit und der Erfordernisse der Gesamtwirtschaft betrieben werden muß und nicht zum Tummelplatz skrupelloser Spekulationen werden darf. Einer eingehenden Beobachtung und Pflege von zentraler Stelle sollte dem Heer der Sparer zuteil werden, deren Einlagen vom Staat — nicht von der jeweiligen Regierung — in echter Form zu garantieren sind, sagen doch die Sparkonten (wenn auch nicht die Höhe der Barbeträge sondern vielmehr die hinter dem Schleier des Geldkapitals verborgenen Sachvermögen) über den Wohlstand der Volkswirtschaft entscheidend aus. Aufgabe des Kreditwesens muß in erster Linie sein, der Wirtschaft die Durchführung bedeutender nationalpolitischer Maßnahmen zu ermöglichen. Besonderer Gefährdung ist in unserer Zeit der Mittelstand ausgesetzt, der deshalb auch von dieser Seite berechtigtes Entgegenkommen erwarten darf.

Ein hiermit eng zusammenhängendes Aufgabengebiet sei noch erwähnt: das der U m s i e d l u n g der Menschen (vornehmlich der kinderreichen Familien) aus dem Häusermeer der Großstädte in die Bodenverbundenheit des flachen Landes, von der Verlagerung ganzer Gewerbezweige aus den Industriezentren in außerhalb neu zu gründende Kleinstädte bis zur bloßen Schaffung von Eigenheimen (nicht Kollektiv-Wohnblocks) in Stadtrandsiedlungen.

*

Eine gesunde W e l t w i r t s c h a f t — d. h. ein gesunder internationaler Leistungs- (Waren-) Austausch — kann nur gegründet sein auf solcherart gesunden, in sich gefestigten Nationalwirtschaften. Der Weg führt über die Blockbildung zwischen in sich gefestigten Nationalwirtschaften, wobei die zueinander passenden und aufeinander angewiesenen Staaten ihre

wirtschaftlichen Kräfte vertiefen und verfeinern und ihre Erzeugung auf die gegenseitige Ergänzung einstellen sollten. Eine „Autarkie“ im Sinne einer dauernden Abkapselung vom internationalen Warenaustausch ist im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der wirtschaftlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten abzulehnen und nur in solchen Zeiten vertretbar, wo mangelndes Verständnis oder Böswilligkeit der Wirtschaftspartner ein Aufblühen der Nationalwirtschaft zu verhindern trachten.

Nationalwirtschaftliche Selbstentwicklung bedeutet keineswegs den Wirtschaftskrieg aller gegen alle, sondern begreift wohlverstanden und wohl angewandt in sich einen vernünftigen Ausgleich zwischen den unverzichtbaren Rechten eines jeden Landes auf Entfaltung seiner eigenen Kräfte und der Notwendigkeit des Zusammenlebens mit anderen. Es gibt kein weltwirtschaftliches Interesse, welches nicht den nationalwirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden müßte. Es muß den Völkern klar werden, daß es auf die Dauer keine eigene wirtschaftliche Höherentwicklung gibt, wenn man nicht die anderen ebenfalls zu einer solchen Höherentwicklung kommen läßt, ja ihnen sogar dazu verhilft.

Ich hielt nie etwas von ökonomischen Theorien, die den Menschen die vertrauten Begriffe Vaterland und Glaube nehmen wollen.

Eva Perón
(„Der Sinn meines Leben“)

JOHANN von LEERS:

Die landwirtschaftliche Marktordnung

1933 - 1945

Das Problem der sogenannten „landwirtschaftlichen Preisschere" existiert in den meisten Ländern der Welt. Es besteht darin, daß die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte stets niedriger sind als die Preise für Industrieartikel und städtische Dienstleistungen — wie bei einer aufgeklappten Schere der eine Arm tief steht und noch weiter nach unten weist, während der andere Arm hoch steht und noch höher weist. Der tiefstehende Arm symbolisiert die landwirtschaftlichen Preise — der hochstehende Arm symbolisiert die Preise für städtische Produkte. Dieses fast auf der ganzen Welt sichtbare Verhältnis hat zur Folge, daß aus dem natürlichen Drang zur besser bezahlten Arbeit in steigendem Maße die Landbevölkerung in die Städte, aus der unterbezahlten ländlichen in die höher bezahlte städtische Arbeit wandert. Das Land wird durch die „Landflucht" immer menschenärmer, Maschinen versuchen, den davongelaufenen Landmann zu ersetzen und bringen in ihrer Einwirkung auf die lebendige Erde Erosion und Auslaugung des Bodens mit sich; Volksgesundheit und Wehrkraft verringern sich, Bodenspekulation breitet sich aus, die Anbauflächen und Erträge sinken. Dazu kommt, daß fast in allen Ländern der Landmann unter einem ihm todfeindlichen Geld- und Bodenrecht steht. „Durch Zeiträume ist das Schicksal zahlloser Bauern durch Verschuldung und Zinsleistungspflicht bestimmt gewesen. Das nach festen Sätzen zu verzinsende Leihkapital, das durch wirtschaftliche Not oder soziale Verpflichtung dem Bauern aufgezwungen wurde, steht seiner Konstruktion nach im stärksten Widerspruch zu den Lebensgesetzen der bäuerlichen Wirtschaft, deren Erträge sich nicht nach den starren Tabellen der Zinsrechnung richten, sondern von der Willkür und Laune der ewig bewegten Natur abhängen. Aus den Folgen dieses Widerspruchs entsprangen Lasten und Nöte und oft der Verlust von Haus und Hof." (Dr. H. Bente: „Deutsche Bauernpolitik"). Verschuldung aber entsteht immer wieder aus zwei Gründen — entweder aus der vom Gesetz der liberalen Periode geforderten gleichen Teilung auch des ländlichen Erbes unter alle Kinder des Erblassers, bzw. der Abfindung der anderen Erben durch den Hoferben, und aus der Bestimmung der Preise für landwirtschaftliche Produkte durch das „Ge-

setz des freien Angebots und der freien Nachfrage" — praktisch zumeist der Spekulation.

Beides, die freie Erbteilung des Hofes und die Bestimmung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse durch die Spekulation an der Produktenbörse stellen echte Siege des wurzellosen, landfremden großstädtischen Denkens über die verwurzelte, autochthone alteinheimische Landbevölkerung dar. Beide haben also politische Gründe. Sie stellen das Ergebnis eines langen Kampfes gegen den Bauern seitens der freischwebenden Mächte der Großstadt dar. Dieses Ergebnis findet seinen Ausdruck in der durch den niedrigen Preis gekennzeichneten Tributlast des Landmannes gegenüber der Großstadt, in der Aufzwingung des kapitalistischen Erbrechtes der grundsätzlich gleichen Teilung auf das unkapitalistische bäuerliche Hofeigentum und in der Diktatur der städtischen Produktenbörse über die landwirtschaftlichen Preise.

Dieser Zustand der Unterwerfung des Bauern unter eine ihm feindliche und ihn ausbeutende Lebensform findet seinen politischen Ausdruck in der Demokratie und deren logischer Fortsetzung, dem Kommunismus. Die Demokratie wird, sobald einmal die großstädtische Bevölkerung in einem Lande überwiegt, die außerdem auch leichter politisch zu mobilisieren ist, in ihrer Jagd nach Wählerstimmen und ihrer ihr angeborenen Verantwortungslosigkeit vor der Vergangenheit und der Zukunft, stets dazu neigen, die Minderheit, das Bauerntum, den materiellen Interessen ihrer Wähler zu opfern. Die zu Unrecht auch als „Demokratie" oder „unmittelbare Demokratie" bezeichnete bäuerliche Selbstverwaltung, wie sie sich in wunderbarer Form in einigen eidgenössischen Kantonen erhalten hat, ist hier natürlich nicht gemeint — Demokratie ist hier das, was sie praktisch nach 1919 und wieder nach 1945 in Deutschland war und ist: Herrschaft großstädtischer, aus dem Hintergrund von landfremden Kräften gegängelter Massenparteien gegen die Kräfte des lebendigen Volkes im Interesse ihrer internationalen Hintermänner. Diese Lebensform wird immer den Bauern benachteiligen, denn er ist ihr wesensfremd. Der Kommunismus ist hier nur konsequenter — wie er an die Stelle der jedesmal mühsam zusammengeschwindelten Mehrheit der Demokratie die echte soziologische Mehrheit, das Proletariat, setzt, so läßt er es nicht bei der langsamen Entwurzelung des Bauerntums bewenden, sondern zerstört seine Grundlagen durch brutale Kollektivierung. Sehr fein hat ein früherer Kommunist, der sich vom Kommunismus abwandte, Whittaker Chambers, der Hauptzeuge im Prozeß gegen Alger Hiss, in seinem Buch „Witness Whittaker Chambers" (S. 277) dies formuliert: „Kommunismus ist ein Glaube der Großstädte und kann auf das Land nur schauen, um es zu organisieren, d. h. zu zerstören." —

In den vielen Strömungen, aus denen der Nationalsozialismus zusammenfloß, war auch eine, die bewußt auf die Rettung und Erhaltung der Quellen des Volkstums gerichtet war. Sie war nicht die einzige Strömung. Es gab daneben eine andere, rein auf die Stärkung des Staates ausgerichtete, der man fast das Wort Mussolinis „Alles innerhalb des Staates, alles für den Staat, nichts außerhalb des Staates" unterlegen konnte — sie führte zu den, von seinen Gegnern oft überwerteten „totalitären" und „neo-absolutistischen" Zügen. Es war dann eine rein wehrmäßig-soldatische Grundströmung

vorhanden, dann eine echt sozialistische im guten Sinne, die in der Deutschen Arbeitsfront gelegentlich mit recht vermassenden Strömungen gekoppelt war.

Jene völkische Grundströmung aber, die vom Lande her die Rettung des deutschen Bauerntums und damit der Wurzel unseres Volkes versuchte, fand ihren Mittelpunkt um R. Walther Darré, in dem das deutsche Bauerntum noch einmal den schöpferischen Verteidiger seiner Rechte bekam.

Auf drei Stellen zugleich wurde der Kampf für die Rettung und Sicherung des Bauern eröffnet in einer Situation, die 1933 als Erbe der verantwortungslosen und bauernfeindlichen Demokratie grauenhaft war. Bis zum Jahre 1932 betrug die deutsche landwirtschaftliche Verschuldung 12 Milliarden Mark zu einem durchschnittlichen Zinssatz von 8 %, insgesamt eine Milliarde 200 Millionen im Jahre, ungerechnet die hohe Steuerbelastung. Die Preisschere, — das Zurückbleiben der landwirtschaftlichen Preise hinter den Preisen der industriellen Erzeugnisse — wurde ungeheuer. Am 10. Juni 1932 mußte die Regierung des Reiches vor dem damaligen Deutschen Landwirtschaftsrat erklären: „Ueber 100 Prozent des Einheitswertes sind heute landwirtschaftliche Betriebe verschuldet, die einen Umfang von 3 Millionen Hektar haben. Ueber 150 Prozent des Einheitswertes sind 1 Million Hektar verschuldet.“ Die Zwangsversteigerungen wuchsen ins Unermeßliche, allein vom 1. April 1928 bis 1. Oktober 1931 waren es 4700 Zwangsversteigerungen von insgesamt 308 000 Hektar, bis zur Machtergreifung Adolf Hitlers fast 8000 Zwangsversteigerungen von insgesamt 500 000 Hektar; jeden Wochentag wurden damals in Deutschland etwa 50 Höfe im Auftrage wucherischer Gläubiger zwangsverbüttelt.

Mit der Schaffung des Reichsnährstandes (13. 9. 1933) gründete R. Walther Darré jene große Organisation der Ernährungswirtschaft, die diese aus dem willkürlichen Spiel der kapitalistischen Wirtschaft herausnehmen, sie sichern und in den Dienst der Erhaltung des Volkes stellen sollte. Aufbauend auf den genialen Gedanken von Gustav Ruhland, der gefordert hatte, den Grund und Boden der Landwirtschaft dem kapitalistischen Grundstücksmarkt zu entziehen und den Ertrag der bäuerlichen Wirtschaft „den Spielregeln des kapitalistischen Warenmarktes und der Börsen zu entreißen“ (Dr. Hermann Reischle „Der Reichsnährstand und seine Marktordnung“) erreichte R. Walther Darré durch das Reichserbhofgesetz (29. 9. 1933) die Sicherung der bäuerlichen Scholle und Heimat. „Der Erbhof ist grundsätzlich unveräußerlich und unbelastbar“ (§ 37, Reichserbhofgesetz).

Damit war der Teilung und Verschuldung der Höfe ein fester Riegel vorgeschoben. Die mit jedem Generationswechsel auftretende Verschuldung der Höfe durch Erbenabfindungen hörte auf, da die weichenden Erben nur eine Ausstattung aus dem Hofe, aber keinen Anteil an der Substanz bekamen.

Der Ertragssteigerung der Landwirtschaft nahm sich dann der Reichsnährstand in nachhaltiger Weise an; was er in seinen „Erzeugungsschlachten“ und seiner erstklassigen Förderung der landwirtschaftlichen Schulen, Forschungsstätten, Presse und Ausbildung getan hat, wird immer ein Ruhmesblatt bleiben.

Aber alles wäre unvollständig geblieben, wenn nicht auch der Markt der landwirtschaftlichen Produkte geordnet und der kapitalistischen Marktwillkür entzogen worden wäre. Das geschah nicht auf dem Wege einer Verstaatlichung oder Bürokratisierung von oben her — wie etwa der Kommunismus es betreibt — sondern „man machte den Versuch, die ganze Warenbewegung in ständiger Selbstverwaltung durchführen zu lassen und beschränkte sich staatlicherseits darauf, die Oberaufsicht in der Hand zu behalten. Dieser Weg ist einmal für den Staat der billigere und zum anderen aber auch gleichzeitig der sowohl für den Bauern als auch für den Lebensmittelhandel letzten Endes bequemere. Diesen letzten Weg sind wir dann auch .... mit dem Reichsnährstandsgesetz gegangen, und ich möchte heute nach genau zehnmonatigem Bestehen des Gesetzes feststellen, daß der beschrittene Weg sich durchaus als richtig erwiesen hat. Wir konnten durch dieses Gesetz, durch Festpreise für nahezu alle wichtigen Erzeugnisse, dem Bauern einen ausreichenden Lohn für seine Arbeit garantieren, und damit die Aufgabe erfüllen, das deutsche Bauerntum auch wirtschaftlich zu retten". (R. Walther Darré, „Odal", August 1934).

Diese Rettung von der Marktseite her war auch dringend nötig geworden — gerade die letzten Jahre der Demokratie von Weimar waren eine wirkliche Katastrophe für die deutsche Landwirtschaft geworden: ihre Verkaufserlöse waren von rund 10 Milliarden Reichsmark im Jahre 1928/29 auf nur noch 6,4 Milliarden Reichsmark im Jahre 1932/33 abgesunken — das deckte nicht einmal mehr die Gestehungskosten.

Im neu geschaffenen Reichsnährstand nahm sich nun die Hauptabteilung III der Fragen des Marktrechtes, der Marktübersicht (Statistik) und des Marktausgleiches an; ihr war auch der Reichsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften - Raiffeisen - e. V. angeschlossen. Der Reichsnährstand als Körperschaft des öffentlichen Rechtes umfaßte alle an der Ernährungswirtschaft beteiligten Wirtschaftsgruppen, nicht nur die Landwirte, sondern „alle in der Landwirtschaft tätigen Menschen (Eigentümer, Verpächter, Pächter von landwirtschaftlichen Betrieben, Familienangehörige, Landarbeiter, Angestellte usw),

die Vereine, Verbände, Vereinigungen, die dem Reichsnährstand angegliedert worden sind,

die landwirtschaftlichen Genossenschaften einschließlich ihrer Zusammenschlüsse und sonstigen Einrichtungen,

die Personen (einschließlich juristischen Personen), die den Landhandel und die Be- oder Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse betreiben,

endlich die Körperschaften des öffentlichen Rechtes, die zwecks Durchführung der Marktordnung gebildet sin" (Reischle a.a.O.).

Rein räumlich zerfiel er anfangs in 20 Landesbauernschaften, zu denen mit dem Wachsen des Reiches weitere hinzukamen. Den Landesbauernführern, die alle angesessene Männer und darum auch ihrer Organisation gegenüber sehr unabhängig waren, unterstanden wieder Kreisbauernführer, diesen Ortsbauernführer, die den Willen des Standes in jedem Dorf durchsetzten.

In seiner Eigenschaft als Zentralorgan der Marktorganisation hatte der Reichsnährstand große Zusammenschlüsse der am Wirtschaftskreislauf beteiligten Gruppen geschaffen — die sog. „Hauptvereinigungen“, die einheitlich sämtliche Wirtschaftsgruppen vom Erzeuger über den Verarbeiter und Händler umfaßten. (Erfaßten sie lediglich die Betriebe einer einzigen Wirtschaftsstufe, so hießen sie nur „Vereinigungen“). Es gab zehn Hauptvereinigungen:

1. die Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft (einschließlich der Wirtschaftlichen Vereinigung der Roggen- und Weizenmühlen) mit 20 Getreidewirtschaftsverbänden,
2. die Hauptvereinigung der deutschen Milchwirtschaft mit 18 Milchwirtschaftsverbänden,
3. die Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft mit 20 Schlachtviehverwertungsverbänden.
4. die Hauptvereinigung der deutschen Eierwirtschaft mit 20 Eierwirtschaftsverbänden,
5. die Hauptvereinigung der deutschen Zuckerwirtschaft (einschließlich der Wirtschaftlichen Vereinigung der deutschen Süßwarenwirtschaft) mit 9 Zuckerwirtschaftsverbänden,
6. die Hauptvereinigung der deutschen Kartoffelwirtschaft mit 20 Kartoffelwirtschaftsverbänden,
7. die Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft mit 20 Gartenbau-Wirtschaftsverbänden,
8. die Hauptvereinigung der deutschen Weinbauwirtschaft mit 15 Weinbauwirtschaftsverbänden,
9. die Hauptvereinigung der deutschen Brauwirtschaft mit 5 Brauwirtschaftsvereinigungen.
10. die Hauptvereinigung der deutschen Fischwirtschaft — ohne Untergliederungen.

Dazu kam noch die Wirtschaftliche Vereinigung der Margarine- und Kunstspeisefett-Industrie — ohne Untergliederungen.

Einzelnes hat sich an dieser Gliederung geändert — der Kern ist bis zum Ende der gleiche geblieben.

Schon 1930 hatte die NSDAP durch ihren Agrarpolitischen Apparat gefordert: „Der Staat hat durch seine Wirtschaftspolitik dafür zu sorgen, daß die landwirtschaftliche Arbeit sich wieder lohnt,
die heimische, landwirtschaftliche Erzeugung ist durch Zölle, staatliche Regelung der Einfuhr und zielbewußte nationale Erziehung zu schützen.
Die Preisgestaltung für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse muß der börsenmäßigen Spekulation entzogen und die Ausbeutung der Landwirte durch den Großhandel unterbunden werden.“

Nunmehr wurden die Produktenbörsen geschlossen und ihre Tätigkeit verboten. Für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse wurde eine gesicherte, stetige Preisbildung durch den Reichsnährstand geschaffen. Um dies zu ermöglichen, wurde eine Regelung auch der Absatzwege geschaffen, damit die Ware den kürzesten, besten und billigsten Weg vom Erzeuger zum Verbraucher nehmen konnte.

Organisatorisch sah diese Regelung bei den verschiedenen Erzeugnissen naturgemäß verschieden aus.

Auf dem Milchmarkt wurden 15 Gebietsverbände (Milchwirtschaftsverbände) gebildet, die ihrerseits in Unterverbände (Milchversorgungsverbände) aufgegliedert waren, in denen Erzeuger, Molkereien und Handel zusammengefaßt waren. Die durch hemmungslose Konkurrenz völlig in Verwirrung geratenen Frischmilchgeschäfte wurden neu gestaltet, den Großstädten ein Einzugsgebiet für Frischmilch zugewiesen. „Während vorher in ungeregelter Weise die Milch vielfach Hunderte von Kilometern aus reinen Werkmilchgebieten in die Großstädte gezogen war und umgekehrt die Produktion verbrauchsnaher Gegenden nicht als Trinkmilch abgesetzt werden konnte, wurde jetzt das Milchaufkommen in der Nähe der Verbraucherzentren dem Frischmilchverkehr zugeführt. Die verbrauchsfernen Gegenden wiederum wurden zu reinen Werkmilchgebieten gemacht", (Reischle aa.O.). Entscheidend war, daß nicht nur die überhöhten Handelsspannen und Molkereispannen, sondern auch die Frachtkosten der Milchwirtschaft infolge des bisherigen „Spazierenfahrens der Milch" gesenkt wurden. Es handelte sich dabei um sehr große Summen, die für den Landmann gerettet werden konnten — betrug doch der Wert der jährlichen Milcherzeugung in Deutschland damals etwa 2,3 Milliarden Reichsmark (gegen nur 1,94 Produktionswert der Kohle und 0,46 Milliarden des Roheisens!). Da nunmehr durch vernünftige und angemessene Preise die Milchwirtschaft sich wieder lohnte, hob sich zugleich die Milchproduktion und die Viehhaltung.

Wüste Zustände fand der Reichsnährstand auf dem Gebiet der Viehwirtschaft vor, wo die Preise für das Fleisch (ein ungeheuerer Wert: bei 30 Millionen Tierschlachtungen jährlich 35 Millionen Doppelzentner Fleisch im Gesamtproduktionswert von 3,7 Milliarden Reichsmark!) von einer Händlerschaft diktiert wurden, die zum großen Teil aus Juden bestand und die Preise, die der Landmann bekam, von 57,9 Reichsmark für 50 Kilogramm Lebendgewicht zwischen 1930 bis 1933 auf 32,5 Reichsmark bei Ochsen (entsprechend bei Schweinen von 66,5 Reichsmark auf 39,6, bei Kälbern von 70,1 Reichsmark auf 35,5 Reichsmark) heruntergedrückt hatte, ohne daß die Verbraucherpreise wesentlich sanken. Da Deutschland in Fleisch stets Einfuhr benötigte, wurde erst einmal die Einfuhr reguliert, der Viehhändlerstand von den vielen unehrlichen Elementen gereinigt und dann auch hier gerechte Preise und Handelsspannen eingeführt.

In der Eierwirtschaft mußten hauptsächlich die Probleme der jahreszeitlichen Unterschiede (Hauptlegezeit: März bis Juni) durch eine Vorratswirtschaft bewältigt werden, die von der Reichseierstelle durch Einkühlen von vielen Millionen Eiern vorbildlich durchgeführt werden. Verbesserung der Sorten, Regelung des Absatzes, gesicherte Preise sorgten auch hier für ein Aufblühen der deutschen Hühnerzucht.

Am wichtigsten war die Getreidewirtschaft. Hier gelang es, dem Landmann einen sicheren Preis zu verschaffen, den Brotpreis stabil zu halten, durch gesetzliche Festpreise zu verhindern, daß — wie bisher — jedesmal nach einer guten Ernte die Spekulation die Preise in die Tiefe abrutschen ließ, um sie dann, wenn das Getreide aus der Hand des Landmannes in die Hand der Händler übergegangen war, hochzutreiben. Das ganze Reich wurde in „Festpreisgebiete" aufgeteilt, in denen jeder Erzeuger den gesetzlich für das Jahr festgelegte Festpreis erhielt. Die etwa 30 000 Roggen- und

Weizenmühlen waren zu einer Wirtschaftlichen Vereinigung zusammengefaßt und ihnen wurde die Einlagerungspflicht von Getreide auferlegt — in knappen Monaten konnte dann dies Getreide zu einem auch für den Verbraucher günstigen Preise verkauft werden. Was Joseph in Aegypten gegen das ägyptische Volk und zu seiner Ausbeutung getan hatte — geschah in Deutschland für das Volk und die Sicherung seiner Nahrungswirtschaft. Zugleich wurde auch in der Getreidewirtschaft alle unehrlichen Elementen ausgemerzt solche Gaunereien, wie etwa die Riesenpleite der berüchtigten Firma Josephy, die wenige Jahre vorher noch halb Mecklenburg in den Ruin gerissen hatte, war nun nicht mehr möglich.

Die Marktwirtschaft gab so dem ländlichen Leben Sicherheit und Stabilität, eine organische Abstimmung aller Preise auf einander. Sie redete dem Bauern nicht in seinen Hof hinein, wie es die heutige grauenhafte „Planwirtschaft" der Kommunisten in der Sowjetzone als Vorstufe zur Kollektivierung tut. Sie störte nicht die Produktions- und Besitzverhältnisse; nur in wenigen Fällen (Zuckerrüben, Hopfen) kontingentierte sie den Anbau. Sie ließ bei einer geordneten Marktwirtschaft das größtmögliche Maß an Freiheit.

Zugleich bekam der Staat einen genauen Ueberblick über das, was Deutschland an landwirtschaftlichen Produkten selber erzeugen konnte und was es einführen mußte. Deutschland konnte dadurch fremden Mächten ganz feste und sichere Import-Tranchen geben, ohne daß solche Einfuhr die deutschen Binnenpreise durcheinander warf. Die Marktordnung war keine Zwangswirtschaft, denn sie wurde von dem betreffenden Berufsstand, eben dem Reichsnährstand, selber durchgeführt; sie war auch nicht eine starre „Planwirtschaft" — sie gängelte und hemmte die Initiative des Bauern und größeren Landwirtes nicht, soweit sie sich auf die Produktion bezog, aber sie gab der Landwirtschaft feste Preise und Schutz vor Schiebern und Spekulanten, wie sie ihn nie vorher und nie nachher gehabt hat.

Auch als später die faktische Führung aus der Hand des weitblickenden, im Grunde genialen Erkenners und Organisators R. Walther Darré in die Hände des fachlich sicher tüchtigen, aber engeren und oft allzu rein fachlichen Staatssekretärs Herbert Backe überging, arbeitete die große, von Darré geschaffene Apparatur des Reichsnährstandes und seiner Marktordnung so gut fort, daß bis zum Ende des Krieges das deutsche Volk wohl Knappheit, aber keinen Hunger kannte. Das war auch nicht eine Folge der behaupteten „Ausplünderung" der besetzten Länder, sondern ganz wesentlich der Agrarpolitik des Reichsnährstandes. Dadurch blieben dem Volke derartige Leiden erspart, wie es sie als Folge der liberalen Wirtschaftspolitik und ihrer gewaltsamen Umstellung auf Kriegszwangswirtschaft im Ersten Weltkrieg durchmachen mußte. Wenn etwas noch bis in die letzten Tage des Krieges, ja selbst noch bis zur völligen Zerstörung durch die entmenschten Sieger „klappte", so war es unsere Agrarwirtschaft.

Der grauenhafte Hunger, das Massensterben der Kinder und der Alten kam erst durch die „Befreier".

Sie zerschlugen auch das stark erwachte Selbstbewußtsein des deutschen Bauern nach Kräften.

Grauenhaft war das Schicksal vieler der ehrenwerten, selbstlosen und treuen Träger der deutschen Agrarpolitik. Wo im Schutz der Sowjets die Kommunisten an die Macht kamen, da wurden nicht nur in der „Bodenreform" die größeren Landgüter, sondern auch alle Höfe der Ortsbauernführer, Kreisbauernführer und Landesbauernführer enteignet und die Familien um alles gebracht. Kommunistische Strolche, KZ-Figuren trübster Sorte nisteten sich auf den geraubten Höfen ein. Im Westen war eigentlich nur die britische Besatzungsmacht klug genug, dem irren Haßfeldzug der Entnazifizierer jedenfalls auf dem Lande einen Riegel vorzuschieben, um die Lebensmittelversorgung nicht ganz zusammenbrechen zu lassen. Aber auch dort wurden viele Ortsbauernführer und alle Kreisbauernführer interniert.

Die ganze Organisation des Reichsnährstandes aber wurde zerschlagen, das Erbhofgesetz und die Marktordnung wieder aufgehoben. In den Provinzen östlich der Oder und Neiße wurde der deutsche Bauer überhaupt vertrieben, in der Sowjetzone wird er unter furchtbarem Druck in die Kollektivierung gedrängt. In der Bundesrepublik lediglich ist zwar der größte Teil der Reichsnährstandsgesetzgebung aufgehoben — aber manche Restbestände leben fort. Innerhalb der landwirtschaftlichen Organisationen lebt auch hier und dort ein Stück Tradition des Reichsnährstandes fort, finden sich kluge und verantwortliche Männer, die am liebsten eine Art neue Marktordnung wieder ins Leben rufen möchten.

Möge ihren Bestrebungen Erfolg beschert sein.

Sehr viel allerdings wird auf diesem Wege nicht zu erreichen sein. Die Marktordnung isoliert ist eben keine Lösung der Bauernfrage. Der Schutz des Marktes und der landwirtschaftlichen Preise ist nicht denkbar ohne den Schutz des Hofes, wie ihn das Reichserbhofgesetz geschaffen hatte, und ohne die Erhebung des Bauerntums zu einem staatstragenden und selbstbewußten Stande. Aber weder werden die ahasverischen Kräfte, die hinter der „Demokratie" stehen, je den Erbhof dulden, noch werden sie je gestatten, daß der Bauer als etwas anderes gilt denn als „Wähler", der in ihren Parteipferch getrieben wird, um für seine eigene Tributknechtschaft und Unterordnung zu stimmen.

Was wir heute tun können, ist die Erkenntnis von der Leistung wachzuhalten, die einmal eine wirklich schöpferische, völkische Erneuerung geschaffen hat. Gedanken, die einmal in die Welt geworfen sind, haben eine echte Kraft der Unsterblichkeit. Und unser Bauer wird die Zeit nicht vergessen, da ihn kein Geldgläubiger vom Hofe treiben konnte und er einmal nicht der am schlechtesten bezahlte Schaffende im Lande war, sondern für ehrliche Ware ehrlichen Preis bekam.

Arbeiten ist also eine unerläßliche Pflicht für den Menschen in der Gesellschaft. Reich oder arm, mächtig oder schwach, jeder müßige Bürger ist ein Spitzbube".

J. J. ROUSSEAU

ARNO GILDEMANN:

Leibeigene der Finanz

Die Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1809 besserte das Los der Bauernschaft nur sehr vorübergehend. Es stellte sich sehr bald heraus, daß römisches Recht — das den Grund und Boden als käufliche Ware betrachtet — und zinskapitalistisches Wirtschaftsdenken große Gefahren für den eben befreiten, aber auf sich allein gestellten Bauern mit sich brachten. Die Aufhebung der Leibeigenschaft war eine Halbheit. Man hätte zugleich das altbewährte, germanische System der Marktgenossenschaft wieder einführen müssen, das jedem zum Dorf gehörenden Bauern den Schutz der Gemeinschaft sicherte. Das wurde versäumt. Es begann sich die Entwicklung abzuzeichnen, die schon Rom und Hellas in den Abgrund geführt hatten. Wo römisches Recht und ewiger Zins herrschen, ist das Endergebnis immer ein großes Bauernsterben. Vor allem dort, wo ein Ausweichen auf unbesiedeltes Neuland nicht möglich ist. Das zeigte sich sehr bald auch in Deutschland. Das goldene Zeitalter des Wuchertums brach an. Wo ein Bauer durch Hagelschlag, Viehseuchen oder Mißernten in Bedrängnis kam, war sehr bald der Jude da, der ihm Geld auf Wechsel borgte oder ihm eine Kuh gegen Wechsel in den Stall stellte. War das erst einmal geschehen, gab es für den betreffenden Bauern keine Rettung mehr. Die Zinsen und Wechselspesen und die Zuschläge für Wechselverlängerungen waren so hoch, daß es keinen Ausweg mehr für einen Bauern gab, der einmal beim Juden in die Kreide geraten war. Eine Wuchergesetzgebung gab es nicht. 20 bis 30 % Zinsen waren das Uebliche. Wenn es dem Wucherer gefiel, konnte er wegen einer Forderung von 50 Thalern jeden Bauernhof zur Zwangsversteigerung bringen. In Notjahren, wo alle Bauern infolge von Mißernten ohne Geld waren, konnte niemand auf einen zur Versteigerung angesetzten Hof bieten. Der Hof fiel dem Juden für ein Butterbrot zu und dem verarmten, ausgewucherten Bauern blieb mit seiner Familie nichts anderes übrig, denn als Bettler in die Welt zu ziehen, wie Goethe es schildert: „Dem Elend zu, das jeden Schweifenden, von seinem Haus Vertriebenen überall mit kalter, fremder Schreckenshand erwartet."

Diese Auswucherung der Bauernschaft wurde von den Juden mit einer beispiellosen, unmenschlichen Grausamkeit betrieben. In den schlimmsten Notzeiten der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts sind allein im Hunsrück alljährlich Hunderte von ruinierten Bauern als Bettler an den Straßen und in den Wäldern erfroren und ebenso Hunderte von Kindern ehemaliger Bauern in den Straßengräben verhungert, wenn sie, von erfolglosen Bettelgängen aus den verödeten Bauerndörfern heimkehrend, nicht mehr weiter konnten.

Auch die Bauern, die noch auf ihren Höfen saßen, waren der Macht des Juden ausgeliefert. Wer es wagte, sein Schlachtvieh unter Umgehung des Juden direkt nach der Stadt zu verkaufen, mußte es bitter büßen. Er wurde boykottiert, die Juden mieden seinen Hof. Die Fleischer der umliegenden Städte wurden unter Druck gesetzt und durften nicht bei dem betreffenden Bauern kaufen, bis dieser de- und wehmütig zu Kreuze kroch und dann mit jedem Preise zufrieden sein mußte, den man ihm gnädigst bewilligte.

Goethe hat diese furchtbaren Zustände in seiner Dichtung: „Das Jahrmarktsfest von Plundersweiler“ wie folgt festgehalten:

„Der Jude wird euch nicht verschonen,
er schafft Antizipationen,
die mehren Jahr um Jahr die Not.
Die Schweine kommen nicht zu Fette,
verpfändet ist der Pfuhl im Bette
und auf den Tisch kommt vorgegessen Brot.
Sie haben einen Glauben,
der sie berechtiget, die Andern zu berauben.
Und dieses Volk sieht einen Weg nur offen:
Solang die Ordnung steht, hats nichts zu hoffen.“

Die Auswirkungen dieses riesigen Bauernsterbens waren von weltgeschichtlicher Tragweite. Allein zwischen 1841 und 1861 wanderten 1 386 293 Deutsche nach Amerika aus — in der Mehrzahl durch Wucher zugrunde gerichtete Bauern. Hinzu kommen noch die Auswanderer aus den deutsch-österreichischen Ländern, die ebenfalls in die Millionen gehen. Weitere Hunderttausende gingen nach den südosteuropäischen Ländern und nach Rußland. Welches Seelenleid und welche Not in diesen Zahlen enthalten ist, übersteigt alles menschliche Begriffsvermögen. Wie eine Atmosphäre der Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit lag es über den Ländern Mitteleuropas — von Kärnten bis zum Niederrhein und von Tirol bis an die polnische Grenze.

Da aber erstand dem Wuchertum ein Gegner. Friedrich Wilhelm Raiffeisen setzte der jüdisch-liberalistischen Parole „Jeder ist sich selbst der Nächste“ die Losung entgegen: „Einer für alle, alle für einen.“

Der egoistische Kampf aller gegen alle, der das Leben zur Hölle machte, aber dem inneren Wesen des Juden entsprach, wurde abgelöst durch die Nächstenliebe und durch das Prinzip der gegenseitigen Hilfe, wie es seit Jahrtausenden germanischer Lebensart gemäß war. Es war wie ein erstes, verheißendes Frührotzeichen, als Raiffeisen 1862 den ersten Darlehenskassenverein gründete. Jetzt begann die gequälte Menschheit wieder zu hoffen. Jeden Pfennig, den ein Bauer erübrigte, gab er dem Raiffeisen-Verein. Dieser lieh das Geld zu niedrigem Zinsfuß an diejenigen seiner Mitglieder aus, die in Not waren. Dieses Prinzip der gegenseitigen Hilfe bewirkte Wunder. Ueberall dort, wo ein Raiffeisenverein gegründet wurde, sank der Wucherzins der Juden, der bei 20—30% gelegen hatte, ins Bodenlose. Die geplagten Bauern bekamen Luft. Bald wurden die Darlehenskassenvereine zu Ein- und Verkaufsgenossenschaften erweitert. Die Bauern lieferten Vieh und Getreide an die Genossenschaft ab und erhielten dafür den reellen Marktpreis, während sie bis dahin den Hauptgewinn dem jüdischen Händler hatten lassen müssen.

Aber es war ein zäher und mühsamer, sich länger als ein halbes Jahrhundert hinziehender Befreiungskampf, der hier ausgefochten wurde, denn die Verarmung des Landvolkes war grenzenlos und der Raiffeisen-Gedanke setzte sich nur langsam durch, weil das Judentum sich inzwischen eines großen Teiles der Presse bemächtigt hatte und seine Zeitungen dazu benutzte, unentwegt das „freie Spiel der Kräfte" zu propagieren und jederzeit Front zu machen gegen alle Formen des Zusammenschlusses der deutschen Bevölkerung. Und so ergab sich auch hier wieder die bedrückende Tatsache, daß die Zeitungslesenden, sogenannten Kreise der Stadtbevölkerung den lebensrettenden Reformen Raiffeisens verständnislos und ablehnend gegenüber standen.

Und hier nun griff unerwarteter Weise Kaiser Wilhelm I. ein. Er erließ 1881 einen Aufruf an das Deutsche Volk, in welchem alle Wirtschaftskreise aufgefordert wurden, den hemmungslosen, auf gegenseitige Vernichtung abzielenden Konkurrenzkampf aufzugeben und sich genossenschaftlich zu organisieren. Dieser Aufruf ging offensichtlich von Bismarck aus, dem die Judenfrage nicht fremd war. Wie ja auch das in jener Zeit erschienene Buch: „Naudh, die Juden und der deutsche Staat" von einem gewissen Nordmann unter Aufsicht Bismarcks geschrieben sein soll.

Dieser Aufruf Wilhelm I. hatte einen durchschlagenden Erfolg. Jetzt begannen sich auch andere Berufsgruppen und Erwerbszweige genossenschaftlich zu organisieren. Die Genossenschaften schossen wie Pilze aus der Erde. Im Jahre 1913 gab es 22000 Genossenschaften in Deutschland. Es ist nicht übertrieben, wenn man sagt, daß durch das Wirken von Raiffeisen und das Eintreten Kaiser Wilhelm I. für die Genossenschaftsidee die Gefahr abgewendet wurde, die mitteleuropäischen Länder zu menschenleeren Einöden werden zu lassen. Wie furchtbar die Zustände gewesen sind, kann man daran ermessen, daß noch in den achtziger und neunziger Jahren in Hessen und Südhannover alljährlich rund 10000 Bauernhöfe zwangsversteigert wurden, und die Zahl der Auswanderer in manchen dieser Jahre die Zweihunderttausendgrenze überschritt.

Dieses deutsche Vorbild machte begreiflicherweise Schule in allen Nachbarländern: in Dänemark, Belgien, Oesterreich, Holland usw., denn auch in diesen Ländern herrschten ähnliche oder gleiche Zustände. Durch diese Entwicklung wurden die Juden aus ihrer alles beherrschenden Macht in Mitteleuropa verdrängt. Die alte Verheißung: „Du sollst alle Völker fressen, die ich in deine Hand geben werde" wurde diesmal vereitelt durch die organisatorische Fähigkeit der Deutschen.

Raiffeisen und Wilhelm I. hatten einen Befreiungskampf auf Wirtschaftlichem Gebiete eingeleitet, der an geschichtlichen Folgewirkungen dem geistigen Befreiungskampf Martin Luthers kaum nachsteht.

Das gegenwärtige Finanzsystem gründet sich nicht auf die Produktionskraft (Produktion von Reichtum), sondern das Mittel der Verteilung (Geld) wurde in eine Ware verwandelt, die kaufen und verkaufen kann. Mit einem Wort: Die Krankheit, an der die Welt leidet, heißt: Wucher. Frankreich ist ein Reich, das auf Geldmacht aufgebaut ist, und England ist das Hauptquartier des internationalen Anleihekapitals. Daher auch die Entente zwischen ihnen. Beide sind von internationaler Gesinnung, weil beide unter der Herrschaft zentraler Banken stehen, die internationale Geldorgane sind ...

Solange der Reichtum auf Gold beruht, werden die Kriege das Finanzwesen bereichern, wenn sie auch die Industrie zerstören. Denn während der wahre Reichtum vernichtet wird, wird das Gold, das nicht vernichtet werden kann, von den Finanziers aufgekauft und nach dem Kriege zum Wiederaufbau der Industrie mit großem Profit der Verleiher ausgeliehen ... Sollte ihr System bedroht werden, so haben sie nichts zu verlieren und alles zu gewinnen, wenn sie zu einem Kriege schüren, um eine Reform zu zerschlagen.

GENERALMAJOR J. F. C. FULLER
(in „The First of the League Wars")

HERMANN MOLTERER:

Das Geld

Begriff, Eigenschaft, Funktion und Entwicklung des Geldes

Geld ist wie das Feuer wohl der beste Diener
doch der schlechteste aller Herren.

Geld ist gesellschaftlich allgemein giltiges Aequivalent für werthafte Leistungen.

Ob die gesellschaftliche Allgemeingiltigkeit organisch erwachsen ist (Adam Müller), der Massengewohnheit der Annahme entstammt (Wieser), oder auf Grund staatlicher Anordnung (Knapp) gebildet wurde, soll hiebei vorläufig außer Acht bleiben. Als Aequivalent ist Geld Gegenwert, d. h. werthaftes Gut, das das Gegengewicht zu den übrigen Wirtschaftsgütern hält. Es ist gesellschaftliches Mittel, werthafte Leistungen der Individualwirtschaften zum Ausgleich zu bringen, ohne Art und Zeitpunkt dieses Ausgleichs konkret einzuschränken. Unter werthaften Leistungen sind gleichermaßen Dienstleistungen für Gesellschaft und Individualwirtschaften oder die Hingabe des Eigentumsrechts an werthaften Sachgütern gemeint. Das Erscheinungsbild des Geldes (Sachgeld, Kreditgeld, Buchgeld) spielt für diesen Geldbegriff solange keine Rolle, als ein Uebergang von einer Geldform in die andere jederzeit und ohne Hemmungen erfolgen kann.

Viel einheitlicher als der Geldbegriff ist in der Wissenschaft die Gruppe der Geldfunktionen herausgestellt. Das Geld ist demnach:

1. Tauschkatalysator,
2. Wertakkumulator,
3. öffentliches Zahlungsmittel,
4. Wertmaßstab.

Als Tauschkatalysator, d. h. als Kraft, die den indirekten Tausch und die neuzeitliche Arbeitsteilung überhaupt erst ermöglicht, ohne sich in diesem Prozeß selbst zu verbrauchen, ist das Geld fast von allen bedeutenden Autoren anerkannt. Manche sehen in dieser Funktion die originäre Hauptfunktion des Geldes, von der alle übrigen abgeleitet sind und die überhaupt zur Einführung des Geldes in die Wirtschaft geführt habe.

Als Wertakkumulator dient es der Thesaurierung von Wirtschaftswerten, der Wertübertragung und dem Werttransport. Vor allem aber der Kapitalsbildung und damit nicht nur der „vorsorglichen Klassenhaltung", sondern vor allem der Entfaltung der Kapitalsmacht. Es verläßt damit den Boden des rein Wirtschaftlichen und wird zur politischen Kraft,

es wird dadurch aus einer gesellschaftlichen Notwendigkeit zu einer asozialen Macht, die ihre Wirkung außerhalb der Wirtschaftsgesetze ausübt, mag dies auch insgeheim geschehen und von den Wirtschaftswissenschaftlern übersehen oder verschwiegen werden.

Umstrittener ist die Funktion des Geldes als staatliches Zahlungsmittel. Als solches fungiert es vor allem dort, wo es gilt, die Befriedigung kollektiver Bedürfnisse zu entgelten. Diese Bedürfnisse (etwa das nach Rechtssicherheit, nach Schutz gegen ansteckende Krankheiten usw.) werden von der „Zwangsorganisation des Staates" her befriedigt, der in der Form von Steuern aller Art von den Einzelwesen, die sich dieser Bedürfnisbefriedigung weder entziehen, noch ohne weiteres von ihr ausgeschlossen werden können, eine kollektive Vergütung erhebt. Diese Zahlung steht unbedingt außerhalb des freien Tausches und man kann ihrer selbst in der liberalsten Gesellschaftsform nicht entraten. Es muß allerdings zugestanden werden, daß die staatliche Anerkennung als Zahlungsmittel für die Erfüllung von Kollektivbedürfnissen dem Geld erst erteilt wurde, als es sich bereits längst als Tauschmittel im freien Verkehr durchgesetzt hatte.

Am umstrittensten ist die Funktion des Geldes als Wertmaß. Es hängt dies damit zusammen, daß diesem Maßstab jene unbewegte Exaktheit und Stabilität fehlt, die wir bei einem idealen Meßwerkzeug voraussetzen und fordern. Trotzdem ist die Meßfunktion des Geldes heute vielleicht sogar die hervortretendste und durch keine Index- und Trendberechnung ersetzbar. Jede Messung ist ein Vergleich! Das Geld gleicht einer Projektionsebene, auf die die individuellen Wertschätzungen der Wirtschaftsgüter ihre Schatten werfen, die sich bald decken, bald voneinander abweichen. Die Form und Größe der Schatten auf dieser Ebene wird allerdings verzerrt durch die Beleuchtung, die Mode und Zeitgeist, Fülle und Dringlichkeit dem einzelnen Gut verleiht und von der Größe (Nähe) der Projektionsebene im Vergleich zur Gesamtheit aller Güter, die ihre Schatten auf sie werfen, aber die grundsätzliche Funktion des Geldes als solche wertschattenspiegelnde Vergleichsebene bleibt dadurch unangetastet.

Welche Eigenschaften muß nun das Geld haben, um all diese ökonomischen Funktionen erfüllen zu können?

Es muß erstens selbst Wirtschaftsgut sein, d. h. ökonomischen Wert haben! Es ist aber ein Ausgangspunkt für unzählige Irrtümer der Geldtheorie die Begriffe Gut und Ware ohne weiteres gleichzusetzen. Woher das Geld diesen Wert erhält, ob mit Hilfe der werthaften Substanz, aus der es hergestellt ist (Sachgeld), ob von den Gütern die man sich davon kaufen kann (Bendixen), ob auf Grund autoritativer Werthaftigkeitserklärung durch den Staat (Knapp), oder als Anweisung auf das Sozialprodukt (Schumpeter), ob aus dem Prinzip der Knappheit (Cassel) oder rein auf Grund seines Funktionswerts (Silvio Gesell), mag vorläufig unberücksichtigt bleiben.

Eines aber ist sicher: Dieses Wirtschaftsgut ist nicht das Gut der privaten Individualwirtschaft, die es in einem primitiven Produktions-Konsumzyklus ohne weiters entbehren könnte, sondern Allgemeingut der wirtschaftenden Gesellschaft. Es ist weder Produktionsmittel noch Konsumgut,

sondern ein Mittel, die gesellschaftlichen ökonomischen Leistungen aufeinander abzustimmen. In diesem Sinne ist es das „geselligste aller Güter".

Es erhält daher seinen Werk auch vor allem durch die Wertschätzung durch die Gesellschaft (diese realisiert sich in der Kaufkraft des Geldes) und nicht so sehr durch die Leichtheit oder Schwerfälligkeit, mit der das wirtschaftende Subjekt Geld auszugeben bereit ist.

Da das Geld weder Produktionsmittel noch Verbrauchsgut ist, verfällt es weder dem Verbrauch, wie die Konsumgüter, noch ist es produktiv! Produktiv ist nämlich nicht das Geldkapital, sondern das durch das Geldkapital erworbene Produktionsmittel (Boden, Maschine, Arbeit).

Eine sehr wesentliche Eigenschaft des Geldes ist seine Abstraktheit und Anonymität. Knapp hat sehr scharfsinnig monetäre und industrielle Funktion der Edelmetalle geschieden. Ihre industrielle Funktion ist konkret, ihre monetäre abstrakt. Das Geld abstrahiert sozusagen den gesellschaftlichen Wert der individuellen Leistung, gleichgültig, ob dies durch die Hingabe eines konkreten Wirtschaftsgutes oder von schöpferischer Arbeitskraft gegen Geld geschieht. Dem Geld als solchen sieht man weder die persönliche Leistung an, für die es als Aequivalent gegeben wurde, noch ist in ihm die Konkretisierung in ein anderes Wirtschaftsgut bestimmt vorgezeichnet. Es trägt tausend Möglichkeiten der Verwendung in sich. Es zeigt infolgedessen ein Maximum an potentieller, bei einem Minimum an aktueller Energie. Es kann für jeden beliebigen konkreten Wirtschaftsfaktor in der Erwerbswirtschaft sowohl wie in der Konsumwirtschaft eingesetzt werden. Es entspricht dem Joly Jocker, der in jede beliebige konkrete Spielkarte verwandelt werden kann. Es verleiht dem Wirtschaftsvorgang jene Elastizität und Liquidität, jene Anpassungsfähigkeit und Wandlungsfähigkeit, die der ökonomischen Initiative so weitgehenden Spielraum gibt. Nicht die Anhäufung von Wertgut als solchem (diese könnte ja auch in Sachgütern erfolgen!) führt zur Kassenhaltung in Betrieb und Haushalt, sondern die Möglichkeit, mit den Kassenreserven aktiv unvorgesehene wirtschaftliche Situationen nützen oder passiv unvorhergesehenen ökonomischen Schwierigkeiten begegnen zu können.

Die Voraussetzung für diese Unbestimmtheit des aktuellen Geldeinsatzes ist die weitgehende Verwandlungsfähigkeit oder besser Umsatzfähigkeit des Geldes in beliebige konkrete Wirtschaftsgüter. Der Wert des Geldes wächst nicht nur mit der Knappheit der Zahlungsmittel gegenüber der Warenmenge (Quantitätstheorie), sondern auch (natürlich nicht mathematisch proportional!) mit der Zahl der Arten käuflicher Güter, (Qualitätstheorie). Je mehr verschiedenartige Verwendungsmöglichkeiten es für Geld gibt, desto wertvoller erscheint es.

*

Die Aufstellung des Geldbegriffes, der Geldeigenschaften und der Geldfunktionen führt uns zur Erkenntnis, woraus die moderne Krise des Geldes entstanden ist und welche Schritte nötig sind, sie zu lösen. Die volkswirtschaftlichen Theorien über das Geld sind fast durchwegs von Fachgelehrten aufgestellt worden und daher von ihrem Spezialistentum her belastet. Es

waren Mathematiker wie Cassel und Irving Fisher, die in ihm nur eine rechnerische Größe, einen Maßstab sahen, Juristen wie Knapp, die es nur als Schöpfung der staatlichen Rechtsordnung werteten, Wirtschaftswissenschaftler wie Keynes oder die Vertreter der Wiener Schule, die nur seine Tauschfunktion anerkannten. So haben sie folgende schwerwiegenden Tatsachen übersehen:

1. daß nicht die Geldfunktion als Tauschmittel, sondern die als Thesaurierungsmittel, mithin nicht die wirtschaftliche, sondern die machtpolitische die originäre ist!

2. daß diese außerwirtschaftliche, individualistische, kapitalistische Funktion des Geldes im stärksten Widerstreit steht zu seinen volkswirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Funktionen als Tauschkatalysator des indirekten Leistungsaustausches, als Wertmaßstab und als staatliches Zahlungsmittel und es an der klaglosen Ausübung dieser Funktionen behindert, ja es zeitweise dazu unfähig macht.

3. daß infolgedessen, durch die Abstraktheit, und Anonymität des modernen Geldes erleichtert, ein doppelter Blutkreislauf des Geldes stattfindet. Ein industrieller Kreislauf, der der Volkswirtschaft dient und ein finanzieller, der der Macht dient. Jede Steigerung der Geldmenge im Machtkreislauf geht auf Kosten des volkswirtschaftlichen und umgekehrt!

Die landläufige wissenschaftliche Annahme, die Funktion des Geldes als Tauschmittel sei die originäre und geschichtlich ursprüngliche, ist sehr fragwürdig. Als die äußere Form des Geldes durch die erste Münzprägung der Lyderkönige im 7. vorchristlichen Jahrhundert geschaffen wurde, fand dieses bereits drei wesentliche Voraussetzungen und Wurzeln vor. Die Funktion der damals ausgeprägten Edelmetalle als Tauschmittel und Wertmaßstab, vor allem aber ihre Stellung als „Schatz", als Thesaurierungsmittel. Es ist kein Zufall, daß nicht die für den Tausch handlichsten und geeignetesten Wirtschaftsgüter als ursprünglichstes Geld in Erscheinung traten, sondern die am höchsten geschätzten. Vieh (pecunia) war der beste Schatz des Bauernvolkes (etwa der Römer), Edelmetall der des Gewerbevolkes (z. B. der kretisch-mykenischen Kultur und des Orients). Sie waren in den Weiheopfern die einzigen würdigen Gaben an die Götter. In ihnen wurde die Sühne für einen Frevel entrichtet (z. B. Wergeld). Sie dienten als Maßstab der Werte und des Vermögens und Reichtums des Einzelnen. Sie gaben ihm Geltung und Ansehen. Es ist die sakrale, die chimärische Kraft der Edelmetalle, der auri sacra fames, der ihnen eine dämonische, über das Wirtschaftliche weit hinausgehende Macht verlieh. Er verblieb auch der Banknote, er überstrahlt sogar das zur kalten Zahl erstarrte, anonyme und abstrakte Buchgeld, er verschmolz gleichsam dem Gelde als solchem, er wurde zum magischen Zauber, der zwar unbewußt und irrational, aber doch höchst wirksam über dem kapitalistischen System der Geldwirtschaft stand. Weil das edle Metall die Substanz verkörperte, die am meisten geschätzt wurde, wurde ihm die „Massengewohnheit der Annahme" zuteil und es wurde zum allseits beliebten Katalysator des indirekten Tausches und nicht umgekehrt. Seltenheit, Haltbarkeit und industrielle Brauchbarkeit kamen ihm sekundär dabei zugute.

Mit der Münzprägung übernahm der Staat die Wahrung dieses „geselligsten aller Wirtschaftsgüter". Zunächst war sie nichts anderes, als eine Garantie für Schrott und Korn, d. h. für Gewicht und Feinheit des in der Münze verkörperten Edelmetalls. Dann trat hinzu die Anerkennung als staatliches Zahlungsmittel und damit der Einbau in die staatlich geschützte Rechts- und Gesellschaftsordnung. Dies bedeutet für das Geld eine Steigerung seiner Geltung, aber auch eine große Gefahr. Weniger in der antiken Kultur, ungleich mehr aber in der abendländischen Entwicklung, wurde das Geldwesen durch das landesfürstlich-staatliche Münzregal in den Mittelpunkt jenes Zwiespalts gerissen, der sich zwischen fiskalischem Interesse und volkswirtschaftlicher Notwendigkeit auftut. Schon hiebei wurde jene Zwiespältigkeit zwischen Machtmittel und geselligstem aller Wirtschaftsgüter, der im Geld als solchem ruhte, offenkundig. Doch immer wieder wurde mit Hilfe von Münzverschlechterungen der Krieg zwischen Staat und Volkswirtschaft ausgefochten. Den Sieg, des Augenblicks hatte stets der Staat für sich, den Endsieg immer die Wirtschaft, die auf den auch durch Gewalt unaufhebbaren Urnotwendigkeiten der unbeseelten und der menschlichen Natur beruhten. Je weiter das volkswirtschaftliche Erkennen und Wissen gedieh, desto mehr nahm man davon Abstand, gerade das Geldwesen zu fiskalischen Abenteuern zu mißbrauchen. Man erkannte, daß keine noch so hohe Besteuerung so furchtbare volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen nach sich zog, wie das Hasardspiel mit der Währung. So ließen gerade die wirtschaftlich fortgeschrittensten Staaten das Geldwsen unangetastet. In dem Zeitraum zwischen 1840 und 1914 hatte sich das in der Münze verkörperte Gold als Weltwährung restlos durchgesetzt.

Daran änderte auch das Aufkommen der Banknote nichts. Sie war eine staatlich geschützte Anweisung auf das Edelmetall, handlicher und nicht so der Abnützung unterworfen, wie jenes. „Ein solch Papier an Gold und Perlen Statt ist so bequem, man weiß doch, was man hat!" (Goethe-Faust) Da das Gesamtnominale der Banknoten streng auf die Edelmetalldeckung ausgerichtet wurde, blieb auch das werterhaltende Prinzip der Knappheit gewahrt. Volkswirtschaftlich gesehen änderte sich mit der Einführung der frei in Edelmetall einlösbaren Banknote also nichts. Die gefährliche Revolution im Geldwesen, die sie nach sich zog, lag nicht in ihrer Einführung begründet, sondern in den in ihr ruhenden Möglichkeiten und Erfahrungen.

Es zeigte sich nämlich im Ablauf der Entwicklung:

1. daß die eigentlich volkswirtschaftlichen Funktionen des Geldes keineswegs auf dem industriellen Edelmetallgebrauchswert der Münzen beruhten, sondern nur auf ihrer gesellschaftlichen Giltigkeit, also auf ihrer monetären Eigenschaft. Es ergab sich damit die vorerst nicht genützte, aber etwa in Oesterreich vorübergehend (1879—1892) erprobte Möglichkeit, das gesamte Geldwesen ohne Schädigung seiner Kaufkraft und seiner volkswirtschaftlichen Funktionen vom Edelmetall zu lösen.

2. daß das Geld damit immer mehr den Charakter einer Anweisung, erst auf Edelmetall, dann auf das Sozialgut der Volkswirtschaft als solches erhielt. Daß damit nicht mehr der Gebrauchswert und Tauschwert der Edelmetalle für seine Werthaftigkeit in den Vordergrund trat, sondern der Glaube

(Non aes, sed fides hieß die bezeichnende Inschrift der Lederbanknoten von Malta!) an die wirtschaftliche Rechtschaffenheit des Ausstellers dieser Anweisung! Das Sachgeld war mit der Banknote durch das Kreditgeld ersetzt.

3. daß die Entwicklung nun zwangsläufig dazu führte, daß das Staatsmonopol der Geldschöpfung durchbrochen wurde. Wechsel, Scheck und andere Geldsurrogate eroberten sich einen immer größeren Geltungsbereich, bis in der nur noch in der Zahl kristallisierten Form des Buchgeldes, das heute in den voll entwickelten Volkswirtschaften etwa das Zehnfache des Banknotengeldes ausmacht, die modernste Form des Zahlungsverkehrs erschlossen wurde.

4. daß die Machtfunktion des Geldes, früher offenkundig und konkret, wohl in der Anonymität und Abstraktheit des modernen Geldwesens untertauchte, aber keineswegs verloren ging, ja daß sie in besonders starkem Maße im Geheimen wirkte und schließlich die große heutige Geldkrise nach sich zog.

Der Widerspruch zwischen der Kapitals- und Machtfunktion des Geldes und seinen volkswirtschaftlichen Funktionen wurde in dem so oft erwähnten Zeitalter vor dem ersten Weltkrieg deshalb nicht so offenkundig, weil die Zusammenballung der Macht in der Welthochfinanz damals noch nicht so weit gediehen war und weil sich die Finanzkreise als solche mehr von wirtschaftlichen Gesichtspunkten, als von politischen bestimmen ließen. Und schließlich, weil die furchtbare Wirkung des Geldes als Herrn, die moderne Form der Sklaverei, die Geldknechtschaft, in ihren letzten Auswirkungen noch nicht erkannt war und in der großen Gegenrevolution der schaffenden Menschen noch keinerlei Gegenwirkung erfahren hatte.

Mit der Katastrophe des ersten Weltkriegs fielen die Schleier. Die finanziellen Machinationen der Pariser Vorortsverträge und die auf sie aufgebauten späteren Finanzmanöver machten die ganze Krise des modernen Geldwesens und der darauf beruhenden Weltwirtschaft offenkundig, die noch durch den jetzt sich auf einmal ungünstig auswirkenden Automatismus der mechanischen Goldwährung verschärft wurde. Die großen wirtschaftspolitischen und machtpolitischen Spielereien mit der Währung begannen, zerstörten die volkswirtschaftlichen Funktionen des Geldes und stürzten dieses in das Wirrsal von Inflationen und Deflationen, in dem es seiner alten Wirksamkeit und seines alten Glanzes beraubt wurde. Damit beschworen sie die Götterdämmerung des kapitalistischen Systems herauf.

Typisch dafür ist das Ereignis, das zum Zusammenbruch der Goldwährung führte. Um machtpolitisch England zu einer deutschfeindlichen Haltung zu zwingen, zerstörte der Franzose Poincaré skrupellos in einer Inflation die geldwirtschaftlichen Grundlagen seines Landes, um die gehortete Golddeckung als Machtmittel gegen die Bank von England auszuspielen. Die Währung Frankreichs ging an diesem Spiel, das Poincarés Nachfolger fortsetzten, zugrunde, sie hat sich bis heute nicht mehr erholt, England aber wich dem wirtschaftspolitischen Angriff aus, indem es seine Währung vom Goldstandard löste. Das politische Spiel mit den Währungen hatte begonnen und fand im Gelddumping der Abwertungswelle in den Dreißigerjahren unseres Jahrhunderts seine Fortsetzung.

Damit war der Machtcharakter des Geldes offenbar geworden. Offenbar aber auch, daß er im schroffen Gegensatz zu den volkswirtschaftlichen Interessen stand. Man erkannte, daß ein doppelter Kreislauf des Geldstromes in den Adern der Wirtschaft stattfand: Ein industrieller Kreislauf, der der Befruchtung der Volkswirtschaft, einem lebensstandarderhöhenden Konsum, einer fortschrittlichen Produktion, einer gerechten Verteilung des Sozialprodukts diente, und ein finanzieller Kreislauf, der sich zwischen den Großbanken und ihren Untergebenen abspielte, anonym und von Geheimnissen umwittert, und ohne Rücksicht auf volkswirtschaftliche Notwendigkeiten nur dem Kult der Macht und der Machtsteigerung sich hingab. Jede Erhöhung des finanziellen Kreislaufs, der mehr und mehr bar eines echten wirtschaftlichen Interesses wurde, ging nun auf Kosten der Volkswirtschaften, jede Erhöhung des industriellen Kreislaufs entzog dem finanziellen die Machtmittel.

So ist der heutige Stand! Mehr und mehr droht das Geld vom geselligsten aller Wirtschaftsgüter zum Grundpol aller Macht zu werden, zum Ausgangspunkt von Machtreichtum und Reichtumsmacht. Diese asoziale Stellung des Geldes hat es aber in seinen Grundfesten erschüttert und die sozialen Gegenkräfte auf den Plan gerufen. Worin müssen diese nun ihre Grundaufgabe erblicken? Es gilt dem Gelde so weitgehend, als nur möglich die Machtfunktion zu entziehen und es vom Herrn wieder zum Diener des Gemeinwesens zu machen. Es gilt das Geld wieder auf seine notwendigen volkswirtschaftlichen Funktionen zu beschränken und es zu dem zu machen, wovon der sozial empfindende Wirtschaftsfachmann träumte, zur Anweisung auf das Sozialgut und zur wirtschaftlich gerechtfertigten gesellschaftlichen Entlohnung der Leistung.




Vor- und Rückseite eines Kreuzers Kaiser Friedrichs III., um 1460

Damit war der Machtcharakter des Geldes offenbar geworden. Offenbar aber auch, daß er im schroffen Gegensatz zu den volkswirtschaftlichen Interessen stand. Man erkannte, daß ein doppelter Kreislauf des Geldstromes in den Adern der Wirtschaft stattfand: Ein industrieller Kreislauf, der der Befruchtung der Volkswirtschaft, einem lebensstandarderhöhenden Konsum, einer fortschrittlichen Produktion, einer gerechten Verteilung des Sozialprodukts diente, und ein finanzieller Kreislauf, der sich zwischen den Großbanken und ihren Untergebenen abspielte, anonym und von Geheimnissen umwittert, und ohne Rücksicht auf volkswirtschaftliche Notwendigkeiten nur dem Kult der Macht und der Machtsteigerung sich hingab. Jede Erhöhung des finanziellen Kreislaufs, der mehr und mehr bar eines echten wirtschaftlichen Interesses wurde, ging nun auf Kosten der Volkswirtschaften, jede Erhöhung des industriellen Kreislaufs entzog dem finanziellen die Machtmittel.

So ist der heutige Stand! Mehr und mehr droht das Geld vom geselligsten aller Wirtschaftsgüter zum Grundpol aller Macht zu werden, zum Ausgangspunkt von Machtreichtum und Reichtumsmacht. Diese asoziale Stellung des Geldes hat es aber in seinen Grundfesten erschüttert und die sozialen Gegenkräfte auf den Plan gerufen. Worin müssen diese nun ihre Grundaufgabe erblicken? Es gilt dem Gelde so weitgehend, als nur möglich die Machtfunktion zu entziehen und es vom Herrn wieder zum Diener des Gemeinwesens zu machen. Es gilt das Geld wieder auf seine notwendigen volkswirtschaftlichen Funktionen zu beschränken und es zu dem zu machen, wovon der sozial empfindende Wirtschaftsfachmann träumte, zur Anweisung auf das Sozialgut und zur wirtschaftlich gerechtfertigten gesellschaftlichen Entlohnung der Leistung.





Vor- und Rückseite eines Kreuzers Kaiser Friedrichs III., um 1460

HANS BERNOULLI:

Erzwingung des Goldstandards in Deutschland

Sitzung des Deutschen Reichstags vom 6. März 1885

Am 6. März in Berlin.

In seinem provisorischen Bau an der Leipzigerstraße hielt der deutsche Reichstag seine 60. Plenarsitzung ab. Die dritte Lesung des Etats. Es war kurz vor 12 Uhr, die Abgeordneten hatten schon fast alle Platz genommen. Am Tisch des Bundesrates bemerkte man von Bötticher, von Borchard, von Caprivi, auch den Kriegsminister Bronsart von Schellendorf.

Der Abgeordnete Dr. Ludwig Bamberger lehnte nachlässig an einer der Türen des Saales, kaum hinhörend auf das eindringliche Reden eines Fraktionsfreundes: Er sah eine Gruppe den Korridor heraufkommen in lebhaftem Gespräch — das waren sie, die „Schorlemer, Kardorff und Genossen", die heute gegen ihn, Bamberger, angehen würden, gegen sein und Laskers Werk, die Goldwährung des neuen Reiches. Bamberger lächelte spöttisch, als die große Gestalt Schorlemers dicht an ihm vorbeischritt; die Herren hatten kein Auge für ihn. Als sie den Sitzungssaal betraten, tauchten ihre erregten Stimmen unter in dem Gebrause der Versammlung.

Plötzlich wurde es still: Auf der Estrade hate der Abgeordnete Goldfuß Platz genommen. Mit etwas nachlässiger Stimme und leicht wegwerfenden Handbewegungen referierte er.

Es stehe — als Kap. 68, Tit. 10 der dritten Lesung des Etats das Münzwesen zur Diskussion. Zugleich eine Resolution, die eingebracht worden von den Herren Abgeordneten Dr. Freiherr von Schorlemer-Alt, von Kardorff, Dr. Frege und Leuschner. Und zu dieser Frage — der Sprecher sah rasch von seinem Manuskript auf, um sich vollständige Aufmerksamkeit zu sichern — seien insgesamt vierhundertneununddreißig Petitionen eingereicht worden, die meisten von landwirtschaftlichen Vereinen. All diese Petitionen liefen mit der Resolution von Kardorff und Genossen parallel. Sie lauteten fast sämtlich wortwörtlich gleich:

„In Anbetracht der schweren Schädigung, welche die Goldwährung durch Erhöhung des Goldwertes und die zunehmende Silberentwertung der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und insbesondere der Landwirtschaft und der Industrie durch das fortgesetzte Sinken der Preise zugefügt, auf das Zustandekommen der vertragsmäßigen Doppelwährung hinzuwirken und die Reichsregierung zu einer tatkräftigen bimetallistischen Politik aufzufordern."

Speziell habe Herr von Bar aus Gravenhorst sich um eine Begründung der durch ihn eingereichten Petition bemüht.

Er motivierte seinen Antrag dahin, daß, je größer der Umfang und die Menge der Zahlungs- und Tauschmittel sei, desto höher auch damit die Preise stiegen; je weniger Zahlungsmittel vorhanden wären, desto mehr wäre ein Sinken der Preise — um eine aufquellende Unruhe zu übertönen, wiederholte der Sprecher — wäre ein Sinken der Preise der einzelnen Wertobjekte zu beobachten.

Er begründe das, fuhr von Goldfuß mit leichterer Stimme fort, mit einer Reihe von Beispielen aus der Geschichte der letzten achtzig Jahre. Auch die fünf Milliarden der französischen Kriegsentschädigung bestätigten — nach Ansicht von Herrn von Bar — diese Regel: Der Zufluß des französischen Goldes hätte die Preislage gehoben und einen bedeutenden Aufschwung herbeigeführt, während dann 1874 durch die Einführung der Goldwährung eine Menge flüssiges Geld aus dem Lande getrieben worden sei, worauf dann die Preise allgemein gesunken wären, was zu jener bedenklichen Entwertung des Grundbesitzes geführt habe, die heute noch fortwirke.

Während von Goldfuß weiter referierte von andern Petitionen, die alle übereinstimmten in der Klage über das Sinken der Preise, über die Entwertung der Produkte, wuchs die Unruhe des Hauses mehr und mehr: Die letzten Sitzungen hatten mit wachsender Schärfe die Unhaltbarkeit der wirtschaftlichen Lage gezeigt, das Steigen der Not, das Anwachsen der Unzufriedenheit, ja, der Angst vor der immer größeren Krise, und hier nun, hier zeigten sich die deutlichen Spuren jenes unbegreiflichen, unfaßbaren Wesens der unsichtbar um sich greifenden Depression.

Der Herr Abgeordnete von Kardorff hat das Wort, ließ sich der Vorsitzende vernehmen.

Inmitten der Rechten erhob sich von Kardorff, blätterte in seinem umfangreichen Manuskript und begann weitausholend von den Meinungsverschiedenheiten zu sprechen, die damals, in der ersten Session des Reichstags, im Jahre 1871, über die Frage Silber oder Gold hin und her geworfen worden. Sorgfältig hob er die Frage der Goldproduktion aus der Fülle der Probleme heraus, auf begangene Fehler, auf zu erwartende Unglücksfälle hinweisend. Durch solid entwickelte Sachkenntnis sich das Gros der Versammlung außer Reichweite haltend, rückte er dem Hauptgegner zu Leibe, Bamberger, der mit verschränkten Armen zum Sprecher hinüberstarrte.

Es werde bestritten, erklärte Kardorff vorsichtig, daß die Goldverteuerung die schweren Preisrückgänge verursacht habe. Man spreche vom Fortschritt der Technik, von der Entwicklung des Verkehrswesens, die es ermöglichen, billiger zu produzieren. Die Stimme senkend, bemerkte er, daß er unverdächtige Zeugen sprechen lassen werde: die tüchtigsten, energischsten und gescheitesten Verfechter der Goldwährung in England. In erster Linie — das werde der Herr Abgeordnete Bamberger bestätigen — in erster Linie stehe da Herr Giffen. — Herr Giffen weise anhand umfassender Statistiken nach:

> Der Preisrückgang von 1873 auf 1879 müsse auf 24 Prozent geschätzt werden; dieser Preisrückgang sei im wesentlichen verursacht durch den Uebergang Deutschlands zur Goldwährung. Wenn keine

Aenderung in der Währungspolitik erfolge, so könne dieser Preisrückgang nicht überwunden werden — ja, er würde sich noch verschärfen.

Was Patterson und was Thorold Rogers sagten und Master Smith, der Gewinner des Cobdenpreises über die Krise, das ging in der zunehmenden Unruhe des Hauses unter.

Scharf durchdrang der Ausruf von Kardorff das Gewirr der Stimmen: Die Währungsfrage sei wesentlich eine agrarische Frage. In die Stille der Versammlung fielen dann die Worte: „— — und nun stellen Sie sich die Lage des deutschen Landwirts vor, seit wir in das System der Goldwährung eingetreten sind: Der Landwirt zahlt seine Zinsen, die in Silber kontrahiert sind, in dem sich verteuernden Gold; aber für seine Produkte erhält er 20 bis 24 Prozent weniger als vorher. Dies, meine Herren, dies sind die beiden Mühlsteine, zwischen die die deutsche Landwirtschaft geraten ist.

Die produktiven Klassen der Bevölkerung sind geschädigt zugunsten der Kapital besitzenden Klassen. Die Arbeiter haben von dieser Preisverminderung nichts gehabt als die Nachteile.“

Inzwischen hat Freiherr von und zu Frankenstein, der Vizepräsident, den Präsidentenstuhl eingenommen und erteilt unter allgemeiner, gespannter Aufmerksamkeit dem Abgeordneten Dr. Ludwig Bamberger das Wort.

Rasch umreißt Bamberger mit ein paar witzigen Worten die Situation, von Gelächter umgeben lustwandelt er durch die gold- und silberblinkenden Gefilde der Diskussion, er exemplifiziert mit Amerika, er „warnt vor Experimenten“, er spricht „vom Sprung in's Dunkle“. Er spöttelt über die Unglücksprophezeiungen der Bimetallisten, die die Goldwährung begleiteten wie jener Engländer die Menagerie von Aken begleitet habe, um den Moment zu erleben, wo der Löwe dem Tierbändiger den Kopf abreißen würde. Die Rolle des Löwen falle dabei der Bland-Bill zu — alles lacht.

„Wo, meine Herren“, fragt er mit gut gespielter Naivität, „ist denn das Land, das sich eines ruhigeren, geordneteren Geldverkehrs erfreut als Deutschland? Unser öffentlicher Kredit steht so hoch, wie er nur je gestanden hat.“

Die Theorie, auf die sich die Gegner der Goldwährung stützen, die Qualitätstheorie sei von sehr zweifelhafter Art. Sie sei von der Wissenschaft beinahe allgemein verlassen in ihrer abstrakten Gültigkeit.

Auch konsequent sei die Haltung der Gegnerschaft nicht; wenn von Schutzzoll die Rede sei, so stehe Deutschland immer in Blüte, da gehe alles herrlich, da sei seit 1879 alles in Schönheit und in Freuden. Sobald wir aber zur Währungsfrage kämen, so öffne sich der Pfuhl der Hölle und alles sei „furchtbar“ —

Am Tisch des Bundesrats entsteht eine Bewegung — die allgemeine Fröhlichkeit hat die Herren offenbar davon überzeugt, daß die Sache der Regierung, die Goldwährung, durch den amüsanten Bamberger wieder einmal gerettet ist. Herr von Bötticher empfiehlt sich. Bamberger aber, der berühmte Stundenredner, hat sich noch lange nicht genug getan. Er spricht und spricht und spricht. Die Zeit rückt vor. Noch kommt Dr. Frege zu Wort,

der die „ländlichen Kasinos“ in Schutz nimmt, über die sich Bamberger lustig gemacht. Er erinnert das Haus, daß der Bauer vielleicht besser wisse, wo ihn der Schuh drücke; daß sein „ländlicher Verstand“, über den man hier mit Geringschätzung gesprochen, vielleicht besser orientiert sei über das, was fehlt, als alle Wissenschaft, und die vom Unglück Verschonten. Er halte die vierhundert ländlichen Petitionen für eine ernsthafte Angelegenheit, mindestens so ernsthaft wie die Eingabe irgend einer Korporation oder Handelskammer.

Aber die Sache war schon entschieden, die Meinungen waren gemacht. Als dann noch Oechelhäuser auftrat und nach ihm von Schalscha, um im letzten Augenblick der Diskussion noch eine andere Wendung zu geben, da war schon keine allgemeine Aufmerksamkeit mehr zu erreichen; die stundenlangen Reden von Kardorff und Bamberger hatten eine Stimmung der Uebermüdung und Reizbarkeit geschaffen. Diese Schwäche der Versammlung benutzte der Abgeordnete von Windthorst: Er sei der Meinung, daß die Währungsfrage von höchster Bedeutung und Wichtigkeit sei. Daß aber gerade wegen ihrer Wichtigkeit die Regierung die Initiative zu ergreifen habe und nicht der Reichstag: Auf die Regierung falle die ganze Last der Verantwortung.

Und nun, im richtigen Moment, beantragen die Abgeordneten Dr. von Cuny, von Gerlach, Dr. Witte und Graf von Praschma Schluß der Diskussion. Frankenstein bittet diejenigen Herren, welche den Schluß herbeiführen wollen, sich zu erheben — das große Mehr erhebt sich —

„Das ist die Majorität; die Diskussion ist geschlossen.“

* * *

Dr. Otto Arendt sieht von seiner Arbeit auf; ihm gegenüber sitzt der Freiherr von Schorlemer, „der westfälische Bauernkönig“, ungeduldig. Arendt greift eines der vor ihm liegenden Blätter auf: man müsse nach der Niederlage im Reichstag mit doppelter Kraft gegen die Goldwährung angehen. Er schlage vor, die Debatte im Wortlaut zu veröffentlichen — zur Rede Bambergers habe er, Arendt, eine Erwiderung geschrieben — seine kurzsichtigen Augen suchen in den Papieren — dann liest er mit starker Stimme:

„— — für uns kommt es nicht auf den Sieg eines Prinzips, sondern auf die allgemeine Wohlfahrt an; wie dies Ziel erreicht wird, ob mit halbem oder ganzem Bimetallismus, danach fragen wir nicht, aber die Währungswirren und die Geldverteuerung müssen ein Ende nehmen.“

Schorlemer nickt stumm und nachdenklich; dann erhebt er sich mühsam, erschöpft von der vergeblichen Arbeit von Monaten, um Jahre gealtert:

Das ist ein langer Weg.

ROBERT R. RICHARD:

Erzwingung des Goldstandards in den U.S.A.

Die folgenschwerste Sünde dieser Welt ist die Dummheit. Weil zu viele Menschen zu dumm oder zu bequem sind, die Ursachen des Unglücks dieser Welt — und somit auch ihrer eigenen Misere — zu erkennen oder zu untersuchen, geschieht es, daß die Menschheit immer mehr in die Hände einiger skrupellosen Teufel gerät, die sie immer weiter ins Verderben führen und solche unheilvolle Zustände verursachen, wie wir sie heute überall wahrnehmen können. Allzuviele überlassen es den Politikern und sogenannten Experten, die Probleme der Völker zu lösen und müssen dann plötzlich entdekken, daß diese ihre Macht nicht zum Segen der Völker, sondern für ihre eigenen egoistischen Ziele verwenden. So haben es internationale Finanzgauner und Blutsauger fertiggebracht, mit ihren Manipulationen die Völker hinters Licht zu führen, in Kriege zu stürzen, sie zu verarmen und zu Sklaven des Weltkapitalismus zu machen. Als England 1931 vom Goldstandard abging und die USA später nachfolgten, wußte unter Tausenden kaum einer, was eigentlich geschehen war. Das amerikanische Volk hatte nur eine ganz vage Vorstellung davon, mußte aber bald bemerken, daß die Regierung plötzlich eifrig darauf bedacht war, alles Gold in ihren Besitz zu bringen, daß man im Auslande eine Prämie darauf zahlte und daß durch Dekret die Hortung von Gold mit Gefängnis bestraft wurde.

In den USA und den wichtigsten Ländern Europas war die Grundlage der Finanzrechnung das Gold und der Goldstandard. Unter Goldstandard versteht man im allgemeinen, daß der Notenumlauf eines Landes zu 40 % durch Gold gedeckt ist, und Geldnoten jederzeit bei der Zentralbank eines Landes gegen Gold eingelöst werden können. Außerdem benutzte man das Gold dazu, um Passivsalden internationaler Handelsbilanzen abzudecken. So war es möglich, daß jedes Land Abhebungen von den Goldreserven eines andern Landes machen konnte. Aber während der gewöhnliche Sterbliche in den USA nur 50 Dollar in Gold abheben durfte, ohne auf Widerstand von Seiten der Bank zu stoßen, konnten gemäß dem Kongreß-Bericht der USA (14. Februar 1931) insgesamt 97 Institute seit 1919 7,8 Milliarden Dollar in Gold vom Schatzamt abheben und zwar durch den Gebrauch von Goldzertifikaten, die sie in den verschiedenen Banken deponierten. Die führende Rolle

spielte dabei die internationale Hochfinanz mit ihrer Weltbank, der BIZ, in Basel. Als dann 1931 von diesen Politikern und Finanzleuten das Moratorium beschlossen wurde, mußte Präsident Hoover es verkünden, um der Sache einen staatsmännischen Anstrich zu geben. Der eigentliche Grund des Moratoriums war aber der, den ausländischen Staaten Gelegenheit zu geben, Kapital und Zinsen ihrer Anleihen der jüdischen Bankgruppe in Wallstreet zurückzuzahlen. Mit Zustimmung und Genehmigung der Federal Reserve Bank in Washington hatten diese Kreise Anleihen an Korporationen in 33 ausländischen Staaten durchgeführt. Die Banken kassierten, was ihnen zukam, aber währenddessen ließen sie Volk und Regierung der USA ohne die nötigen Zahlungsmittel, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können.

Der Goldstandard war ein Betrug und wurde mit der Absicht eingeführt, wirkliches Geld — also Gold — den breiten Massen vorzuenthalten. Jene aber, die das Gesetz einführten, richteten sich nur nach ihm, wenn sie etwas manipulieren wollten, während sie sonst ihre Geschäfte zu 95 % in Papiergeld abwickelten. England hatte seine Hand im Spiele, als es galt, die USA auf den Goldstandard zu bringen.

Als im Jahre 1862 die USA sich in einem mörderischen Bürgerkrieg befanden, erschien in London ein Zirkular, das unter dem Namen „Hazard Zirkular" bekannt ist. Verfasser waren englische Bankiers, die damals schon in der überwiegenden Mehrheit Juden waren; darin erteilen sie dem Bankier Hazard den Auftrag, den Weg zur gesetzgebenden Körperschaft in den USA freizulegen. In dem Zirkular lesen wir u.a.: „Die Sklaverei wird von der kriegführenden Macht wahrscheinlich abgeschafft werden und auch das Verfügungsrecht über Hab und Gut. Damit sind unsre europäischen Freunde einverstanden; denn die Sklaverei besteht nur in dem Eigentumsrecht über die Arbeit des Sklaven und bringt die Fürsorge und Erhaltung des Sklavenarbeiters zwangsläufig mit sich. Unser Plan besteht aber darin, daß das Kapital die Arbeit durch die Kontrolle der Löhne beherrsche und kontrolliere. Dies kann durch die Kontrolle des Geldumlaufes geschehen. Die durch den Krieg entstandenen Schulden müssen dazu benutzt werden, um den Geldumlauf zu kontrollieren. Dies kann nur durch Ausgabe von Schuldverschreibungen geschehen, die als Grundlage für die Banken dienen. Wir können nicht erlauben, daß die „Greenbacks" (so wurden ihrer grünen Rückseite wegen die während des Bürgerkrieges ohne Deckung herausgegebenen Dollarnoten benannt, die als gesetzliches Zahlungsmittel galten und später in Gold eingelöst werden sollten) längere Zeit als Geld zirkulieren, da wir keine Kontrolle darüber besitzen. Die Schuldverschreibungen können wir aber kontrollieren und mit ihnen die Notenausgaben. Wir erwarten nun, daß der Sekretär (gemeint ist wohl der Sekretär des Schatzamtes) diese Empfehlungen dem Kongreß macht." Soweit das Zirkular.

1865 wurden in den USA durch Gesetz die „Greenbacks" zum gesetzlichen Zahlungsmittel erhoben. Die Londoner „Times" schrieb in ihrem Leitartikel dazu: „Wenn diese unheilvolle Finanzpolitik eine dauernde Einrichtung bleiben soll, wird die Regierung in der Lage sein, ihr eigenes Geld kostenlos herzustellen. Sie wird ihre eigenen Schulden bezahlen und schuldenfrei werden; sie wird alle notwendigen Zahlungsmittel besitzen, um ihren

Handel durchzuführen, das Land wird sich zu beispielloser Blüte erheben und der Reichtum der Welt und die Intelligenz der ganzen Erde wird ihm zuströmen. Diese Regierung muß zerstört werden oder sie wird alle andern dieser Erde zerstören."

Im Jahre 1869 wurde in England der Plan ausgeheckt, wie man die USA auf den Goldstandard bringen könne. Da die USA eine Bimetall-Währung hatten, drehte sich der Anschlag hauptsächlich um die Ausschaltung des Silbers. Auf diese Weise konnte England große Silbermengen zu niedrigen Preisen kaufen, sie nach Indien verschiffen und durch eine weitere Entwertung indische Waren zu jedem gewünschten Preise erstehen. Baron Rothschild äußerte hierzu: „Unter Millionen Menschen gibt es nicht einen, der die Wissenschaft des Geldes versteht. Im ganzen amerikanischen Kongreß sind vielleicht keine zwei Menschen, die sich klar darüber sind. Hier habe ich eine fünf Pfund-Note und einen Silberschilling. Das Volk glaubt, es sei Geld, aber beide sind es nicht. Die Banknote und der Schilling sind nur gesetzliche Zahlungsversprechen; in beiden Fällen ist Gold das versprochene Geld. Wenn wir die Welt auf die Goldbasis bringen, wird Gold das einzige Geld sein und alle andern Formen des sogenannten Geldes nur Zahlungsversprechen. Wenn wir Amerika vom Silbergeld abbringen können und dafür Kreditgeld einführen, so wird unter Tausenden kaum einer einsehen, worin der Unterschied besteht. Und noch eins: Geld — und hier meine ich Gold — ist der Wertmesser für Grundbesitz und wenn man ein Eigentum abschätzt, so meint man seinen Wert in Gold. Es ist einleuchtend, daß die Preise umso höher sein werden, je weniger Eigentum vorhanden ist, für das eine regelmäßige Nachfrage besteht. Dasselbe ist der Fall mit dem Geld, d. h. also mit dem Gold. Je weniger Geld vorhanden ist, umso höher wird der Preis dafür sein. Sie werden, Sir William, meinen Plan erst richtig verstehen, wenn Sie wissen, wie dumm die Leute in Geldfragen sind. Ich will Ihnen ein anderes Beispiel geben: Nehmen wir einmal an, daß der Geldumlauf in den USA $ 1.500 Millionen beträgt; davon sind $ 500 Millionen Papiergeld, $ 500 Millionen Silber- und $ 500 Millionen Goldgeld. Da die USA eine Bimetall-Währung haben, gelten Silber und Goldgeld als wirkliches Geld. Wenn wir nun im Kongreß ein Gesetz einbringen, das Silber zum zweitrangigen Zahlungsmittel macht, so bleiben nur die 500 Millionen Goldgeld als wirkliches Geld übrig, während das Silbergeld gleich dem Papiergeld nur ein Zahlungsversprechen darstellt."

Dazu bemerkte Sir Williams: „Wie Herr Baron das in den USA durchsetzen wollen, ist mir nicht klar. Das könnte man vielleicht in der Lateinamerikanischen Union arrangieren, aber die Yankees sind zu schlau für uns."

Wozu der Baron bemerkte: „Das trifft zu im Kriege, aber nicht in Finanzangelegenheiten. Es muß eben fein eingefädelt werden. Dies ist eine EIN-Mann-Welt. Ein Mann im Finanzausschuß des Senats, ein Mann im Ausschuß des Hauses und 100.000 Pfund dazu und die Arbeit ist gemacht. Sobald das Gesetz angenommen ist, sind wir sicher."

„Ich glaube Sie unterschätzen die Aufrichtigkeit und den Scharfsinn der Mitglieder des amerikanischen Kongresses. Der Vorschlag wird bekämpft

werden; ein Sturm wird sich in der Republik erheben und Ihre Agenten werden machtlos sein", sagte Sir Williams.

„Mein lieber Sir Williams, Sie verstehen die Bedingungen nicht, mit denen wir rechnen müssen. Die Vorlage wird eingebracht, um das Münzgesetz zu reformieren — offensichtlich eine harmlose Vorlage, nicht wahr? Es ist dort so üblich, alle paar Jahre eine derartige Vorlage einzubringen. So, wie die Vorlage erscheint, würde sie Silber nicht entwerten, sie würde es jedoch, sobald sie Gesetz geworden ist. Die Kongreßmitglieder werden für die Vorlage stimmen in dem Glauben, es handle sich um eine Revision des Münzgesetzes. Nach der Annahme durch den Kongreß wird das Gesetz durch Hinzufügung einer Zeile oder durch Auswechslung eines Wortes so gestaltet, wie wir es wünschen. Ich bezweifle, ob sie es überhaupt entdecken werden, mindestens werden einige Jahre vergehen. Sie müssen bedenken, daß das amerikanische Volk im Augenblick noch nicht zur Metallwährung zurückgekehrt ist; im Umlauf befindet sich nur Papiergeld; denn augenblicklich haben sie weder Gold noch Silber, aber das Volk vertraut darauf, daß das Papiergeld eingelöst wird. Momentan sind sie aber mit andern Sachen beschäftigt, und der Zeitpunkt, um zum Schlag auszuholen, ist äußerst günstig."

Sir William bemerkte zu den Ausführungen des Barons: „Wenn man aber den Betrug entdeckt, wird eine Welle der Empörung die Massen erfassen und der Widerruf wird unvermeidlich sein. Das Volk..."

„Das Volk soll zum Teufel gehen", bemerkte der Baron. „Sobald die Vorlage einmal Gesetz geworden ist, wird sie es auch bleiben; denn jeder Bankier und Geldverleiher in Amerika wird sich auf die Seite des neuen Gesetzes stellen. Zeigen Sie einem Menschen, wie er mit einem billigen Dollar einen teuren erhalten kann, und er wird stets dafür sein. Patriotismus spielt dann keine Rolle; denn Geld hat keinen Patriotismus. Der gesamte Reichtum der USA wird das Gesetz unterstützen. Sie werden den direkten Vorteil, den sie für sich erlangen, wohl bemerken, aber das Verderben und der Bankrott, der am Ende kommen und die meisten von ihnen mitreißen wird, werden sie übersehen. Wie Fliegen auf vergifteten Syrup werden sie sich darauf stürzen. Wir werden Argumente vorbringen, um den einzigen Standard, den Goldstandard, zu begünstigen und sie werden dazu beitragen, uns mit neuen Argumenten zu helfen."

Der angeführte Plan wurde durchgeführt; 1873 wurde eine Vorlage zur Reform des Geld- und Münzwesens eingebracht. Nicht ein Wort oder eine Andeutung über die Entwertung des Silbergeldes befand sich darin. In einer wilden Debatte wurde die Vorlage im Kongreß diskutiert und die Wichtigkeit einer freien Silberprägung klargelegt und von allen erkannt. Die Vorlage passierte einstimmig den Senat. Präsident Grant unterzeichnete die Vorlage, ohne sie überhaupt gelesen zu haben und erhob sie somit zum Gesetz. Es geschah alles so, wie der Baron es vorausgesehen hatte und erst 1876 entdeckte man die Fälschung. Ein großes Geheul erhob sich im Kongreß, aber als der Versuch gemacht wurde, das Gesetz zu widerrufen, stellten sich die großen Geldverleiher und die Bank-Vereinigung der USA hinter das Gesetz. Sie wurden darin von den Londoner Agenten unterstützt, die die englischen Geldinteressen vertraten. Mit Vorträgen und Literatur

wurde das Land überschwemmt und immer und überall zu Gunsten des Goldstandards plädiert.

Die verheerenden Folgen des Gesetzes waren doppelter Natur. Während einerseits die Werte der besitzenden Klasse wie Schuldverschreibungen, Handelspapiere und Hypotheken sich verdoppelten, sanken die Agrarprodukte und das Eigentum der besitzlosen Klasse auf die Hälfte des Wertes; Baumwolle wurde zu 5 Cents und das bushel Weizen zu 50 Cents verkauft.

Angefangen mit der betrügerischen Einsetzung des Gold-Standards im Jahre 1873 und endend mit dem Ankauf der Goldreserven (1934), wodurch die Grundlage einer eigentlichen Finanzpolitik unterminiert wurde, bildet die Geschichte dieser Manipulationen der Finanz-Hyänen von damals bis heute eine ununterbrochene Kette größter Verbrechen, die jemals in der Geschichte dieses Landes gegen ein freies Volk begangen wurden.

"Die Stunde hat geschlagen für die Hochfinanz öffentlich ihre Gesetze für die Welt zu diktieren, wie sie es schon bisher im Verborgenen getan hat ... Die Hochfinanz ist berufen, die Nachfolge der Kaiserreiche und Königtümer anzutreten, mit einer Autorität, die sich nicht über ein Land, sondern über den ganzen Erdball erstreckt".

WALTHER RATHENAU
1913 auf dem Bankkongreß in Paris



Ausschnitt aus dem Gemälde „Kreuztragung" von JEROEN BOSCH

MARTIN FAUSTUS:

Die Federal Reserve Bank

Wer die Geschichte der USA von ihrer Gründung im Jahre 1776 bis zur Gegenwart auch nur flüchtig verfolgt, dem wird die Tatsache nicht entgehen, daß die Nation mit fast periodischer Regelmäßigkeit von ungeheuren wirtschaftlichen Krisen und Depressionen heimgesucht wurde, die die Entwicklung des Landes für Jahre hindurch hemmten und manchmal sogar bis an den Rand des Bankrottes brachten. Man hat versucht, die Ursachen dieser Erscheinung zu erklären und Kriege, betrügerische Spekulationen der Banken, Intrigen ausländischer Mächte, Bimetallismus, d. h. Doppelwährung in Gold und Silber, usw. dafür verantwortlich gemacht. Als Hauptschuld wurde von den sogenannten Experten jedoch das Fehlen einer staatlichen Zentralbank angesehen, die die Währung und das Geldwesen überwachen und evt. auftretende Krisenerscheinungen sofort im Keime erstikken sollte. Alle diese Umstände vermochten das Phänomen wohl teilweise



Ausschnitt aus dem Gemälde „Kreuztragung" von JEROEN BOSCH

MARTIN FAUSTUS:

Die Federal Reserve Bank

Wer die Geschichte der USA von ihrer Gründung im Jahre 1776 bis zur Gegenwart auch nur flüchtig verfolgt, dem wird die Tatsache nicht entgehen, daß die Nation mit fast periodischer Regelmäßigkeit von ungeheuren wirtschaftlichen Krisen und Depressionen heimgesucht wurde, die die Entwicklung des Landes für Jahre hindurch hemmten und manchmal sogar bis an den Rand des Bankrottes brachten. Man hat versucht, die Ursachen dieser Erscheinung zu erklären und Kriege, betrügerische Spekulationen der Banken, Intrigen ausländischer Mächte, Bimetallismus, d. h. Doppelwährung in Gold und Silber, usw. dafür verantwortlich gemacht. Als Hauptschuld wurde von den sogenannten Experten jedoch das Fehlen einer staatlichen Zentralbank angesehen, die die Währung und das Geldwesen überwachen und evt. auftretende Krisenerscheinungen sofort im Keime erstikken sollte. Alle diese Umstände vermochten das Phänomen wohl teilweise

zu erklären, aber die wahren Hintergründe wurden nie aufgezeigt, da diese nicht in den USA, sondern in England zu suchen waren.

Als England sich mit dem Verlust seiner Kolonie abfinden mußte, war es stets darauf bedacht, die junge Republik finanziell und wirtschaftlich möglichst abhängig zu halten. Die echten Patrioten und Gründer der USA waren in Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten den intrigierenden Engländern nicht gewachsen, aber mit ihrem gesunden Menschenverstand erkannten sie damals schon die Gefährlichkeit einer privaten Nationalbank, deren sich die Regierung zur Abwicklung ihrer Geschäfte bediente. In der Geschichte der Bank von England hatten sie ein abschreckendes Beispiel vor Augen. Sie hatten die unheilvolle Macht und den verderblichen Einfluß vorausgesehen, den solch eine Bank bei der Regierung, der Presse, bei den Wahlen und beim Kongreß auszuüben vermochte. Waren doch bei der 2. Nationalbank, die 1836 aufgelöst wurde, fast alle Kongreßmitglieder verschuldet. Schon damals lag das englische Bankwesen vorwiegend in jüdischen Händen und bereits 1837 finden wir in den USA den Juden A. Belmont als Vertreter der Rothschilds.

Bei Ausbruch des Bürgerkrieges im Jahre 1861 unterstützten diese englischen Bankiers den Süden, da sie hofften, die USA in zwei Hälften aufspalten oder den Südteil sogar unter ihre Herrschaft bringen zu können. Als nach Beendigung des Krieges die USA sich anschickten, eine Großmacht zu werden, stellten sich allmählich auch die Schakale ein, die am Körper der Republik nagten, um sich Gewinne und materielle Vorteile zu verschaffen. Durch Bestechung und Fälschung hatten englische Bankjuden 1873 ein Gesetz im Kongreß der USA durchgedrückt, das die USA auf den Goldstandard brachte. Schon Präsident Grant (1869—76) sah sich gezwungen, eine Verfügung gegen die Juden im Schatzamt zu erlassen, in der es heißt: „Die Juden sind eine Klasse von Leuten, die nicht nur jede Handelsvorschrift des Schatzamtes verletzen, sondern auch die Vorschriften dieser Abteilung übertreten; sie werden daher innerhalb 24 Stunden nach Empfang dieser Verfügung von dieser Abteilung ausgeschlossen". Statistiker werden beweisen können, wie gering die Zahl der rein jüdischen Banken in den USA ist. Das mag stimmen, aber sie halten alle Schlüsselstellungen nicht nur im Schatzamt, sondern vor allen Dingen im Aufsichtsrat der Federal Reserve Banken besetzt. Von hier aus wird die Finanzpolitik der USA und der ganzen Welt bestimmt, aber nicht zum Wohle der Völker, sondern zum Wohle der internationalen Hochfinanz. Nach 1865 begann der Aufstieg und die Invasion der fremden Geldwechsler. Hier sollen nur die bekanntesten Namen angeführt werden, die eine unheilvolle Rolle in der Welt gespielt haben und noch spielen. Es sind dies: Kuhn, Loeb & Co., Gebr. Lehman, Gebr. Baruch, J. & W. Seligman, Kahn und die Warburgs. Abraham Kuhn und Salomon Loeb waren zuerst Warenhändler in Lafayette, Indiana (1850). Nach dem Bürgerkrieg finden wir sie als Bankiers in New York. Als Partner nahmen sie Jakob Schiff auf, der 10 Jahre später Chef des Hauses war, da er enge Verbindungen mit den Rothschilds und dessen Agenten in Deutschlnd, den Warburgs, hatte. Die Lehmans sind schon seit 1870 im Baumwollgeschäft und heute gehören sie zu den prominenten internationalen Finanziers. Unter den vier Brüdern Baruchs zeichnet sich besonders

Bernard M. Baruch aus, wie er sich selbst benannte: der Disraeli Nordamerikas. Als Sohn eines Arztes, kurz nach dem Bürgerkrieg geboren, studierte er an der Universität von New York, die er aber bereits mit 19 Jahren „geschäftehalber“ verließ.

Paul Warburg aus Hamburg hatte die USA schon öfters besucht. 1895 hatte er sich mit einer Tochter Loebs verheiratet und dadurch wurde er Teilhaber von Kuhn, Loeb & Co. in New York; 1902 nahm er dort seinen ständigen Wohnsitz. Er hatte die feste Absicht, das Bankwesen der Union zu reformieren; denn er hatte festgestellt, daß es völlig veraltet war. Er verfaßte mehrere Artikel über die notwendigen Reformen; doch vergingen noch vier Jahre, bis er sie veröffentlichte; er hatte Zeit und Geld und konnte warten, bis die Fische anbissen; denn seine Teilhaber zahlten ihm ein jährliches Gehalt von ½ Million Dollar, was für damalige Zeiten eine ungeheure Summe war. 1906 kam der erste große Fisch in Gestalt des allmächtigen Senators Aldrich, der ein brutaler Vertreter der Banken gegenüber der Regierung war. Er hatte die Artikel Warburgs gelesen und da er sich für dessen Pläne interessierte, erbat er mehr Material und Informationen, die ihm denn auch in überreichem Maße zuteil wurden. Die erste Frucht dieses Finanzunterrichtes war die Aldrich-Vreeland-Akte von 1908, die es den National-Banken ermöglichte, auch andere Papiere als nur Regierungs-Obligationen beim Schatzamt zu deponieren, um dafür Banknoten zu erhalten. In der Praxis war der Plan jedoch ein Versager. Begünstigt durch den Morgan-Skandal von 1907, war die Regierung mehr gezwungen als geneigt, das Bankwesen zu reformieren, um derartige Ereignisse zu verhindern. Was war geschehen? Der mit Kuhn, Loeb & Cia. liierte J. P. Morgan hatte eine jener künstlichen Krisen hervorgerufen, die das gesamte Wirtschaftsleben der USA bis auf den Grund erschütterten und den kleinen Mann an den Abgrund des Verderbens brachte. Der Zweck der Uebung war, die Konkurrenz Morgans, die Heinz-Morse-Gruppe im Bankgeschäft, in der Schiffahrt und Eisenindustrie auszuschalten, was ihm auch glänzend gelang. Morse erhielt 15 Jahre Gefängnis und Morgan verdiente allein an den Aktien der Stahlgruppe 670 Millionen Dollar. Ein ungeheurer Sturm der Empörung brauste über die USA; das Volk war dermaßen aufgebracht, daß es vom Kongreß energisch eine Reform des Bankenwesens verlangte, um in Zukunft solche Katastrophen zu verhindern. Es verlangte, vor diesen internationalen Bankräubern und Finanzhyänen geschützt zu werden. Da ertönte die heuchlerische Stimme eines anscheinend etwas weltfremden Professors namens Wilson, der erklärte, daß einige erfahrene Bankiers wie z. B. J. P. Morgan doch wohl am besten dazu geeignet wären, ein Gesetz über die Reform des Banken- und Finanzwesens auszuarbeiten. Diese Erklärung brachte ihm zuerst den Gouverneursposten von New Jersey und später die Präsidentschaft.

Was tat nun der Kongreß? Er ernannte zuerst einmal eine Kommission, die nach Europa reisen sollte, um die Bankgesetze der verschiedenen europäischen Staaten zu studieren. Nach ihrer Rückkehr sollte diese dann Vorschläge zur Bankreform in den USA machen. Trotz heftigen Widerstandes seitens des Kongresses, hatte Senator Aldrich es durchzusetzen gewußt, daß er zum Führer der Delegation ernannt wurde. Das hieß also in Wirklichkeit den Teufel mit Beelzebub austreiben, was denn auch geschah. Zwei Jahre

reiste die Delegation herum, amüsierte sich in Europa und verjubelte 300 000 Dollar des amerikanischen Steuerzahlers. Bald zwei Jahre war nun die Kommission von ihrer Reise zurück, aber Volk und Kongreß warteten immer noch auf ihren Bericht. Schließlich rief Aldrich eine Kommission zusammen — nicht etwa die Kommission mit der er in Europa herumgereist war — sondern eine Kommission von Bankiers. Am 22. 11. 1910 verfrachtete er diese in einem Sonderzuge von Hoboken, N. J., nach Jekyl Island, Georgia, um dort in dem vornehmen Jagdklub von J. P. Morgan 14 Tage in absoluter Abgeschlossenheit zu verbringen. Sogar das alte Personal wurde für die Dauer ihrer Anwesenheit beurlaubt und neues angestellt. Die Mitglieder der Kommission redeten sich untereinander nur mit Vornahmen an, um überhaupt jedes Aufsehen zu vermeiden. Sie waren nicht zur Wildjagd gekommen, sondern zur Jagd nach dem Dollar. Dort arbeiteten sie das Gesetz aus, das das Volk so dringend zu seinem Schutz gegen die Macht der Banken verlangt hatte. Außer Aldrich befanden sich dort die folgenden Männer, die die Interessen des Volkes schützen wollten:

Frank Vanderlip, Präsident der National City Bank of New York,
Henry P. Davidson, Partner von J. P. Morgan,
Charles D. Norton, Präsident der Morgan First National Bank of N. Y.,
Paul M. Warburg, Partner von Kuhn, Loeb & Cia.,
Benjamin Strong, Vertreter von Morgan,
A. Piatt Andrew, Hilfsschatzmeister des USA Schatzamtes,
Shelton, Aldrichs Privatsekretär.

Diese acht Männer unternahmen es, eine Vorlage auszuarbeiten, die unter dem Namen „Federal Reserve Acte“ 1913 zum Gesetz erhoben wurde. Das Hirn der Gruppe war P. Warburg, da er die meiste Erfahrung hatte und auch die Redaktion der Vorlage dirigierte. Es waren Warburgs Plän, die zum Gesetz erhoben wurden und die Errichtung der Federal Reserve Banken mit ihren Aufsichtsräten zum Gegenstand hatten. Kuhn, Loeb & Cia. bezahlte die Wahlunkosten der demokratischen Partei und Wilson hatte dafür zu sorgen, daß Warburgs Pläne Gesetz wurden. Auf Anraten Col. House berief dann Wilson P. Warburg zum Gouverneur der Federal Reserve Banken. Warburg vertauschte sein 500 000 Dollar-Gehalt mit einem 12 000 $-Posten. Mit diesem Gesetz beging der Kongreß der USA politischen Selbstmord; er beraubte sich seiner verfassungsmäßigen Rechte und legte die finanziellen und politischen Geschicke der Nation in die Hände einiger internationaler Bankräuber, die jeden Präsidenten der Nation zu ihrem Befehlsempfänger machten. Während die Farmer im Westen und Mittelwesten sowie die Plantagenbesitzer des Südens ihre Produkte nicht verkaufen konnten und kein Geld hatten, ihren Verpflichtungen nachzukommen, gab es in der New Yorker F. R. Bank Geld in Hülle und Fülle. Wie Schmeißfliegen um ein Zuckerfaß, so sammelten sich die fremden Wucherer um die Federal Reserve Bank.

Der große Fischzug sollte jedoch erst beginnen. Krieg ist das größte Geschäft der internationalen Hochfinanz. Die Rothschilddynastie wurde durch die europäischen Kriege groß. Der erste Weltkrieg wurde ebenfalls von der internationalen Hochfinanz vorbereitet; den Startschuß dazu gab der jüdische Student Principe am 28. Juni 1914 in Serajewo. Während das

amerikanische Volk fest entschlossen war, dem Kriege fernzubleiben und Wilson nur gewählt wurde, weil er versprach, den Willen des Volkes auszuführen, bereiteten die Bankiers Amerika schon für den Krieg vor. Inzwischen hatte man einen Beelzebub, den obskuren B. M. Baruch, zum Berater des Präsidenten gemacht, so daß Wilson nunmehr fest im Netze der Spinne saß. Schon 1915 traf Baruch alle Vorbereitungen, um das gesamte Wirtschaftsleben der Union auf den Krieg umzustellen und die Republik unter seine Diktatur zu bringen. Nebenbei ließ er sich von der F. R. Bank 100 Millionen geben zur Gründung einer Zentrale für den Getreideverkauf. Während amerikanische Firmen vergebens um Anleihen oder Kredite nachsuchten, erhielten Baruchs Genossen alles was sie wollten. So erklärt sich die Tatsache, daß nach dem 1. Weltkrieg 73 % aller neugebackenen Millionäre Juden waren. Durch kurzfristige Kündigung aller Anleihen und Kredite vermochte der Aufsichtsrat der F. R. Bank in den Vereinigten Staaten ganz nach Belieben Finanz- und Wirtschaftskrisen hervorzurufen, und im Verein mit europäischen Zentralbanken, die von parallelen Kräften kontrolliert wurden, auch Weltkrisen. So erleben wir seit 1914 das Phänomen, daß die Völker (auch die sogenannten siegreichen) immer mehr verarmen, während eine dünne Schicht internationaler Finanzleute immer reicher werden und heute praktisch alle großen Industrien und weltweiten Rohstoffquellen besitzen oder beherrschen.

Was mit Wilson geschah, wiederholte sich in weit größerem Ausmaße mit F. D. Roosevelt. Der alte Beelzebub war wieder zur Stelle und herrlich schimmerte der Morgenthau als die Sonne blutrot über die Völker aufging zur größeren Glorie der Hebräer. „Perros que cómen no ladran" (Hunde die fressen, bellen nicht) sagt man in Argentinien, daher beteiligten sie Roosevelt an ihrem Geschäft; an der Import- und Export-Bank für Sowjetrußland stellten sie ihm 1 Million zur Verfügung. Gegen die Idee einer staatlichen Federal Reserve Bank, die wirklich den Interessen des Landes und des Volkes dient, soll hier nichts gesagt werden. Es würde aber den Rahmen eines Artikels weit überschreiten, wenn man all das Unglück anführen wollte, das der Aufsichtsrat der F. R. Bank in den 40 Jahren seines Bestehens in Amerika und der ganzen Welt angerichtet hat. Aus der Fülle des Materials sollen hier nur die wichtigsten Punkte angeführt werden, die den schädlichen Charakter des Aufsichtsrates der F. R. Bank kennzeichnen:

1) Die Bank ist ein reines Privatunternehmen und gewährt Geld und Kredit nur ihren Freunden, die in der Mehrzahl nicht Amerikaner sind.

2) Sie hat die Bildung gigantischer Korporationen ermöglicht, so daß von den 300 000 Korporationen mit einem Gesamtkapital von 165 Milliarden im Jahre 1934, allein 200 Korporationen ein Kapital von 61 Milliarden besaßen.

3) Sie hat Amerika in den I. und II. Weltkrieg gebracht, um den Kredit des Britischen Empires zu sichern, der den Amerikanern alleine im I. Weltkrieg Hunderttausende von Toten brachte und dem amerikanischen Steuerzahler 40 Milliarden Dollar kostete.

4) Sie beherrscht das Schatzamt der Vereinigten Staaten und diktiert ihm ihre Politik.

5) Sie hat mit ihrer Propaganda für ihre sogenannte „gesunde Währung" Schulen und Universitäten überschwemmt und durch eine gekaufte Presse das Land mit falscher und lügenhafter Propaganda überzogen, um das Volk für den Krieg reif zu machen. (1916 und seit 1933).

6) Sie hat sich jeder Steuerreform widersetzt und die Lasten auf alle Klassen der Bevölkerung und auf jede Form des Wohlstandes gelegt.

7) Sie hat Revolutionen in befreundeten Nationen inszeniert, um dann die Regierung durch ihre Strohmänner übernehmen zu lassen.

8) Sie hat Kriege finanziert wegen der Kriegsgewinne und Wettrüsten unter den Völkern veranstaltet, um Waffen- und Munitionsfabriken zu bereichern.

9) Sie hat sich der wirtschaftlichen Wohlfahrt der Bevölkerung widersetzt, indem sie Stadt und Land, Arbeiter und Fabrikanten, Ausländer und Amerikaner gegeneinander ausgespielt hat.

10) Sie hat durch B. M. Baruch ihre Philosophie der Zerstörung und ihre Sophistereien sozialer Politik und Reformen dem Präsident Roosevelt ins Ohr flüstern lassen.

Für Baruch und seine internationalen Genossen war es vollkommen gerecht und selbstverständlich, wenn sie durch ihre weltweiten Spekulationen und ihre Gold- und Silbertransaktionen riesenhafte Gewinne einsteckten, aber für das ausgebeutete Volk war es unmoralisch, auch nur die Brosamen aufzuheben, die von dieser Herren Tische fielen. Bisher haben es die internationalen Kapitalisten verstanden, das Geld- und Bankwesen dem gemeinen Mann als ein Buch mit sieben Siegeln darzustellen, als eine Geheimlehre, die eine höhere Intelligenz erfordert, um sie zu entziffern, während es nur des gesunden Menschenverstandes bedarf, diese Schliche zu durchschauen. In den Zeitungen liest man heute manchmal von den „drei Weisen", die die unwissenden Alliierten beraten. Das sind gewiß nicht die drei Weisen aus dem Morgenlande, sondern drei Weise aus der internationalen Finanzspekulation mit ihrer Afterweisheit. Sie glauben an ihre geistige Sendung und dieser Geistigkeit schreiben sie es zu, daß sie bis heute überdauert haben. Diese Geistigkeit ist aber nichts weiter als die intellektuelle Gerissenheit eines Scheck- und Bücherfälschers, der sich erhaben über den Gangster fühlt, der mit der Pistole in der Hand die Bank beraubt. Aber alles Schlechte richtet sich am Ende selber; die Epoche der Ausbeutung und wirtschaftlichen Versklavung nähert sich ihrem Untergange. Ein Erwachen geht durch die Völker der Erde; sie erkennen die Ursache ihres Leidens und die Heuchelei zweier Präsidenten, die darauf ausgingen, die Welt für die Demokratie sicher zu machen. Der große amerikanische Präsident A. Lincoln hat dies einmal sehr populär ausgedrückt als er sagte: „Man mag vielleicht einige Völker für einige Zeit betrügen, aber man kann nicht alle Völker für immer betrügen."

HERBERT BEHN:

Der Internationale Währungsfonds

und die Ziele der Wallstreet

Das Abkommen über den Internationalen Währungsfonds (IWF) wurde am 22. 7. 1944 auf der Konferenz von Bretton Woods von den USA und ihren damals 43 Bundesgenossen im Krieg gegen Deutschland unterzeichnet (neutrale Staaten waren nicht beteiligt) und trat vereinbarungsgemäß nach Kriegsende in Kraft (am 27. 12. 1945). Der IWF nahm seine Tätigkeit am 1. 3. 1947 auf, nachdem Sowjetrußland inzwischen im Juni 1946 die Ratifizierung abgelehnt hatte. (Die weitere Mitgliederbewegung durch Austritte und durch Aufnahme auch neutraler Mitglieder bleibt im folgenden der Einfachheit halber unberücksichtigt).

Zu Beginn der Konferenz betonte Roosevelt in seiner Begrüßungsansprache, der Handel sei das Lebensblut einer freien Wirtschaft, und es müsse dafür gesorgt werden, daß die diesen Blutstrom führenden Arterien nicht wieder wie in der Vergangenheit „durch künstliche aus unsinniger wirtschaftlicher Rivalität entstandene Schranken“ verstopft würden. Als gefährlichste dieser Schranken sehen die USA die von den meisten Staaten der Welt auf Grund der ihnen zukommenden Währungshoheit betriebene Devisenpolitik durch Festsetzung der Wechselkurse nach den Bedürfnissen ihrer nationalen Wirtschaft an. Durch die Gründung des IWF sollte die freie Entscheidung über die Devisenkurse durch die Bindung an eine überstaatliche Instanz ersetzt werden. Von welcher Wichtigkeit das Zustandekommen des IWF für die USA war, ergibt sich am besten daraus, daß sie England, als dieses wegen seiner katastrofalen Wirtschaftslage die Ratifizierung ablehnen wollte, dadurch zum Verbleiben im IWF bewogen, daß sie ihm nicht nur die gesamten Pacht- und Leihschulden aus dem Krieg in Höhe von 25 Milliarden Dollar strichen, sondern ihm darüber hinaus noch eine Anleihe von 4,4 Milliarden Dollar, die bis dahin größte Anleihe der Welt, bewilligten. Bei der Erörterung dieser Angelegenheit vor dem Bankenausschuß des Senats erklärte der damalige Unterstaatssekretär Clayton bezeichnenderweise, „daß der politische Gesichtspunkt bei diesem Anleihevorhaben wichtiger ist als seine wirtschaftliche Seite.“

Der IWF ist eine von den Regierungen der 44 alliierten Staaten gegründete und nach Art einer Aktiengesellschaft organisierte juristische Person. Das ursprünglich auf 8,8 Milliarden US$ festgesetzte Kapital des IWF wurde dadurch beschafft, daß jedes Mitglied eine durch die Satzung der Höhe nach festgelegte Quote (d. i. etwa sein Geschäftsanteil an dem IWF) übernehmen und voll einzahlen muß. 75 % dürfen in der eigenen Währung des Mitgliedstaates eingezahlt werden; den Rest muß das Mitglied entweder voll in Gold entrichten oder es kann ihn in der Weise zahlen, daß es 1/10 seiner amtlichen Goldbestände hergibt und den Rest in Dollar zahlt. Die Höhe der Quoten schwankt zwischen 500.000 US$ und 2750 Millionen US$ und ist wichtig für die Höhe der Kredite, die das Mitglied in Anspruch nehmen kann, und für die Höhe seines Stimmrechts; denn jedem Mitglied stehen 250 Stimmen und für je 100.000 Dollar seiner Quote 1 weitere Stimme zu. Die Gesamtzahl der Stimmen beträgt also nach dem Stand vom 22. 7. 1944 (die späteren Aenderungen mögen hier unberücksichtigt bleiben) 99.000. Davon stehen zu z. B.

den USA	(Quote	2750	Millionen	Dollar)	27.750	
England	(„	1300	„	„)	13.250	
China	(„	550	„	„)	5.750	
Frankreich	(„	450	„	„)	4.750	51.500

Die USA haben also allein über 25 % aller Stimmen und zusammen mit England, Frankreich und (National-) China die absolute Mehrheit, die für die meisten Entscheidungen genügt.

Der überragende Einfluß der USA tritt im IWF außer in der Höhe der USA-Quote besonders dadurch zutage, daß der USA-Dollar in Art. IV amtlich als Leitwährung für die Welt festgelegt wurde (s. u.). Ferner muß der Sitz des IWF in den USA liegen, wo vorläufig auch mindestens die Hälfte der Goldvorräte untergebracht werden muß usw.

Dem IWF ist im Verkehr mit den Mitgliedstaaten eine geradezu souveräne Stellung eingeräumt worden (XI): Er besitzt nicht nur in allen Mitgliedstaaten unbeschränkte Rechtsfähigkeit, sondern sein gesamtes Vermögen, seine Archive, sein gesamter Verkehr ist absolut immun gegen jede behördliche, gerichtliche oder sonstige Maßnahme, er unterliegt vor allem keinerlei Untersuchungen, Beschlagnahmen, Besteuerungen usw. Er kann überall klagen, kann aber nur mit seiner Zustimmung verklagt werden. Seine Organe und Angestellten werden behandelt wie die Angehörigen des diplomatischen Dienstes fremder Staaten.

Der IWF hat gegen die Mitgliederstaaten einen außerordentlich weitgehenden Anspruch auf Auskunfterteilung (VII 5): „Er kann alle Auskünfte verlangen, welche ihm für seine Tätigkeit notwendig erscheinen". Als „Mindesterfordernis" werden z. B. angesehen Auskünfte über die offiziellen Gold- und Devisenbestände im Ausland, sämtliche Gold- und Devisenbestände aller nichtamtlichen Finanzinstitute, Produktion sowie An- und Verkauf von Gold, über den gesamten Warenverkehr mit dem Ausland, die Zahlungsbilanzen, Kapitaltransaktionen nach dem Ausland, Kapitalanlagen von Inländern im Ausland, Groß-, Einzelhandels- und sonstige Preise usw.

Für den IWF und die in ihm wirkenden Kräfte gibt es also keinerlei finanz- und wirtschaftspolitische Geheimnisse seiner Mitgliedsstaaten mehr.

Als Ziele des IWF gibt Art. I der Satzung u. a. an: Die Ausdehnung des internationalen Handels zu erleichtern, die Stabilität der Währungen zu fördern, Währungsabwertungen aus Konkurrenzgründen zu verhindern, bei der Aufhebung von den internationalen Handel störenden Zahlungsbedingungen mitzuwirken und den Mitgliedern beim Ausgleich ihrer Zahlungsbilanz behilflich zu sein. Zur Erreichung dieser Ziele sind die Mitgliedstaaten u. a. verpflichtet:

a) die Parität ihrer Währung (d. h. den internationalen Wechselkurs) zu einem näher bestimmten Zeitpunkt festzusetzen, und zwar in Gold als Wertmesser oder in USA-Dollar (!),

b) hiernach keinerlei Aenderungen der Parität ihrer Währung mehr vorzunehmen, die sich auf dem internationalen Devisenmarkt auswirken könnten, es sei denn im Einvernehmen mit dem IWF,

c) bei Gold- und Devisengeschäften nur in bestimmten festgelegten Grenzen von der Parität abzuweichen,

d) den freien Devisenverkehr nur in gewisser näher umschriebener Weise zu beschränken, usw. usw.

Anderseits ist der IWF in begrenztem Umfang verpflichtet, den Mitgliedern, wenn sie Schwierigkeiten in der Zahlungsbilanz haben, Beträge in der ihnen fehlenden Währung zur Verfügung zu stellen, wofern das Mitglied den Gegenwert in Gold oder einer zu bestimmenden anderen Währung zahlt.

Das bedeutet: Die dem IWF angeschlossenen Staaten verzichten auf jede Devisenpolitik, d. h. auf das wichtigste Mittel zum Schutz ihrer nationalen Wirtschaft, damit die allmächtigen USA-Trusts mit ihrem gewaltigen Waren- und Kapitalexport die „freie“ Welt ungehindert überschwemmen können.

Als im September 1952 die ordentliche jährliche Hauptversammlung des IWF in Mexiko tagte, konnte man als Endergebnis seiner 5jährigen Tätigkeit auf seinem eigentlichen Aufgabengebiet, die Stabilität der Währungen zu fördern, nur ein Fiasko feststellen: Am 18. 12. 1946 waren die Wechselkurse der meisten Mitgliedstaaten amtlich festgelegt worden. Aber schon bald danach wertete Frankreich, ohne den IWF zu fragen, seine Währung ab und baute im Widerspruch zu der Satzung ein System differenzierter Wechselkurse auf. Eine Reihe weiterer Länder (z. B. Italien und Griechenland) folgten, und das Gewirr der Wechselkursaufspaltung war bald größer als zuvor. Dazu kam u. a. im August 1947 die Aufhebung der Umtauschbarkeit des Pfundes und im September 1949 seine Abwertung, der fast alle anderen europäischen Währungen folgten. Nach der Satzung (XIV 4) sollten bis zum 1. 3. 1952 sämtliche Devisenbeschränkungen aller Mitglieder aufgehoben sein. Tatsächlich aber bestanden sie noch bei 45 von den 53 Mitgliedstaaten. Der Präsident Ivar Rooth faßte das trübselige Ergebnis in die Worte: „Es ist eine traurige Tatsache, daß 7 Jahre nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges der internationale Zahlungsverkehr noch weit davon entfernt ist, ausbalanciert zu sein, und die Devisenschwierigkeiten und Re-

striktionen noch anhalten." Die nationalwirtschaftlichen Kräfte waren also zunächst noch einmal stärker gewesen als die Wallstreet.

Von mindestens derselben Bedeutung beim Zustandekommen des IWF wie die Stabilisierung und Konvertierbarkeit der Währungen war für die USA die damit in Verbindung gebrachte Goldpolitik. Die Bestimmungen über die Festlegung der Paritäten und über den Goldankauf besagen (Art. IV):

„Die Parität der Währung jedes Mitgliedes ist auszudrücken in Goldeinheiten als gemeinsamem Wertmesser oder in USA-Dollars nach Gewicht und Feingehalt, wie sie am 1. Juni 1944 in Kraft waren."

„Für Geschäfte der Mitglieder in Gold soll der Fonds eine Spanne über und unter der Parität vorschreiben. Kein Mitglied soll Gold zu einem Preis kaufen, der die Parität zuzüglich der festgesetzten Spanne überschreitet, oder zu einem Preis verkaufen, der die Parität abzüglich der festgesetzten Spanne unterbietet".

Damit war (seit dem 18. 12. 1946, dem Tag der erstmaligen Festlegung der Paritäten) der Goldpreis auf 35.— USA-Dollar für 1 oz. t. (=1 ounce troy weight = 31,15 g) festgesetzt.

Diese Regelung, daß die Wechselkurse der Währungen vom Gold als allgemeinem Wertmesser abhängig gemacht wurden (womit noch keine Deckung der Währungen durch Gold vorgeschrieben war), bedeutet in gewissem Sinn die Rückkehr zum Goldstandard. Daß hierauf gerade die USA einen entscheidenden Wert legten und die Goldfrage in Satzung und Geschäftsgebahrung des IWF eine so bedeutende Rolle spielt, erklärt sich aus der Haltung, welche die US-Banktrusts, gipfelnd im Federal-Reserve-Board-System, von jeher zur Goldfrage eingenommen hatten: sie hatten ein für allemal den Goldbesitz zum absoluten Fundament der Noten- und Kreditpolitik gemacht, so daß Notenumlauf und Kreditvolumen von der verfügbaren Goldmenge abhingen, und waren deshalb darauf bedacht, möglichst viel Gold in ihrem Besitz zu konzentrieren. Dieses Ziel wurde nach dem ersten Weltkrieg besonders nachdrücklich verfolgt, und Paul M. Warburg (der Gründer und erste Leiter des Federal Reserve Board und Mitinhaber der bekannten New Yorker jüdischen Großbank Kuhn, Loeb u. Cie) erklärte 1922 mit allem Nachdruck: „Es ist für mich von höchster Wichtigkeit, daß Nordamerika das Land mit den größten Goldreserven der Welt wird".

Um dieses Ziel zu erreichen, suchte man nicht nur (positiv) möglichst alles verfügbare Gold zu erwerben, sondern auch (negativ) die Goldhortung durch andere Kreise zu verhindern oder mindestens zu erschweren. Obwohl schon 1921 die US-Notenbanken größere Goldvorräte besaßen als jede andere Notenbank der Welt und obwohl die USA damals in einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur lebten, war das Gold schon damals aus dem Umlauf so gut wie verschwunden, weil er in den Tresors lagerte. Darüber hinaus erging im Jahr 1930 ein in den USA noch heute in Kraft befindliches Gesetz, wonach es den Einwohnern bei Strafe verboten ist, ihr Geld in Gold anzulegen.

Die von den US-Banktrusts planmäßig betriebene Konzentration des Goldes in ihrem Besitz führte zu dem Ergebnis, daß nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, als alle Kriegführenden total verarmt waren, im Juni 1945 mehr als die Hälfte (55 %) der gesamten Währungs-Goldreserven der Welt in USA-Besitz waren (wie alle anderen Zahlen ohne Rußland). Bei Ausbruch des Koreakonfliktes (Mitte 1950) waren es etwa 66 %. Die Bestände gingen dann vorübergehend zurück, dürften aber heute wieder auf 62 % gestiegen sein (auf etwa 23 Milliarden Dollar). Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Anteil der USA an der Welt-Goldproduktion prozentual wesentlich niedriger liegt. Er betrug z. B. 1940: 13,4 %, 1948: 8,9 % 1950: 9,5 % und 1951: 8,4 %, d. h. (bei einer Weltproduktion von 24 Millionen Unzen = 840 Millionen Dollar) kaum 71 Millionen Dollar.

Der IWF befolgt offenbar die Goldpolitik der US-Banktrusts, und fördert sie, wie sich aus folgendem ergibt:

a) Festlegung der Parität der Währungen in Gold als internationalem Währungsmetall,

b) die in der Satzung auftretende Tendenz, möglichst Zahlungen in Gold zu erhalten,

c) der den Paritäten zugrundegelegte Goldpreis (35 $ je Unze) stammt noch aus dem Jahr 1934, war also 1946 viel zu niedrig festgesetzt, weil inzwischen in der gesamten Welt und also auch im Goldbergbau die Gestehungskosten wesentlich gestiegen waren. Es war also von vornherein selbstverständlich, daß die Weltgoldproduktion erheblich absinken und vielleicht teilweise zum Erliegen kommen mußte. Daher war weiter damit zu rechnen, daß der noch nicht in den USA konzentrierte Teil des Welt-Goldvorrates sich weniger rasch oder überhaupt nicht mehr vermehren würde, was die Konzentration des gesamten Goldes der Welt nach den USA zweifellos erleichtern mußte.

d) Im Sommer 1947 forderte der IWF alle Mitgliedstaaten zum Verbot der Goldabgabe und des freien Goldhandels auf. Sogar an das Nichtmitglied Schweiz wurde eine entsprechende Bitte gerichtet (der auch prompt entsprochen wurde). Auch der IWF sucht also zu verhindern, daß Gold in die Hände der Bevölkerung gerät, und jedenfalls die Menge des durch Private hortbaren Goldes auf ein Minimum zu beschränken.

Die Entwicklung hat aber gezeigt, daß die Macht der Tatsachen stärker war als die Bestrebungen und Maßnahmen des IWF. Die betroffenen Staaten ließen ihren Goldbergbau nicht zum Erliegen kommen, sondern zahlten notgedrungen erhebliche Subventionen, so daß die Welt-Goldförderung fortgesetzt wurde, allerdings erheblich zurückging (1940: 36,7 Millionen Unzen, 1951: 24 Millionen Unzen). Außerdem bildeten sich für den Privatbedarf (besonders für Hortungskäufe aus Angst vor den immer wieder inszenierten kriegerischen Auseinandersetzungen und Geldentwertungen) graue und schwarze Goldmärkte, auf denen für 1 Unze statt 35 im allgemeinen um 45 Dollar herum, oft aber besonders im Fernen Osten bedeutend mehr (über 70 Dollar) gezahlt wurden. Genährt wurde dieser schwarze Markt bezeichnenderweise nicht nur durch den notleidenden Goldbergbau,

sondern vor allem aus den USA selbst. Der Wert des aus den USA auf diese Märkte geschmuggelten Goldes beträgt nach Angaben des Obersten Bundesgerichts etwa ½ Milliarde Dollar jährlich (!). Als Leiter der Schmuggelbande traten hervor Jakob Goldfreß, Henry Mayer und Artur Muller, die man nach Eröffnung der Untersuchung z. T. in ihr Vaterland Israel flüchten ließ (UP v. 25. 8. 52).

Infolge des immer stärker werdenden Druckes, der von den Gold produzierenden Ländern ausging, blieb dem IWF, um eine Erhöhung des von ihm stabilisierten amtlichen Goldpreises mit ihren höchst fatalen Auswirkungen auf seine gesamte Existenz zu vermeiden, nichts anderes übrig, als am 28. 9. 1951 seinen Mitgliedern zu gestatten, von ihnen gewonnenes Gold für nichtmonetäre Zwecke (Prämiengold, Industriegold) auch zu einem höheren Preis als 35 Dollar zu verkaufen. Diese Erlaubnis führte nicht nur zu einem Zusammenbruch der sog. Gold-Freihandelspreise, sondern zeigte erneut die Brüchigkeit der Goldwährungstheorie (Deckungstheorie). Wichtig ist, daß der IWF auch bei dieser Gelegenheit seine Mitglieder eindringlich darauf hinwies, daß nach seiner Auffassung das Gold in den amtlichen Deckungsreserven für die Währung konzentriert und daß sein Absickern in die private Hortung nicht erlaubt werden solle.

Der IWF hat also vor allem die USA in doppelter Hinsicht enttäuscht: Er hat weder die Stabilisierung der Währungen noch die Goldpolitik in ihrem Sinn fördern können. In seinem 7. Jahresbericht für das am 30. 4. 1952 abgelaufene Geschäftsjahr erklärt er vorwurfsvoll und entschuldigend, die meisten Mitgliedstaaten trügen selbst die Verantwortung dafür, daß der IWF seine Ziele nicht habe erreichen können: sie verbrauchten mehr als sie produzierten, sie lebten über ihre Verhältnisse hinaus, sie machten überflüssige Verwaltungsausgaben, trieben zuviel Devisenzwangswirtschaft, hätten zu hohe Zollschranken errichtet usw. Der IWF appellierte an den guten Willen seiner Mitglieder, doch selbst die Stabilität ihrer Volkswirtschaften herbeizuführen, um zu einer Besserung der Verhältnisse zu kommen. Er mußte praktisch zugeben, am Ende seiner Möglichkeiten angelangt zu sein. (Daß trotzdem Westdeutschland am 14. 8. 52 dem IWF mit einer Quote von 330 Millionen Dollar beitrat, von denen 33 Millionen in Gold, der Rest in DM bezahlt werden mußten, sei am Rande vermerkt).

In dieser Situation tauchen Reformgedanken auf, die äußerst gefährlich sind, weil sie die letzten Reste der Souveränität der angeblich „freien“ Staaten der angeblich „freien“ Welt bedrohen und sie vollends zu Wirtschaftskolonien der USA-Trusts machen würden: Man weiß, daß die Mitglieder des IWF nur unter dem starken Einfluß der USA einigermaßen bei der Stange bleiben oder weil sie Kredite in Anspruch nehmen müssen, teils bei dem IWF selbst, teils bei der Weltbank (wofür Zugehörigkeit zum IWF Voraussetzung ist), teils bei den USA oder den von diesen finanzierten Institutionen. Im übrigen kann der IWF die Mitglieder bei Verstößen gegen die Satzung nur suspendieren oder ausschließen oder die Mitglieder können jederzeit auch freiwillig ausscheiden. Einen Zwang aber kann der IWF auf seine Mitglieder nicht ausüben. Da machen nun gewisse Kreise alarmierende Vorschläge wie z. B. der Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Erhard, der in einer Pressekonferenz in Siegen Ende März 1952 erklärte, die Zeit sei

nunmehr reif für eine internationale Kontrolle auf dem Gebiet der Notenbank- und Kreditinstitutionen sowie der staatlichen Haushaltkontrolle (!).

Die Verwirklichung einer solchen unvorstellbaren Forderung würde das Ende der Souveränität der angeblich „freien“ Staaten und, wie die Lage heute ist, die Herrschaft der USA und damit ihrer Trusts über die gesamte nichtsowjetische Welt bedeuten. Wer aber will sich den USA in die Hände geben, von deren Regierung der sicherlich gut orientierte USA-Senator Alexander Wiley offen erklärte, „ihre Hände sind schwarz von Korruption“ (INS v. 21. 9. 1952)?

Die Völker können erst dann ein glücklicheres Leben führen, wenn der USA-Wirtschaftsimperialismus aufhört, mit seinen internationalen Machenschaften die Welt zu regieren, wenn die angeblich „freien“ in Wahrheit von ihm gelenkten Märkte nicht mehr Tummelplätze der weltbeherrschenden Spekulation der Wallstreet sind und wenn alle Völker, die heute noch als gefügige Trabanten hinter der goldenen Staatskarosse der USA einherziehen, sich jenen Staaten anschließen, welche in der Weltpolitik die Stellung einnehmen, die allein zu Freiheit und Sicherheit führen kann:

„die Dritte Position“.

„Während des ganzen Telegrammkrieges 1939/40*) fanden ausgedehnte Verhandlungen zwischen dem britischen und dem deutschen Auswärtigen Amt statt, in denen wir (England) vorschlugen, die Feindseligkeiten einzustellen, sofern Deutschland sich bereit erklärte, zur Goldwährung zurückzukehren ... Auf der später stattfindenden Atlantik-Charta-Konferenz, an der auch der Präsident der Bank von England, Herr Montagu Norman, teilnahm, versprach Herr Churchill, in Deutschland die Goldwährung wieder einzuführen, sobald Hitler besiegt sei.“

Oberstleutnant CREAGH SCOTT
(in „Tomorrow“ Nr. 6, 1947)

*) zwischen den Auswärtigen Aemtern von London und Berlin zur Beilegung des Krieges.

HANS GERHARD:

Auseinandersetzung mit einem Buch

Hugo Ritter: „Der Mensch und das Geld"
Wilhelm Goldmann-Verlag,
München 1952, 430 Seiten

Eine von einem Wirtschaftspublizisten zwar fesselnd, aber dermaßen tendenziös geschriebene Geschichte des Geldwesens, daß die Darstellung in wichtigen Teilen nicht zuverlässig ist. Das Buch ist anscheinend verfaßt worden, um dem Leser beizubringen, daß „das größtmögliche Glück der größtmöglichen Zahl" nur verwirklicht werden kann, wenn das internationale Finanzkapital frei von jeder hemmenden staatlichen Vorschrift über alle Grenzen hinweg jede von ihm gewünschte Geld- oder Warentransaktion vornehmen kann. Das entscheidende Mittel zur Erreichung dieses Zieles erblickt der Verfasser in der Goldwährung, von der er u. a. behauptet (S. 204): „Mit der Goldwährung entwickeln sich der allgemeine Güteraustausch, die internationale Arbeitsteilung, die Freiheit des Individuums. Die Goldwährung ist die Erfüllung der alten Sehnsucht nach einem neutralen, internationalen Weltgeld, die vollkommene Form des Gelddenkens, die den Einfluß der Politik, des Staates auf ein Minimum herabdrückt". Die reichen praktischen Erfahrungen mit nicht durch Gold oder überhaupt nicht gedeckten Währungen und die seiner Auffassung entgegengesetzten Ansichten von Weltautoritäten wie Schacht (seit er sich nach Kriegsende als Privatbankier im internationalen Geldwesen betätigen will, hat er bezeichnenderweise seine Ansicht geändert!), John Maynard Keynes (der die Goldwährung als „barbarisches Ueberbleibsel des Wirtschaftsliberalismus" bezeichnet) und Irving Fisher werden von ihm beiseitegeschoben.

Der Zorn des Verfassers wendet sich natürlich besonders gegen Deutschland, das schon vor 1933 theoretisch und praktisch führend war im Kampf um die Befreiung des Geldwesens sowohl von der Golddeckungstheorie wie auch (ohne es zu wollen) von der internationalen Spekulation (Knapps umwälzende „staatliche Theorie des Geldes", Schaffung der Rentenmark, Devisengesetzgebung, Preisüberwachung). Vor allem aber hat in der nationalsozialistischen Epoche Schacht eine Wirtschaftspolitik durchgeführt (u. a. Mefowechsel, Neuer Plan), die unter Verzicht auf die Golddeckung dem internationalen Spekulationskapital an den Landesgrenzen Halt gebietet und ihm Kapitalverschiebungen, Angriffe auf die Währung, Erzeugung von Wirtschaftskrisen und dergleichen unmöglich macht und die Währung, den Preisspiegel und die Vollbeschäftigung der Bevölkerung sichert. Voll Bewunderung haben die meisten Staaten dieses System bis in unsere Zeit nachgeahmt (besonders England 1947 unter Stafford Cripps) und so zu ihrem Schutz die Bewegungsfreiheit des internationalen Spekulationskapitals auf das stärkste eingeschränkt. Wehklagend entschlüpft deshalb dem Verfasser das hochinteressante Geständnis (S. 237): „Die Hochfinanz hat den Krieg verloren, denn ihre Grundlage, die internationale Freizügigkeit ist dahingegangen" (!!). Und diese Freizügigkeit will ihr der Verfasser gemäß den Bestrebungen der Wallstreet-Trusts (Konferenzen von Bretton Woods und Havana) durch die Goldwährung und die Beseitigung der staatlichen Währungs- und Zollhoheit wiederverschaffen. — Im übrigen sei aus dem Buch noch folgendes herausgegriffen:

Auf S. 63 heißt es z. B.: „Dieses Zeitalter des Augustus wird zu einer Blütezeit, weil es ein Zeitalter des Freihandels ist... Das freie Unternehmertum hat günstige Voraussetzungen. Wer fleißig und tüchtig ist, kann vorankommen, kann sich vom kleinen Bauern zum Grundbesitzer emporarbeiten, vermögend werden, um schließlich so-

gar Eingang in die Aristokratie der Stadt zu finden". Nichts hiervon ist richtig: Der Reichtum Roms, der sich in den Händen einer kleinen Oberschicht konzentriert, hat seinen Ursprung nicht im Freihandel, sondern in einer Art Freibeuterei: Infolge der riesigen Beute in den vielen voraufgegangenen Kriegen und infolge der hemmungslosen Ausbeutung der eroberten Provinzen durch Statthalter und Steuerpächter sind unermeßliche Vermögenswerte in die Hände der herrschenden Schicht gelangt (vgl. das England der viktorianischen Epoche und die heutigen USA). Das Getreide kommt von Sizilien und Nordafrika, wo es auf den riesigen, nur mit Sklaven bewirtschafteten Latifundien lächerlich billig produziert wird, zu Spottpreisen nach Italien, so daß der Ackerbau nicht mehr lohnt. Der Landwirt verliert alles und endet als mittelloser Prolet in der Hauptstadt Rom, wo es überhaupt keinen Mittelstand gibt und schon zur Zeit Cäsars 300.000 Menschen Armenunterstützung beziehen, während die herrschende Oberschicht, „die Räuber am Staate in Gold und Purpur gekleidet einhergehen", wie Cato klagt. Die italienische Landwirtschaft geht völlig unter, und als später die Kornzufuhren aus Nordafrika aus politischen Gründen versiegen, schwindet infolge der fehlenden Ernährungsgrundlage auch die Bevölkerung: Rom wird zur Ruinenstadt. Das ist der „Segen" des Freihandels. Man lese Mommsens „Römische Geschichte" Bd. II.

In der Frage der Reparationen nach dem I. Weltkrieg wagt der Verfasser anzuführen, Deutschland habe „immer heftiger den Versuch unternommen, die Reparationen völlig loszuwerden, statt sich ernsthaft zu bemühen, die Schäden, die den Alliierten durch Deutschland zugefügt worden sind, wiedergutzumachen. Vom ehrlichen Willen zur Wiedergutmachung des Schadens ist ... nur bei um- und einsichtigen Deutschen etwas zu spüren, und das sind nicht viele" (S. 274). „Es wird später viel davon gesprochen, daß die Reparationen schuld seien an Deutschlands Unglück. Die objektive Wirklichkeit sieht etwas anders aus" (S. 273). „Die Reparationen ... sind nicht das große Unglück, als daß sie immer hingestellt werden". Dieser Erguß des Verfassers wird freilich verständlich, wenn man berücksichtigt, daß Deutschland infolge der sinnlosen Reparationen u. a. gezwungen wurde, die Dawes- und die Young-Anleihen aufzunehmen und daß diese vom Verfasser als „internationale Großgeschäfte" bezeichnet werden (S. 237), die also durch den Kampf gegen die Reparationen gefährdet wurden.

Im Kapitel „Der deutsche Bankenkrach von 1930" schreibt der Verfasser zu dem damals völlig überraschenden nationalsozialistischen Wahlsieg vom 14. 9. 30: „Die dadurch hervorgerufene internationale Beunruhigung erfaßt von dem Augenblick an auch die Gläubiger Deutschlands: die Kredite werden in zunehmendem Maß zurückgezogen und deutsches Währungsgold fließt ins Ausland. Die Nationalsozialisten bereiten Deutschland seine erste Niederlage" (S. 279 f.). Diese Behauptung ist unrichtig: Schon ein Jahr zuvor, am 30. 10. 1929, war es in den USA. in der Wallstreet zu jenem gewaltigen Wirtschaftszusammenbruch gekommen, von dessen Folgen der Verfasser selbst S. 269 u. a. schreibt: „Die plötzliche Ernüchterung vom Kredittaumel, die der Wallstreetkrach bewirkt, führt allgemein zu einer Rückkehr zur Barzahlung. Bargeld ist in Krisenzeiten besonders knapp, und die amerikanischen Bemühungen, die ‚Außenstände' einzutreiben, verbreiten das Uebel der Geldknappheit über die ganze Welt. Das löst die allgemeine Weltfinanzkrise aus, die ... zur Weltwirtschaftskrise anwächst". Das ist typisch für den Verfasser: die Wallstreet inszeniert die Weltkrisen und die Nationalsozialisten tragen nach seiner Behauptung die Schuld an den Auswirkungen in Deutschland.

Ebenso unrichtig ist auch, was er S. 303 über den Beginn der „nationalsozialistischen Konjunkturpolitik" schreibt: „Die Geldmaschine, die immer mehr in Bewegung gesetzt wird, läßt die Preise steigen. Normalerweise verändern sich dadurch die Wechselkurse der Mark. Aber das will man nicht und schiebt deshalb den Riegel der Devisenzwangswirtschaft vor." In Wahrheit wird die deutsche Devisenzwangswirtschaft schon von Brüning 1931 unter dem Druck der von den USA-Trusts inszenierten Kapitalabziehung ausgebaut, der Notendruck nimmt erst infolge des Krieges größeren Umfang an und die Preise bleiben von 1933 bis zum Zusammenbruch 1945 zur Freude des deutschen Volkes völlig stabil. Erst die von den Alliierten durchgeführten Morgenthaumaßnahmen lassen die Preise ins Sinnlose steigen und entwerten das Geld so gut wie restlos. —

Wie der Verfasser sich für die internationale Finanz einsetzt, zeigt auch folgendes: Auf S. 269 schreibt er: „Die Weltkrise der Jahre 1929 bis 1939" (ausgelöst durch die

Wallstreet am 30. 10. 29) „ist keine Fügung Gottes und kein Zeichen für die Unsittlichkeit des kapitalistischen Systems, sondern hier rächt sich die ganze menschliche Unzulänglichkeit auf dem Gebiet des Geld- und Börsenwesens". Seine eigene Schilderung dieses Weltskandals (S. 259 ff.) vermittelt aber eine ganz andere Auffassung. Und auf S. 267 f. schreibt er von den Folgen, „Millionen von Amerikanern ... ziehen sich, ärmer als zuvor, wieder in ihre Bescheidenheit zurück. ... Milliarden von Dollars sind einfach verschwunden". Gewiß, verschwunden wohl, aber nicht vom Erdboden, sondern in die Tasche der Hochfinanz, von der der Verfasser versehentlich S. 293/4 ausplaudert: „1933 setzt die internationale Spekulation die Goldwährungen Frankreichs, Belgiens, Hollands und der Schweiz unter Druck, weil mit der Abwertung dieser Währungseinheiten gerechnet wird. Um sich besser verteidigen zu können, beschließen die Delegationen dieser Länder am 27. Juni 1933, sich enger zusammenzuschließen. So entsteht der Goldblock" — ein tolles Geständnis: die internationale Spekulantenbande der Wallstreet versucht die Währungen ganzer Ländergruppen zum Zusammenbruch zu bringen! Gleichzeitig „arbeitet die internationale Baissespekulation", wie er S. 294 ausplappert, auch gegen den Dollar.

Man kann es verstehen, wenn der Verfasser, wie oben dargetan, sich mit allen Mitteln gegen die staatliche Ordnung wendet, die einen Damm gegen diese verbrecherischen Manöver der Wallstreet-Hochfinanz zu errichten versucht, sie ist für ihn geradezu fürchterlich: „Wenn der Staat das Geldwesen in seine Planung einbezieht, dann hat er den einzelnen Menschen an einem Gängelband, das die höchste Stufe der Unfreiheit darstellt, die es für einen Menschen gibt — außerhalb eines Gefängnisses" (S. 408; berücksichtigt man hierbei übrigens, daß es im babylonischen Talmud, Traktat Baba mezia 114 b, heißt: „Ihr (Juden) werdet als Menschen bezeichnet, die Völker der Erde aber werden nicht Menschen genannt", so hat der Verfasser durchaus recht!). Die logische Folgerung des Verfassers ist seine Forderung nach der Aufhebung aller staatlichen Ordnung, weil sie der Allmacht der Hochfinanz hinderlich ist, indem er wörtlich fordert (S. 414): „Kein Staat darf seine Bürger hindern, nach ihrem eigenen Gutdünken zu verfahren".

Und das Endziel des Verfassers? Man erkennt es aus S. 342: „Man sucht nach einer Organisation, einer greifbaren Körperschaft, die fruchtbarer sein soll, als es der Völkerbund jemals zu sein versprach. Das Ergebnis dieser Bestrebungen ist die Organisation der Vereinigten Nationen, der Vorstufe einer Weltregierung, deren Hauptaufgabe es nach dem Willen ihrer Initiatoren sein soll, ... endlich den Einzelmenschen von der Willkür seiner Regierung freizumachen und ihm die Rechte des Individuums im Sinn einer Weltmeinung zu garantieren". Der Verfasser (der sich anscheinend unter einem Pseudonym verbirgt und zu den „Menschen" gehören dürfte) und seine Freunde von der internationalen Hochfinanz haben uns hier ein Buch geschenkt, für das wir dankbar sein müssen, auch wenn es aus fachlichen Gründen mit allem Nachdruck abzulehnen ist.

Dienendes und herrschendes Geld

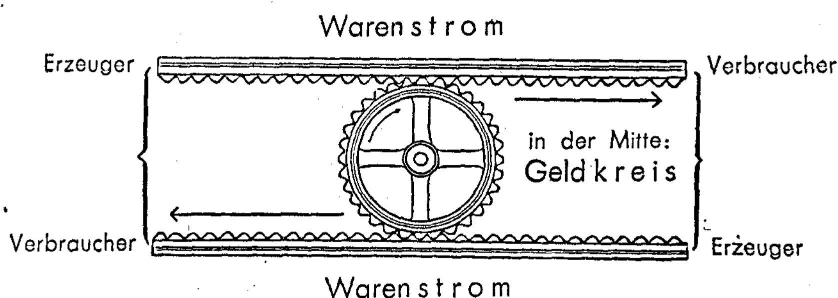
Aus dem Nachlaß von W. Groß, bearbeitet von Ekkehart

Das dienende Geld.

Die Grundlage allen Lebens ist die Arbeit, die Mittel zum Leben schafft. Das Warenangebot (die Erzeugung im weitesten Sinne, auch Dienstleistungen aller Art), ist ein beständiger Strom vom Erzeuger zum Verbraucher. Es sind immer neue Waren und Leistungen, die angeboten werden. Das festzustellen ist sehr wichtig. In arbeitsteiliger Wirtschaft geht der Austausch von Waren über das Tauschmittel Geld. Beim Eingang in den Verbrauch, d. h. beim Verschwinden vom Markt wird die Ware vernichtet, das ist ihre natürliche Bestimmung. Ja, von diesem natürlichen Standpunkte aus kann der Ware dann erst ein „Wert" zugesprochen werden, wenn sie in die Konsumtion eingegangen ist, d. h. vernichtet wurde (als Ware), dafür sich aber in Lebenswerte für ein Volk „umgesetzt" hat. Und wie ist es beim Gelde, das den Austausch vermittelt? Ist das Geld auch Strom in diesem Sinne? Nein!

Das Geldangebot, das die Nachfrage verkörpert, ist kein Strom, sondern ein Kreis, denn es ist immer dasselbe Geld, das angeboten wird.

Zur Veranschaulichung dieses Bild:



Die Balken oben und unten stellen die Warenströme dar, die dem Markt zufließen, wo sie gegen Geld verkauft werden sollen, um mit dem Erlös wieder andere Waren erstehen zu können, die man dem eigenen Verbrauch, d. h. der Vernichtung im besagten Sinne zuführen will, also den Warenaustausch zu vollenden.

In der Mitte der Geldkreis, der den Austausch vermittelt, bzw. vermitteln soll. Wir wissen, der Geldkreis besteht in Deutschland aus

etwa 8 Milliarden DM; und die Warenströme verkörpern das Volkseinkommen in Höhe von 80 Milliarden DM, auf das Jahr berechnet. Der Austausch von 80 Milliarden DM Waren (Gütern) vollzog sich mit einem von der Reichsbank ausgewiesenen, der Gesamtwirtschaft zur Verfügung gestellten Geldbestand in Höhe von 5 Milliarden DM. Mit anderen Worten: der Geldkreis muß sich 14 mal gedreht haben, um den Austausch der Waren in Höhe von 80 Milliarden DM zu bewerkstelligen.

Nun wissen wir alle, wir können so viel Ware (im weiteren Sinne auch Arbeitskraft) haben, wie wir wollen, wir bleiben so lange darauf sitzen, bis jemand kommt, der uns Geld dafür gibt. Erst mit diesem Gelde können wir die Sachen kaufen, die uns fehlen. Die Funktionsgarantie des Mechanismus liegt danach einzig und allein im Gelde.

Was aber ein Geldmaß ist, und wie es arbeitet, um steigenden Wohlstand zu erzeugen, das soll jetzt begreiflich gemacht werden, und zwar anhand der Indexwährung, die Ende des vorigen Jahrhunderts von den Entdeckern der Brechung des Kapitalismus als Zinsknechtschaft aufgestellt wurde, und die ihrem Wesen nach ganz zweifellos auch bei den ewigen Völkern in Anwendung war, da die von ihr geforderte Geldverwaltung von der vorhandenen Warenmenge ausgeht. Sie bedeutet das Gegenstück zur Goldwährung, indem diese Fortschritt und Armut, jene aber Fortschritt und Wohlstand bewirkt, und das gilt es jetzt zu erkennen.

Zu dem Zwecke stellen wir uns die Volksgemeinschaft in Zellen zerlegt vor und betrachten den Verlauf der Dinge an einer dieser Zellen. Es ist eine fünfköpfige Durchschnittsfamilie von 2 Erwachsenen und 3 Kindern von 1—12 Jahren. Wir nennen sie Indexfamilie. Die allgemeine Geldverwaltung nimmt an, in solche Verbrauchergruppen teilt sich das ganze Volk auf, also in rd. 15 Millionen. Sie mißt aber den Geldbedarf nur einer bestimmten Anzahl dieser Indexfamilien, indem sie feststellt, was sie für einen ganz bestimmten Warenbedarf zu zahlen haben, um daraus das Mittel zu ziehen. So geschieht es heute immer schon für die Errechnung des Index für die verschiedenen Lebensmittel, den Großhandel usw.

Sagen wir, die Geldverwaltung kommt bei der Indexwährung auf einen Geldbedarf von 180,— DM, also auf 2,7 Milliarden für das Volk, beide Male für 4 Indexwochen, oder auf 35 Milliarden für ein Jahr, das, im Geldkreis immer wiederkehrend, einen Geldbestand von 4—5 Milliarden etwa ausmacht. Die stellt sie bereit ohne jede Rücksicht auf „Deckung", denn sie ist ja darin gegeben, daß die Verbraucher auch gleichzeitig Erzeuger sind und die Waren selbst herstellen. Für die Geldverwaltung besteht nur die Aufgabe des rechten Austausches. Die 180,— DM je Indexfamilie und entsprechend für alle anderen Familien und Einzelpersonen sind also immer pünktlich zur Stelle und kosten dem Staate nicht mehr als das Metall oder das Papier, woraus die Geldzeichen gemacht wurden, im Gegenteil, sie können dem Staate noch viel einbringen, wie es beim Hohenstaufergeld war.

Das so regelmäßig in gleichen Mengen auftretende Geld schaltet nun eins zunächst aus: künstliche Preisschwankungen durch Geldflut und Geld-

ebbe, es läuft eben in seinem ihm von der Indexfamilie vorgeschriebenen Strom, nicht mehr, nicht weniger, nicht schneller, nicht langsamer; mit einem Wort: es währt!

Für das Volk bleibt ein Gefühl des Gesichertseins als Grundlage fröhlichen Schaffens. Wie nun aber die Indexwährung den steigenden Wohlstand technisch bewirkt, das sei in folgendem gezeigt:

Sagen wir einmal: es werden in 100 Bedarfsgruppen die Preise gemessen; so lange da keine Veränderung in der Erzeugung vorkommt, bleiben die Preise dieselben. Nun aber erfolgt eine gewaltige Aenderung, der Dampf wird in den Dienst der Menschen gestellt, und der Handwebstuhl wandelt sich in maschinellen Großbetrieb, der jetzt Leinen in so großen Mengen herstellt, daß dessen Preis auf die Hälfte sinkt. Dann kann unsere Indexfamilie anstatt 16 Meter Hemdentuch 32 kaufen. Sie wird es tun, wenn sie entsprechenden Bedarf hat, in der Indexberechnung aber erscheint in der Bedarfsgruppe Kleidung derselbe Geldbetrag für Leinen, der Leinenschrank aber weist den doppelten Bestand auf, und nichts ändert sich in der Geldverwaltung. Sie wird es aber nicht tun, wenn ein anderer Bedarf dringender ist und wird den ersparten Geldbetrag anders verwenden, den Lebensstandard also erhöhen, indem neue Bedarfsgruppen hinzuwachsen.

Verzichtet man aber nun auf beides, dann würde sich die erreichte Preissenkung, verbunden vielleicht mit anderen, am Index bemerkbar machen, der um, sagen wir 10°, also von 180 auf 170 sinkt. Das aber soll nicht sein! Dem hat die Geldverwaltung, das Währungsamt, geradezu entgegenzuwirken, um Fortschritt in Wohlstand auszuwerten, und zwar durch Geldvermehrung, die der Indexfamilie und so der ganzen Volksgemeinschaft zur Verfügung gestellt wird, denn man weiß: stehen die Waren zur Verfügung, muß auch das Geld, das ja nichts kostet, zum Kauf vorhanden sein! Dieses neu hinzuströmende Geld wirkt belebend auf der ganzen Linie, im Verbrauch sowohl als in der Produktion, und wir erleben hier einen geradezu schöpferischen Akt für neues Geld, das so aus der Produktion heraufsteigt, und diese Art Geldvermehrung, das steigert das „Wunder" noch, kann nicht zur Arbeitslosigkeit führen, im Gegenteil.

Unsere Indexfamilie, will sagen, alle deutschen Familien, können nämlich infolge dieser Verbilligung entweder anstatt 16 m Leinen = 32 m kaufen, dann finden die von der Maschine verdrängten Weber zum Teil in der Maschinenfabrik, zum Teil in der Mehrerzeugung von Hanf usw. lohnenden Verdienst, und ebenso ist es in all' den anderen Fällen, die neben der hier herausgestellten Leinenindustrie verbilligend und indexsenkend wirken.

Oder unsere Indexfamilie, will sagen alle deutschen Familien, begnügen sich mit 16 m Leinen auch weiterhin und haben mehr Bedarf an anderen, bis dahin für sie unerschwinglichen Gütern; dann zieht die in der Leinenindustrie frei gewordene Kaufkraft die arbeitslosen Weber in neue Berufe, die von diesen Wünschen beeinflußt werden. Nun erst kann man verstehen, warum Kung Dse, der China erneuerte, die Vorschrift erließ, daß jeder Chinese sechs Berufe erlernen mußte.

Ueber dem ganzen thront die Hebung des allgemeinen Wohlstandes, während Inflation und Deflation ausgeschlossen bleiben, da ja alles sich um

den festen Index dreht, festen Geldpreis, aber ja nicht zu verwechseln mit festen Warenpreisen, die ja gerade schwanken sollen, damit die Verbilligung sich in Wohlstand auswirken kann, und dazu tritt der Gedanke: was hat es noch für einen Sinn, verbilligende Maschinen zu erfinden, wenn es dem Volk nicht zu Gute kommt!

Es wird dringend geraten, an weiteren Beispielen dieselbe Technik auszuprobieren!

Das herrschende Geld.

So stiegen einstmals ewige Völker zu hoher Kultur auf, da erfand man die Goldwährung, die technisch Fortschritt in Armut wandelt. Was heißt das?

Jeder Antrieb für Geldvermehrung und unter Umständen auch für Geldverminderung in der Volkswirtschaft, geht bei der Indexwährung von der Ware aus, er ruht also inmitten der Wirtschaft.

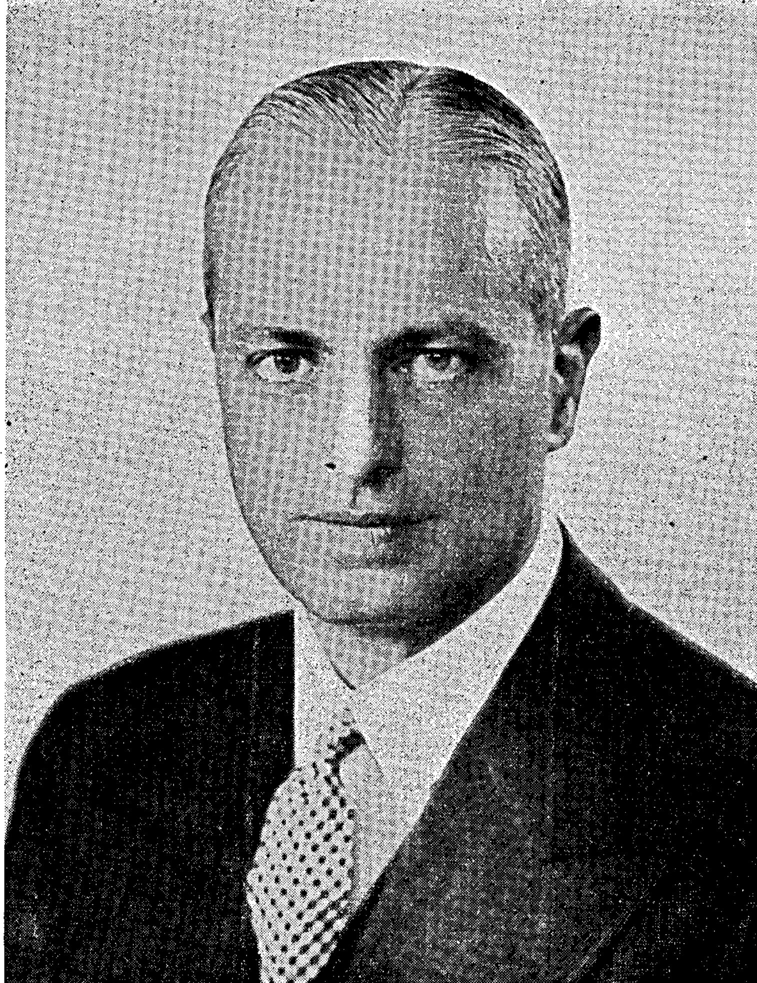
Da ersinnt man denn ein Mittel, von außerhalb der Wirtschaft diese willkürlich beeinflussen zu können. Es ist die Goldwährung, womit man Edelmetall als „Deckung" bestellt und dieses monopolisiert in die Hand der Goldbesitzer bringt. Nun waren die Goldbesitzer in der Lage, künstliche Geldfluten und ebenso künstliche Geldebben willkürlich zu machen, und das wirkte sich wie folgt aus:

Bei künstlichen Geldfluten steigen die Preise, da will jeder heute schnell noch kaufen, was morgen teurer geworden ist, und wenn das jahreja, jahrzehntelang so fortgeht, häufen sich nie gekannte Gewinne an Geld in den Händen von Volksgenossen.

Bei Geldebben aber, ebenso künstlich gemacht, fallen die Preise, da zögert jeder mit dem Kauf, Arbeitslosigkeit entsteht, und man ist gezwungen, auf das in der Geldflut angesammelte Geld zurückzugreifen oder sich solches zu leihen. Das ist die Geburt des Zinses, wodurch das Geld zu Kapital wird. Das ist die Geburt des Kapitalismus, der verewigt wurde, als auch der Grund und Boden, die Lebensquelle aller, Privatbesitz wurde, der in ewigen Völkern das „Mutterland" war. Diese Zusammenhänge von Geld und Boden fühlte man deutlich noch im Mittelalter, weshalb man die Grundrente, also den Zins für den Boden, mit „ewig Zins" bezeichnete.

Das ist die Form, mit der die Welt durch Geld regiert wird, um die Völker in den Tod zu treiben. Und wer steckt dahinter?

Die Tempel-Bank-Priester: Baruch, Morgan, Kuhn-Loeb & Co., Rockefeller u. a.!



JOHN MORTIMER SCHIFF
der Träger des Erbes

GORDON FITZSTUART:

Kleine Chronik der Schiff

Jakob Henry Schiff (geb. 18. Jan. 1847, gest. 25. Sept. 1920) ist bereits einer der Ahnen der großen Finanzdynastien von heute; er stammt aus Frankfurt und die Familie Schiff ist verwandt mit den Oppenheim(er), der Hofjudenfamilie, mit der sich schon Prinz Eugen in Wien herumschlug und aus der auch jener amerikanische General Oppenheimer stammt, der das Entnazifizierungs-Gesetz diktiert hat. Jakob Henry Schiff war der Sohn von Moses Schiff und seiner Frau Clara, ging 1865 zum ersten Mal nach USA, wurde erst Makler und trat dann der Firma Budge, Schiff & Co. bei, wurde 1870 in USA naturalisiert und von einer Reise nach Deutschland durch Abraham Kuhn (Senior-Partner von Kuhn, Loeb & Co.) nach USA zurückgerufen und zum Eintritt in dessen Firma veranlaßt. Er wurde 1885



JOHN MORTIMER SCHIFF
der Träger des Erbes

GORDON FITZSTUART:

Kleine Chronik der Schiff

Jakob Henry Schiff (geb. 18. Jan. 1847, gest. 25. Sept. 1920) ist bereits einer der Ahnen der großen Finanzdynastien von heute; er stammt aus Frankfurt und die Familie Schiff ist verwandt mit den Oppenheim(er), der Hofjudenfamilie, mit der sich schon Prinz Eugen in Wien herumschlug und aus der auch jener amerikanische General Oppenheimer stammt, der das Entnazifizierungs-Gesetz diktiert hat. Jakob Henry Schiff war der Sohn von Moses Schiff und seiner Frau Clara, ging 1865 zum ersten Mal nach USA, wurde erst Makler und trat dann der Firma Budge, Schiff & Co. bei, wurde 1870 in USA naturalisiert und von einer Reise nach Deutschland durch Abraham Kuhn (Senior-Partner von Kuhn, Loeb & Co.) nach USA zurückgerufen und zum Eintritt in dessen Firma veranlaßt. Er wurde 1885

Leiter von Kuhn, Loeb & Co. und warf sich besonders auf das Eisenbahn-Geschäft. Er machte die großen Finanzkämpfe um die Beherrschung der Eisenbahnen an der Seite von Edward H. Harriman gegen James J. Hill und John Pierpont Morgan mit, die er gewann, und eroberte die Baltimore & Ohio Railroad sowie die American Smelting & Refining Co., die heute zusammen mit der großen Kupferfirma Guggenheim, stark an den Metallen von Chile interessiert ist und von Bolivien die Kupferminen von Coro-Coro pachtete, zur gleichen Zeit, da die Zinn-Konzerne der Patiño, Aramao und Moritz Hochschild von Bolivien nationalisiert wurden. Jakob Henry Schiff „stieg dann in Versicherungen", und er war es, der Japan die Anleihe von 200 Millionen Dollars besorgte, mit der es 1904 das kaiserliche Rußland besiegte — was die erste blutige Revolution 1905 in Rußland auslöste. Finanzpolitisch war Jakob H. Schiff ein starker Verteidiger des Goldstandards. Finanziell unterstützte er die Wahl Woodrow Wilsons zum Präsidenten und galt als dessen Vertrauensmann; die Abhängigkeit der demokratischen Partei unter Wilson und Franklin D. Roosevelt von den Geldern der Familie Schiff war stets ein offenes Geheimnis. Er heiratete 1875 Therese Loeb, hatte einen Sohn und eine Tochter. Sein Sohn Mortimer Leo Schiff (geb. 5. Juni 1877, gest. 4. Juni 1931) erreichte ihn nicht an Bedeutung.

Jakob Henry Schiff ist, seitdem er zu finanziellem Einfluß aufgestiegen ist, der Geldgeber der kommunistischen Revolution gewesen. Ein amtlicher Bericht des Nachrichtendienstes der französischen Regierung in Washington (7-618-6. Np. 912-S.R. 2 II), überreicht vom Deuxième Bureau des Generalstabes, sagt wörtlich: „Bolschewismus und Judentum.

1. Im Februar 1916 erfuhr man zum ersten Mal, daß sich eine Revolution in Rußland vorbereitet. Man entdeckte, daß sich folgende Persönlichkeiten und Häuser an diesem Zerstörungswerk beteiligten:

Jakob Schiff, Jude; Kuhn, Loeb & Co., jüdisches Bankhaus, unter Leitung von: Jakob Schiff, Jude; Felix Warburg, Jude; Otto Kahn, Jude; Mortimer Schiff, Jude; Jerome H. Hanauer, Jude; Guggenheim Max Breitung.

2. Im Frühjahr 1917 begann Jakob Schiff an Trotzkij Geldbeträge zu überweisen, damit er in Rußland die Revolution anzettele. Die New Yorker Zeitung „Forward", eine jüdisch-bolschewistische Tageszeitung, steuerte zu diesem Zwecke ebenfalls Geldbeträge bei.

Von Stockholm finanzierte der Jude Max Warburg gleichfalls Trotzkij und Genossen, sie wurden ferner mit Geld unterstützt von dem Rheinisch-Westfälischen Syndikat, einem jüdischen Konzern, weiter durch einen anderen Juden, Olaf Aschberg von Nye Banken in Stockholm und durch den Juden Jivotovsky, dessen Tochter Trotzkij heiratete. So wurden zwischen den jüdischen Multimillionären und dem jüdischen Proletariat Beziehungen angeknüpft.

3. Im Oktober 1917 brach in Rußland die sozialistische Revolution aus, durch die die Sowjetorganisation zur Herrschaft über das russische Volk kam.

Zur gleichen Zeit ließ der Jude Paul Warburg so enge Beziehungen zu bolschewistischen Persönlichkeiten erkennen, daß er nicht mehr zum Federal Reserve Board gewählt wurde.

4. Unter den näheren Freunden von Jakob Schiff gibt es einen Rab-

biner Juda Leon Magnus, Vertrauter und Agent Schiffs, diesem völlig ergeben. Magnes ist ein tatkräftiger Vorkämpfer des internationalen Judentums; ein Jude namens Jakob Millikow erklärte einmal, Magnes sei ein Prophet. (Juda Leon Magnes, gestorben als Präsident der jüdischen Universität Jerusalem auf dem Mount Scopus, war in Californien geboren, in Deutschland ausgebildet, wo er auch den Doktorgrad erwarb, war führender Zionist, leitete lange die Gemeinde „Jeshurun" in New York und machte diese zum Mittelpunkt jüdischer Aktivität. Als er die Gemeinde leitete, traten ihr einige der einflußreichsten Juden der USA bei, so Felix Warburg, Louis Marshall, Irving Lehman, Cyrus L. Sulzberger, Dr. Samson Benderly, Prof. Israel Friedländer und Dr. Salomon Löwenstein. Die Verbindung zwischen Jakob H. Schiff und Dr. Juda Leon Magnes war also nicht die Stellung eines Agenten, was Magnes nie war, sondern das Bündnis des vielleicht größten Finanzmannes und des zeitweise bedeutendsten Rabbiners in einer Sternenstunde der jüdischen Machtgeschichte — also viel mehr als dieser französische Bericht selber weiß).

Der Bericht fährt fort: „Im Jahre 1917 gründete der Prophet unter dem Namen Volksrat die erste rein bolschewistische Vereinigung im Lande. Am 24. Oktober 1918 erklärte Jude L. Magnes, daß er Kommunist sei und sich im vollen Einverständnis mit der bolschewistischen Lehre und den bolschewistischen Idealen befinde. Diese Erklärung wurde von Magnes in einer Versammlung des „Jüdischen Bundes von Amerika" abgegeben...

5. Andererseits steht Juda L. Magnes auch, finanziert von Jakob Schiff, in nahen Beziehungen zu der zionistischen Weltorganisation Poale Zion, deren Leiter er war; ihr Ziel ist es, die internationale Vorherrschaft der jüdischen Arbeiterpartei aufzurichten. (Hierzu darf man bemerken, daß es in dem Buch „Now and forever", das der jüdische Schriftsteller Israel Zangwill zusammen mit Dr. Juda L. Magnes schrieb, über die bolschewistische Revolution heißt: „Inzwischen haben wir Juden in Rußland die Freiheit gewonnen und großartig Rache genommen. O, es hat sich gelohnt, Pogrome zu erleiden! Die Regierung, welche uns verfolgt hat, windet sich hoffnungslos im Staub der Vergessenheit. Wo wir einst die Erniedrigten und Verfolgten waren, sind wir heute die stolzen und gnadenlosen Verfolger.") Juda L. Magnes war verheiratet mit der Schwester von Präsident Wilsons juristischen Berater, Mr. Louis Marshall.

Die Familie Schiff ist dieser Gesinnung treu geblieben. Die Tochter von Mortimer Leo Schiff, die zweifellos hübsche Dorothy Schiff, ist Besitzerin der New York Post, des „führenden New Yorker Haß-Blattes der Marxisten", wie es das tapfere Blatt Common Sense (15. Sept. 1952) kennzeichnet. Das Blatt fiel vor kurzem durch seine wüste Bekämpfung des republikanischen Kandidaten Sen. Richard Nixon auf. Dorothy Schiffs Chefredakteur (editor) der New York Post ist der Jude James Wechsler. Von diesem Wechsler schrieb Walter Winchell: „Nach den Enthüllungen hier am Montagmorgen, daß der Chefredakteur der New York Post (J. Wechsler) ein Leiter der Young Communist League war, versuchten ihn mehrere Vertreter der Kriegsteilnehmer-Organisation zu sprechen." Der Großvater Jakob H. Schiff mit Trotzkij und Juda L. Magnes — die Enkelin mit James Wechsler: immer kämpft das Geld der Schiff für den Sieg des Kommunismus.

KURT MANN:

Deutschlands politische Lage

Sollte Europa im Strudel kommender Ereignisse politisch aus dem Geschehen ausgeschaltet werden, so würde es dies zum großen Teil dem unheilvollen Wirken der Politiker und ihrer Trabanten, der Propagandisten, zu verdanken haben. Sie haben dem Jahrhundert den Stempel aufgedrückt und sie wirkten an all dem Unheil mit, das über die sogenannte westliche Welt gekommen ist und noch kommen könnte. Dies hat auch der „Mann auf der Straße" erkannt, und deshalb hat sich keine andere Menschengruppe in derartigem Maße die Ablehnung und Verachtung aller denkenden Menschen zugezogen und — mit wenigen Ausnahmen — auch verdient, wie die der Berufspolitiker. Daß diese Berufspolitiker trotz allgemeiner Ablehnung dennoch am unheilvollen Wirken bleiben können, verdanken sie der Unterstützung einer lügenhaften Propaganda durch Presse, Rundfunk und Fernsender.

Inmitten dieses Propagandanebels ist es auch für einen klar denkenden Kopf schwierig, sein und seines Vaterlandes geistigen und politischen Standort festzustellen. Deshalb soll an dieser Stelle versucht werden, nüchtern, leidenschaftslos und mit einfachen Worten, die derzeitige politische Situation Deutschlands zu analysieren.

Dabei können einem in erster Linie einige politische Faustregeln helfen, die immer ihre Gültigkeit behalten werden. Unter diesen bildet eine der wichtigsten die, daß vom Feinde nichts Gutes kommt und, daß das deutsche Volk vor allem mit drei unversöhnlichen Gegnern zu rechnen hat: mit dem Bolschewismus, dem Judentum und Großbritannien.

*

Der Bolschewismus kann den Deutschen nie vergessen, daß sie ihn bereits in die Knie gezwungen und die Hand an seiner Gurgel hatten und daß er gerade noch in letzter Minute von seinem ideologischen Todfeind, dem Dollarimperialismus, gerettet werden mußte. Er weiß, daß das deutsche Volk gegen die bolschewistische Doktrin immun ist und das stärkste natürliche Bollwerk gegen ihn in Europa bildet. Andererseits hat auch das deutsche Volk die tödliche Gefahr, die vom Bolschewismus ausgeht, schon längst erkannt, so daß auch aus diesem Grunde nie eine Bindung zwischen diesen beiden Extremen möglich sein wird. Dies ist so sonnenklar, daß man sich darüber jede weitere Diskussion ersparen kann.

Ebensowenig bestehen hinsichtlich der Tatsache der Feindschaft des Judentums gegen das deutsche Volk Zweifel. Die Ursachen und Grundlagen dieses Hasses zu untersuchen, würde diesen Rahmen sprengen; festgehalten zu werden verdient in diesem Zusammenhang nur, daß mit diesem



Sowjetische und US-amerikanische Truppen 1945 auf den Trümmern der Elbbrücke bei Torgau.

Haß als feststehendem politischem Faktor zu rechnen ist und, infolge der alttestamentarischen Unversöhnlichkeit der Juden, auch auf absehbare Zeit hinaus zu rechnen sein wird. Haß erzeugt Haß! So wie bei jedem natürlich empfindenden Menschen, auch bei den Deutschen, obwohl diese unmittelbar nach Kriegsende aufgrund eines durch lügenhafte Feindpropaganda verursachten Schuldgefühls den Juden in weitestem Maße nur sympathische Gefühle entgegengebracht hatten. Nürnberg, die Auslieferung von Hunderttausenden von deutschen Soldaten an die Sowjets, die Vertreibung von Millionen Deutscher von Haus und Hof, die schamlosen Verleumdungen über das deutsche Volk und seine Exponenten, die absolute Rechtlosigkeit gegenüber jüdischen Ansprüchen sind nur einige der Ursachen, welche die Umwandlung von einer unechten Gegnerschaft über eine aufrichtige Verständnisbereitschaft zu einer echten, tief verwurzelten Abneigung gegen das Judentum geführt haben. Diejenigen Deutschen, die sich bisher durch krampfhaftes Abschließen von allen politischen Ereignissen von dieser Abneigung fernhalten konnten, wurden nunmehr ebenfalls durch die Aktion Adenauers, in welcher er Israel ohne moralische und rechtliche Grundlage einen großen Teil des deutschen Volksvermögens überantwortete und — übrigens ohne dadurch den blindwütigen Haß Israels gegen Deutschland mildern zu können — unsern Handel sowie unsere traditionell herzliche Freundschaft mit den Araberstaaten gefährdete, zwangsläufig in das gleiche Fahrwasser getrieben.

Vom Judentum kann nicht gesprochen werden, ohne die USA, durch die es zur Zeit seine Weltmacht ausübt, zu erwähnen. An sich gibt es wohl kaum zwei Staaten von Bedeutung in der Welt, zwischen denen weniger politische oder wirtschaftliche Interessengegensätze bestehen, als zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland. Und trotzdem ist Nordamerika zweimal gegen Deutschland in den Krieg eingetreten. Warum? Weil es Briten und Juden, die sich hier in gemeinsamen Zielen gefunden hatten, so ge-

wollt und verstanden hatten, den an sich friedliebenden und neutralen nordamerikanischen Bürger mit ihrem Propagandaapparat völlig umzukrempeln.

Auch jetzt wollen wieder die gleichen Kreise in USA die Nordamerikaner in einen Krieg hineintreiben, den sie aber nur mit halber Kraft führen wollen, denn ihnen liegt nichts an einem Siege der USA. Sie wollen nur die Zerschlagung aller festen Werte, das Chaos, um auf den Trümmern der westlichen und östlichen Welt das Banner ihrer Herrschaft aufzurichten. Aber schon manch klar denkender nordamerikanischer Bürger, den die ungeheure, durch Rüstungsausgaben bedingte Steuerlast drückt, ist hellhörig geworden. Warum, fragt er sich, müssen wir Nordamerikaner denn gegen den Bolschewismus kämpfen? Weil wir ihn auf Anordnung Roosevelts, das heißt seines jüdischen Gehirntrusts, vor der Niederlage durch die Deutschen gerettet haben! Ja, warum hat man ihn denn dann nicht wenigstens am Ende des Krieges, als die Deutschen für uns Nordamerikaner keine Gefahr mehr bildeten, mit Hilfe der damals noch weitgehend intakten deutschen Wehrmacht und amerikanischen Waffen erledigt, um ein für alle Male in der Welt Ruhe zu haben? fragt sich weiterhin der klar denkende Nordamerikaner. Weil dem Haß der Juden die restlose Vernichtung des deutschen Volkes und die Auskostung der Rache bis zur Neige wichtiger erschien. Warum sind die Sowjets in der Lage, uns mit Atombomben anzugreifen? Weil Juden ihnen die wichtigsten Geheimnisse ihrer Herstellung verraten haben und weil der jüdische Gehirntrust ihnen mit der Ueberantwortung von fast halb Deutschland gleichzeitig moderne Rüstungsfabriken, sowie deutsche Erfinder und Techniker geliefert hatte. Diese und andere peinliche Frage, stellt sich der nordamerikanische Durchschnittsbürger schon jetzt und wird sie mit verstärktem Nachdruck stellen, wenn erst einmal Atombomben auf nordamerikanische Städte fallen sollten.

Das amerikanische Volk sucht Verbündete gegen den Bolschewismus, Deutschland sucht ebenfalls Schutz dagegen. Deutschland allein, das fünf Jahre lang gegen die mächtigste Koalition, die je die Weltgeschichte zu verzeichnen hatte, Stand hielt, könnte als gleichberechtigter Bundesgenosse den USA alles dies bieten, was sie bei den Atlantikpaktmächten, bei der NATO und der EVG vergeblich suchen. Aber zwischen ihnen und dem deutschen Volk stehen die Morgenthau, Baruch, Frankfurter, Richter Jackson, Pearl, Ellowitzer und wie sie alle heißen. Erst, wenn die USA glaubhafte Beweise liefern, daß sie nicht mehr ein Instrument der jüdischen Hochfinanz bilden, könnte Deutschland zu ihnen Vertrauen haben. Dazu gehören u. a. die sofortige Entlassung und Rehabilitierung der sog. Kriegsverbrecher, auch der von Spandau natürlich. Man sage nicht, die bösen Sowjets seien dagegen. Abgesehen davon, daß mit der praktischen Annullierung des Kontrollrates, die Nordamerikaner nicht mehr an dessen Beschlüsse gebunden sind, haben sie Mittel genug, um die Inhaftierten, die sie nach dem Theaterprozeß von Nürnberg nach Spandau in den britischen Sektor von Berlin gebracht haben, einfach wieder zurückzuholen. Die Frage ist nur, ob sie sich nach wie vor den Sowjets verpflichtet und verbündet fühlen und die Deutschen in ihrem diplomatischen Spiel als Schachfiguren und in ihren militärischen Plänen als Kanonenfutter betrachten, oder ob sie die Deutschen als gleichberechtigte und damit auch vollwertige Verbündete gewinnen wollen. Hiezu bildet weiterhin Voraussetzung die Anerkennung der

legitimen historischen deutschen Reichsgrenzen, daß die Bestrebungen zur Wiedervereinigung der West- mit der Ostzone jede mögliche Unterstützung, gegebenenfalls auch gegen den Willen der derzeitigen West- und Ostzonenregierungen, erfahren, daß einer aus freien Wahlen aller Parteien hervorgegangenen Regierung völlige Gleichberechtigung und unbeschränkte Souveränität eingeräumt wird, daß jede Rüstungsbeschränkung aufgehoben und eine zahlenmäßig ausreichende Wehrmacht mit allen modernen Angriffswaffen ausgestattet wird, die es ermöglicht, einen Deutschland etwa aufgezwungenen Krieg über seine Grenzen hinauszutragen.

Auch aus einer anderen Ueberlegung heraus wäre eine solche Entfesselung aus der Zwangsjacke der internationalen Hochfinanz für die USA bedeutsam: Ob die sporadischen Judenverfolgungen hinter dem „Eisernen Vorhang" und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel bereits eine Kampfansage der Sowjets an das internationale Judentum darstellt, ist noch nicht abzusehen. Sollten aber die Sowjets tatsächlich mit der Bekämpfung der Juden ernst machen, so würde sich dies als der gefährlichste Schlag ausweisen, den die Sowjets den Vereinigten Staaten im kalten Krieg überhaupt versetzen können. Denn, wie das Beispiel der Araber bereits zeigt, damit würden sie große Sympathien in der gesamten antijüdischen Welt gewinnen und die USA in eine bedenkliche Isolation hineintreiben, falls sie sich nicht ebenfalls rechtzeitig von der Herrschaft der jüdischen Hochfinanz emanzipieren würden.

*

Right or wrong, my country! Kein anderes Land hat unter Anwendung dieses Leitspruches dermaßen viel Unheil in der Welt angerichtet, dermaßen viele Völker geknechtet und gegen einander gehetzt, dermaßen viel Blut vergossen und vergießen lassen, wie Großbritannien, um seine eigensüchtigen Weltmachts- und Wirtschaftspläne durchzusetzen. Dabei ist nicht so sehr die hemmungslose Skrupellosigkeit bemerkenswert, die auch nicht vor Freunden und Bundesgenossen, ja nicht einmal vor Landsleuten, die zufällig in den USA zuhause sind, halt machte, als die Tatsache, daß Großbritannien es immer wieder verstanden hat, mit frommem Augenaufschlag und heuchlerischen Argumenten sich den Mantel moralischen Rechts umzuhängen und den jeweiligen Gegner als Störenfried, Rechtsbrecher oder Untermenschen zu brandmarken. Gebieten schon im allgemeinen diese Erfahrungen eine gewisse Vorsicht mit Großbritannien, so gilt dies ganz besonders für Deutschland, das von den Briten als ihr natürlicher Gegner betrachtet wird.

Schon 1896, also vor dem Beginn des deutschen Flottenbaus, vor dem „Krügertelegramm" des deutschen Kaisers und vor allem lange vor Adolf Hitler schrieb die bedeutende Londoner Wochenschrift „Saturday Review" u. a. „Unter den europäischen Völkern sind sich die Deutschen und die Engländer am ähnlichsten. Weil die Deutschen den Engländern so ähnlich sind im Wesen, im religiösen und wissenschaftlichen Denken, im Gefühlsleben und an Begabung, sind sie unsere vorbestimmten natürlichen Nebenbuhler. Ueberall auf der Welt, bei jedem Unternehmen, im Handel, in der Industrie, bei sämtlichen Anlagen in der Fremde stoßen Engländer und Deutsche aufeinander ... Wäre morgen jeder Deutsche beseitigt, es gäbe kein englisches Geschäft, noch irgendein englisches Unternehmen, das nicht

wüchse. Verschwände jeder Engländer morgen, die Deutschen hätten im gleichen Verhältnis ihren Gewinn davon. Hier also wird der erste große Artenkampf der Zukunft sichtbar; hier sind zwei Nationen, die aufeinander drücken rund um die Erde. Eine von beiden m u ß das Feld räumen, eine von beiden w i r d das Feld räumen ... macht Euch fertig zum Kampf mit Deutschland, denn Germania est delenda ... Wenn wir unsern Teil der Arbeit getan haben, können wir zu Frankreich und Rußland sprechen: Sucht euch die Entschädigung selbst aus, nehmt euch in Deutschland, was ihr wollt, ihr könnt es haben."

Dieser Artikel kennzeichnet treffend die britische Politik im allgemeinen und gegenüber Deutschland im besonderen. Während die Deutschen auch in der Politik Gefühle und moralische Grundsätze mit zur Geltung kommen lassen, handeln die Briten nüchtern, kalt, berechnend, eigensüchtig, skrupellos. Während die „Aehnlichkeit zwischen Engländern und Deutschen" für Erstere Veranlassung bildet, die Deutschen als Nebenbuhler rücksichtslos zu bekämpfen, erblicken die Deutschen in der Artverwandtschaft mit den Briten einen Grund, um deren Freundschaft zu suchen, wofür sie bereit waren, beträchtliche Opfer zu bringen.

Großbritannien will keine Einigung mit Deutschland; es wird immer wieder über Deutschland herfallen oder herfallen lassen, wenn sich die deutsche Wirtschaft wieder erholt hat und britische Interessen beeinträchtigt. Deshalb hält es sich auch aus der EVG heraus, um freie Hand gegen Deutschland zu behalten, deshalb pflegt es besonders seine Freundschaft mit seinem Festlanddegen Frankreich und deshalb versucht es jetzt schon, die sich zwischen Deutschland und den USA anbahnende Verbesserung der Beziehung durch unmotivierte Festnahmen von „Nazis" zu hintertreiben.

Alles dies müßte auch dem letzten Deutschen klar machen, daß es zwischen Deutschland und Großbritannien nie Freundschaft geben wird, vielmehr, daß wir Deutsche uns endlich darauf einstellen müssen, daß uns England immer bekämpfen wird, um uns zu zwingen, „das Feld zu räumen".

Das politische Frankreich zählt an sich auch noch zu unsern unversöhnlichen Feinden, aber es verlohnt sich kaum noch, sich mit ihm zu befassen, denn machtpolitisch ist es keine Messe mehr wert, wenngleich es immer wieder einige Amerikaner gibt, die die Fiktion der „Großmacht Frankreich" aus Zweckmäßigkeitsgründen aufrecht zu erhalten versuchen. Kabinettskrisen am laufenden Band, die immer wieder nur durch erneute und verstärkte Haßgesänge auf den „Erbfeind" beigelegt werden können, beweisen, daß dieses Volk, das sich selbst nicht regieren kann, niemals dazu berufen sein kann, in Europa eine Führerrolle zu spielen. Da man aber dem deutschen Volke eine Teilnahme hieran nicht zugestehen will, ist vorläufig an die Verwirklichung der Idee einer Europa-Union nicht zu denken. Damit entfallen auch alle Spekulationen hinsichtlich einer etwaigen Europäisierung der Saar gewissermaßen als Vorausleistung Deutschlands, ganz abgesehen davon, daß Deutschland in der Verteidigung Europas gegen den Bolschewismus mehr vorausgeleistet hat, als das gesamte übrige Europa. Deshalb muß auch jede deutsche Hand, die sich etwa dazu liehe, das Saargebiet aus dem deutschen Staatsverband herauszulösen, mit Sicherheit damit rechnen, daß sie hierfür einmal zur Rechenschaft gezogen wird.

„Vom Feinde kommt nichts Gutes!“ Dies gilt ebensosehr für die Ostzonen-Terrorregierung, die praktisch von den Sowjets eingesetzt worden ist, wie für die Westzonen-Regierung, die zwar als das kleinere Uebel gewählt worden ist, aber auf den Spitzen der Bajonette der Besatzungsmächte regiert. Allein, daß diese Regierung jahrelang bestehen konnte, spricht gegen sie, denn die Alliierten haben oft genug bewiesen, daß sie jeden Deutschen, der national handelt, ohne Federlesen hinter Schloß und Riegel setzen, wozu ihnen Besatzungsstatut und der von Adenauer durchgepeitschte Generalvertrag die Handhabe gibt. Mächte, die nicht zurückschreckten, die legale deutsche Reichsregierung mit Reichskanzler Großadmiral Dönitz an der Spitze unter entwürdigendsten Umständen einzusperren, die noch vor wenigen Wochen Männer wie Dr. Naumann, Dr. Scheel, Kaufmann u. a. grundlos verhafteten, würden bestimmt auch nicht zurückschrecken, gegen Adenauer und seine Kollegen die gleichen Maßnahmen anzuwenden, wenn diese die Interessen der Alliierten gefährden würden. Deshalb sind Verträge, die gegen die Interessen des deutschen Volkes verstoßen, ihm aber mit Hilfe dieser Regierung aufoktroyiert worden sind, für die Zukunft nicht bindend, und das deutsche Volk muß für sich das Recht in Anspruch nehmen, sie von einer späteren gesamtdeutschen Regierung einer Revision unterziehen zu lassen. Damit kann später mancher Schaden wieder behoben werden, verhindert werden kann leider aber nicht, daß durch die Sabotage aller Wiedervereinigungspläne das deutsche Volk sich immer mehr auseinander lebt, daß durch Aufrechterhaltung der tiefen Schmach, die dem deutschen Volke mit Nürnberg und Landsberg angetan worden ist, eine unüberbrückbare Kluft zwischen ihm und den möglichen Verbündeten von morgen offen bleibt, und, daß mit der rücksichtslosen Niederknüppelung der nationalen Opposition, sich die Regierung bewußt den Wind aus den Segeln nimmt, der ihr zwangsläufig zu politischen Erfolgen verhelfen müßte.

*

Ein sich von Tag zu Tag deutlicher abzeichnende dritter Weltkrieg wird mit in erster Linie gegen die Substanz des deutschen Volkes gerichtet sein. Deshalb bleibt für das deutsche Volk nichts anderes übrig, als zunächst an sich zu denken und alle Vorkehrungen zu treffen, um möglichst viel seiner völkischen Substanz zu erhalten. In jedem Falle muß es deshalb darnach streben, die Wiedervereinigung des gesamtdeutschen Raumes durchzusetzen, um vor allem zu verhindern, daß Deutsche auf Deutsche schießen. Dann gibt es zwei Möglichkeiten: entweder man gibt den Deutschen in so ausreichendem Umfange moderne Waffen aller Art, daß sie sich selbst — ohne Unterstützung der Franzosen und der Briten, auf die wir Deutsche uns keinesfalls verlassen können — verteidigen können, oder sie drücken sich an allem vorbei, gehen überall den Weg des geringsten Widerstandes und berücksichtigen als einziges „Kriegsziel“ die weitestgehende Erhaltung deutschen Blutes. An dem nordamerikanischen Volke liegt es nun, sich zu entscheiden, ob es zusammen mit gleichberechtigten Deutschen den Entscheidungskampf gegen den Bolschewismus gewinnen oder entsprechend dem vorgefaßten Plan einer kleinen Clique zusammen mit seinen Verbündeten und Gegnern verbluten und damit dem Judentum zu seiner seit Jahrhunderten erträumten Weltherrschaft den Weg ebnen will.

FREDERIK CH. WEISS:

Wie man es in Amerika sieht

Eine Durchleuchtung der Antrittsrede Eisenhowers

Zweimal im Verlauf eines einzigen Jahrhunderts haben amerikanische Politiker das amerikanische Volk in den blutigen Mahlstrom weltweiter Kriege hineingetrieben. Zweimal waren die Amerikaner die Sieger im militärischen Sinne und die verabscheuten Besiegten im politischen Sinne. Jeder dieser Phyrrhus-Siege hat unnennbares Chaos und Elend für die westliche Zivilisation als Ganzes verursacht. Nach dem Ende der beiden Weltkriege haben die farbigen Massen, die drei Viertel der Erdbevölkerung darstellen, bedrohliche Stärke gewonnen. Diese erschreckend großen Massen asiatischer und afrikanischer Menschen bedrohen jetzt die westliche Zivilisation, die sie verabscheuen, mit endgültiger Vernichtung. Geführt vom Kreml werden diese farbigen Horden die Vernichtung der westlichen Zivilisation zu vollenden versuchen.

Die übertriebene Verbreitung von pazifistischen Lehren, aufgebaut auf solch falschen Voraussetzungen wie der „Bruderschaft aller Menschen“, rassischer Nivellierung und Abscheu vor körperlichem Kampf, haben die westliche Zivilisation sehr geschwächt. Die farbigen Horden von Asien und Afrika aber sind durch diese heimtückischen Lehren nicht geschwächt worden, die den Schwachen verherrlichen und den Starken mißachten möchten. Darum aber erzittern und brechen die fortgeschrittenen Kulturen immer wieder zusammen vor den wilden barbarischen Horden aus den Bergen und Wüsten von Mittel- und Nordasien. Das ist die letzte grimmige Lehre, die die Geschichte zu erteilen hat. Der zivilisierte Mensch, der seinen ganzen Glauben mehr auf Worte und Vernunft als auf die Macht des Schwertes setzt, ist dem barbarischen Eroberer gegenüber hilflos. Eine weich und dekadent gewordene Zivilisation, deren Klauen schwach und deren Fänge stumpf gemacht sind, wird stets den Eroberern zur Beute fallen, deren barbarische Instinkte ungehemmt bleiben.

*

In beiden großen Weltkriegen war das Eingreifen der USA ausschlaggebend für den Wechsel der Ereignisse. Aus jedem dieser Weltbrände entstand nur weltweites Elend und Unglück. Jedesmal, wenn der Krieg zu Ende war, sah das amerikanische Volk mit Ekel auf die üblen und katastrophalen Ergebnisse seiner fehlgeleiteten militärischen Anstrengung und sagte sich selber: „Nie wieder!“ Aber die parlamentarische Führung Amerikas änderte sich nicht; sie entdeckte lediglich neue Methoden, das amerikanische Volk

in blutige Abenteuer der europäischen Politik zu locken. Eisenhower hat gezeigt, wie ausgezeichnet er in dieser Technik ausgebildet ist, als er seine Antrittsrede hielt. Eisenhower hat gezeigt, daß er höchst biegsam gegenüber der Politik seiner Hintermänner von Wallstreet ist, einer Politik, die wesenhaft festgelegt ist auf Machtentscheidungen an allen Ecken der Welt. Eisenhowers Hintermänner sind die gleichen wie die Trumans. Seine Außenpolitik ist die gleiche. Die Namen der Zuständigen haben gewechselt, nicht aber das Amt und das Programm. Wieder sollen die Söhne Amerikas benutzt werden, um den wirtschaftlichen und politischen Ehrgeiz einer kleinen Koterie internationaler Wallstreet-Bankiers zum Siege zu führen, deren einziger Gott das GOLD ist. Millionen von Müttern sollen sich grämen um verlorene Söhne, Millionen kleiner Heimstätten sollen von den Flammen verzehrt werden, die Hoffnungen von Millionen auf ewig zerschlagen werden, nur damit einige wenige Hohe Priester der Finanz vor dem Schrein ihrer kalten, metallischen Gottheit opfern können. Wahrlich, die Menschheit ist an ein Kreuz von Gold geschlagen.

*

So wollen wir Eisenhowers Antrittsrede näher untersuchen. Sie beginnt mit einem Gebet, und man fragt sich verwundert, ob dieser fromme David Eisenhower wohl die gleichen religiösen und moralischen Empfindungen hatte, als er im Zweiten Weltkrieg seinen Bomberverbänden den Befehl gab, das mit Flüchtlingen vollgepackte Dresden zu zerstören. Eisenhowers gemeiner Angriff schlachtete damals 250 000 Zivilisten, fast ausschließlich Frauen und Kinder, da die Reste der deutschen Armee im Kampf gegen die auf Berlin vorrückenden Russen standen. Für diesen Mord verliehen die sowjetischen Barbaren Eisenhower den Suworow-Orden, den er stolz auf der Brust trägt.

Nachdem sein erster Frömmigkeitskrampf vorbei war, schlug Eisenhower das Grundmotiv für seine Propaganda zum Dritten Weltkrieg an. „Kräfte des Guten und des Bösen sind gehäuft, bewaffnet und einander entgegengestellt wie selten zuvor in der Geschichte.“ Wie simpel das ist! Eisenhower ist demnach „gut“, jede Macht, die ihm entgegentritt, ist „böse“. Diese Formel ist elastisch und kann gar nicht fehlgehen. Vor fünf Jahren war Rußland gut — jetzt ist Rußland böse —. Aber nicht Rußland hat sich gewandelt und brauchte sich auch nicht zu wandeln, denn David Eisenhower besitzt diese wundervolle Formel und er hat ein Monopol auf ihre Anwendung.

„Wir suchen den Frieden in der Welt, und mußten uns deshalb durch die Wälder der Argonnen, die Küsten von Iwo Jima und die kalten Berge von Korea kämpfen.“ Führt Eisenhower Krieg, so geschieht es um des Friedens willen; führt eine Eisenhower feindliche Seite Krieg, so ist es wirklicher Krieg. Vor fünf Jahren noch führte auch Rußland nur Kriege um des Friedens willen, jetzt führt es Kriege um des Krieges willen. Dieser Text stimmt immer, denn David Eisenhower und seine Drahtzieher haben ein Monopol, zu bestimmen, wer kriegerische Absichten hat. Vor fünf Jahren sagten sie, Rußland sei eine „friedliche Demokratie“ — und hatten für jene Zeit recht. Wenn sie jetzt das Gegenteil behaupten, haben sie auch Recht. Das ist ein typisches Beispiel für die lächerlichen, amateurhaften Versuche, eine gesunde Außenpolitik unter der Führung der die Wählerstimmen um-

schmeichelnden parlamentarischen Politiker zu gestalten. Das Spiel um die Macht verlangt Staatsmänner an der Spitze des Staatsschiffes, keine schwachen, antiquierten Bürokraten und Fünfgroschen-Politiker. Die Roosevelt, Truman, Acheson und Eisenhower verlieren sich eines Tages wieder im Ameisenhaufen der Menschenmenge, aus dem sie aufgestiegen sind.

Ein weiteres Muster dieser Formel von Gut und Böse lautet: „Freiheit steht gegen Sklaverei, Licht gegen Finsternis." Aber noch gestern gehörte Rußland zur „demokratischen Völkerfamilie", war ein Teil der „Freiheit" und des „Lichtes". Gewiß, der fromme, gute, Freiheit liebende, friedliche David Eisenhower hätte ja auch nicht die höchste militärische Auszeichnung der Sowjet-Union, den Suworow-Orden, von einer Regierung von Sklavenhaltern und Kriegstreibern, von Verkörperungen des Bösen und der Finsternis angenommen!

Eisenhower hat uns auch mit Kennzeichen versorgt, damit wir Freiheit liebende Nationen und Völker zu erkennen vermögen. Sie haben nämlich einen „Glauben an die unsterbliche Menschenwürde". Eisenhower sagt, daß dies nicht nur sein persönlicher Glaube sei, sondern auch der von so einem krausen Gemisch von Wilden und Analphabeten wie den Reisbauern von Burma, den Schafhirten Italiens und den Bergindianern der Anden. Für diesen Glauben, sagt Eisenhower, sterben französische Soldaten in Indochina, Engländer in Malaya und Amerikaner in Korea. Angesichts dieser Tatsache ist es überraschend, daß auf Befragen im Zweiten Weltkrieg und im Krieg um Korea, die amerikanischen Soldaten völlig unfähig waren, die nebelhaften Prinzipien des „demokratischen Glaubens" zu erklären, für den sie angeblich kämpfen. Sonderbar ist auch angesichts dieses unerschütterlichen demokratischen Glaubens die zunehmende Zahl der Fahnenflüchtigen der amerikanischen Armee daheim und an der Front.

Eisenhower wiederholt die Phrasen, mit denen man uns in zwei Weltkriege hineingelockt hat und von denen er glaubt, daß sie uns auch in den dritten hineintreiben werden. „Freie Völker können nicht in wirtschaftlicher Vereinsamung leben." Diese Behauptung ist ganz unbegründet, soweit sie sich etwa auf Amerika beziehen soll, denn Amerika ist notfalls wirtschaftlich völlig selbstgenügsam. Es ist kindisch zu sagen, daß USA den Handel benötigte, um seine Ueberschüsse zu verkaufen. Ueberschußproduktion auf landwirtschaftlichem oder industriellem Gebiete ist keine automatische, unvermeidliche Entwicklung und findet sich sehr selten. Fabrikbesitzer und Landwirte produzieren nur, was sie auch verkaufen können. Wenn die Regierung künstlich Märkte schafft, indem sie anbietet, zu kaufen was immer man sieht, und später jammert, daß USA diese Güter verkaufen müsse, so widerspricht das nicht der Grundtatsache, daß Amerika wirtschaftlich autark ist. Hat aber USA viele künstlich geschaffene Saugarme der Finanz und des Handels, die alle durch Wallstreet laufen, so ist es viel leichter, „Bedrohungen für die amerikanische Sicherheit" in den entlegensten Ecken der Welt zu finden, als wenn man nur Amerika seinem eigenen Gesetze der Selbstgenügsamkeit folgen ließe. Also — „freie Völker müssen Handel treiben" — durch Wallstreet.

Eisenhower sagt: „Wir Amerikaner kennen den Unterschied zwischen Weltführung und Imperialismus." Gewiß, wenn wir Befehle geben, so ist es „Führung", wenn eine Macht, die im Gegensatz zu Eisenhower steht, Be-

fehle gibt, dann ist es Imperialismus. Es ist kein Imperialismus, wenn man amerikanische Truppen, Luftbasen und Atombomben über den Erdkreis verbreitet.

Und nun kommen wir zu den klaren Regeln Eisenhowers, die ihm seine Hintermänner vorgeschrieben haben.

Regel 1. — Eisenhower haßt den Krieg. Roosevelt haßte ihn auch, und dieser schreckliche Haß Roosevelts gegen den Krieg kostete Hunderttausenden von jungen Amerikanern das Leben. Truman haßte auch den Krieg, und seine Friedensunternehmung in Korea fordert täglich blutigen Zoll an amerikanischem Leben. Wenn Eisenhower den Fußtapfen seiner international gesinnten Vorgänger und geistigen Berater folgt, kann einem über die Ergebnisse das Blut erstarren.

Regel 2. — Eisenhowers zweite Regel sagt, daß „Beschwichtigung" (appeasement) nutzlos sei, wir sollten nur gleich in den Krieg gehen. Nicht länger verhandeln, denn wir haben es mit „Aggressoren" zu tun! Für Eisenhower ist es keine Aggression, Truppen ans andere Ende der Welt zu senden — aber eine Militärparade in Moskau ist Aggression.

Regel 3. — Die Amerikaner dürfen ihr Land nicht als ihr eigenes betrachten, sondern nur als eine geeignete Quelle für Kanonenfutter, Hilfsmittel und Rohstoffe für die „Freiheit liebenden Nationen" der Erde. Wir sollen unsere Kinder und Hilfsmittel auf silbernem Tablett einem heulenden Pack fremder Zwischendeckpassagiere darbringen, die sehr wohl unsere eigenen Waffen im Falle eines allgemeinen Krieges gegen uns wenden könnten. Außerdem muß Eisenhowers Bruder Miltie seinen dicken Job bei den Vereinten Nationen behalten, was es auch kosten möge.

Regel 4. — Obwohl Amerika bereit ist, alle freien Nationen zu verteidigen, sind diese nicht verpflichtet, die wirtschaftlichen und politischen Einrichtungen der USA zu übernehmen. Nur Deutschland macht hiervon eine Ausnahme, aber Eisenhower weigert sich taktvoll, diese Tatsache zu erwähnen. Deutschland ist ja von amerikanischen Truppen besetzt, und die deutsche Bevölkerung steht heute der unmittelbaren Drohung gegenüber, eingezogen zu werden, um als unbezahlte Söldner in Eisenhowers geplantem Dritten Weltkrieg zu kämpfen.

Regel 5. — Wir „wollen erprobten Freunden der Freiheit" helfen und wir hoffen, sie werden ihre Quertreibereien früh genug aufgeben, um noch eine bescheidene Portion ihrer eigenen Verteidigung zu übernehmen.

Regel 6. — Wir wollen nutzbringenden Handel ermutigen, denn das ist die Grundlage von Frieden und militärischer Stärke. Was ist nutzbringender Handel? Jeder Wallstreetbankier kann es Ihnen sagen.

Regel 7. — Alle Bündnisse gegen Rußland müssen unter der Hegemonie der Vereinten Nationen geschlossen werden. Außerdem müssen wir „Europa vereinigen, um sein geistiges und kulturelles Erbe zu schützen". Vor nur sieben Jahren war Eisenhower dabei, einen „Heiligen Kreuzzug" durchzuführen, um die christlichen Heere Europas zu zerstören, die er jetzt wieder zu reorganisieren versucht. Hatte er damals recht oder jetzt? War er damals dumm oder ist er es jetzt?

Regel 8. — „Freiheit“ ist unteilbar und alle Völker sind gleich. Halten wir fest: alle. Das heißt, auch die „bösen, aggressiven, faulen Russen.“

Regel 9. — Da die Vereinten Nationen so friedlich sind, sollten wir versuchen, das irgendwie wirkungsvoll zu gestalten. Wir sollten unablässig für den Frieden arbeiten, aber keine Kompromisse schließen. Natürlich ist der einzige Weg, auf dem man je Frieden erreicht hat, der eines Kompromisses — aber Eisenhower verwirft jeden Kompromiß. Wie gewöhnlich bei Eisenhower, dem stolzen Träger des Suworow-Ordens, bedeutet „Frieden“ für ihn „Krieg“.

*

Die Rede enthält nur einen, dafür aber entscheidenden Fehler: Jede Behauptung, Aufforderung und Annahme ist falsch. Der grundlegende Irrtum liegt darin, daß das Reich der Politik das Reich der Moral sei. Die schlichte Wahrheit dagegen, die sich auf jeder Seite der Weltgeschichte findet, lautet, daß Moral und Politik sich nirgends schneiden.

Eisenhowers eigentliche Absicht ist, die Weltherrschaft der UN durchzusetzen. Er wird an dieses Ziel täglich von der gleichen Gruppe von Fremden erinnert, die die Politik von Truman und Roosevelt beherrscht haben, die verlangen, daß die amerikanischen Truppen unter dem Lappen der UN statt unter dem Sternenbanner fechten, und die nur Verachtung für all unseren nationalen und rassischen Stolz empfinden.

Der übelste Aspekt von Eisenhowers Rede ist ihr dauernder anti-amerikanischer Unterton. Die Amerikaner sind nicht überlegen, die Reichtümer Amerikas gehören der ganzen Welt, den Reisbauern von Burma, den Zulus und den Hottentotten. Was noch übrig bleibt, können Eisenhowers loyale, aber dumme amerikanische Untertanen haben. Amerika darf nicht versuchen, irgend einen seiner bettelhaften Verbündeten zu beherrschen, denn alle Völker haben das Recht, von Amerikas Reichtum zu ziehen. Es muß eine Weltherrschaft der Vereinten Nationen geschaffen werden, beherrscht von der kleinen Gruppe kosmopolitischer Fremder in New York City, die nun in dem großen, grünen Glasgebäude sitzt und Lieber Gott spielt. Morgen wird die Clique internationaler Wanderer der wirkliche Herrscher der Welt sein. Amerikaner können nicht Herren der Welt sein, denn gerade unser Blut, Reichtümer und Schätze sollen dazu verwandt werden, am Ende das Imperium der UN zu errichten.

*

Eine Nation kann zwei Arten von Feinden haben: innere Feinde und äußere Feinde. Der innere Feind ist der gefährlichere, denn er maskiert sich als treuer Patriot, ist aber in Wirklichkeit ein Feind. Ein Verräter in der Festung ist gefährlicher als hundert Divisionen draußen. Mit seiner Antrittsrede hat Eisenhower intensive Vorbereitungen für den Dritten Weltkrieg begonnen, zugleich aber wiederholt erklärt, daß Amerika diesen geplanten Krieg nicht gewinnen darf. Das macht Eisenhower, den Mann, der die Interessen der UN höher setzt als diejenigen der USA zum hervorragenden inneren Feind Amerikas. —

JOSEF MATL:

Grundprobleme des Sowjetismus

I.

Die politischen, wirtschaftlich-sozialen und ideologischen Erscheinungsformen des Sowjetismus umfassen den Zeitraum von der Oktoberrevolution 1917 bis zur Gegenwart. Diese Erscheinungsformen werden zwar primär wirksam auf dem Boden des einstigen russischen Zarenreiches, getragen von der bolschewikischen Partei, aber die Geschichte dieser Epoche ist nicht, wie es die sowjetische Propaganda und ihre offiziellen Geschichtsschreiber gerne wahrhaben möchten, identisch mit der Geschichte, Entwicklung und Leistung des Bolschewismus, sondern sie ist auch in dieser Zeit Ausdruck einer Polarität Rußland und Bolschewismus. Die Geschichte des modernen Rußland darf auch nicht (nach W. Markert, Göttingen) bei Lenin und der Oktoberrevolution beginnen, sondern sie hat die genetischen sozial- und geistesgeschichtlichen Voraussetzungen in Betracht zu ziehen, die das Gelingen der Oktoberrevolution und der Machterhaltung des neuen Regimes und des neuen Systems bedingen: Also die gesamtrevolutionäre Dynamik des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts in Rußland samt ihrer europäischen Verflechtung, die liberalen und sozialrevolutionären oppositionellen Kräfte gegen Idee und Praxis der zaristischen Selbstherrschaft, wie sie mit dem Aufstand der adeligen Dekabristen in den Zwanziger-Jahren, mit der „nihilistischen" Intelligenz seit den Vierzigerjahren, der wachsenden liberalen und sozialistischen Opposition gegen die Wiedereinführung des reaktionären bürokratischen Systems unter den letzten beiden Zaren Alexander III. (1881—1894) und Nikolaus II. (1894—1917) immer stärker in Erscheinung traten.

In dem Gesamtkomplex der sowjetischen Epoche können wir deutlich zwei in Methode, Charakter und System voneinander verschiedene Entwicklungsphasen unterscheiden: Die erste von 1917 bis 1934, die zweite von 1934 bis zur Gegenwart. In der ersten Entwicklungsphase haben wir mehrere Unterperioden: Zunächst die Periode der Machtergreifung und Machtsicherung (1917—1919) mit der führenden Rolle Lenins und Trotzkis. Die Machtergreifung des noch von weltrevolutionären eschatologischen Hoffnungen erfüllten Lenins ist nicht einfach als Machtergreifung des Marxismus und der bolschewikischen Partei zu werten, sondern Lenin hatte noch eine sehr uneinheitliche Gefolgschaft, in der europäische, sozialistische und revolutionäre Gedankengänge bis 1930 wirksam waren.

Die revolutionäre Generallinie von 1917 ist ein Teil der gesamten europäischen revolutionären Bewegung.

Auch in der Periode der „Neuen ökonomischen Politik" (NEP) 1921 bis 1928, in der man der privatwirtschaftlichen freien Initiative noch gewisse Konzessionen machte, einer Periode des Experimentierens und der fortschreitenden Konsolidierung, sind noch starke Gegenströme wirksam. Als aber um 1930 die Konzentrierung der Macht um die Partei und die Person Stalins gelang, bekam mit der fortschreitenden Kollektivierung, die neue Lebensform, das neue Sozial- und Machtsystem ein stabileres Gepräge. Doch ist auch diese Entscheidung nicht einfach mit Marxismus zu erklären, sondern aus der Polarität Rußland und Bolschewismus.

Mit der Durchsetzung des Kollektivsystems und der Planwirtschaft um 1934 erfolgte eine strukturelle Wende, die alle Lebensgebiete der Sowjetunion, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Ideologie, erfaßte und umformte zu einer Form und einem System, das bis in die Gegenwart andauert. Mit der 1934 sich vollziehenden Formung und Ausbildung des stalinistischen Rußland wird Stalin auch funktionell entscheidend, indem sich in seiner Person die Konzentrierung der Macht in Staatsführung und Partei verkörpert. Während die Revolutionsjahre 1917—1919, wie wir jetzt aus den trotzkistischen Archiven wissen, noch erfüllt waren mit internen ideologischen Kämpfen, während bis 1934 die bolschewikische Partei mit ihrem Programm der Weltrevolution nur einen Teil Rußlands darstellt, erhebt jetzt und seither diese bolschewikische Partei den Totalitätsanspruch und setzt auch die totalitäre Führung und Herrschaft durch.

Das Jahr 1934 bedeutet auch einen Wendepunkt von der staatlich-institutionellen Seite her, ersichtlich in der Verwaltungsreform: Das Prinzip der einheitlichen Fassade. In der Propaganda setzt das System der Verhüllungsterminologie ein. In dem Verhältnis zu Europa kann man dieses Jahr als den Beginn einer Enteuropäisierung bezeichnen, da man jetzt mit dem Europa des 19. Jahrhunderts und seinen Werten bewußt bricht, bzw. sich in bewußten Gegensatz stellt. Seit 1934 ist die Revolution tot. 1935 erklärt Stalin programmatisch: Die Revolution muß von oben her geschehen, entscheidend ist der politische Erfolg und die politische Taktik. — Die Säuberung 1936, die einen Wechsel in der Parteiführung, im staatlichen Führungskorps, in der Wehrmacht brachte, auch im altersmäßigen Aufbau der Funktionäre — jetzt durchwegs Funktionäre unter 50 Jahren, es gilt keine Berufung mehr auf Verdienste im Bürgerkrieg — beinhaltet keine strukturelle Veränderung. Während vorher aus dem europäischen liberalen und revolutionären Erbe, aus der Vorstellung von einer einheitlichen Welt konsequent die Vorstellung von der Weltrevolution als primäres Ziel vorschwebte (Trotzki), wird jetzt seit der Konferenz in Genua mit der neuen These des Nebeneinanderbestehenkönnens von Staaten mit verschiedenen Systemen die Komintern ein Instrument der Sowjetrepublik, des Sowjetstaates und seiner Interessen, mit einem neuen Infiltrationsprogramm (Infiltration der nationalen linksbürgerlich-demokratischen und anderen Bewegungen, Dimitrows Formel vom Trojanischen Pferd), mit der neuen Formulierung der „Volksfront", der „Volksdemokratie". Diese These hat, wie die Vorgänge in den Satellitenländern und die Infiltration in den westlichen und östlichen außersowjetischen Länder beweisen, bis in die Gegenwart Gültigkeit. Die Revolutionäre in der Welt werden von jetzt an als Beauftragte Moskaus angesehen, das die Generallinie vorschreibt und die bedingungslose Unterwerfung

unter diese Generallinie fordert. Zwischen dem Weltrevolutionsgedanken und dem heutigen Imperialismus besteht kein Gegensatz mehr, ebenso nicht zwischen dem nationalen und internationalen Gedanken.

Das spezifisch russische Erbe im Sowjetsystem.

Die neue Sowjetideologie stellt eine Amalgamisierung, eine gegenseitige Durchdringung von spezifisch russischen Zügen und dem bolschewikischen System dar. Bereits in Lenins Lehre und Taktik finden wir auch andere Elemente außer dem westeuropäischen Marxismus, die man als spezifisch russische Züge und Reaktionsformen bezeichnen kann. Diese spezifisch russischen Züge sind (nach Werner Philipp, Berlin):

1.) Das tiefe Mißtrauen gegenüber dem Westen. Dieses tiefe Mißtrauen gegenüber dem Westen, das Gefühl des Russen, Objekt des dynamischen Denkens und Wollens des Westens zu sein, tritt bereits in der Moskauer Aera in der feindseligen Ablehnung alles dessen, was nach lateinischer Kultur riecht, zutage (Toynbee überschätzt allerdings diese Byzantinismuskomponente in der gesamtrussischen Entwicklung). Dieses Mißtrauen gegenüber dem Westen wird im 19. Jahrhundert in den slawophilen Kreisen bei gleichzeitiger romantischer Verherrlichung der eigenen Entwicklungsformen sowie der Autokratie und der Orthodoxie ideologisch ausgebaut, erhält im Leninismus und Stalinismus ein neues Gesicht, in dem man bei allem Gefühl der Unsicherheit gegenüber dem Westen das eigene Land als das fortschrittlichste Land der Welt sieht, das berufen ist, der Menschheit das Heil, das Paradies auf Erden zu bringen. —

2.) Das Fehlen des ständisch personalen Erbes, der Mangel an ständischer Verfestigung. Während den germanisch-romanischen Westen gerade die Verbindung von feudalen und ständischen Elementen mit klarer Abgrenzung der Stände charakterisiert, kam es in Rußland weder zur Herausbildung eines selbständigen Fürstenstandes, der der Dynastie gegenübergestanden wäre, noch eines Adelsstandes im eigentlichen Sinn, noch beim Fehlen einer autonomen städtischen Verwaltung eines Bürgerstandes. Es fehlten die geistesgeschichtlichen und rechtlichen Voraussetzungen einer Standeswürde, es fehlten auch die humanistischen und religiösen Voraussetzungen (Augustinus, Luther) für die Herausbildung eines Personalbewußtseins. Nicht zufällig ist bei Dostojewski die Diskussion um die persönliche Würde, um das Persönlichkeitsbewußtsein so — man möchte sagen — krankhaft verzerrt im Mittelpunkt; nicht umsonst rennt er gegen die aus dem westlichen rationalistisch liberalen Denken übernommene, später in der bolschewikischen Revolution zum Dogma erhobene säkularisierte Gleichheitsthese Sturm. Aus dem Mangel des ständisch personalen Erbes bei gleichzeitiger charakteristischer Bejahung des Kollektivempfindens ist es verständlich, daß Lenins Hauptangriff sich gegen die Autokratie wendet und daß sich schließlich der Leninismus und Stalinismus zu ähnlichen autokraten Formen wenn auch unter anderen Vorzeichen herauskristallisierten wie das zaristische autokratische Rußland. Aus dem gleichen Erbe heraus ist es weiter ver-

ständlich, daß die heutige soziale Ordnung des Sowjetsystems keine ständischen Grenzen kennt, da man mit den ständisch-kulturellen mental differenzierten Empfindlichkeiten gar nicht zu rechnen brauchte, und daß der politisch rechtlose Untertan als Forderung für die Herausbildung des politischen Einheitsuntertanen als Ziel hingestellt werden konnte. —

3.) Dazu kommt als drittes historisches Erbelement für eine derartige Entwicklung die Uebermacht der Obrigkeit gegenüber der Gesellschaft. Diese Uebermacht führte einerseits zur Herausbildung des autokratischen Systems, andererseits dazu, daß sich das nationale Prinzip des 19. Jahrhunderts in Rußland letzten Endes als unfruchtbar erwies, daß der Staat nie als eine von der Person des Herrschers unabhängige, selbständige Größe mit eigenen sittlichen Wertinhalt erkannt und empfunden wurde; dazu, daß auch im Bolschewismus der Staat das Herrschaftsinstrument einer Parteigruppe verblieb, daß keine Ablöse der Parteidiktatur zu einer Regierung erfolgte — und daß diese Tatsache auch von der Gesellschaft hingenommen und als unausweichlich angesehen wird.

Das Nationalitätenproblem.

Die Sowjetunion ist kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat. Das Gleiche gilt im großen und ganzen auch für die meisten Satellitenländer trotz der Austreibung, bzw. Massenvernichtung von Millionen von alten ostdeutschen Siedlern. Da die nationale Idee die tragende geschichtliche Idee in dem Europa des 19. und 20. Jahrhunderts darstellt, entsteht die Frage, welche Lösung fand das Nationalitätenproblem im Sowjetismus, also das Problem des Gegeneinanders und Nebeneinanders von Nationalitäten und Zentralregierung.

Bereits 1917 sind bei der Schwächung der Zentralgewalt nationale Bestrebungen einzelner völkischer Gruppen wachgeworden. Ziel dieser Bestrebungen war: Gleichstellung im staatsbürgerlichen Sinne, Kulturautonomie (Schulunterricht in der Muttersprache), gewisse Autonomien für die nichtorthodoxen Kirchen. Dabei zeigen sich (nach. v. Mende-Schönemark) gewisse Tendenzen zur föderativen Lösung: Man verlangte nicht nur Nationalkataster z. B. für die Tataren, sondern eigene Territorien z. B. Asserbejdschan, Georgien. Die Zentralregierung war vom Februar bis Oktober 1917 dagegen, hat die Lösung mit Vertröstungen hinausgezogen. Die Oktoberrevolution war diesen Forderungen gerechter geworden. Sie erklärte das Recht der Selbstbestimmung der Völker einschließlich der Loslösung. Diese Lösung des Nationalitätenproblems schwächte die Gegner des Bolschewismus, führte die nationalen Kräfte in die Revolution, zumal ja der Marxismus in die nichtrussischen Völker viel weniger Eingang gefunden hatte, vor allem nicht in die islamischen Völker, als in die Russen selbst. Die Interventionen von außen hatten in der Zeit der Bürgerkriege diese Loslösungsbestrebungen der nichtrussischen Völker unterstützt (z. B. Karelien in Finnland, deutsche Intervention v. Kesselstein in Georgien, türkische in Asserbejdschan, englische in Turkestan und im Raume Baku). Aber die Kräfte der nationalen Bewegung waren doch zu latent und daher zu schwach, um in der Revolution wirksam zu werden. Es waren hier eben reif entwickelte

Nationalitäten, wie wir sie in Westeuropa kennen, noch nicht vorhanden. Wenn auch die nationale Bewegung im Wolga-Uralgebiet zur Baschkiren- und Tatarenrepublik führte mit Kulturautonomie und dem Verlangen nach eigenen bewaffneten Kräften, so mündete doch die nationale Bewegung infolge ihrer inneren Schwäche, da sie keinen Verwaltungsapparat aufbauen konnte, infolge der zerstörten Wirtschaft mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, keine Mobilisierung durchführen konnte und auch keine führenden politischen Willensträger besaß — ihre Intelligenz war durch die russische Revolutionsbewegung russisch absorbiert — schließlich in die revolutionäre Bewegung ein. Mit 1924 ist die Phase des Schwankens der nationalen Bewegungen und Strömungen abgeschlossen und diese Bewegungen sind wieder an das Machterbe des Zarentums angeschlossen.

Es folgt eine Phase der Duldung der nationalen Bewegung (1924—1930). Man geht in dieser Phase der Konsolidierung der Zentralmacht auf die nationalen Wünsche ein und zieht Leute aus dem betreffenden Volkstum für die Verwaltung heran. Die praktische Auswirkung war allerdings nicht groß, da die russischen Beamten den Verwaltungsapparat besser beherrschten. Dabei zeigte sich die Politik der Zentralregierung elastisch. So schloß sie z. B. in Turkestan ein Bündnis mit den reaktionären Kräften, mit der konservativen Geistlichkeit, aber auch mit konservativen bürgerlichen Kreisen, solange es nötig erschien.

Bis 1930 finden wir noch eine gewisse Diskrepanz zwischen Sowjetregierung und Nationalbewegung. Mit dem ersten Fünfjahresplan und mit dem Einsetzen der konsequenten Sowjetisierung änderte sich diese Einstellung der Regierung. Dies beweisen die Aktionen gegen die Ausschaltung von Russizismen aus dem Ukrainischen ebenso wie die Latinisierung der arabischen Schrift, die gegen den Willen der türkischen Bevölkerung durchgeführt wurde und einen Bruch mit der Vergangenheit bedeutete, da die alte Literatur in arabischer Schrift nicht mehr aufgelegt wurde. Damit wurde auch die panislamische Bewegung im Bereich der Sowjetunion unterbunden. Diese Entwicklung erscheint mit der Säuberung von 1938 abgeschlossen. Die alte Generation war jetzt endgültig ausgeschaltet.

Seit 1937/38 haben die nationalen Bestrebungen im Schulwesen, in der Personalbesetzung, in der Erziehung der gesamten Oeffentlichkeit keine Gültigkeit mehr. Die durchgehende Sowjetisierung ist da: Man spricht von einem Sowjetvolk, von einer Sowjetkultur — bis heute. Dabei war zunächst noch nicht der Anspruch auf die russische Führung ausgesprochen, aber praktisch bekam diese Sowjetisierung zusätzlich den Charakter der Russifizierung. Es sei beispielsweise nur auf die Betonung der russischen Sprache, der russischen Kultur in der Sowjetenzyklopädie und in der Geschichtsschreibung hingewiesen. Trotz dieser Russifizierung haben sich nationale Tendenzen vor allem in der Literatur — bei all den kritischen Angriffen von Seite der zentralen Parteistellen und weltanschaulichen Ueberwachungsstellen — bis in die Gegenwart wirksam erhalten.

HANS EULER:

Churchills Verrat an Polen

Es ist ein Irrtum zu glauben, Winston Churchill sei nur unter heftigem Widerstand bereit gewesen, dem Kommunismus das Tor nach Mitteleuropa zu öffnen. Immer deutlicher wird vielmehr, daß er in seinem Haß gegen die Deutschen ganz ähnlich wie Roosevelt bedenkenlos entschlossen war, die Bolschewisten nach Zentraleuropa hereinzulassen.

Daß er dabei ein Volk opferte, das nur im Vertrauen auf Englands Unterschrift und Garantie die Last des Krieges auf sich genommen hatte, das in einer wilden Tapferkeit Opfer über Opfer an der britischen Seite, auch als 1940/41 England völlig isoliert war, gebracht hat, das schließlich nichts mehr in der Hand hatte als in der Fremde fechtende Divisionen und Englands Wort — das wird erst heute klar. Mit welchem Zynismus Churchill wie ein Hintertreppen-Advokat übelster Sorte das Garantie-Versprechen Englands an Polen verdrehte, mit welchem Hohn er den Bundesgenossen, der sich für ihn geopfert hatte, an Stalin verkaufte, das verdient einmal dargestellt zu werden. Besonders heute, da der deutsche Soldat nach dem Willen der Bonner Weisen mit Herrn Churchill als „Bundesgenossen" ins Feld ziehen soll und wahrscheinlich von ihm auch verkauft werden wird...

In seinem im Verlag Montgomeryshire Printing Co. Ltd., Newton, Wales erschienenen Buch „Bez ostatniego rozdialu" schildert der letzte Oberbefehlshaber der polnischen Armee diesen Verrat des alten Seelenverkäufers Churchill. Mit Bitterkeit, aber auch wohl mit einer gewissen inneren Unbeugsamkeit hat General Wladyslaw Anders diesem Buch seinen Titel „Ohne Schlußkapitel" gegeben — in der Tat bleibt ja noch der Geschichte ein langes Schlußkapitel dieser Tragödie des Verrates Europas durch den Staatsmann Churchill zu schreiben übrig.

Zwei Unterredungen, die General Anders mit Winston Churchill hatte, seien hier wiedergegeben:

„Die Unterredung vom 26. August 1944 — in Italien — wurde vom Adjutanten des Generals, Oberleutnant Lubomirski, protokolliert:

Nachdem Churchill zu den herrlichen Siegen der zweiten (polnischen) Armee gratuliert hatte, fragte er, wie es um den Geist der Truppe stehe.

General Anders antwortet, daß die Stimmung ausgezeichnet sei, daß jedoch die größte und ständige Sorge des Soldaten die Zukunft Polens betreffe und augenblicklich die Lage in Warschau ihn sehr bedrücke.

Churchill erklärt, daß er sich dessen bewußt sei, und er habe sich gemeinsam mit Präsident Roosevelt an Stalin gewandt in der Angelegenheit der Hilfe für die in Warschau Kämpfenden. Auf ihre erste Anfrage hätten sie jedoch überhaupt keine Antwort erhalten, und auf eine zweite Anfrage sei eine negative Antwort eingegangen. Stalin motiviere seine Absage damit, daß für den Aufstand General Sosnkowski verantwortlich sei und daß die Teilnehmer am Aufstand Leute von General Sosnkowski seien.

C h u r c h i l l : „Wir waren zur Aktion über Warschau nicht vorbereitet, aber jetzt tun wir alles, was in unseren Kräften steht, um Hilfe auf dem Flugweg heranzubringen."

A n d e r s : „Die Bolschewisten haben drei Jahre lang ständig zum Aufstand aufgerufen. Während sie tiefer in Polen eindrangen, haben sie sogar ihre diesbezügliche Propaganda verstärkt und unlängst bekanntgegeben, sie seien schon in den Vorstädten von Warschau. Aber seit dem Ausbruch des

Aufstandes, das ist seit dem 1. August, verstummten sie ganz und rühren nicht den kleinen Finger, um der Armija Krajowa (Untergrund-Armee) die geringste Hilfe zu bringen."

Churchill: „Ich weiß davon sehr wohl. Sogar die Amerikaner haben ihre Bereitschaft gemeldet, von England nach Warschau mit Landung auf sowjetischem Gebiet in Poltawa zu fliegen." Weiter bemerkte Churchill, die Russen hätten kaum 30 Kilometer bis Warschau und hätten keine Schwierigkeit, Hilfe zu bringen, während die Engländer etwa 780 englische Meilen von ihren italienischen Flugbasen aus fliegen müßten. Sodann bemerkte er, daß die Polen nicht zufrieden gewesen wären über seine Ansprache im Winter dieses Jahres.

Anders: „Deswegen machten und machen wir Ihnen, Herr Premier, Vorwürfe."

Churchill: „Als Großbritannien das Bündnis mit Polen schloß, da hat es niemals die Grenzen Polens garantiert. Es garantierte und hat Verpflichtungen Polen gegenüber übernommen bezüglich des Bestehens Polens als freien, völlig souveränen, starken und großen Staates, auf daß Polens Staatsbürger glücklich leben könnten mit der Möglichkeit, sich frei zu entwickeln ohne alle fremden Einflüsse, die von außen her drohen könnten. Ich kann Sie versichern, Herr General, daß wir unsere Stellungnahme nicht geändert haben. Polen wird nicht nur existieren, sondern es muß eine bevorzugte Stellung in Europa erhalten. Ihr müßt zu uns Vertrauen haben, wir werden unser Versprechen halten. Aber ihr solltet nicht starr auf euren östlichen Grenzen beharren. Ihr werdet im Westen viel bessere Gebiete erhalten als die Sümpfe von Polesie. Die Oder wird im Westen eure Grenze sein, und was die Meeresküste betrifft, so gibt es so viele bessere und weitere Möglichkeiten als irgend ein Korridor. Alle Deutschen, nicht ausgenommen Frauen und Kinder, wird man nach Deutschland aus den Territorien hinauswerfen, die Polen zufallen. Es gibt da Leute, die sagen, daß diese ausgesiedelten Deutschen in einem verkleinerten Deutschland keinen Platz haben werden, ich aber sage, daß schon über 6 Millionen Deutsche ihr Leben gelassen haben — es werden auch noch mehr umkommen, also wird es darum keine Sorge geben."

Anders: „Die Geschichte lehrt, daß nach jedem Krieg gewisse Grenzänderungen eintreten. Ich verstehe, daß man die Grenze 10 Kilometer nach Westen oder 15 Kilometer nach Osten verschieben kann. Doch kann die Angelegenheit der Grenzen endgültig und ausschließlich nur auf der Friedenskonferenz nach dem völligen Kriegsschluß erledigt werden. Wir werden niemals damit einverstanden sein, daß noch während des Krieges die Bolschewisten sich soviel Gebiete, wie es ihnen beliebt, aneignen. Niemals werden wir unsere Zustimmung zu vollendeten Tatsachen geben."

Churchill: „Natürlich können diese Angelegenheiten nur auf einer Friedenskonferenz entschieden werden. (Er wendet sich direkt an den General und ergreift ihn bei der Hand.) Ihr werdet auf der Konferenz sein! Ihr müßt Vertrauen zu uns haben; wenn Großbritannien in diesen Krieg eingetreten ist, um das Prinzip eurer Unabhängigkeit zu verteidigen, so kann ich euch versichern, daß wir euch niemals im Stich lassen werden."

Anders: „Unser Soldat hat niemals seinen Glauben an Großbritannien verloren... Das kann General Alexander bestätigen; der weiß es gut, daß jeder seiner Befehle immer erfüllt wurde und immer erfüllt wird. Aber wir können kein Vertrauen zu Sowjet-Rußland haben, da wir es gut kennen und wir uns dessen bewußt sind, daß jegliche Erklärung Stalins, daß er ein freies und starkes Polen wünscht, Lug und Trug sind. Sie wollen unsere Ostmarken, um uns leichter zu vernichten und tiefer in Europa eindringen zu können, in Europa, das sie kommunisieren wollen. Die Sowjets, die in Polen einmarschieren, verhaften und verschleppen nach Rußland, ganz so, wie es 1939 war, unsere Frauen und Kinder, sie entwaffnen die Soldaten unserer Armija Krajowa, sie erschießen unsere Offiziere und verhaften unsere Zivilverwaltung und vernichten die Menschen, die seit 1939 ohne Unterbrechung gegen die Deutschen gekämpft haben und kämpfen. Wir haben in Warschau unsere Frauen und Kinder, aber wir würden es lieber haben, daß sie sterben, als daß sie unter den Bolschewisten leben sollten. Wir alle wollen lieber kämpfend sterben als auf den Knien leben."

Churchill (sehr gerührt, die Tränen stehen ihm in den Augen): „Ihr solltet Vertrauen zu Großbritannien haben; Großbritannien wird euch niemals im Stich lassen — niemals! Ich weiß, die Deutschen und die Russen vernichten euer bestes Element, insbesondere die Intelligenz. Ich leide zutiefst mit euch. Aber habt Vertrauen, wir werden euch nicht verlassen, und Polen wird glücklich sein."

General Wladyslaw Anders bemerkt abschließend zu diesem Gespräch: „Diese Besprechung erfolgte mitten während der größten kriegerischen Anstrengung Polens in diesem Kriege seit dem September 1939. Neben den Fliegern und Seeleuten kämpfte der polnische Soldat jetzt in Warschau, in der Normandie und in Italien. Wofür blutete dieser Soldat? War das Ziel des Kampfes für uns Polen dasselbe wie für die Leiter der Politik unserer westlichen Verbündeten? Nach dem Vertrag von Teheran mußte ich zum mindesten Bedenken haben. Nicht einmal stellte ich fest, worum wir in diesem Kriege uns schlagen. Ich glaubte, daß meine Stellungnahme Churchill bekannt sein müßte. Deswegen schrieb ich den Worten Churchills hohe Bedeutung zu, als er mehrere Male und nachdrücklich betonte, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten niemals Polen im Stich lassen würden und daß die Polen ihren Verbündeten vertrauen sollen.

Natürlich konnte ich in der Angelegenheit der Abreißung der polnischen Ostmarken den Standpunkt Churchills nicht teilen, so wie ich auch seine Ueberzeugung nicht teilen konnte, daß Großbritannien durch sein Bündnis mit Polen im Jahre 1939 und seine eingegangenen Verpflichtungen es zulassen durfte, daß halb Polen im Osten abgetreten würde..."

*

Ein halbes Jahr später. Stalin hatte still zugesehen, wie im Warschauer Aufstand Deutsche und Polen sich gegenseitig vernichteten. Unter dem Druck der wohlwollenden westlichen Verbündeten wurde Anfang Oktober 1944 der linientreue General Sosnkowski, ehemaliger Vertrauter und engster Freund des Marschalls Pilsudski (der Befehl zum Warschauer Aufstand wurde gegen den Willen Sosnkowskis in seiner Abwesenheit herausgegeben!) seines Amtes als Oberbefehlshaber der polnischen Streitkräfte enthoben. Im Januar 1945 hatte dann die Welle der sowjetischen „Befreiung" unter dem Jubel der westlichen Verbündeten Polen überflutet...

Vom 4. bis 11. Februar 1945 haben die „Großen Drei" in Jalta beraten und ein am 12. Februar veröffentlichtes Communiqué herausgegeben, das die schlimmsten Befürch-

tungen des Generals Anders noch übertraf. General Anders meldete sofort seiner Regierung, daß er es nicht mehr verantworten könne, daß polnische Soldaten weiter für eine Sache kämpften und stürben, die den Interessen Polens zuwiderliefe. Der polnische Staatspräsident beruft den General sofort nach London zur Lagebesprechung, doch von englischer Seite wird seine Abreise bis zum 20. Februar verzögert. Am 21. Februar 1945 hat General Anders wiederum eine Begegnung mit Churchill. General Anders berichtet:

„Bei der Besprechung war Minister Cadogan zugegen. Es wurde französisch gesprochen. Ich rekonstruiere die Unterredung nach Notizen, die ich mir gleich nach der Beendigung der Besprechung machte.

Churchill: „Sie sind mit der Konferenz von Jalta nicht zufrieden."

Anders: „Das ist zu wenig gesagt, daß ich nicht zufrieden bin. Ich bin der Ansicht, daß ein großes Unglück geschehen ist. Das polnische Volk hat eine solche Erledigung der Sache nicht verdient. So etwas konnten die Kämpfenden nicht erwarten... Als erstes Land in diesem Krieg hat Polen geblutet. Es war von Anfang an Großbritanniens Bundesgenosse, dazu noch in den schlimmsten Tagen. Fern von der Heimat haben wir den höchsten Einsatz geleistet. Im Vaterland organisierten wir die kraftvollste Untergrundbewegung gegen die Deutschen. Der Soldat kämpfte um Polen, er kämpfte um die Freiheit seines Volkes. Was sollen nun wir, die Anführer, dem Soldaten sagen? Sowjet-Rußland, das bis 1941 in engem Bunde mit Deutschland war, nimmt uns jetzt die Hälfte unseres Territoriums weg, und im restlichen Teil Polens will es nach eigener Façon hausen. Wir wissen aus Erfahrung, wohin das führt."

Churchill (sehr heftig): „Ihr selbst seid schuld daran. Schon seit langem habe ich euch dringend geraten, die Grenzen mit Sowjet-Rußland zu bereinigen und Rußland die Gebiete östlich von der Curzon-Linie abzutreten. Wenn ihr auf mich gehört hättet, dann würde heute die ganze Sache anders aussehen. Wir haben die Ostgrenzen Polens nicht garantiert. Wir haben heut genügend Soldaten und gebrauchen eure Hilfe nicht mehr. Sie können Ihre Divisionen wegnehmen. Wir gebrauchen sie nicht mehr."

Anders: „Das haben Sie während der letzten Jahre nicht gesagt..."

*

Soweit der Bericht des Generals Anders.

Des weiteren lohnt es sich, folgende Problematik nicht zu übersehen: die Auslieferung der polnischen Ostgebiete an die Sowjetunion auf der Konferenz von Jalta ist vom polnischen Nationalismus nie anerkannt worden. Erst als Ausgleich für diese Verluste hat man Polen die deutschen Gebiete bis zur Oder und Neiße zugespielt. Es gibt natürlich Polen, die ihre an Rußland verlorenen Ostgebiete wieder haben, die deutschen Lande aber dazu behalten möchten. Aber diese verfügen weder über die Macht, noch haben sie von dem Westen, der schon einmal Polen verkauft hat, die Unterstützung für diese Pläne zu erwarten. Wenn diese also Chimäre bleiben, so stehen für Polen nur zwei Wege offen: entweder unter dem Schutz des Kremls die deutschen Gebiete zu behalten und selber langsam kommunistisch umgeformt und russifiziert zu werden — oder die Aktivität gegen die Sowjets und auf die Rückgewinnung der polnischen Ostgebiete zu richten, aber das kommunistische Danaergeschenk der deutschen Provinzen fahren zu lassen, um mit einem antikommunistischen Deutschland gemeinsame Sache zu machen.

Portrait des Monats:

Dr. Horace Greely Hjalmar Schacht

Während der erste Schauprozeß der rachsüchtigen Sieger in Nürnberg durchgeführt wurde, machten sich vor allem die Nordamerikaner einen Spaß daraus, die Opfer ihrer Justiz zu „testen". Bei ihren Intelligenzprüfungen schnitt Dr. Hjalmar Schacht weitaus am besten ab, gefolgt von Hermann Göring. War auch vieles tendenziös, so dürfte diese Beurteilung doch zutreffend gewesen sein. Es ist ja noch heute erstaunlich, wie geistig rege dieser fast 76jährige ist, um dessen finanz- und wirtschaftspolitischen Rat sich viele Regierungen geradezu reißen, und man muß diesen Mann bewundern, der Flugreisen nach Indonesien, nach Indien, den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens unternimmt, der heute in Madrid Station macht, sich mit Otto Skorzeny trifft, harmlos in Tel Aviv zwischenlandet und sich jüngst vom Papst empfangen ließ, bevor er sich wieder nach Syrien auf die Reise begab. Und zwischen all diesen Reisen erklärt dieser Mann: „Bald werde ich mich auch einmal um meine eigenen Finanzen kümmern, indem ich meine Memoiren herausgebe." Daneben gehen die Projekte zur Gründung seiner eigenen Außenhandelsbank, die der Hamburger Senat unrechtmäßig zu verhindern suchte. Als Schacht, der in Nürnberg freigesprochen wurde, nach jahrelanger Haft und Verfolgung durch die Entnazifizierungsbehörden 1948 endlich die volle Freiheit erhielt, hatte er unmittelbar nach der Währungsreform einen Ausschnitt aus seinen Erinnerungen unter dem Titel „Abrechnung mit Hitler" veröffentlicht, für die ihm der Rowohlt-Verlag sofort volle 40 000 DMark zahlte. Allerdings hatte Schacht auch hier — was schon in Nürnberg augenfällig war — dem toten Hitler allein alle Verantwortung zugeschoben und sich dadurch seine „Entlastung" allzuleicht gemacht. Es ist mindestens als schäbig zu bezeichnen, wenn Schacht nun mit Steinen nach dem Manne wirft, dessen tatkräftiger Staatsführung er es allein zu danken hat, wenn er seine klugen und weittragenden Pläne auch mit dem dazu notwendigen Rückhalt vom Staat verwirklichen konnte.

Schacht, das bisher zweifellos größte Finanztalent unseres Jahrhunderts, ist von dem Mythus eines „Zauberers" und „Magiers" umwittert, und er liebt es zu betonen, daß er „das Rezept" für Deutschlands wirtschaftliche Gesundung in der Tasche habe.

Daß Schacht noch heute auf seinem Fachgebiet als Autorität angesehen wird, beweisen die vielen Berufungen ins Ausland. Aber auch die Tatsache, daß der „Mittellose" (er verlor seinen großen landwirtschaftlichen Besitz hinter dem Eisernen Vorhang) seine Außenhandelsbank „Dr. Hjalmar Schacht u. Co." in Düsseldorf mit 1,5 Millionen DMark Stammeinlage eröffnet hat und daß man ihm schon vor Monaten Einlagen zwischen 7 und 12 Millionen zugesagt hat, zeigt das Vertrauen, das man in seine Fähigkeiten setzt. Bei der Berufungsverhandlung im Prozeß Schachts gegen den Hamburger Senat erklärte der Präsident des Direktoriums der Bank deutscher Länder, Dr. Wilhelm Vocke, in Bankkreisen werde die Ehrbarkeit und Zuverlässigkeit Schachts nicht angezweifelt. Adolf Hitler ging s. Zt. viel weiter: Er bezeichnete Schacht als den „großen Mann unserer Tage", der sich „unvergleichliche Verdienste um das Dritte Reich erworben" habe und den er „in aller Oeffentlichkeit mit den größten Ehrungen überhäufen werde, weil seine Leistungen einmalig" seien.

Es wird nicht leicht sein, die Persönlichkeit Schachts zu durchschauen. Er ist unbestritten der ganz große Finanzmann, er hat — auch wenn er es heute nicht wahr haben will — wiederholt in entscheidender Weise in die Politik eingegriffen. Wohin er aber zielt, bleibt verborgen. Zweifellos besaß er das vollste Vertrauen der internationalen Bankenwelt, und er selbst setzt noch heute das größte Vertrauen in sie; insbesondere pflegte er zur Wallstreet die besten Beziehungen. Seine Stellung als Hochgradfreimaurer erleichterte ihm diese Aufgabe, wenn sie nicht sogar die Voraussetzung da-



für war. Während Schacht enge Fühlung zur Youngplan-Kommission und zur Bank für Internationalen Zahlungsausgleich unterhielt, war seine erste Frau bereits altes Mitglied der NSDAP (Goldenes Ehrenzeichen). Ueber sie hatte er auch frühzeitig Fühlung mit dem Nationalsozialismus aufgenommen und war 1933—1939 wieder Reichsbankpräsident (welches Amt er bereits 1923—1930 innehatte), 1934—1937 Reichswirtschaftsminister und bis 1943 Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

Schacht selbst sagt von sich: „Mit den Regierungen vor 1933 habe ich gearbeitet, solange ich noch auf vernünftige Wirtschafts- und Sozialpolitik hoffen konnte. Danach resignierte ich. Mit dem Nationalsozialismus habe ich gearbeitet, solange ich noch auf Erhaltung von Recht, Ordnung und persönliche Freiheit hoffen konnte. Danach ging ich zum Staatsstreichversuch und zum Hochverrat über."

Schacht hält nichts von der heutigen Wirtschaftspolitik Westdeutschlands. Als einzige Lösung erkennt er die Rückkehr zur Goldwährung an. Er begründet dies näher in seiner Schrift „Mehr Geld. Mehr Kapital. Mehr Arbeit" (1949, Verlag Otto Meißner, Bleckede/Elbe). Seine Gedanken bestechen; er scheut sich nicht, einige beachtliche Vorschläge zu machen. Dabei übt er an der alliierten Siegerpolitik Kritik, zeigt den Wahnsinn der wirtschaftlichen Zerschlagung Deutschlands auf, sieht aber eine Rettung nur in einer engen finanzpolitischen Anlehnung an die USA und einer Auslieferung der deutschen Währungshoheit an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel. Hier nun stockt man, auch wenn man anerkennen muß, daß seine Begründung der Logik nicht entbehrt. Wenn Schachts wirtschaftliches Glaubensbekenntnis die Anerkennung der Goldwährung ist, warum hat er dann als Reichswirtschaftsminister und Präsident der Deutschen Reichsbank das Gegenteil getan? Seine „Mefo-Wechsel" waren ja wohl kaum durch Gold gedeckt! In seiner Rede anläßlich der Ostmesse in Königsberg am 18. August 1935 berief sich Schacht auf die „riesenhafte Anspannung" aller dem deutschen Volke verbliebenen Kräfte, „um die politische Freiheit der Nation zurückzugewinnen". Die Nation tue dies, weil ihr ein Führer erstanden sei, der in Millionen die Ueberzeugung hineingehämmert habe, daß kein Volk seine materielle Sicherheit ohne diese politische Freiheit gewinnen und bewahren kann. Auf das Rätselraten des Auslandes, woher eigentlich das Geld für die Arbeitsbeschaffung komme, könne er nur versichern, daß weder Hexerei noch Trick dabei sei. Das Geheimnis beruhe lediglich auf der einheitlichen und straffen Zusammenfassung der gesamten Finanz- und Wirtschaftspolitik, die nur ein autoritäres Staatsgefüge ermögliche. Mit einem demokratischen Parlament würde die Aufgabe nicht zu lösen sein. Heute will Schacht den „Weg zurück" gehen: „Wir brauchen die Goldwährung. Und den Ländern, die keine Goldwährung aus eigener Kraft aufbringen können, muß mit Goldkrediten geholfen werden, die sie zur Rechnung in Gold befähigen." Aber er muß bekennen: „Kredit bedeutet stets nur eine Vertagung der Endlösung, niemals aber die Endlösung selbst."

Wohin zielt Schacht? Reist er im Auftrage Wallstreets oder vermittelt er zwischen verschiedenen Welten? Sein Besuch beim Papst erinnert daran, daß das Haus Morgan immer engste Beziehungen zum Vatikan unterhalten hat. Oder ist Schacht im Sinne Ernst Jüngers zum Typ des „Waldgängers" geworden, der sich von allen Bindungen gelöst hat? Nürnberg sprach ihn frei, obwohl er im Dritten Reich die heiligen Grundsätze der internationalen Finanz — die Anerkennung des Goldes — verleugnet hatte. Heute ist er wieder zu ihnen zurückgekehrt. Gibt es nur den neuerdings von Schacht empfohlenen Weg zur Währungsgesundung oder d a r f es keinen anderen Weg geben?

FRAK

Für Frankreich gegen den Bolschewismus!

Franzosen kämpfen an der Ostfront

Durch ein Gesetz vom 22. Juli 1943 erkannte die damalige französische Regierung Petain an, daß sich jeder französische Staatsbürger freiwillig zur Waffen-SS melden kann. Trotzdem war Frankreich schon seit 1941 an der Ostfront vertreten. Im August 1941 wurde durch die gemeinsame Initiative sämtlicher Führer der nationalen Parteien im besetzten Gebiet Frankreichs die „Französische Freiwilligenlegion" gebildet. Aus allen Volksschichten kamen sie freiwillig. Bauern, Aerzte, Arbeiter und Handwerker kamen im Glauben, als Patrioten zu handeln und waren gewillt, unter Einsatz ihres Lebens die bolschewistische Weltgefahr von ihrer Heimat fernzuhalten.

Dem Heer unterstellt, hatte sich die Legion (L. V. F.) als J. R. 638 im Rahmen der 7. J. D. vor Moskau durch besondere Tapferkeit ausgezeichnet. Bis Dezember 1941 kämpften diese Franzosen, trotz großer Verluste und unter schwierigsten Bedingungen, in vorderster Linie. Grimmigste Kälte und größte Uebermacht des Feindes konnten ihren vorbildlichen Kampfgest nicht brechen.

Durch die Winterkämpfe schwer angeschlagen, wurde die Legion aus dem Verband der 7. J. D. gelöst und gegen Partisanen im mittleren Abschnitt der Ostfront eingesetzt. (Orcha,. Mohilew, Gomel, Trubchewsk, Briansk, Borisow). Auf Grund ihrer Erfolge auf diesem Gebiete wurde sie im OKW-Bericht im Februar und März 1944 lobend erwähnt. Die bis dahin selbständig operierenden Bataillone des Regiments wurden unter dem Oberst Puaud (Generalmajor der französischen Armee, wieder vereinigt.

Anläßlich der Sowjetoffensive Juni/Juli 1944 wurden die Franzosen diesmal im sowjetischen Heeresbericht erwähnt und als „zwei französische Divisionen" bezeichnet. Tatsächlich hatte die Legion, von einigen deutschen Tigerpanzern unterstützt, mit ihrer dem Partisanenkrieg angepaßten leichten Bewaffnung, 48 Stunden lang einen sowjetischen Panzervorstoß gegen Bobr aufgehalten, wurde aber dabei so schwer mitgenommen, daß sie von der Front zurückgezogen werden mußte.

Fast zur gleichen Zeit, am 8. August 1944, kam die Französische SS-Freiwilligen Sturmbrigade (Bataillonsstärke) an die Ostfront und war im Verband der 18. SS-Division „Horst Wessel" vom 10. bis 15. August 1944 an der Vernichtung der westlich Sanok eingebrochenen Sowjets maßgeblich beteiligt.

Schon einige Tage später, im Weichselbogen südlich Mielec am Wisloka-Fluß, stemmte sich die auf 15 km Frontbreite verteilte Sturmbrigade den mächtigen Angriffen zahlenmäßig weit überlegener und besser ausgerüsteter sowjetischer Gardeeinheiten entgegen. Die Kämpfe erreichten in einem hartnäckigen und heldenhaften Widerstand bei Mokre und Bembica am 20. bis 22. August 1944 ihren Höhepunkt.

Höchste Anerkennung wurde der französischen Sturmbrigade von ihren deutschen Waffenbrüdern der Division „Horst Wessel" zugeteilt, nachdem der sowjetische Einschließungsring gemeinsam gebrochen worden war. Die französische Einheit erlitt hohe Verluste. Von 17 Offizieren waren 7 gefallen und 8 verwundet; von ca. 1000 Mann waren 660 verwundet, 90 tot, 40 vermißt. Dem Bataillon wurden 50 E. K's verliehen. Die Kompanien waren auf 40 bis 60 Mann zusammengeschmolzen.

Aufstellung der Waffen-Grenadierbrigade (später 33. Waffen-Gren.-Div.) der SS „Charlemagne"

Obwohl der Kommandeur der 18. SS-Division „Horst Wessel" die französische Sturmbrigade gern in seinem Divisionsverband behalten hätte, wurde sie von der Front zurückgenommen und auf Befehl der RFSS nach dem Truppenübungsplatz Konitz/West-



FRANZÖSISCHE LEGIONÄRE
tragen ihre Tapferkeitsauszeichnungen des I. und II. Weltkrieges

preußen in Marsch gesetzt, um dort mit den übrigen Franzosen (L. V. F.) zu einer großen französischen Kampfeinheit zusammengefaßt zu werden. Im August 1944 wurde die Aufstellung der Waffen-Grenadierbrigade (später 33. Waffen-Gren.-Div.) der SS „Charlemagne" befohlen.

Es standen zur Verfügung:

1. die Ueberlebenden der SS-Freiwilligensturmbrigade, welche den Kern der französischen Waffen-SS bildeten;

2. die Reste der vom Heer zur Waffen-SS übernommenen Legion (L. V. F.);

3. ca. 1000 französische Freiwillige der deutschen Kriegsmarine;

4. 1500 wehrfähige und meist im Bandenkampf bewährte Männer der französischen Miliz, die aus Frankreich kamen, als die Invasion begonnen hatte.

Hierdurch wurde es möglich, eine ca. 7000 Mann starke Brigade unter der Führung des ehemaligen Kdr. der Legion, Waffen-Oberführer Puaud, aufzustellen. Das erforderliche deutsche Verbindungspersonal wurde von der Inspektion der französischen SS-Verbände (Chef-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS Gustav Krukenberg) gestellt.

Mit der nicht ohne Reibung durchzuführenden Vereinigung solch grundverschiedener Eigenarten war den beiden bewährten Offizieren ein recht schwieriger Auftrag erteilt worden. Jeder Verband hatte sich von vornherein ganz verschiedene Einsatzziele gesteckt. Die aus glühenden französischen Patrioten bestehende Legion wollte im Sinne der von Marschall Petain ins Leben gerufenen „Nationalen Revolution" Frankreich an der Ostfront im Kampf gegen den Bolschewismus vertreten. Sie wollten die Kommunisten lieber in Rußland als Frontsoldaten bekämpfen als in einem von der deutschen Wehrmacht besetzten Frankreich.

Die französische Miliz dagegen handelte ebenfalls im Sinne der „Nationalen Revolution", sah aber ihre Pflicht darin, in Frankreich selbst Kommunisten und Terroristen wirksam mit der Waffe zu bekämpfen. Sie war der Ansicht, daß dies eine rein französische Angelegenheit wäre, in die sich kein Ausländer zu mischen hätte. Den Freiwilligen der Waffen-SS dagegen war Europa näher und schon ein fester Begriff geworden. Die meisten dieser französischen SS-Freiwilligen betrachteten nicht Frankreich allein, sondern ganz Europa als ihre Heimat. Erst im Einsatz sollte sich die geistige Verschmelzung der Divisionsangehörigen vollziehen und jede dieser Richtungen das Beste hierzu hergeben. Bei der für viele zu langsam vor sich gehenden Ausbildung hegten alle Franzosen den einen gemeinsamen Wunsch: so schnell wie möglich zum Einsatz zu kommen. Im Oktober 1944 wurden sämtliche Einheiten der Franzosen nach Wildflecken/Rhön verlegt. Dort sollte die endgültige Aufstellung für den Fronteinsatz erfolgen.



FRANZÖSISCHE LEGIONÄRE
tragen ihre Tapferkeitsauszeichnungen des I. und II. Weltkrieges

preußen in Marsch gesetzt, um dort mit den übrigen Franzosen (L. V. F.) zu einer großen französischen Kampfeinheit zusammengefaßt zu werden. Im August 1944 wurde die Aufstellung der Waffen-Grenadierbrigade (später 33. Waffen-Gren.-Div.) der SS „Charlemagne" befohlen.

Es standen zur Verfügung:

1. die Ueberlebenden der SS-Freiwilligensturmbrigade, welche den Kern der französischen Waffen-SS bildeten;

2. die Reste der vom Heer zur Waffen-SS übernommenen Legion (L. V. F.);

3. ca. 1000 französische Freiwillige der deutschen Kriegsmarine;

4. 1500 wehrfähige und meist im Bandenkampf bewährte Männer der französischen Miliz, die aus Frankreich kamen, als die Invasion begonnen hatte.

Hierdurch wurde es möglich, eine ca. 7000 Mann starke Brigade unter der Führung des ehemaligen Kdr. der Legion, Waffen-Oberführer Puaud, aufzustellen. Das erforderliche deutsche Verbindungspersonal wurde von der Inspektion der französischen SS-Verbände (Chef-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS Gustav Krukenberg) gestellt.

Mit der nicht ohne Reibung durchzuführenden Vereinigung solch grundverschiedener Eigenarten war den beiden bewährten Offizieren ein recht schwieriger Auftrag erteilt worden. Jeder Verband hatte sich von vornherein ganz verschiedene Einsatzziele gesteckt. Die aus glühenden französischen Patrioten bestehende Legion wollte im Sinne der von Marschall Petain ins Leben gerufenen „Nationalen Revolution" Frankreich an der Ostfront im Kampf gegen den Bolschewismus vertreten. Sie wollten die Kommunisten lieber in Rußland als Frontsoldaten bekämpfen als in einem von der deutschen Wehrmacht besetzten Frankreich.

Die französische Miliz dagegen handelte ebenfalls im Sinne der „Nationalen Revolution", sah aber ihre Pflicht darin, in Frankreich selbst Kommunisten und Terroristen wirksam mit der Waffe zu bekämpfen. Sie war der Ansicht, daß dies eine rein französische Angelegenheit wäre, in die sich kein Ausländer zu mischen hätte. Den Freiwilligen der Waffen-SS dagegen war Europa näher und schon ein fester Begriff geworden. Die meisten dieser französischen SS-Freiwilligen betrachteten nicht Frankreich allein, sondern ganz Europa als ihre Heimat. Erst im Einsatz sollte sich die geistige Verschmelzung der Divisionsangehörigen vollziehen und jede dieser Richtungen das Beste hierzu hergeben. Bei der für viele zu langsam vor sich gehenden Ausbildung hegten alle Franzosen den einen gemeinsamen Wunsch: so schnell wie möglich zum Einsatz zu kommen. Im Oktober 1944 wurden sämtliche Einheiten der Franzosen nach Wildflecken/Rhön verlegt. Dort sollte die endgültige Aufstellung für den Fronteinsatz erfolgen.

Alarm

Inzwischen hatten sich aber an allen Fronten verhängnisvolle Ereignisse abgespielt. Obwohl zahlreiche Angehörige noch auf den verschiedensten Waffenlehrgängen weilten, wurde die inzwischen zur 33. Waffen-Grenadier Division der SS „Charlemagne" umbenannte Einheit alarmiert.

Am 22. Februar 1945 erreichten die ersten Transporte der Division den vorgeschriebenen Einsatzraum im Bereich der Heeresgruppe Weichsel. Ohne eigene Artillerie, Panzer und Sturmgeschütze versuchte die Division an der Seite der 15. Lettischen SS-Division, die vom Südosten her in die Grenzmark vorstoßenden sowjetischen Streitkräfte des Marschalls Rokossowski aufzuhalten. Die eigenen vorgesehenen Abwehrstellungen am Haakenfluß wurden schon durch den Feind besetzt vorgefunden. Vom 24. bis 26. Februar spielten sich dort hartnäckige Kämpfe ab. Angriffe und Gegenangriffe wechselten. Die Dörfer Heinrichswalde und Barkenfelde standen im Mittelpunkt des Kampfgeschehens. Einer gegenüberstehenden rotpolnischen Division wurden so schwere Verluste zugefügt, daß diese von einer sibirischen Sturmdivision abgelöst werden mußte, die dann später mit starker Panzerunterstützung das Dorf Bärenwalde eroberte. Um Elsenau, wo sich der Divisionsgefechtsstand befand, wurde ebenso heftig gekämpft. Binnen einer Stunde wurden dort fast ausschließlich mit Panzernahkampfmitteln 16 Sowjetpanzer zur Strecke gebracht. Dem an Menschen und Material weit überlegenen Angreifer gelang es schließlich, nach Norden (Richtung Ostseeküste) durchzubrechen. Dabei wurden ca. 400 Mann der Division abgeschnitten oder versprengt und im großen Kessel Danzig-Gotenhafen eingeschlossen.

Sie nahmen dann später, zu einem französischen Marschbataillon zusammengestellt, mit der SS-Polizeidivision vom 20. März bis 1. April 1945 an der Verteidigung Gotenhafens teil und wurden mit den deutschen Kameraden zusammen von der Halbinsel Hela nach Dänemark eingeschifft. Am 10. April konnten sie sich wieder mit der Division vereinigen.

Am 28. Februar nahm eine Kampfgruppe zusammen mit einer Einheit der deutschen Wehrmacht an der Verteidigung von Neustettin teil, während sich das Gros der Division nach Norden absetzte. Im Raum südlich Belgard wurde dann mit den kampffähigsten Einheiten je ein 600 Mann starkes Marschbataillon zusammengestellt. Die Reste (meist schwer angeschlagene Einheiten) wurden in einem Reserve-Regiment zusammengefaßt.

In der Nacht zum 2. März 1945 bezog die nun 4000 Mann starke Division Abwehrstellungen nord- und südlich der Stadt Körlin an der Persante. Es galt zuerst, der Gefahr einer Schwenkung nach Westen der von Süden nach Norden vorgestoßenen und jetzt an der Ostseeküste bei Köslin stehenden sowjetischen Panzerkräfte Rokossowskis zu begegnen. Außerdem stieß eine zweite feindliche Panzerspitze vom Südosten her. Diese wurde augenblicklich südlich Belgard von der Wehrmacht aufgefangen. In der Nacht zum 4. März wurde dann aber die Division durch den rasch und unerwartet geführten Vorstoß eines sowjetischen Panzerkorps von Süden her aus dem Raume Stolzenberg bis zur Ostseeküste bei Kolberg völlig eingeschlossen und auf das ernsteste bedroht. Es handelte sich dabei um die Panzerspitzen Shukows, welcher die deutsche Front in Pommern zum Einsturz bringen wollte, indem er weit hinter dem Rücken der in Mittel- und Ostpommern kämpfenden deutschen Divisionen durchgebrochen war. Sofort stellte die Division Charlemagne noch eine Front nach Westen auf. Schon in den Mittagsstunden des 4. März wurde der erste Angriff von rund 25 Shukowscher Panzer abgeschlagen.

In den Abendstunden erreichte ein AOK-Befehl die Division: „Die Division Charlemagne hat sich nach Westen abzusetzen". Jetzt galt es für die Division, sich so schnell wie möglich unter Vermeidung von größeren Verlusten aus dem Kessel zu befreien. Nach Einteilung der Division in drei selbständig operierende Kolonnen war es nur einer einzigen möglich, sich nach großen Strapazen mit viel Bravour zu den in Westpommern noch kämpfenden deutschen Einheiten durchzuschlagen. Das Schicksal dieser Kolonne verlief am günstigsten. Es gelang ihr unter Ausnutzung des teilweise waldigen Geländes schon am 6. März die Jagdbrigade Munzel im Schloß Meseritz zu treffen. Mit dieser und anderen Verbänden des Korps v. Tettau gelang dann dem Bataillon, an der Spitze Brigadeführer Krukenberg, der rettende Durchbruch durch die sowjetischen Linien am Ostseestrand vor dem deutschen Brückenkopf Dievenow (12. und 13. März 1945). Dies war also die einzige geschlossene Einheit der Division, die sich aus dem Kessel durchzuschlagen vermochte. Nach kurzer Ruhepause im Raum Anklam wurden die Reste der Division dem Pz.AOK

II unterstellt und zur Auffrischung im Raum südöstlich Neustrelitz/Mecklenburg versammelt.

Die zweite Kolonne erlitt aber ein trauriges Los. Sie bildete das Gros unter Führung von Oberführer Puaud und dessen Chef des Stabes Sturmbannführer de Vaugelas. Sie versuchte in den Morgenstunden des 5. März, eine südwestlich Belgard liegende weite Ebene unter Ausnutzung von sehr dichtem Nebel zu durchqueren. Unglücklicherweise fiel der Nebel plötzlich. Sofort wurde die Kolonne vom Feind erkannt und unter heftiges Feuer sowjetischer Panzer und schwerer Waffen genommen und in kürzester Zeit aufgerieben und vernichtet. Eine Anzahl Versprengter entkam und erreichte teils die inzwischen weit vorangekommene erste Kolonne, teils die Festung Kolberg.

Dort in Kolberg wurde später von Ostuf. Ludwig und Ostuf. Bühler eine verstärkte französische Marschkompanie von allen sich nach dort durchgeschlagenen Franzosen aufgestellt, welche dann bis zum 18. März an der Verteidigung der Stadt Kolberg unter dem Befehl des Oberst der Luftwaffe Fullinden in vorderster Linie teilnahm und sich dort ganz besonders auszeichnete. In der Nacht zum 19. März wurde dann die Stadt geräumt und die letzten Verteidiger durch die Kriegsmarine nach Swinemünde transportiert. Irrtümlicherweise wurden aber die Franzosen von da aus nach dem in Wildflecken liegenden Ersatztruppenteil in Marsch gesetzt, obwohl zur selben Zeit die Reste der Division im Raum Anklam und später im Raum Neustrelitz wieder gesammelt werden sollten.

Die aus ehemaligen Legionären und Milizleuten zusammengestellte dritte Marschkolonne unter dem Befehl des Hstuf. Bassompierre hatte den schwierigen Auftrag erhalten, als letzte die inzwischen vollkommen eingeschlossene Stadt Körlin zu verlassen. Am 5. und 6. März wehrte sich die Kolonne heldenhaft gegen eine erdrückende feindliche Uebermacht. Immer wieder mußte — meist nur mit blanker Waffe — zum Gegenangriff angetreten werden. Am Abend des 7. März — fast ohne Munition — gelang es dem Hstuf. Bassompierre mit seinen noch verbliebenen 10 Offizieren und 500 Mann sich durch ein geschicktes Manöver aus der Stadt zurückzuziehen, ohne die Aufmerksamkeit des Feindes auf sich zu lenken. Von einer falschen Meldung irregeführt, glaubte Bassompierre die nahe Festung Kolberg schon in Feindeshand und befahl den Rückzug nach Westen. Nach vielen Umwegen, mehrtägigen Gefechten und unsagbaren Strapazen, vom Feind immer wieder gestellt und verfolgt, ohne Munition, gerieten erst am 17. März die halb verhungerten Reste der kleinen Kolonne in russische Gefangenschaft. Der ca. 1100 Mann starken Restdivision Charlemagne im Raum Neustrelitz sollte wieder Verstärkung vom Ersatztruppenteil gestellt werden.

In der Nacht zum 1. April 1945 rückte vom Truppenübungsplatz Wildflecken das 1200 Mann starke A. u. E.Regiment (unter Ostubaf. H.) ab. Der Weg nach Norddeutschland aber wurde ihm durch den schnellen Durchbruch von US-Panzern nach Thüringen abgeschnitten. Nur einzelnen Angehörigen des A. u. E. Rgts. gelang es, sich bis zur Division Charlemagne im Raum Neustrelitz durchzuschlagen. Das A. u. E. Rgt. selbst kämpfte dann später im Verbande der SS-Div. „Nibelungen", und zwar im Raum Donau-Isar (Gefecht bei Wartenberg am 18. 4. und bei Moosburg/Isar am 29. 4.).

Kampf um Berlin

Am 23. April erreichte die Div. Charlemagne der Befehl, sofort ein verstärktes Sturmbtl. aufzustellen, auf Lkw. zu verladen und schnellstens nach Berlin in Marsch zu setzen. Innerhalb weniger Stunden befand sich das Sturmbtl. auf dem Marsch nach Berlin und erreichte die Stadt noch kurz bevor die Sowjets den Kessel geschlossen hatten. Den Div.-Einheiten, welche am nächsten Tage nachfahren sollten, war der Weg versperrt.

Am 25. 4. wurde das Sturmbtl. der östlich Berlins stark angeschlagenen Div. „Nordland" zugeteilt. Der das Sturmbtl. begleitende Brigadeführer Krukenberg erhielt das Kommando über beide Einheiten.

Am 26. April trat die Div. „Nordland" zusammen mit dem französischen Sturmbtl. (unter dem Befehl des Hstuf. F.) und Panzerunterstützung zum Gegenangriff in Berlin Neukölln an. Nach Bodengewinn und dem Abschuß zahlreicher sowjetischer Panzer wurde das Sturmbtl. nunmehr von den Flanken her bedroht und mußte sich gemeinsam mit den Angehörigen einer HJ-Formation bis in die Abendstunden verteidigen. Erst gegen 19 Uhr, als Sowjetpanzer weit hinter ihrem Rükken den Hermannsplatz erreichten, zog sich das Btl. aus dieser Stellung zurück.

Nach nur kurzer Ruhe wurde das französische Btl. in den frühen Morgenstunden des 28. April als Panzerzerstörungskommando beim Belle-Alliance-Platz eingesetzt. Während dieses Tages wurden die Sowjets in

diesem Abschnitt von den Franzosen aufgehalten und verloren sechs Panzer. Gebäude, worin sich die Sowjets eingenistet hatten, wurden systematisch bekämpft und die vor dem Feuer fliehenden Sowjets haufenweise, manchmal mehr als fünfzig auf einmal, von den Sturmgewehren unserer Grenadiere niedergeschossen. In schweren Nahkämpfen behaupteten sich die jungen SS-Veteranen von Sanok, Heinrichswalde, Köslin und Dievenow. Sowjetische Scharfschützen wurden immer wieder ausgeräuchert. In der Nacht zum 29. April wurden ca. 100 ältere deutsche Angehörige der Waffen-SS und auch der Polizei dem Btl. als Verstärkung zugeteilt.

Am 29. April erreichten die Kämpfe ihren Höhepunkt. In den Morgenstunden wurde ein neuer sowjetischer Panzerangriff unter schweren Verlusten für die Roten abgeschlagen. Sofort prasselte ein furchtbares Trommelfeuer auf die von dem Btl. gehaltenen Stellungen nieder. Mehrere Männer des französischen Bataillons hatten schon für sich zwischen zwei und fünf Panzerabschüsse zu verbuchen.

Als erster Franzose erhielt der Uscha. V. von der Div.-Kampfschule das Ritterkreuz

Die Franzosen rissen sich gegenseitig die Panzerfäuste aus den Händen, um „ihren" Panzer erledigen zu können. Ein erneuter sowjetischer Angriff scheiterte, drei weitere Panzer brannten. Ein dritter Massenangriff sowjetischer Panzer setzte ein; die mitten auf der Straße liegenden Wracks zweier neuabgeschossener T 34 versperrten den nachfolgenden den Weg. Das Btl. wurde aber beinahe eingekesselt. In einem blutigen Gegenangriff der den Franzosen zugeteilten Deutschen wurde die Lage augenblicklich gemeistert. Das Trommelfeuer setzte sofort wieder ein. Obwohl dann noch zahlreiche aufeinanderfolgende sowjetische Panzerangriffe jedesmal abgewehrt werden konnten, sickerten russische Infanteristen im Nahkampf von Flammenwerfern unterstützt, hier und da in unsere Stellungen ein. Unsere Verluste waren aber inzwischen sehr schwer geworden, so daß Leichtverwundete des Btl.'s sofort ihren Posten wieder einnahmen. Dreimal verwundet führte der Hscha. O. seine vierte Komp. im Kampfe weiter. Unser erst wenige Tage zuvor aus der Junkerschule Kienschlag eingetroffene Führernachwuchs erlitt besonders hohe Verluste. Unter Führung des Hscha. R. zeichnete sich die ausschließlich aus ehemaligen Legionären (manche waren seit 1941 dabei) zusammengesetzte 3. Komp. ganz besonders aus.

Mit gleicher Wucht ging die Schlacht am 30. April und am 1. Mai weiter. Unter Einsatz von Flammenwerfern gelang es den Sowjets in den Abendstunden des 1. Mai weiter vorzustoßen. In den Morgenstunden des 2. Mai mußte sich das fast wieder eingeschlossene Btl. nach dem von Luftwaffeneinheiten noch gehaltenen Reichsluftfahrtministerium zurückziehen. Bald danach tauchten russische und deutsche Offiziere waffenlos mit weißen Fahnen auf. Das war das Ende.

Reste des Btl. behielten aber die Waffen und versuchten unter Ausnutzung der S- und U-Bahnschächte sich zu den bei Potsdam noch kämpfenden Verbänden des XIII. AK durchzuschlagen. Es gelang ihnen nicht. Bei der U-Bahnstation Potsdamer Platz wurden sie versprengt, umzingelt und gefangengenommen.

Fast zur selben Zeit wurden die im Raum Neustrelitz seinerzeit verbliebenen Reste der Div. Charlemagne mit den Div.-Einheiten, die sich unter Führung des W.-Stubaf. B.-G. auf dem Rückzug nach Schleswig-Holstein befanden, in der Gegend von Schwerin und Bad Kleinen (Mecklbg.) von den Engländern gefangengenommen. Nur einzelne konnten sich weiter durchschlagen. — Der Restbestandteil der Div. Charlemagne hatte nur noch kurze Feindberührung am 29. 4. bei Fürstensee südlich Neustrelitz gehabt. —

Aus „Wiking-Ruf", Hannover, Febr. 1953.

GERRIT HOPPE:

Wir von der Waffen-SS

Dieser einfache und ungeschminkte Bericht ging uns als Brief zu. Da er das Erleben und Empfinden ungezählter Tausender widerspiegelt, drukken wir ihn unverändert ab.

Wenn ich heutzutage meine Zeitung aufschlage und lese darin die fast dilettantisch anmutenden Versuche Kleinst-Europa zu einigen, muß ich immer wieder an jene von wahrhaft europäischem Geist beseelten Männer denken, die bereits vor zehn Jahren in den Reihen der Waffen-SS die erste wirklich europäische Armee gebildet haben und in den Weiten Rußlands für dieses Europa gekämpft, gelitten und geblutet haben und zu Tausenden gestorben sind, wie auch an die Opfer, die diese Männer bringen mußten, um überhaupt für Europa kämpfen zu können.

Die europäischen Freiwilligen waren zum größten Teil Angehörige von Völkern, die mit Deutschland im Kriege standen und deren Länder von der deutschen Wehrmacht besetzt waren. Als diese Männer sich freiwillig meldeten, um mit der Waffe für Europa zu kämpfen, wurden sie von der Mehrzahl ihrer Volksgenossen nicht verstanden und schon damals setzte die Hetze und Diffamierung gegen sie ein, die im Jahre 1945 auch die deutschen Soldaten über sich ergehen lassen mußten. Sobald bekannt wurde, daß einer dieser Männer sich freiwillig zur Waffen-SS gemeldet hatte, wurde er wie ein Aussätziger gemieden. Als diese Freiwilligen zur Ausbildung in die deutschen Kasernen einzogen, hatten sie oft ihre bisherige Existenz, ihre Heimat, ihr Vaterhaus, ihre Freunde und Verwandten aufgeben müssen, um überhaupt für Europa kämpfen zu können. Die Waffen SS war ihre Heimat geworden. Wenn es dann nach vollendeter Ausbildung an die Front ging, wurden diese Freiwilligen nicht wie ihre deutschen Kameraden getragen von einer sie achtenden, liebenden und für sie betenden Heimat, sondern sie zogen an die Front beladen mit dem Fluch ihrer Väter und der Verachtung ihrer Freunde. Als sich dann der Krieg in Rußland immer mehr in die Länge zog, kam die für jeden Frontsoldaten so schöne Zeit, daß er mit Fronturlaub in seine Heimat fahren durfte. Auch wir europäischen Freiwilligen sollten Urlaub bekommen - doch wo hätten wir hinfahren sollen? Wir hatten keine Heimat mehr und die Tür unseres Vaterhauses war uns verschlossen. Da bewährte sich dann die im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den asiatischen Bolschewismus entstandene Frontkameradschaft und viele unserer deutschen Kameraden meldeten sich freiwillig, um einen europäischen Kameraden mit in ihre Heimat zu nehmen. Manche dieser Urlauber lernten dadurch deutsche Mädchen kennen und aus dem Kennenlernen wurde oft eine dauerhafte Verbindung. Wenn dann der europäische Freiwillige wieder an die Front zog hatte er wenigstens auch einen Menschen, der sich um ihn sorgte.

Aehnlich ging es den europäischen Kameraden, die in den erbitterten Kämpfen schwer verwundet wurden. Wenn man an sie die Frage nach ihrem Heimatlazarett richtete, konnten sie meist nur antworten: „Fahren Sie mich irgendwohin, egal wo."

Auch mir erging es nicht besser. Ich wurde so ganz zufällig in ein Wehrmachtslazarett in Süddeutschland verlegt. In diesem Lazarett war ich der einzige europäische Freiwillige und auch der einzige Soldat der Waffen-SS. Meine dortigen Kameraden waren alle Angehörige der Wehrmacht, doch es zeigte sich da wie verlogen die Greuelpropaganda ist, die behauptet, daß zwischen den Frontsoldaten des Heeres und denen der Waffen-SS Rivalität oder Gegnerschaft bestanden habe. Sehr bald fiel es meiner Stubenkameraden auf, daß ich keinen Besuch bekam. Ich erfand die Ausrede, meine Eltern seien zu alt, um noch eine weite Reise machen zu können. Nichts läßt sich jedoch so schlecht verheimlichen wie das Privatleben

in einer Krankenstube, wo Schwerverwundete Tag und Nacht das Bett nicht verlassen können und somit dauernd in engster Gemeinschaft leben. Mit der Zeit bemerkten meine Kameraden auch, daß ich nie Post bekam. Man fragte mich etwas spöttisch, ob denn meine Eltern auch zum Schreiben zu alt seien. Schließlich war ich gezwungen, die Wahrheit zu sagen. Und da bewährte sich dann wieder die alte Frontkameradschaft. Die Kameraden reagierten je nach ihrem Temperament, die Einen fluchten und schimpften — und mein Nachbar reichte mir seine gesunde Hand als Zeichen des Verständnisses — andere ließen mir durch die Krankenschwester von den Gaben ihrer Besucher die besten Bissen herüberreichen, oder forderten ihre Angehörigen auf, sich auch etwas zu mir zu setzen, da ich so allein sei. Mit großer Dankbarkeit gedenke ich noch immer dieser Kameraden der Wehrmacht und besonders eines Kameraden aus Stube 49.

Was sind jedoch alle im Kriege gebrachten Opfer im Vergleich zu dem, was nach 1945 über die europäischen Freiwilligen hereinbrach! Nachdem sie bei Kriegsende in alliierte Gefangenschaft geraten waren, wurden sie nicht nur wie ihre deutschen Kameraden der Waffen-SS einer bestialischen Sonderbehandlung unterworfen, sondern sie wurden an ihre ehemaligen Heimatländer ausgeliefert und in diesen als Landesverräter von Sondergerichten abgeurteilt. Zu Tausenden wanderten sie hinter Kerkermauern und viele endeten am Strang oder vor dem Exekutionskommando — und nur, weil sie von hohen Idealen getrieben für Europa gekämpft und geblutet hatten. Doch die Vergeltungsmaßnahmen beschränkten sich nicht allein auf diese europäischen Soldaten, sondern wurden in ungezählten Fällen auch noch auf deren Angehörige ausgedehnt. Wer fragte denn damals nach Schuld oder Unschuld? Wilder Haß und das mobilisierte Untermenschentum durften sich straflos austoben.

Das Ausmaß dieser Verbrechen ist so groß, daß man sich wundern muß, daß diejenigen, die diese Verbrechen zumindest geduldet haben, sich als Hüter des Weltgewissens aufspielen konnten und in Nürnberg, Dachau, usw. im Namen der menschlichen Gerechtigkeit über das deutsche Volk zu Gericht sitzen und sowohl die deutschen, als auch die europäischen Soldaten der Waffen-SS zu Verbrechern erklären konnten, nur weil diese gegen den asiatischen Bolschewismus, der damals der Verbündete dieser Hüter des Weltgewissens war, gekämpft hatten. Nachdem nun die Wellen des Hasses abebbten und die Behandlung der Opfer menschlicher wurde, zeigt es sich, welche furchtbaren Zerstörungen dieser Ausbruch des Hasses in den Völkern Westeuropas angerichtet hat. Jetzt, da endlich das Abendland erkennt, daß ihm vom Osten die Vernichtung droht und seine Rettung nur möglich ist, wenn es sich zu einer Kampf- und Schicksalsgemeinschaft zusammenschließt, werden diese Versuche zur Einigung immer noch überschattet von dem Haß und den Ressentiments der Morgenthau-Ära. Wie will man heute eine von hohen Idealen getragene europäische Armee aufstellen, so lange noch die im Kampf erprobten europäischen Soldaten der Waffen-SS zu Tausenden hinter den Kerkermauern ihrer Heimatländer schmachten? Solange diejenigen, die inzwischen ihre „Freiheit" erlangten, als Ausgestoßene behandelt werden. Zehntausende haben ihre Staatsangehörigkeit verloren und nicht nur sie, sondern auch ihre Frauen und Kinder. Sie haben ihre bürgerlichen Ehrenrechte verloren und sind wehrunfähig. Sie alle sind zu Fremden in ihrem eigenen Volke geworden. Heute noch stehen sie unter polizeilicher Kontrolle, haben keine Bewegungsfreiheit, unterliegen der Meldepflicht und können noch nicht mal auswandern, da sie keinen Paß erhalten. Als einzigen Ausweis besitzen sie eine Aufenthaltsgenehmigung, die ständig erneuert werden muß. Dies bringt mit sich, daß sie auch keine ordentliche Arbeit bekommen können, weil ihnen als Fremden keine Arbeitspapiere ausgehändigt werden, so daß sie sich kümmerlich mit Gelegenheitsarbeiten ernähren müssen.

Wir, die ersten Soldaten Europas, können nur dann an den mit so vielen Worten, Reden und Schriften der heutigen Herren Europas bekundeten Willen zur Einigung und zur Verteidigung gegen eine bolschewistische Agression Glauben schenken, wenn sie von sich aus ihre Irrtümer einsehen und denjenigen, die als erste den europäischen Kampf gegen den Bolschewismus aufnahmen Gerechtigkeit widerfahren lassen. Wir wollen keine Gnade, wir wollen Recht.

Wir haben durch unseren Einsatz und Kampf bewiesen, daß wir Gegner des Bolschewismus sind. Dazu haben wir noch ein Vermächtnis, das unserer gefallenen Kameraden. Sie fordern und verlangen von uns, daß wir ihrem Leiden und Sterben letzten Sinn geben: Die Schaffung des von ihnen erstrebten geeinten Europas und seine Verteidigung gegen die bolschewistische Horde.

Meldungen der Weltpolitik am 1. April

Die französische Zeitung „Dernieres Nouveautés" veröffentlicht einen Plan des Verfassungs-Ausschusses der französischen Nationalversammlung, wonach nunmehr dreißig Kabinette gebildet werden, von denen jedes täglich eine Stunde regiert — sechs Kabinette stehen in Reserve, falls eines ausfällt. So wird nunmehr von 1 bis 2 Uhr nachts Kabinett René Mayer, von 2 bis 3 Uhr Kabinett Pleven, von 3 bis 4 Uhr Kabinett Daniel Meyer, von 4 bis 5 Uhr Kabinett Queuille usw. regieren. Man hofft, auf diese Weise den dauernden Regierungskrisen durch einen solchen rollenden Stundenplan einen Riegel vorgeschoben zu haben.

Winston Churchill beabsichtigt, seine literarischen Hinterlassenschaften um ein weiteres Werk „Von Kenya bis Werl — Triumph der Menschlichkeit" zu bereichern.

Bei der Krönung der Königin Elisabeth sollen Nachbildungen aller demontierten deutschen Fabriken im Krönungszug mitgetragen werden unter dem Motto „Tod aller Konkurrenz!"

Während des Besuches von Tito in London wurde Baronet Harris, früher „Bomber-Harris" und von Königin Elisabeth mit dem Baronet-Titel ausgezeichnet, der rüde Massenmörder von Hunderttausenden von Deutschen, der bekannte Schlächter von Hamburg, Hildesheim und Köln von Tito zum „roten Ehren-Partisan" ernannt. Tito überreichte ihm zugleich eine Mappe mit Bildern über die Abschlachtung der Deutschen im Banat. Beide Herren schlossen eine Wette, wer mehr Kinder und Frauen der Deutschen ermordet habe. Als Unparteiischer war Morgenthau gebeten worden, jedoch ist seine Entscheidung noch nicht bekannt geworden.

Truman hat seinen alten Laden in Kansas City wieder übernommen und ein ganz neues Krawattenmuster herausgebracht, das ein Riesen-Erfolg zu werden verspricht. Es heißt „Die Krawatte, die ich dem Volk der USA drehte" und trägt auf rotem Grund das Bild von Bernard M. Baruch und Alger Hiss.

Dean Acheson will nach seiner Entpflichtung als Staatssekretär des Aeußeren ein Buch herausbringen, das den Titel tragen wird: „Dreißig Jahre Frankfurter Würstchen". Es soll seinem alten Lehrer Prof. Felix Frankfurter in Ehrfurcht gewidmet werden.

Frau Eleanore Roosevelt beabsichtigt, nach Moskau zu fahren und durch ihre Reize Malenkow auf den alten Pfad des Einverständnisses, wie einst zwischen ihrem Gatten Franklin Delano Roosevelt und Stalin, zurückzulocken. Frau Malenkowa ist darob in großer Sorge.

Nachdem die UN bereits die Farben von Israel als Fahne führt, soll nunmehr auch ein Wappentier übernommen werden. Es wird in der zuständigen Kommission darüber verhandelt, ob man als solches den „Löwen von Juda", die Reklame „Die Stimme seines Herrn" mit dem gehorsam zuhörenden Hund, oder den Pleitegeier wählen will. Die Finanzkommission ist für den letzteren.

Das große, einem Grabstein ähnelnde Gebäude der UN hat Sprünge bekommen. Bausachverständige sagen, daß es auf alten Gräbern errichtet ist und daher niemals stabil werden kann.

Die sowjetische Kirche hat beschlossen, Stalin heilig zu sprechen und ihm eine Kirche zu weihen — „zu den hundert Millionen Märtyrern". — „Sankt Väterchen Stalin" soll besonders von Lebensüberdrüssigen mit Erfolg angerufen werden, da er so vielen bereits vom Leben abgeholfen hat.

Gerhard Eisler hat beschlossen, aus der jüdischen Rasse auszutreten und läßt sich täglich Blutübertragungen mit echt russischem

Blut machen, um keinen Verdacht zu erwecken.

Walter Ulbricht ist von Malenkow die Selbstbezeichnung als „der deutsche Lenin" verboten worden — Lenin sei ein anständiger Mann gewesen, der niemals sein Vaterland an die Fremden verraten habe, soll ihm von Malenkow bedeutet worden sein. Ob er sein Lenin-Bärtchen weiter tragen darf, entscheidet das Ekki des ZK der KPD.

In Ostberlin wurde ein Laufbursche, der als Volksrichter fungiert, befördert, weil er nachts in Westberlin Einbrüche verübte, also den Klassenkampf gegen das bürgerliche Eigentum praktisch verwirklichte.

Im Rahmen der Aktion „Friede mit Israel" ist Herrn Prof. Franz Böhm, Senator Lüth-Hamburg, Rektor Werner Richter-Bonn und Herrn Kaplan Adenauer in Porz bei Köln vom Staatspräsidenten Ben Zwi der Orden vom vergoldeten Davidstern mit der Inschrift „Machulle wa Meschugge" und dem Titel „Grand Schlattenschames" verliehen worden. Zur Entgegennahme der Auszeichnung werden sich die Herren nach Jerusalem begeben und dort in der Baalmassematten-Synagoge feierlich den Toches küssen.

In den deutschen Schulen soll die Zahl der wöchentlichen Religionsstunden vermehrt, die deutsche Geschichte aber wieder abgeschafft werden. In Hinterschallering, Oberbayern, inspizierte Hundhammer die Dorfschule und stellte fest, daß einmal „saupreissische Flüchtlingskinder, wo gar nöt in der Kirchen sind" am Unterricht teilnehmen und daß das Unterrichtsniveau immer noch über dem Zustand des 17. Jahrhunderts liege. Ein Kind sprach sogar vom „Deutschen Reich", statt vom bayrischen Staat und auf der Landkarte war Bayern nicht deutlich von Deutschland getrennt.

Wie aus Bonn bekannt wird, soll Bundeskanzler Adenauer für den Fall seiner Wahlniederlage bei den diesjährigen Bundestagswahlen von Foster Dulles die Zusicherung erhalten haben, seinen Namen in Adenhower umändern zu dürfen und zum lebenslänglichen Botschafter der Wallstreet h.c. in Bonn ernannt zu werden.

Um alle totalitären Ueberbleibsel in der Bonner Republik mit Stumpf und Stiel auszurotten, bestimmt eine neue Verfügung, daß Herr Theodor Heuß hinfort nicht mehr mit „Herr Bundespräsident" oder „Exzellenz", sondern mit „Onkel Theo" anzureden ist. Für Bundesbeamte vom Staatssekretär an abwärts gilt im Verkehr mit Herrn Heuß das vertraute „Du", während Grenzschutzangehörige ihn durch leichtes Einknicken des linken Knies und Senken des Kopfes grüßen.

Wie schon lange verlautet, steht die Bonner Dienststelle Blank vor einer inneren Krise. Der Befehlshaber der Päpstlichen Schweizergarden soll ersucht worden sein, die militärische Reorganisation der Dienststelle vorzunehmen. Pflichtgebetstunden um Erleuchtung sind angeordnet.

Der Abgeordnete Ollenhauer, SPD, beabsichtigt einen „Schutzverband alliierter Agenten und Besatzungsgewinnler" ins Leben zu rufen; der Abgeordnete von Knoeringen SPD soll als Vizepräsident vorgesehen sein.

Wegen allgemeiner Abneigung gegen sie soll die schwarzrotgoldne Fahne nun doch rechtzeitig abgeschafft werden — über ihren Ersatz ist man noch unklar. Adenauer ist für schlichtes Schwarz, Ollenhauer für schlichtes Rot, Nahum Goldmann natürlich für schlichtes Gold — alles, was davon noch in Deutschland zu haben ist.

Eine gefährliche Untergrundbewegung unter dem geheimnisvollen Namen „Kröven" hat sich gebildet — sie erklärt, die Demokratie könne ihr „am Krövener ..." Weinkenner sollen dem Schlüssel zu dem Geheimnis nachforschen.

Letzte Stunde:

Wie aus gutunterrichteter Quelle verlautet, soll der Tod Stalins nur eine Finte sein. In Wirklichkeit hat sich Stalin mit einem Stratosphärenflugzeug zu Adolf Hitler in die Antarktis begeben, wo beide einen „Eis-Pakt" geschlossen haben. Dieser sieht u. a. die Aufstellung einer Befreiungsarmee zur Besetzung Europas vor. Die Landung dieser mit Geheimwaffen und schußsicherer Kleidung bestausgerüsteten Armee soll mit „Fliegenden Tellern" erfolgen. Ort und Zeitpunkt der Landung in Europa werden zur Wahrung des Ueberraschungsmomentes vorerst geheimgehalten. Die Finanzierung dieses Riesenunternehmens soll der Dürer-Verlag in Buenos Aires übernommen haben.

EBERHARD FRITSCH:

Die „höhere politische Einsicht"

Am 20. März meldete AFP aus Bonn: „Der Bundestagsabgeordnete der FDP, Dr. Erich Mende erklärte, es seien Pläne bekanntgeworden, denen zufolge der Luftwaffen-Oberst Hans Ulrich Rudel die gewaltsame Befreiung der Kriegsverbrecher aus den Gefängnissen von Landsberg, Werl und Wittlich vorbereitet habe. Dr. Mende fügte hinzu: Oberst Rudel mag ein tapferer Soldat sein, aber auf politischem Gebiet benimmt er sich wie ein Kind ... Seine Tätigkeit verzögert und belastet die zugunsten der noch von den Alliierten festgehaltenen Deutschen unternommenen Aktion."

Ein Abgeordneter der KPD hätte kaum weniger gehässig gesprochen. Da sich Dr. Mende gerne als „Sprecher der Soldaten" und als Vertreter der „nationalen Belange" des Deutschen Volkes herausstellen läßt, müssen wir dieser Denunziation einige klärende Worte hinzufügen. Da sich wohl kaum beweisen ließe, daß solche Pläne nicht bestanden haben, wäre es müßig darüber zu palavern, ob Herr Mende in bezug auf den Wahrheitsgehalt seiner Erklärung im Recht ist oder ob er auf Gerüchte hereingefallen ist wie seinerzeit der Bundeskanzler auf die Meldung von der „Mobilmachung" der „Bruderschaft Großdeutschland". Jedoch: Wenn solche Pläne bestanden haben sollten und wenn Herr Mende tatsächlich davon erfahren haben sollte, hätte er als Sprecher der FDP mindestens zu schweigen gehabt, da er schon nicht das Rückgrat hatte, sie schweigend zu fördern. Denn wo auf der Welt gibt es ein Volk, daß wie das deutsche es durch fast acht Jahre schweigend zugelassen hätte, daß tapferste, einwandfrei als unschuldig erkannte Soldaten und Offiziere seiner ruhmvollen Wehrmacht niedrigsten Verbrechern gleich hinter Gefängnisgittern gehalten würden? Nicht nur hinter feindlichen, auch hinter eigenen! Wo auf der Welt wäre solch Schmach und Würdelosigkeit, wo solche bewußte Entehrung so widerstandslos ertragen worden? Dr. Mende mag wissen: Durch Unterwürfigkeit gewinnt man sich weder die Wertschätzung des Feindes noch eine erträgliche (höchstens eine einträgliche!) Lebensordnung! Hätten die Deutschen — oder selbst deren vom Feind berufenen Vertreter — auch nur einmal in entschlossener und echter Opposition gegen diese und andere Untaten reagiert, es stünde manches besser, nicht aber schlimmer (wie die politische Senilität fürchtet) um das Deutsche Volk. Die eigene und vorausleistende Erfüllungsbereitschaft der vom Feind geforderten und auch nur erwünschten Maßnahmen, die hat diesem Volk das Genick gebrochen.

Natürlich ist es „kindlich" und „ressentimentgeladen" wenn ein deutscher Oberst erklärt, deutsche Soldaten könnten nicht mit den Gefängniswärtern ihrer erwiesenermaßen zu Unrecht noch heute inhaftierten Kameraden gemeinsam Wehrdienst tun für die gleiche Sache, deretwegen ja diese Kameraden sich „strafbar" machten und auch nicht, solange die europäischen Kameraden in den Kerkern ihrer jeweiligen Länder sitzen, zumeist unter der Anklage, „die Waffe gegen die Sowjets erhoben" zu haben. Dagegen erfordert die nur wenig Erleuchteten zugängliche „höhere politische Einsicht", auf jeden Fall mitzumachen, auch wenn von Anfang an Falschheit und Verrat bei der „gemeinsamen Sache" Pate gestanden haben. Wir entsinnen uns noch, wie mannhaft die FDP noch vor kurzem darauf beharrte, die Verträge unter den obwaltenden Umständen nicht unterzeichnen zu wollen — und wir haben soeben erlebt, wie sie doch unterschrieben hat, obwohl ihre seinerzeit gestellten Bedingungen u. W. nicht erfüllt worden sind. Noch vor kurzem hieß es, erst müsse die Frage der Kriegsgefangenen bereinigt sein, dann könne unterschrieben werden; dann hieß es, es sei besser, erst zu unterschreiben, diese Frage ließe sich dann viel besser

lösen; und bald wird es vielleicht heißen, am besten sei es, erst in den Krieg für die Alliierten zu ziehen, die „Kriegsverbrecher"-Frage würde sich dann am allerbesten lösen lassen. Dies alles mag zwar „höhere politische Einsicht" sein, hat aber mit den altüberlieferten Gesetzen freier Völker, hat mit Ehre und Würde nichts mehr zu tun. Und es wird auch nichts damit erreicht, es sei denn das Gespött der Welt! Wo der politische Kuhhandel den Anspruch auf Recht und Freiheit eines Volkes zu verdrängen vermag, gibt es nur noch zwei Wege: den der Schmach oder den der Auflehnung!

Es bestand einmal in weiten Kreisen die Hoffnung, die FDP könnte sich zu einer Partei der echten, konstruktiven Opposition gegen die fraglose Erfüllungs- und Vorleistungspolitik Bonns entfalten. Allem Anschein nach war dies ein Irrtum: Auch Herr Mende ist „Legalist" und scheint nur bestrebt zu sein, die Bonner „Linientreue" seiner Partei zu wahren, ein Zerberus der Bonner Hörigkeit. Ob sich die Mitglieder der FDP nicht genasführt fühlen, wenn sie erkennen, daß auch bei ihrer Partei der nationale Wille, der Glaube ans Recht und die Hoffnung auf Freiheit den „höheren politischen Einsichten" ihrer Parteibosse zu weichen haben und daß ihre Mitgliedschaft mißbraucht wird, um diesen unkontrollierbaren „höheren politischen Einsichten" den notwendigen parlamentarischen Rückhalt zu verschaffen? Wenn nicht bald neue, gesündere Kräfte in der FDP bestimmend werden, wird auch diese Partei bald zu den Akten des parlamentarischen Unsinns gelegt werden müssen.

Mag Herr Mende seine „legalistische" Tätigkeit getrost fortsetzen, vielleicht ist ihm ein einträglicher Posten in der Nähe dieses oder eines neuen Bundeskanzlers sicher. Wir möchten jedoch alle Breda-Flüchtlinge, alle Soldaten und alle, die glaubten, diesem Herrn ihr nationales, politisches oder soldatisches Anliegen vertrauensvoll vorbringen zu können, ernsthaft davor warnen. Mit Leuten der „höheren politischen Einsicht" soll man sich nicht in Fragen des Vertrauens oder des Gewissens einlassen. Seien die Leimruten auch noch so taktvoll getarnt, man weiß nie, was die „höhere politische Einsicht" morgen zu tun befiehlt. Es könnte nämlich sein, daß morgen sieben politische Flüchtlinge wieder nach Breda über die Grenze zurückgeliefert werden müssen gegen ein Dankesschreiben des „holländischen" Prinzgemahls.

Es schlägt jedoch dem Faß den Boden aus, wenn der Abgeordnete Mende seiner Erklärung hinzufügt, durch diese angeblichen „Pläne" des Oberst Rudel seien die von den Alliierten zugunsten der inhaftierten Deutschen unternommenen Aktionen vereitelt worden! Wie lange eigentlich wird dem Deutschen Volke schon erzählt, daß „nunmehr endgültig die Frage der Kriegsverbrecher geregelt" werde? Allerdings, man hat sie „geregelt" an jenem schmachvollen 7. Juni 1951 am Landsberger Galgen, man hat sie mit neuen Verhaftungen und Terror „geregelt", man hat die Sprecher, die sich für sie einsetzten, mundtot gemacht oder diffamiert, man hat sich weder zur Weihnachts-Amnestie noch zur Haftentlassung des schwerkranken Freiherrn von Neurath aufraffen können, man hat hundertmal Ueberprüfungsausschüsse „in Aussicht" gestellt...

Uns liegen Briefe aus den Kerkern Frankreichs vor, in denen sich deutsche Soldaten beklagen, daß von amtlicher Bonner Stelle nichts für sie getan würde; und wir entsinnen uns noch der „Anteilnahme" und schamlosen Aeußerungen amtlicher Bonner Stellen anläßlich des Justizmordes an den sieben Landsbergern. Und als ich selbst im Bundesjustizministerium vorstellig wurde und um die Namensliste der in deutschen Gefängnissen Inhaftierten ersuchte, um die Lebensmittel- und Wäscheaktion aus dem Ausland verstärken zu können (es ging auf den Winter 1951 zu!) wurde mir diese von der höchsten zuständigen Stelle unter armseligem Vorwand und dem Hinweis, es bestünde deutscherseits keinerlei Interesse daran, verweigert! Wir können aber schlagend beweisen, daß von Seiten der Inhaftierten allerdings „Interesse" an solchen Paketsendungen bestand!

Dies also sind einige der Aktionen zur „Regelung der Kriegsverbrecherfrage", die nun der Oberst Rudel erschwert oder vereitelt haben soll! Genau so wie sie General Ramcke durch seine Verdener Rede „vereitelt" hat und wie sie morgen ein anderer und übermorgen wieder ein anderer „vereitelt" haben wird. Glaubt denn der Abgeordnete Mende, die nationale Ehre des Deutschen Volkes dieserart mißbrauchen zu können, um sein und Seinesgleichen Versagen, um das Nichteintreffen der wiederholten amtlichen Versprechen auf Revision abschirmen zu können? Nur, damit er ungestört den Legalitätsrummel weitermachen kann? Denn: „Oberst Rudel ist ja schuld daran" und „General Ramcke hat alles verdorben"... Hier

ein Auszug aus einem kürzlich eingetroffenen Brief eines holländischen „Lebenslänglichen“ in Breda:

„...Die Krone der Unverschämtheit ist übrigens die Erklärung des Herrn Pohle (Bundestags-Abgeordneter SPD) vorm Kriegsgefangenen-Ausschuß des Bundestages, Ramcke habe durch seine Rede in Verden/Aller die Hoffnung weckenden Gnadenaktionen zunichte gemacht und sei dafür verantwortlich („Aachener Nachr.“ 13. 11. 52). Verantwortlich sind die Lügenberichte deutscher Blätter. Dafür ein Beispiel: Herr Opitz schreibt gegen die Begnadigung des Krim. Rats Willy Lages in der „Frankf. Allg. Zeitung“ vom 2. 10. 52 aus Den Haag: „... Wieviele Menschen mögen in dieser Todeszelle 601 (Scheveningen) umgekommen sein und unter welchen Begleitumständen? ...“ In Wirklichkeit verbrachten im Kriege alle Todesverurteilten die letzte Nacht in 601. Daher der Beiname „Todeszelle“. Bonn aber denkt nicht an ein Dementi!!!“

Es ist Unsinn jetzt zu erklären, Oberst Rudel hätte mögliche Vergünstigungen für die „Kriegsverbrecher“ vereitelt. Will man den Oberst auf diese Art im Volk diskreditieren? Dann kennt man „das Geheimnis“ nicht, weswegen Rudels Worte einen solch tiefen Widerhall finden: Weil er die Ansicht vertritt, auch in den Fragen des Gesamtschicksals eines Volkes müßten wie beim Einzelnen Mannestum und Würde gelten! Das Echo seiner Worte könnte man also nur abschwächen, wenn man selbst eine solche Haltung bewiese!

Der Mann, der mit blutendem Beinstumpf unentwegt weiter gegen den Feind geflogen ist und der heute unerschrocken Stellung zu den politischen Geschehnissen seines Volkes nimmt, ist e i n u n d d e r s e l b e. Alle Versuche, ihn zu zerspalten, sind Beweis der Hilflosigkeit der Politiker. Sie möchten gerne „unter sich sein“ und nicht durch die Aufrichtigkeit, Folgerichtigkeit und Unerschrockenheit dieser Männer gestört werden. Aber sie können nur schwer gegen diese tapfersten Soldaten des Reiches argumentieren, weil diese eine zu tiefverwurzelte Ehrfurcht im Volke genießen. Und da die behauptete „Ostfreundlichkeit“ (letzte Zuckungen im „Stern“: Rechter Flügel — die Augen links!) nicht mehr „zieht“, schaltet man auf neue Parolen um.

Das sagte mir kürzlich ein weißhaariger Freikorpskämpfer und trotz seines Alters unentwegter Ostfrontkämpfer: „Oft genug, wenn wir im russischen Schlamm lagen, waren es die Immelmann-Stukas mit Rudel, die uns wieder raushauten oder uns so stark entlasteten, daß wir wieder aus der Klemme kamen. Es ist nicht wiederzugeben, mit welcher grenzenlosen Dankbarkeit, ja mit welcher Inbrunst wir aufatmeten, wenn es in den dicksten Kesseln manchmal hieß: Rudel kommt! Und sehen Sie, dieser unentwegte Stuka-Kämpfer tut heute im Politischen genau dasselbe, er „haut unseren Blick frei“, und das danken wir ihm!“

Gefährlicher als der Feind ist der falsche Freund, der in der Maske eines nationalen Biedermannes umgeht. Und gelobt sei die „Kindlichkeit“ eines Oberst Rudel. Denn dieser Mann hat sich nicht geändert und hat e i n Gesicht. Leute mit „höheren politischen Einsichten“ aber haben mehr Gesichter. Und vor Leuten mit mehreren Gesichtern hüte man sich! Wer zufrieden ist, das Sklavenjoch Unterworfener mit gebeugtem Nacken zu tragen, folge getrost den „höheren politischen Einsichten“ seiner Parteibosse, wer aber glaubt, daß für ihn und sein Volk Gesetze der Freiheit und der Ordnung gelten müssen, folge der „Kindlichkeit“ eines Oberst Rudel.

"The New York Times" Internationale Ausgabe vom 21. März 1953 meldet in einem Spezialbericht aus Bonn "Dr. Mende... sagte in einer Pressekonferenz, daß Herr Rudel zu ihm gekommen sei (had come to him) mit einem Plan zur Befreiung der Gefangenen in Werl". Tatsache ist, daß Herr Oberst Rudel, wie wir soeben von ihm erfahren, Herrn Mende persönlich überhaupt nicht kennt, ihn also weder gesprochen noch gar in Pläne "eingeweiht" hat. Den Kommentar zu dieser Meldung der bedeutendsten USA-Zeitung überlassen wir dem Leser.

Die Schrftl.

Bilanz des Grauens

Nach neueren Berechnungen beläuft sich die Zahl der von 1917 bis 1952 der Bolschewistischen Diktatur durch „Liquidierung" oder Vernichtung in Zwangslagern zum Opfer gefallenen Menschen auf mindestens **100 Millionen.**

Nach einer Veröffentlichung des Blattes der III. Internationale im Jahre 1924 betrug die Zahl der offiziell bekanntgegebenen „Liquidierungen" bei der „Oktoberrevolution" —:

28 Erzbischöfe, 6 775 Priester, 6 575 Lehrer, 8 500 Aerzte, 54 850 Offiziere, 26 000 Soldaten, 150 000 Polizeioffiziere, 48 000 Gendarmen und Polizisten, 335 250 Intellektuelle, 198 000 Arbeiter und 915 000 Bauern, — insgesamt **1,768.978** Menschen. Nach anderen Quellen beläuft sich die Zahl der zwischen 1917 und 1922 Ermordeten auf **2 Millionen.**

Die Opfer der durch die bolschewistische Revolution herbeigeführten Hungersnot beliefen sich auf **5,2 Millionen** Menschen. Nach einem Bericht des Internationalen Roten Kreuzes kamen bei der Hungersnot in der Ukraine in den Jahren 1932 und 1933 etwa **6 Millionen Menschen** um.

Die Anzahl der bei den sogenannten „Säuberungsaktionen" hingerichteten Personen in der Sowjetunion wird von Krawtschenko auf **1,5 Millionen** beziffert.

Den „Liquidierungen" auf der **Krim** durch Béla Kun fielen 70 000 Menschen zum Opfer. Im **Leningrader** Gebiet wurden zwischen 1921 und 1923 die **Ingrelen,** ein finnischer Volksstamm, völlig vernichtet. Vom Ausbruch des zweiten Weltkrieges im September 1939 bis zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 wurden von den Sowjets **1,7 Millionen** Polen und Ukrainer „liquidiert" oder nach Sibirien deportiert. Nach den Feststellungen des Prof. Watson Kirckonnel auf einer Konferenz in Winnipeg, die mit den veröffentlichten Statistiken und Dokumenten der **baltischen** Emigration übereinstimmen, sind vom August 1940 bis Juni 1941 in Litauen, Estland und Lettland 200 000 Menschen von den Sowjets ermordet oder verschleppt worden.

Nach dem deutschen Rückzug aus diesen Gebieten wurden nahezu **85 % der Bevölkerung der baltischen Länder** von den Sowjets durch Liquidierung oder Deportation vernichtet, so daß es heute vergleichweise in den Vereinigten Staaten mehr **Litauer** gibt als in Litauen selbst.

In **Bulgarien** sind seit September 1944 rund 30 000 Menschen von den Kommunisten ermordet worden. Die Zahl der ungarischen Kriegsgefangenen und deportierten Zivilpersonen in sowjetischer Hand betrug 295 000 Menschen. Von ihnen sind **119 000** in der Gefangenschaft gestorben. Der rumänische Ministerpräsident Radescu gab die Zahl der ermordeten und deportierten rumänischen Staatsbürger einschließlich der Angehörigen der deutschen und ungarischen Minderheiten mit 2,5 Millionen Menschen an. Im sudetendeutschen Weißbuch wurde die Anzahl der nach der Austreibung der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei ermordeten Personen mit 400 000 festgestellt.

Nach den Erhebungen des Professors Kirckonnel beträgt die Zahl der in den deutschen Ostgebieten von den Sowjets vernichteten Deutschen rund 5 Millionen. In der Karpatho-Ukraine wurden nach der sowjetischen Besetzung 80 % der Bevölkerung liquidiert oder deportiert. In der Sowjetunion selbst wurden fünf Republiken beseitigt und deren Bevölkerung praktisch vernichtet. Es sind dies die Republiken der Wolgadeutschen, der Tschetschenen, der Kalmücken, der Krimtartaren und das autonome Gebiet von Karaschaj.

Seit der Machtergreifung der chinesischen Bolschewisten in China sind dort nach den Feststellungen einer Kommission der amerikanischen Gewerkschaften über 14 Millionen Menschen „liquidiert" worden. Der amerikanische UN-Delegierte Metthow Woll legte der Generalversammlung der UNO im Dezember des vorigen Jahres darüber einen Bericht vor, in dem festgestellt wurde, daß allein 1951/52 in Rotchina 5 Millionen Chinesen als „Großgrundbesitzer" und „Dorftyrannen", 3 Millionen als „nationalistische Kuomintang-Reaktionäre", 2,6 Millionen als „Banditenagenten" und rund 900.000 als „verräterische Händler" ermordet worden sind.

Pandit Nehrus Schwester, Leiterin der indischen UNO-Delegation, stellte anläßlich eines Besuches in Rotchina fest, daß die rot-

chinesische Regierung allein für den Bau eines einzigen Kraftwerkes 2 Millionen Zwangsarbeiter eingesetzt hatte, die keinerlei Lohn erhielten. Die Kominformzeitung „Für dauerhaften Frieden und Volksdemokratie" rühmte um das Jahresende: „In den letzten drei Jahren haben wir mehr als 2 Millionen Banditen liquidiert."

Als kürzlich der „Oberste Richter" und oberste intellektuelle Henker der chinesischen Volksdemokratie, der 77-jährige Schen Tschun-ju, dem SED-Regime in der DDR einen Besuch abstattete, ließ Genosse Pieck ihm durch eine Abordnung „Junger Pioniere" ein Ehrenhalstuch überreichen „in Anerkennung seiner Verdienste um die Ausrottung widerwärtiger Volksfeinde". Hundert Millionen Ermordete sind, wie gesagt, seit 1917 „widerwärtige Volksfeinde" gewesen.

... Und während Schen Tschun-ju den „Jungen Pionieren" in Pankow zum Dank für das Halstuch einen „Friedensspruch" in ihr Freundschaftsbuch schrieb, berichteten in Wien und in Belgrad geflüchtete rumänische Milizsoldaten, daß seit dem Frühjahr 1952 abermals Tausende deutscher Familien aus Siebenbürgen in entlegene Gegenden verschleppt worden sind und die Begründung dafür laute: „Kampf gegen Kriegsverbrecher, Saboteure, Kapitalisten und Kulaken ohne Unterschied der Nationalität."

(Aus „Europa-Briefe" Nr. 163/1953)

Um Stalins Tod

Der Pressedienst „Ost-Probleme" vom 3. Februar 1953 schreibt: „Ueber Stalins wahre Einstellung zu den Juden gibt uns hier eine Episode Aufschluß, die der Sekretär des Politbüros des Zentralkomités (ZK) der jugoslawischen kommunistischen Partei, Milovan Djilas, in einem Artikel schildert, den die „Jugoslawischen Nachrichten", das Informationsblatt der jugoslawischen Botschaft in Bonn im Dezember 1952 veröffentlichten. Djilas schildert darin eine Begegnung mit Stalin im Januar 1948, zu einer Zeit, als der Bruch zwischen Moskau und dem Tito-Regime noch nicht offensichtlich war: „Im Januar 1948 war ich zum Abendessen bei Stalin. Dort waren auch andere Sowjetführer. Die Atmosphäre war anders als sonst — Zurückhaltung auf beiden Seiten, viele unterdrückte, nicht ausgesprochene Gedanken. Stalin fragte mich, warum es außer Pijade in unserem ZK keine Juden gäbe. Ich erläuterte ihm, wie bei uns die Entwicklung der Bewegung und alles Uebrige verlaufen sei. Er begann sarkastisch-fröhlich zu lächeln und mich, und über mich auch die übrigen Jugoslawen und Kommunisten, voller Sympathie als Antisemiten zu bezeichnen. Ueber dieses antisemitische Thema habe ich damals viel in der Sowjetunion gesprochen. Ein Mann aus dem Apparat des ZK der KP rühmte sich vor mir, daß Shdanow alle Juden aus dem Apparat des ZK der Kommunistischen Partei entfernt habe. Der stellvertretende Generalstabschef der Sowjetarmee, Antonow, wurde zufälligerweise als Jude entdeckt. Damit war seine glänzende Karriere besiegelt. Der Kampf gegen die „heimatlosen Kosmopoliten" in der Sowjetunion ist in Wahrheit eine versteckte Form auch des Kampfes gegen die jüdischen Intellektuellen. Während des Krieges trat der Antisemitismus in der Armee mehr oder weniger offen zutage. Im Jahre 1948 war viel in Moskau die Rede vom ungarischen ZK, das bekanntlich größten Teils aus Juden besteht. Aber auch in den Moskauer Prozessen wurde den Juden die Hauptrolle zugeteilt. Im öffentlichen Leben der Sowjetunion gibt es in wirklich entscheidenden Positionen kaum noch Juden. Sie sind Staatsbürger niederen, niedrigsten Ranges."

Auch wenn man berücksichtigt, daß die Tito-Kommunisten in ihrem Kampf gegen Stalin wenig Mittel scheuen und heute, um Dollars zu schnorren, vor dem amerikanischen Judentum auf dem Bauche kriechen wie die Schlange im Paradies, so ist doch nicht anzunehmen, daß Djilas diese Aeußerungen Stalins einfach erfunden haben sollte. Stalin ist also auf seine alten Tage offenbar — nachdem er lebenslang mit der jüdischen Trotzkistengruppe sich herumgeschlagen hat — den Juden gegenüber wirklich ungnädig gewesen, mindestens mißtrauisch geworden.

Auffällig ist, daß das in der Schweiz erscheinende astrologische Blatt „Neues Europa", das sich selber als das „Führende Weltblatt für alle Fragen der kommenden Entwicklung" bezeichnet und als Marke einen Erdball mit der freimaurerischen Umschrift „Durch Nacht zum Licht" führt, in seiner Neujahrsnummer vom 1. Januar 1953 an auffällig versteckter Stelle, aber auf der ersten Seite folgende Meldung bringt: „Ein australischer Astrologe sagt für den 20. Februar 1953 den gewaltsamen Tod Stalins voraus." Man wird sich daran erinnern, daß auch die Ermordung des Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich 1914 von der Hellseherin Madame de Thebes, die ebenfalls beste Beziehungen zu Logenkreisen hatte, vorausgesagt worden ist. Die Abendzeitung „Maariv" in Tel Aviv, die größte Zeitung Israels, schreibt über die Todesnacht Stalins, es sei „die beste, die der lebenden Generation beschieden war. Der Tod Stalins habe die Welt von ihrem grausamsten Tyrannen befreit, der die Hälfte der Menschheit durch Hunger und den Rest durch Atombomben ausrotten wollte."

Im ganzen zeigen die Nachrufe und Nekrologe der westlichen Presse anläßlich des Todes Stalins die ganze Unklarheit, Richtungslosigkeit und Haltlosigkeit der bürgerlichen Welt.

Man kann die Nekrologe in folgende Gruppen teilen:

Eine kleine Gruppe schimpft hemmungslos und so roh als möglich hinter dem Toten her, weil sie das für „national" hält oder hofft, sich bei den Nordamerikanern heute beliebt zu machen, wo General van Fleet das alte Wort, daß „only a dead Indian a good Indian" sei, dahin variierte, daß nur „ein toter Kommunist ein guter Kommunist" ist. Darunter sind einige Zeitungen, die noch vor einigen Jahren recht rötlich schimmerten und während des Krieges Stalin geradezu anhündelten.

Eine andere Gruppe verbirgt kaum ihre Sympathien für Stalin und den Kommunismus, indem sie recht „objektiv" ihm auch Lob für Dinge spendet, die er gar nicht getan hat. Ein in Argentinien in deutscher Sprache (es ist das einzige Deutsche daran!) erscheinendes Blatt, rühmt ihn geradezu: „Die Objektivität gebietet aber anzuerkennen, daß Stalin ein gewaltiges Werk vollbrachte ... Stalin hat der Wirtschaft Rußlands einen unbestreitbaren Aufschwung verliehen, und mögen sich auch die Bauern mit dem landwirtschaftlichen Kollektivierungssystem noch nicht abgefunden haben (so rasch wird das hu..-hu..humanitäre Blatt mit der Vernichtung von etwa 30 Millionen russischer Bauern fertig, während es über die berühmte „6 Millionen Juden" unablässig lamentiert!), so wird doch seine Industrialisierungspolitik dauernde Resultate haben. Der Aufbau der sowjetischen Industrie jenseits des Urals, die Erschließung der asiatischen Steppen, die Errichtung neuer, gewaltiger Bewässerungssysteme (allein eine Million tote Zwangsarbeiter beim Bau des Eismeer-Kanals, ihr hu. hu. humanitären Pinsel!), die Gründung großer Städte als Konsumzentren werden immer mit dem Namen Stalin verbunden sein. Unter ihm wurden soziale Reformen mit großer Energie durchgeführt ..." (zum Beispiel die Riesen-Konzlager und die Massenumsiedlung ganzer Völker!!)

Auf diese Melodie der „objektiven" Würdigung ist ein großer Teil der unorientierten Presse gerade auch in Deutschland abgestellt — und so völlig vaterlandslos ist die Masse dieser demokratischen Schreiberlinge, daß weder dieses Blatt noch Dutzende deutscher Zeitungen das für uns Entscheidende sagen, ja, daß es ihnen offenbar nicht einmal einfällt ...

Für uns nämlich ist Stalin zuerst einmal der Mann, der unserem Volk Ostpreußen, Ostpommern, die Neumark, Schlesien, Danzig und Sudetenland genommen hat, unter dessen Aegide die Massenaustreibung von Millionen Deutscher aus dem ganzen Osten und zahlreichen Ländern Mitteleuropas stattgefunden hat, der zusammen mit den Westalliierten das deutsche Oesterreich wieder zwangsverselbständigt hat und unter dessen Führung in der sowjetisch besetzten Zone die Herrschaft der größten Lumpen, die in Deutschland aufzufinden waren, der „deutschen" Kommunisten, der Pieck, Grotewohl, Ulbricht, Dahlem, Hilde Benjamin, Eisler und Konsorten dem deutschen Volk aufgezwungen worden ist. Was immer Stalin als Persönlichkeit war, mögen die Historiker entscheiden. Ob er ein Verbrecher an Rußland oder ein großer russischer Staatsmann war, hat das russische Volk zu entscheiden. Für uns war er ein Feind — und jeder russische Staatsmann, der uns unsere Ostprovinzen vorenthält und die Aufzwingung des von unserem Volke verabscheuten Kommunismus weiter versucht, wird gleichfalls unser Feind sein.

H. E.

Das Weltgeschehen

SUEDAMERIKA

Das argentinisch-chilenische Abkommen van Santiago stellt einen von der Welt stark beachteten Faktor in der natürlichen Entwicklung zur Vereinigung Südamerikas dar. Es ist etwas armselig, wenn dieser in die Zukunft weisenden Zusammenkunft der Präsidenten Perón und Ibáñez gewisse immer noch in der nordamerikanischen Politik tätigen Kreise eine Zusammenkunft der Präsidenten Vargas von Brasilien und Odría von Perú gewissermaßen entgegensetzen wollen. Während die argentinisch-chilenische Zusammenkunft wirklich den Kern zu einer eigenständigen Südamerika-Politik bildet, haben sich die beiden anderen Herren wenig zu sagen. Sie geraten in Gefahr, ohne es zu wollen die Abhängigkeit des südlichen Erdteils zu verkörpern. Präsident Peróns Schritt zum brüderlichen Zusammenschluß ist ein Anstoß, der noch segensreiche Folgen haben wird — wenn gewisse Gegner Peróns, auch der geistig immer armseligere Braden, kaum noch in den Anmerkungen der Weltgeschichte stehen werden. — Brasilien leidet furchtbar unter der Dürre in seinen Nordgebieten. Columbien hat seine Wahlen ohne wesentliche Erschütterungen, aber praktisch infolge der Stimmenthaltung der Liberalen auch mit wenig Ergebnis durchgeführt. Guatemala sonnt sich im Ruhme, die dort ansässigen Deutschen wirklich restlos während des Krieges und nachher ausgestohlen zu haben und davon eine Clique linker „Vivos" an der politischen Macht zu erhalten, die den edlen Kampf des lateinamerikanischen Menschen um Freiheit und Souveränität mißbraucht, um unter dem Schlagwort einer Agrarreform des Präsidenten Jacobo Arbenz, jüdisch-schweizerischer Herkunft, kalten Kommunismus in jenem empfindlichen mittelamerikanischen Raum zu treiben. In Venezuela bleibt die politische Lage kritisch, da die berüchtigte linke „Acción Democrática" weiter wühlt; die Erschießung des Manuel Vicente Omana im offenen Kampf zeigt, wie ernst die inneren Spannungen sind; denn Omana war Generalinspektor des Sicherheitsdienstes und fiel im Kampfe gegen einen Angehörigen seiner eigenen Familie, den ebenfalls erschossenen Fliegerhauptmann Wilfredo Omana bei einem politischen Zusammenstoß. Der Präsident von Venezuela, Martín Pérez Jiménez, und der Staatschef von Kolumbien, Dr. Urdaneta Arbelaez, trafen sich auf der Grenzbrücke über den Rio Tachira in einem Zelt — der südamerikanische Himmel weinte so nachdrücklich, daß das schöne Fest fast in den Regenfluten ertrank. Man wollte eine „gemeinsame Front gegen exotische Ideen" aufrichten. Auf die Frage, wieweit der Peronismus auch eine „fremde Ideologie" sei, meinte Urdaneta: „Ich weiß nicht, bis zu welchem Punkt der Peronismus mit den von uns verfolgten Ideen übereinstimmt." Gegen Ecuador, dessen Präsident Ibarra deutlich für die Kräfte der südamerikanischen Eigenständigkeit eintritt, hat Perú aufs neue alten Grenzstreit ausgegraben.

U. S. A.

Als Ende Januar 1953 der große Prozeß gegen die offizielle Parteiführung der kommunistischen Partei in USA zu Ende ging, begann der amerikanische Babbit sich wieder schlafen zu legen. Dazu zeigte dieser Prozeß wieder einmal, daß in USA der „harte Kern" des Kommunismus fast rein jüdisch ist — da aber zugleich die Presse ihn mit dem Lärm über den „Antisemitismus" in der Sowjetunion niederschrie, legte der amerikanische Zeitungsleser das Problem verwirrt und unsicher gemacht aus der Hand. Verurteilt wurden Elisabeth Gurley Flynn, der Neger Pettis Perry, die Negerin Claudia Jones, die Jüdin Betty Gannett, die Juden Jacob Mindel, William W. Weinstone, Alexander Bittelman, Alexander Trachtenberg, Victor J. Jerome, Louis Weinstock — und die Nichtjuden Albert F. Lannon, Arnold S. Johnson und George Blake Charney, die einflußlosesten von allen. Der Prozeß hatte 153 Tage gedauert und 19 000 Seiten Akten geliefert. Bundesrichter Edward J. Dimock verhängte vergleichsweise milde Freiheitsstrafen, obwohl das Urteil feststellte, daß „die kommunistische Partei eine Verschwörung zur gewaltsamen Machtergreifung in der USA einschließt." Dagegen kommt das Verfahren gegen Owen Lattimore, den China-Sachverständigen des State Departments und einen der Hauptschuldigen dafür, daß China den Kommunisten in die Hand gespielt wurde;

nicht vom Fleck. In der UN läßt man ebenfalls im Kampf gegen die roten Gruppen nach. John T. Flynn in seinen Flugblättern warnt: „Der Skandal in den Vereinten Nationen wird immer größer. Die Untersuchungskommission des Senates hat dort das Sekretariat untersucht ... Schon am ersten Tage fand sie dort fünf Personen in wichtigen Stellungen — alle Amerikaner — die sich weigerten, die Frage zu beantworten „Sind Sie Kommunist?", weil die Beantwortung sie unter Anschuldigung bringen könnte. Am zweiten Tag wurden sechs dieser Vögel ausgehoben, am dritten Tag zwei — zusammen schon 13 in drei Tagen. Nur einer dieser 13 gab zu, er sei Kommunist. Das waren auch keine Schreibkräfte und kleine Angestellte im Sekretariat der UN. Einer war der leitende Chef der Abteilung Information der technischen Hilfsorganisation, der andere der Direktor der Abteilung für wirtschaftliche Stabilität und Entwicklung..." „The News" schreibt, daß unter den 377 amerikanischen Beamten der UN über 100 unter Verdacht stehen — entlassen hat Trygve Lie, der selbst der dreiviertel kommunistischen Norwegischen Arbeiterpartei angehört, erst 10! „Cleveland News" schreibt von diesen: „Die besondere Bundes-Jury für alle Fälle der Staatsuntreue (disloyalty), die kürzlich ihre Sitzungen in New York beendete, fand, daß sie alle ohne Ausnahme früher in Regierungsstellen beschäftigt waren. Sie wurden immer von Abteilung zu Abteilung versetzt, und, als die Ueberprüfungen ihnen immer näher kamen, nahmen sie schließlich Zuflucht in der UN, wo sie glaubten, frei von Ueberprüfungen zu sein ... die Unterbringung dieser Leute war nach der Erklärung der Jury „Teil eines Planes, der sich aus der Förderung gewisser hochstehender Beamter ergab, die sich in jeder Regierungsstelle und dann in der UN mit Leuten umgeben haben, die ihre treulosen Ueberzeugungen teilen... Der amerikanische Kommunismus kann in der UN ebenso gefährlich sein wie in unserer eigenen Regierung, vielleicht noch mehr." Dennoch ist nunmehr Trygve Lie von immer mehr Staaten gebeten worden, sein Amt als Generalsekretär der UN bis zum Frühjahr 1954 zu behalten. Damit bleibt dieses Nest kommunistischer Infiltration der USA erhalten. Vergebens weisen gut unterrichtete nordamerikanische Zeitungen auf die Hintergründe hin. „Sunday World Herald Magazin" weist wieder einmal auf den verhängnisvollen Prof. Felix Frankfurter: „Aber Mr. Truman war nicht allein verantwortlich für die Infiltration. Ein Richter des Obersten Gerichtes brachte von Harvard nach Washington ein kleines Heer von „glänzenden Eierköpfen", von denen sich viele bald als verurteilte Meineidige, anerkannte Kommunisten und Wahlschwindler herausstellten. Sie brachten wieder ihre Freunde mit. Verfolgen wir aber die Spur der endlosen Skandale zurück, so finden wir, daß diese Spuren meist zur Tür von Richter Felix Frankfurters Amtszimmer im State-Department zurückführen. Und wir erinnern uns daran, daß Richter Frankfurter eine Vorliebe dafür hat, seine Nase in alle Dinge zu stecken und jeden Morgen mit Staatssekretär Acheson spazieren zu gehen. Wenn Sie Namen wünschen — bitte: Hiss, Pressman, Feller, Pritchard..."

Und wir haben noch nichts davon gehört, daß gegen den „höllenroten" Frankfurter ein Verfahren angestrengt worden sei.

Auch die Atomspione Julius und Ethel Rosenberg sind noch nicht hingerichtet worden, man läßt ihre Namen nur aus der Presse verschwinden.

Die Regierung Eisenhower zeigt schon jetzt, daß sie der roten Gefahr gegenüber nicht die rechte Energie aufbringt — das ist doppelt gefährlich, als die energische Außenpolitik von John Foster Dulles auf der einen Seite, die Ersetzung des müden, alten Stalin durch den vor Vitalität fast berstenden Malenkow die Gefahr des Konfliktes erhöht hat.

Westbesetztes DEUTSCHLAND:

Am 19. März 1953 hat der Bonner Bundestag in dritter und letzter Lesung mit 226 gegen 164 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen den Generalvertrag angenommen, der in Fortsetzung des Besatzungsstatuts die Generäle der Besatzer auch weiterhin zu Herren Westdeutschlands macht. Die Bonner Regierung sichert sich durch diesen Vertrag die Dauerbesetzung durch die Westmächte auch zur Niederhaltung des Deutschen Volkes und zur Aufrechterhaltung ihrer „demokratischen" Diktatur. Sie gibt vor, durch ein ungleiches Bündnis mit dem Westen Deutschland vor dem Bolschewismus zu schützen — was ein nationales Deutschland, wenn es nur frei wäre, aus eigener Kraft viel besser könnte!

Die Praxis dieses Vertrages illustriert die Festhaltung von Dr. Werner Naumann und seinen Kameraden in Werl durch den britischen Hochkommissar Sir Ivone Kirkpatrick. Kirkpatrick erklärte offen: „I am fed up with the Germans" (Die Deutschen sind mir zum Ekel). Franz von Papen berichtet in seinem Buch „Der Wahrheit eine Gasse" von ihm, daß Churchill von dem Gedanken von Rudolf Heß nach dessen Englandflug beeindruckt gewesen wäre, daß England alles tun sollte, um den bevorstehenden Angriff Hitlers auf Rußland zu verhindern, da Deutsch-

land in diesem Kampfe unterliegen und der Bolschewismus dann freien Zugriff auf Europa haben werde. Churchill habe gesehen, daß hier eine sehr ernste Entwicklung folgen werde. „Indessen habe Sir Ivone das Ganze als einen Riesenbluff bezeichnet und dringend abgeraten, Heß Glauben zu schenken. Für England könne es nichts Besseres geben als einen Krieg Hitlers gegen die Sowjets, denn **dann sei es sicher, daß Deutschland zertrümmert und diese Rasse endlich ausgelöscht werden könne."** Sir Ivone Kirkpatrick steht persönlich links und ist von der Labourregierung am 16. 3. 1950 in sein Amt eingesetzt. Selbst in England äußerten sich zahlreiche Stimmen gegen diese „GPU-Methoden". Monatelang wurde Dr. Naumann und seinen Kameraden das Recht verweigert, mit ihrem Anwalt zu sprechen; endlich wurden sie sang- und klanglos den Behörden der Bundesrepublik übergeben. Selbst die schweizerische „Neue Zürcher Zeitung" findet die Beschuldigungen gegen Werner Naumann und seine Kameraden unglaubwürdig und schreibt: „...daß Naumann und Scheel mit ihren Mitverschworenen etwa auf kurze Sicht einen Aufstand zum Zwecke der Eroberung der politischen Macht geplant hätten, klingt unglaubwürdig." Die Lizenzpresse klagte ebenfalls über das Vorgehen der Engländer — ihr wurde bei diesem Angst und Bange, denn sie spürt, daß ihre Demokratie, die von den Engländern in diesem Fall überhaupt nicht zu Rate gezogen worden ist, dem Volke nun doch als bloße Kulisse der Feindbedrückung klar wird, sie selber aber damit als Kollaborationisten der Fremdherrschaft.

Zugleich mit dem Generalvertrag nahm der Bundestag das Abkommen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft an, das die Teilnahme von 500 000 deutschen Soldaten am Europa-Heer vorsieht. Ganz abgesehen davon, daß dieser Beschluß nur mit einfacher Mehrheit gefaßt ist, obwohl er zweifellos der eigenen Verfassung dieser Herren widerspricht — mit welcher Begeisterung werden wohl diese deutschen Soldaten für die unbegrenzten Vollmachten von Sir Ivone Kirkpatrick kämpfen und sterben. Außerdem haben die Franzosen sich Sonder-Protokolle zu dem Abkommen entworfen, ohne die sie wohl nicht unterzeichnen werden. Auch ist es eine Frage, ob Herr Heuß unterzeichnen darf, ehe der Karlsruher Verfassungsgerichtshof (25 % Juden) seine Bedenken über die Verfassungswidrigkeit geklärt hat. So ist es eine Frage, ob aus dem ganzen Europa-Heer viel werden wird. Auf Seiten des Deutschen Volkes hat die Verhaftung von Werner Naumann die „Ohne mich"-Stimmung nur verstärkt. Kluge Ausländer sehen den Wahnsinn, ein Volk zwingen zu wollen, in den Ketten eines ungeliebten Staates, der immer nur ein „Gegenstand kalter Anwiderung" ist, zu kämpfen, heute schon sehr klar. Der Engländer Sir Donald Gaine, ehemaliger Deutschland-Sachverständiger des Foreign Office, schreibt offen: „daß die erste und größte Gefahr in der Apathie der Deutschen zu ihrem neuen Staate liegt", die „Partei der an Parteien und dem Staat Uninteressierten sei in Westdeutschland größer als jede andere..." Sehr klug formuliert zum Thema der Europa-Armee das Comité National Francais (Bulletin d'Information, Nov. 1952): „Eine nationale Abwehr ist unter Leitung von Regierungen, die vom internationalen Kapitalismus oder vom Bolschewismus abhängen, unmöglich... Wir verwerfen daher den Plan einer solchen europäischen Armee als solcher, auch ihrer Konsequenzen wegen. Wir bezeichnen sie außerdem als Versuch der westeuropäischen Politiker, ihre Interessen noch enger an die amerikanische Vorherrschaft anzuschließen ... Außerdem sehen wir, wenn dieser Plan zur Ausführung kommt, sehr ernste Folgen voraus:

Endgültige Entnationalisierung aller in ein solches Heer eingegliederten Volksgemeinschaften,

Ausbildung der Rekruten unter Leitung amerikanischer Offiziere, und im Falle eines Wechsels der Bündnisse, sowjetischer Offiziere.

Endlich wäre eine solche Europa-Armee, welche die Elemente, aus denen sie besteht, entnationalisiert, eine gefährliche Waffe gegen die in Zukunft notwendigen nationalen Revolutionen."

Schließlich hat der Bundestag mit 238 Stimmen gegen 39 Stimmen (Ehre diesen Männern, die den Mut fanden, sich dem schamlosen Gewissensterror nicht zu beugen!) bei 86 Stimmenthaltungen den Tributvertrag für Israel angenommen, der den Titel trägt „Entwurf eines Gesetzes betreffend das Abkommen vom 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel". Der Bundesrat, eine Zentrale der „45ger", nahm den Tributvertrag gar einstimmig an — und Herr Heuß unterzeichnete ihn schleunigst. Auf Grund dieses „Gesetzes" wird nun die Bonner Regierung an den Staat Israel als „Wiedergutmachung" 3 Milliarden DM, außerdem an die „Conference on Jewish Material Claims against Germany", noch einmal 450 Millionen DM aus den Steuergeldern des Deutschen Volkes leisten. Dieser Gesamtbetrag von 3,45 Milliarden DM soll zum Ankauf solcher Waren und Dienstleistungen verwandt werden, die der „Erweiterung der Ansiedlungs- und Wiedereingliederungsmöglichkeiten für jüdische Flücht-

linge in Israel dienen". Bis zum 31. März 1954 sind für jedes Haushaltsjahr 200 Millionen DM zu zahlen. Vom 1. April 1954 ab erfolgt die Tilgung in neun Jahresleistungen in Höhe von 310 Millionen DM und einer zehnten Jahresleistung in Höhe von 260 Millionen. Unter keinen Umständen darf eine Jahresleistung weniger als 250 Millionen DM betragen. Nach Artikel 4 wird sich die Bundesrepublik bemühen, den Betrag durch Erhöhung der Jahresleistung in kürzerer Zeit abzulösen. — Dabei sind mit diesen Leistungen die Forderungen Israels und der jüdischen Weltorganisationen noch keineswegs erschöpft. Beide haben sich ausdrücklich vorbehalten, immer weitere Forderungen zu stellen. Nicht enthalten sind ferner in diesen riesigen Lasten, die eine Schraube ohne Ende werden und nach Aeußerung von Sachkennern zu einer „wesentlichen Verminderung der deutschen Sozialleistungen führen müssen", die Milliardenleistungen auf Grund der sogenannten Restitutionen, die etwa ein Drittel des Volksvermögens in Westdeutschland umfassen. Der Haß der Juden gegen unser Volk ist damit auch nicht etwa beschwichtigt. Die „Jüdische Wochenschau" (La Semana Israelita, 27. Februar 1953) schreibt: „Das Gedenken Amaleks und das Nichtvergessensollen an das, was uns von ihm zu allen Zeiten angetan ist, gehört zu denjenigen Forderungen, denen sich unser Volk nicht entziehen darf... Nur kannten viele die Geschichte unseres Volkes und des Antisemitismus zu wenig, um die Tragweite der Ereignisse, die im Jahre 1933 begannen, richtig einzuschätzen. Ist in unseren Tagen das volle Verständnis für jene Faktoren bei unseren Menschen vorhanden? Man darf hoffen, daß mancher hinzugelernt. Wer sich in jüdische Geschichte ein wenig vertieft, wird begreifen, weshalb uns das Gedenken Amaleks anbefohlen worden ist. Wer die Estherrolle auf sich wirken läßt, weiß, daß Amalek lebt und seine Hoffnungen nicht aufgegeben hat. Das jüdische Volk, geeint um den Staat Israel, wird fähig sein, diese Pläne zuschanden zu machen." —

Lediglich einen Bauer hat Israel in dem großen Spiel in diesem Monat opfern müssen — Herrn Blankenhorn, den wir im „WEG" als Seelenfreund der Judenclique Gerhard Lewy und Julius Rosensaft enthüllt hatten, der nächste Mitarbeiter von Herrn Adenauer, hat einen halbjährigen Urlaub angetreten, aus dem dieser „treue Diener seiner Herren" wohl nicht zurückkehren wird.

Nach der „Sozialistischen Reichspartei" ist nunmehr „Freikorps Deutschland", die „Bewegung Nation Europa" in Berlin, die „Europäische Sozialistische Jugend" in Berlin, die „Deutsche Gemeinschaft" in Niedersachsen und noch ein Dutzend kleinerer nationaler Organisationen verboten worden. Selbst Ernst Friedländer warnt besorgt im „Hamburger Abendblatt": „In einigen Ländern, wo neue Gemeindevertretungen gewählt werden sollten — Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen — passieren seltsame Dinge... Durch die Beseitigung der SRP erscheinen politische Gruppen als äußerste Rechte, die es bisher gar nicht waren und es vielleicht auch gar nicht sein wollen. Wohin soll dieser Weg führen? Wenn die Wähler nicht mit Absicht dem Kommunismus in die Arme getrieben werden sollen, so muß ein deutlicher Punkt gemacht werden." — Diesen Punkt macht man aber nicht — man verbietet immer weiter Parteien, und nimmt damit Millionen Deutschen das Recht, ihre politische Ueberzeugung zum Ausdruck zu bringen. Man begründet das damit, daß diese Ueberzeugung „verfassungswidrig" sei. Aber warum soll unser Volk kein Recht haben, diese ohne sein Zutun unter Aufsicht feindlicher Generäle zusammengeschusterte Verfassung abzuschaffen, wenn es das will? Warum ist es eigentlich verpflichtet, durchaus eine „demokratische" Verfassung zu haben, wenn diese Demokratie in der Praxis nichts als Gesinnungszwang darstellt? — Was aus diesem werden kann, spricht der kluge Französisch-Schweizer G. A. Amaudruz offen aus: „Das von Bonn geführte Westdeutschland, amerikanische Kolonie, beschreitet einen gefährlichen Weg. Durch die Auflösung der SRP und diese Bedrückungsmaßnahmen hat sich Bonn ... auf den Weg der Revolution begeben." —

Unser Volk fängt auch schon an, zu lernen: General der Waffen-SS Lammerding, den Ivone Kirkpatrick an Frankreich ausliefern wollte, und General Otto Ernst Remer, den die Justiz zu einer Gefängnisstrafe verurteilt hatten, weil er die Wahrheit über den Reichsverrat der sog. „Widerständler" sagte, haben sich beide nicht gestellt, sondern sind in den Untergrund untergetaucht.

Ostbesetztes DEUTSCHLAND:

Der von vielen Deutschen in der Sowjetzone mit heimlichem Jubel begrüßte Tod Stalins und seine Ersetzung durch die Troika Malenkow-Berija-Molotow hat der deutschen Bevölkerung keine Erleichterung geschafft.

Eine gelungene Infiltration der Kommunisten in West-Berlin stellt dort die Gründung der „Demokratischen Aktion" dar, in der sich bereits unter der Patronanz von Herrn Oberbürgermeister Reuter Sozialdemokra-

ten und Kommunisten unter Führung des früheren „Rotfrontkämpfers" und jetzigen Kommentators am RIAS-Rundfunk („Radio Israel an der Spree") Birkenfeld, des roten Juden Löwenthal und anderer „Antifaschisten" als Spionagegruppe der Sowjets gegen nationale Organisationen zusammen getan haben. — Die Pieck-Regierung führt mit der Tschechoslowakei Verhandlungen, nach denen das reiche, dicht besiedelte Industriegebiet von Zittau an die Tschechoslowakei unter Austreibung der dortigen deutschen Bevölkerung abgetreten werden soll — die Tschechoslowakei will dafür den kleinen, durch die Ausmordung und Austreibung der Sudetendeutschen verödeten und ganz verwilderten Zipfel um Rumburg, Warnsdorf und Schluckenau, heute eine arme Buschwüste, als Gegenleistung gewähren — der außerdem viel kleiner ist als der wertvolle Zittauer Kessel. — In Mecklenburg finden aufs neue Vertreibungen von Bauern aus der Gegend von Gadebusch und Grevesmühlen statt, um den unbewohnten Polizeigürtel gegen die Westzone zu verbreitern. Die überall versuchten Kollektivierungen der Landwirtschaft führen zu einer Massenflucht von Bauern nach Westberlin, das ihrer Aufnahme die erbärmlichsten Schwierigkeiten macht, während der rote Blutrichter Max Trapp, Kollege der Hilde Benjamin, in Gruppe A. als bevorzugter Flüchtling aufgenommen wurde.

U. d. S. S. R. und sowjetbesetzte Länder:

Der „Wechsel der Wache" nach dem Tode Stalins hat nicht die inneren Wirren ausgelöst, auf die sich gewisse westliche Politiker „gespitzt" hatten — die Troika, bei der der energische Malenkow durch den alten, erfahrenen Bürokraten Molotow und den undurchsichtigen Landsmann Stalins Berija (den die einen als Juden, die anderen als Georgier bezeichnen) eingerahmt ist, regiert im alten Sinne weiter. Auch die antizionistische Kampagne ist bereits wieder zu Ende — eines ihrer letzten „Opfer" wurde der Justizminister Ungarns Décsi. Neu ist der Versuch, die Volkspolizei der Sowjetzone mit der tschechischen Armee zu kombinieren. In der Tschechoslowakei ist mit dem plötzlichen Tode Gottwalds, von dem man nicht weiß, ob er starb oder als erklärter „Anti-Malenkowez" „gestorben wurde". Zapotocky Präsident, Sirovy Ministerpräsident geworden und sind die letzten Nichtkommunisten und gemäßigten Kommunisten entlassen. Dennoch geht das unterirdische Spiel von Prag nach Washington weiter — mit Recht

Reisebüro „Germania"

WALTER WILKENING

Firma gegründet 1925

Calle 25 de Mayo 541, Buenos Aires

•

Autorisierter IATA-Agent

Vertreter aller Flug- und Schiffslinien

Infolge des diesjährigen außerordentlich starken Reiseverkehrs nach Deutschland, Oesterreich, Schweiz usw. sind Schiffs- und Flugplätze zum Teil auf Monate im voraus belegt. Sichern Sie sich daher Ihre Passage ehestens!

Offizielle Preise.

Besuchen Sie uns noch heute!

Wir beraten Sie gern!

macht die schweizerische Zeitschrift „Volksruf" darauf aufmerksam, daß, als Benesch nach England 1939 und später nach Amerika auswanderte, „den tschechischen Emigranten im amerikanischen Außenamt die einflußreichsten Stellen offen standen. So ist dort heute der Referent für mitteleuropäische Angelegenheiten ein tschechischer Emigrant. Gleich verhält es sich mit den Referentenstellen im Rundfunk, ERP, IRO usw. Emigrierte Tschechen nehmen sie ein. Ein gut Teil der grenzenlosen Kurzsichtigkeit und des Hasses, die bei der Besetzung des besiegten Deutschlands so viel, nie wieder gutzumachenden Schaden angerichtet haben, ist auf diese Einwanderung ausgewanderter Tschechen in das amerikanische State Department zurückzuführen." — Geeint im gemeinsamen Haß gegen das Deutsche Volk arbeiten diese Tschechen im amerikanischen Dienst ihren Volksgenossen in Prag in die Hände — was sich auch aus der durchaus roten und haßerfüllten Propaganda gegen das Deutsche Volk im Sender „Freies Europa" in München zeigt. Die polnische kommunistische Regierung zwingt jetzt die noch in den von ihr „verwalteten" Gebieten wohnenden Deutschen, die polnische Staatsangehörigkeit anzunehmen und die folgende Erklärung zu unterschreiben: „Ich bitte die

polnischen Behörden um Verzeihung und Aufnahme in die Familie der großen polnischen Nation. Ich verspreche, ein treuer und gehorsamer Bürger der Republik Polen zu werden, mit Deutschland und dem deutschen Wesen alle Bindungen für immer zu zerreißen und alle Neigungen zum Deutschtum in mir selbst für immer auszurotten, die Kinder im polnischen Geiste zu erziehen, in ihnen die Liebe zu Polen zu wecken, dem Vaterland meiner Vorfahren." Diese Erklärung wird von Familien erzwungen, die abstammungsmäßig völlig deutsch sind und gar keine polnischen Vorfahren haben. Es ist einer der brutalsten Fälle von gewaltsamer Entvolkung, die es überhaupt gibt. Reizvoll ist es dabei, die Kommunisten als Vertreter eines Hyper-Chauvinismus zu erleben — wenn es gegen Deutsche geht. — In Albanien hat der Partisanenkrieg gegen die rote Herrschaft wieder eingesetzt.

Marschall Tito von Jugoslawien besuchte England und wurde unter größten Sicherheitsmaßnahmen empfangen; die britische Regierung stieß sich nicht an seinen „Kriegsverbrechen". — Dazu hat Tito ein sehr günstiges Bündnis mit der Türkei und mit Griechenland abgeschlossen. Sein Besuch in USA steht bevor.

ORIENT:

Der ägyptisch-englische Konflikt um den Suez-Kanal neigt sich seinem Ende zu. Unter nordamerikanischem Druck hat Großbritannien grundsätzlich die Räumung der Kanalzone zugesagt. Wann diese nun erfolgen wird, ist eine Frage von kurzer Zeit. Bereits erwägen die britischen Militärbehörden den Abtransport eines Teiles der Truppen nach Zypern und Malta und die Verstärkung der militärischen Basis im Königreich Jordanien, wo England im Ministerpräsidenten Abdul Huda einen treuen Anhänger hat und der Oberbefehlshaber der Britischen Streitkräfte Sir Brian Robertson kürzlich einen Besuch in Amman machte. Auch der britisch-ägyptische Vertrag über den Sudan wird nun veröffentlicht und scheint ungeachtet kleiner Reibereien zu funktionieren. Aegyptens Erfolge reifen langsam, aber sie kommen. Auch daß das Königreich Libyen nunmehr der Arabischen Liga beitritt — Premierminster Mahmoud Muntasser bat offiziell um die Aufnahme, und der neue Generalsekretär der Arabischen Liga Abdul Khalek Hassouna teilte das Ersuchen den anderen Mitgliedsstaaten mit — ist einem vorsichtigen Zurückweichen Englands gleich zu setzen. Die Stärkung der ägyptischen Position spiegelt sich auch in der Ablehnung israelischer Wünsche nach Friedensgesprächen mit den arabischen Staaten; Israel ist bereits derartig wirtschaftlich im Gedränge, daß es seine Beamtengehälter monatelang nicht auszahlen konnte, sogar die Gärtnerei-Produkte rationalisiert und versucht, in letzter Minute seine minderwertigen Industriewaren höher zu standardisieren. Ohne die Liebesgabe des Herrn Heuß wäre es wahrscheinlich ganz am Ende. Das benachbarte Libanon hat bei Yahmar erhebliches Petroleum gefunden, was dem fleißigen, aber armen Staat im alten Phönizierlande neuen Auftrieb geben wird; sein Präsident Camil Chamoun hat das Ereignis entsprechend gewürdigt. In Syrien setzt der tüchtige Präsident Adib Shishakli sein Aufbauwerk fort. Hinsichtlich der gesamtarabischen Freiheitsbestrebungen erklärte er „die Arabische Liga muß zum Besten aller Araber verstärkt werden, und das kann nur durch die Befreiung einiger arabischer Regierungen von den letzten Spuren der Kolonialherrschaft geschehen. Syrien wird alles tun, was in seiner Macht steht, um diesen arabischen Ländern zu helfen, ihre völlige Souveränität zu erlangen." — Saudi-Arabiens Thronfolger, zugleich Außenminister und Vizekönig des Hedjas Prinz Faisal al Saud, ein grundkluger und hochbedeutender Mann, der schon mehrere Delegationen Saudi-Arabiens in der UN geführt hat, war im Weißen Hause bei Präsident Eisenhower und hat diesem sehr offen über die katastrophalen Folgen der Begünstigung Israels durch USA gesprochen. Er scheint damit einigen Eindruck gemacht zu haben. Jedenfalls spricht das Communiqué davon, der Präsident habe „sein Bedauern ausgesprochen angesichts einiger Anzeichen, daß sich kürzlich die amerikanisch-arabischen Beziehungen verschlechtert hätten. Er erklärte, es sei sein fester Wille, den Geist des Vertrauens wieder herzustellen." — Abzuwarten bleibt, wann der bohrende zionistische Einfluß diese Erkenntnisse wieder vernichtet haben wird. —

Das Buch

Alois Hudal:
DIE OESTERREICHISCHE VATIKAN-BOTSCHAFT 1806—1918.

Verlag Pohl & Co., München. 325 Seiten mit 12 Illustrationen.

Dieses Buch ist ein Werk für Kenner und historische Feinschmecker. Die Geschichte der Botschaft Oesterreich-Ungarns von der Napoleonischen Zeit bis zur Zerstörung der Doppelmonarchie, dargestellt an den Amtszeiten der einzelnen Botschafter, wächst sich zu einer brennend interessanten Darstellung der Geschichte des 19. Jahrhunderts, kreisend um seine diplomatischen Probleme erster Ordnung, aus. Der Verfasser, der eine Zierde jedes historischen Lehrstuhles einer Universität sein würde, versteht es, unter gründlicher Ausschöpfung des gedruckten und ungedruckten Quellenmaterials weit mehr als bloß eine Geschichte einer Botschaft zu geben. Die Problematik des napoleonischen Großreiches, die Restauration Metternichs, das Ringen des italienischen Risorgimento, die nie spannungsfreien Beziehungen des Königreiches Italien zu Oesterreich-Ungarn und zum Hl. Stuhl und die Tragödie des Ersten Weltkrieges finden eine glänzend geschriebene Spiegelung in diesem Werk. Die Päpste jener Zeit und die Kardinalstaatssekretäre, besonders die bedeutendsten unter ihnen, Consalvi, Pacca, Lambruschini, Antonelli, Rampolla, Merry del Val und Gasparri, sind ebenso gut wiedergegeben wie die bedeutenden Botschafter der Habsburger Monarchie.

Ohne es zu wollen, gibt das Buch zugleich ein geradezu erschütterndes Bild des graduellen Niederganges der europäischen Staatsmannskunst. Es endet 1918 — aber es läßt ahnen, daß mit dem damaligen Siege der Demokratie der geistige Zusammenbruch der europäischen Diplomatie und die Verwilderung der politischen Sitten (die in der napoleonischen Zeit schon einmal sich meldet) endgültig triumphieren. Gerade von Rom aus läßt sich dies ja besonders gut beobachten. Sehr richtig schreibt der Verfasser: „Den Friedensverträgen von Saint Germain en Laye (10. September 1919) und Trianon (4. Juni 1920) fehlten die geschichtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen und deshalb auch jeder große, konstruktive Gedanke. Beide waren nur Unkenntnis oder Verneinung einer großen Vergangenheit und konnten deshalb auch keine endgültigen Lösungen der mitteleuropäischen Frage bringen. Sie wurden zur Pandora-Büchse, aus der ungezähltes Leid für die folgenden Jahre und nicht zuletzt auch der zweite Weltkrieg hervorgehen sollte." — Was der grundkluge Verfasser über kirchenpolitische Fragen, über die Funktion des Reiches und des Donauraumes schreibt, sollte sehr aufmerksam gelesen werden. Es gehört zu dem Besten und Mutigsten, das darüber gesagt ist. v. L.

Artur W. Just:
RUSSLAND IN EUROPA. GEDANKEN ZUM OSTPROBLEM DER ABENDLAENDISCHEN WELT.

Union Deutsche Verlagsgesellschaft. 306 Seiten.

Artur W. Just ist ohne Zweifel einer unserer besten Rußlandkenner. Dafür aber gibt er im Grunde in diesem Buch nicht genug Eigenes; die, an sich reizvollen, Versenkungen in die Geschichte Rußlands überwiegen etwas auf Kosten der erwünschten Schilderung und Deutung des heutigen Rußlands. Dennoch liegt das große Verdienst des Buches darin, daß es nicht wie es heute gefährlich und verhängnisvoll im Westen Mode wird, Rußland außerhalb Europas sieht, sondern seine Zugehörigkeit zu Europa verficht. Das ist gerade vom deutschen Standpunkt der einzig zukunftsreiche Ausgangspunkt. Manches ist einseitig — wenn er die unselige Rosenbergsche Konzeption der Ostpolitik mit Recht bekämpft, die im Grunde die Ursache für Deutschlands Zusammenbruch wurde und unter der er selber gelitten hat, so steigert er das zu einem ganz primitiven „Antinazismus", der unter seinem Niveau liegt. Ebenso schwankt sein Urteil über das heutige Sowjetsystem merkwürdig, das er nirgends klar genug ablehnt und doch als allzu russisch anzusehen scheint. Umgekehrt kann man die Männer, die sich unter Alexander III der roten Flut entgegenwarfen, kaum einfach als „Dunkelmänner" abtun. Dennoch — auch nach Abstrich aller dieser und anderer Schwächen ist es eines der kenntnisreichsten Bücher, das in der Zeit über Rußland geschrieben worden ist. Aber um das wegweisende Buch über Rußland, ein wirklich „neues Wort" schreiben zu können, ist der Verfasser leider selber zu sehr geladen mit Ressentiment. **v. L.**

Joachim Fernau:

„DEUTSCHLAND, DEUTSCHLAND ÜBER ALLES", mit 29 Zeichnungen von Günther Stephan, 287 Seiten, Gerhard Stalling-Verlag, Oldenburg.

Anfangs ärgert man sich, wenn man unsere deutsche Geschichte, diese wahrhaft düstere Ballade voll Größe, Opfer, Mannesmut und tragischem Unglück so im Stile der Bücher von Henrik van Loon, in einem vergnüglich-zynischen Ton humorvoll „verhackstückt" und zum Teil verulkt sieht. Dann aber liest man sich immer mehr hinein und auf einmal wird einem klar, daß der Verfasser ja etwas ganz anderes will — was er als Wahrheit offen in Deutschland heute nicht aussprechen darf, das bringt er in der Form des frohen Narrenwitzes — und wie geschickt er es bringt! Lesen wir etwa S. 63 über die Wahl Konrads II: „Deutschland war froh, wieder einen König zu haben, und ich muß gestehen, ich bin es auch, denn die Geschichte Deutschlands ist damals die Geschichte seiner Könige gewesen. Heutzutage ist das natürlich anders. Schöner. In einer perfekten Demokratie wie der gegenwärtigen regieren Parteien und Fraktionen in bescheidener Anonymität, und niemand braucht mehr die Verantwortung zu übernehmen." Oder Seite 115 über die Hinrichtung Konradins: „Die Richter ... sprachen ihn frei bis auf einen. Ich möchte Ihnen nicht vorenthalten, wer dieser eine war. Sie denken, ein Franzose? Ein Engländer? Ein Kardinal? Ein Widerständler? Oh, nein. Es war Robert von Bari, Chef der Kanzlei des Reiches. Der Diener seines Herrn. Er ist der Ahnherr aller derer geworden, die ihr Leben lang mit ausgestreckter Hand dastehen und etwas später „schon immer dagegen gewesen sind". Das Kapitel über die letzten fünfzig Jahre ist besonders lesenswert. **Dr. v. L.**

Robert Saitschick:

AUFSTIEG UND NIEDERGANG DES BOLSCHEWISMUS.

Montana-Verlag. Zürich und Darmstadt. 256 Seiten.

Das Buch ist vielleicht das Unzusammenhängendste, trotz oft sehr großer Kenntnisse, was bisher über den Bolschewismus gesagt ist. Der Verfasser verzeichnet schwarz in schwarz die Periode des Zentrums, spendet dem armseligen Kerenski und seiner elenden Demokratie, die das toderschöpfte russische Volk im Dienste der westlichen Alliierten in die deutschen Maschinengewehre hetzte, um die Anleihen Frankreichs zu retten, ein ganz unverdientes Lob und läßt bei der Schilderung des Bolschewismus die führende Rolle des Judentums — einfach weg. Das weist den Verfasser als Demokrat aus, der die volle Wahrheit nicht sagen darf. Daneben stehen kleine Glanzstücke, so eine sehr geschickte Biagraphie von Felix Dsiershinski, viel Intimes aus dem Leben Lenins, ein großer Reichtum an Zitaten, manch kluges kritisches Wort zur inneren Geschichte des Bolschewismus, allerdings oft in bedenklicher Abhängigkeit von Trotzki. Die Zeichnung Stalins erscheint primitiviert. Als Materialsammlung bietet das Buch, mit Kritik gelesen, allerlei Interessantes, aber die Enge des demokratischen Gesichtsfeldes nimmt dem Verfasser die Möglichkeit, den Bolschewismus in seinem Wesen zu erkennen, vor allem den stalinistischen Staat von heute zu begreifen — und die echte Position, ihn zu kritisieren. Was z. B. Mussolini zu diesem Thema zu sagen wußte, der immerhin noch Lenin persönlich gekannt hat, ist viel interessanter. **Dr. v. L.**

Wilhelm Widenmann:

MARINE-ATTACHE AN DER KAISERLICH-DEUTSCHEN BOTSCHAFT IN LONDON 1907—1912.

Mit einer Einleitung von Prof. Dr. W. Hubatsch, 1952. „Musterschmidt", Wissenschaftlicher Verlag, Göttingen, 325 Seiten.

Dieses ganz ausgezeichnete Buch des heute achtzigjährigen Kapitäns zur See a. D. Widenmann ist vielleicht die beste Verteidigung der Flottenpolitik des Großadmirals von Tirpitz in der leider so kurzen, strahlenden Periode der Großmacht des Deutschen Reiches. Unendlich genau, sachlich auf einwandfreies Material gestützt, mit einer staunenswerten Lebendigkeit geschrieben, gehört das Werk des alten Seemannes der zugleich ein ausgezeichneter Diplomat war, mit einem Schlag zu den klassischen Werken über die Periode Kaiser Wilhelm II. Im Mittelpunkt steht das Ringen um die Flottenfrage zwischen England und Deutschland — und gerade für dieses Problem kann das vorliegende Buch als wertvolles Quellenwerk bezeichnet werden. Seine gute Kenntnis des Engländertums — schon das erste Kapitel beginnt mit der Schilderung der Ausplünderung des Sultanspalastes von Sanibar durch die Briten 1896 — seine illusionslose Betrachtung der Londoner Gesellschaft, sein scharfer Blick und seine ehrliche Treue zum Kaiser machten den klugen Mann zu einem besonders geeigneten Vertreter der deutschen Politik. Als Gegenspieler erscheinen der verhängnisvolle damalige Botschafter in London, der stark „linksgewickelte" Graf Metternich und dann natürlich der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg und die ganze Bethmännerei. Sehr interessant und auch für heute

aufschlußreich sind die Gespräche zwischen dem Verfasser und Winston Churchill. Das Buch schließt 1912 ab, aber man sieht die Schatten um das Kaiserreich immer dichter werden, bis dann 1918 die Nacht der vom Feind erzwungenen sinnlosen „Demokratie" über unser Volk hereinbrach. Ein kluges, reichhaltig, auch stilistisch glänzend geschriebenes Buch. v. L.

AFRIKA.

Handbuch der angewandten Völkerkunde, Schlüsselverlagsgesellschaft m.b.H., Innsbruck 1947, herausgegeben von H. A. Bernatzik unter Mitwirkung von 33 Fachleuten verschiedener Nationen.

Dieses monumentale Werk, das 1937 begonnen, dann kurz vor dem Kriegsende mit allen Unterlagen durch einen Bombenangriff zerstört, danach in mühevoller Kleinarbeit wieder hergestellt und 1947 herausgegeben wurde, stellt das gründlichste kolonialvölkerkundliche Werk der letzten Jahre über Afrika dar.

Ueber den rein wissenschaftlichen Wert hinaus ist dieses Nachschlagewerk jedem Europäer aktuell, der — sei es als Kaufmann, Siedler, Unternehmer oder Arbeitsleiter — mit den Eingeborenen in Afrika in Berührung kommt.

Trotz aller Erklärungen u. a. seitens der UNESCO, bestehen Rassenunterschiede nicht nur in Bezug auf körperliche Merkmale, sondern auch noch mehr in Bezug auf geistige, seelische und charakterliche Anlagen. Diese letztgenannten Eigenschaften eines Volkes und seiner Angehörigen werden durch die Geschichte, die sozialen Verhältnisse und die Beschaffenheit des Lebensraumes in ihrer Eigenart oft noch mehr vertieft. Für den Europäer in kolonialen Gebieten ist es von Wichtigkeit, diese Eigenarten gerade der für ihn jeweils aktuellen Eingeborenen von berufener Quelle in übersichtlicher Form kennenzulernen. Wer selbst über koloniale Erfahrungen verfügt, weiß, wie sehr seine Erfolge oder Mißerfolge oft von der Kenntnis dieser Verhältnisse in seinem Wirkungsgebiet abhängen können.

Wie dieses auch der Herausgeber hervorhebt, ist die europäische Industrie weitgehend von tropischen Rohstoffen abhängig. Die Gewinnung dieser Rohstoffe ist aber ausschließlich auf die Arbeitskraft der Tropenbewohner angewiesen. Dennoch sind schwere Mißgriffe in der Kolonialwirtschaft — teils aus Rücksichtslosigkeit, aber auch aus Unwissenheit — begangen worden, und werden auch immer noch begangen. Diese schädigen nicht nur die Eingeborenen, sondern auch die Europäer selbst. So verschieden Europa und das tropische Afrika, so verschieden der Weiße und der Neger sind, so verschieden sind auch die Bedürfnisse dieser verschiedenen Völker. Nicht jedem das Gleiche, sondern jedem das Seine ist daher hier das Richtige und auf die Dauer das für alle Beteiligten Glücklichste.

Von den vielen, teilweise nirgends anders veröffentlichten Karten sollen hier nur die Karten über Siedlung und Wirtschaft der Europäer in Afrika, über Landbauzonen und Eingeborenenwirtschaft in Afrika (mit der Nebenkarte Europäer im Verhältnis zu Eingeborenen); über die Bevölkerungsdichte, die wichtigsten Bodenschätze und die wichtigsten Verkehrswege in Afrika hervorgehoben werden. Henninghausen.

Kurt Kluge:

LEBENDIGER BRUNNEN.

Eine Briefauswahl, Engelhorn-Verlag, Adolf Spemann, Stuttgart 1952, 213 Seiten, Ganzleinen, DM 12.80.

Kurt Kluge, Graphiker, Bildhauer, Broncegießer und -Kenner und Dichter, Verfasser von „Der Herr Kortüm" und „Die Zaubergeige", gibt in diesen aus den Beständen des Kurt Kluge-Archivs ausgewählten Briefen eine Darstellung seines bunten Lebens, seiner vielseitigen Arbeit, wie sie lebendiger nicht vorstellbar ist. Aber neben und zwischen Erzählung und Schilderung enthalten diese Briefe unendlich viel Grundsätzliches, reiche Antwort auf Fragen unserer Zeit. Vor allem die Briefe an den Sohn, der drei Jahre nach dem Tode Kurt Kluges in Rußland verschollen ist, gehören zu dem Schönsten und Aufschlußreichsten, was in der deutschen Briefliteratur erschienen ist. Fragen wie etwa die Einsamkeit aller Schaffenden werden dort mit so einmaliger Klarheit erörtert, daß das Lesen wirklichen Gewinn bringt. Auch spricht eine große Lebensklugheit und Lebensverbundenheit aus allen diesen Briefen. vo.

UNVERGÄNGLICHES ABENDLAND.

Ein Handbuch europäischer Dichtung, C. Bertelsmann Verlag, Gütersloh 1952, 320 Seiten, Ganzleinen, DM 5.85.

August Friedrich Velmede hat mit Geschmack und Geschick aus der europäischen Dichtung vieles noch Unbekannte ausgelesen, Prosa und Lyrik in wechselnder Folge, und in vielfältigen Stimmen kündend von dem, was wir als abendländischen Geist empfinden. Kein Geringerer als Ernst von Dombrowski hat mit seinen klassischen Holzschnitten das Buch ausgeschmückt, das infolge seines niedrigen Preises sogar der kulturell tragenden Schicht unseres Volkes erschwinglich ist. vo.

Monica Dickens:

ZWOELF UM EIN BETT.

Roman, Universitas-Verlag, Berlin, übertragen von Ruth Friedrich-Kießling, 400 Seiten.

Dieses Buch von Monika Dickens, Enkelin von Charles-Dickens, zu lesen, bedeutet Erholung vom Alltag. Man vergißt alles und lebt mit der Familie John auf ihrem englischen Landgute, wie sie sich um das Bett des Obersten Oliver John schart. Da ist als Hauptgestalt neben ihm seine Pflegerin Liza, ein kühles und verschlossenes Mädchen, die er nach einigen Mißverständnissen heiratet. Seine beiden Schwestern platzen jeden Morgen zu ihm herein und stehen einander an Schlagfertigkeit nicht nach, die eine ungelenk und nur für Pferde zu begeistern, die andere streitsüchtig und ruhelos. Der phlegmatische und schwermütige John, Mann der einen Schwester, steht neben seiner Mutter, die an Kleptomonie leidet und dadurch einige Verwirrung hervorruft. Die Seele des Hauses, Mrs. John, kommt immer herein getrippelt, überzeugt, daß nur sie allein alle Dinge richtig macht. Mit der gleichen Schärfe sind auch die anderen Gestalten des Buches skizziert, bunt und lebensnahe. Ein fröhliches Buch, zu dem man gern wieder greift. Qu.

Paul Bertololy:

DIE LAUSBUBEN.

Marianne Horn-Verlag, Gimeldingen/Pfalz.

Seit Thomas erfreulichen Lausbubengeschichten wohl das Erfreulichste und Frischeste auf diesem Gebiet. So verkalkt kann kein Mensch sein, daß er nicht fröhlich schmunzelte über Onkel Benjamins Donnerschlag und das nahende Weltenende. Wer aber in irgendeinem Winkel noch jung geblieben, der wird Tränen lachen über das edle Paar, Willy und Max, über Geißengust den ewig Durstigen, über den Erstchargierten Scheckle und die Corona der „Teutonia", über alle die mit bubenscharfen Augen gesehenen Gestalten und ihre menschlichen Schwächen. Manchmal vielleicht ein wenig sentimental für eine richtige Jungengeschichte, aber alles in allem, eine herzerquickende Angelegenheit. kö.—

Monica Dickens:

„JEDEN DONNERSTAG".

Universitas-Verlag, Berlin.

Die Geschichte eines Mannes, der als gefühlvoller Skeptiker, vom kleinen Assistenzarzt zum „Mode-Internisten" eines vornehmen Londoner Viertels aufsteigt und es nie im Leben lernt, „Nein" zu sagen. Selbst dort nicht, wo er mit einem „Ja" seinen Ueberzeugungen, Wünschen und Gefühlen widerspricht. Und der, letzten Endes, selbst im äußeren Geschehen, dieser Schwäche zum Opfer fällt und gemordet wird. — Die Urenkelin Dickens macht ihrem Ahnherrn in der äußerst scharfen Beobachtung aller, auch der geringsten Einzelheiten, und in einer überaus bilderreichen Sprache Ehre. Aber sie bleibt, vielleicht als unfreiwillige Zeugin unserer verflachenden Zeit, von seiner Tiefe weit entfernt. Gut gezeichnet: Episoden einer Krankenschwester, eines überbeschäftigten Arztes, gelangweilter Luxusweibchen. — Schleppende, stellenweise sehr holprige Uebersetzung, die englische Redewendungen allzu wörtlich nimmt, versucht dem Buch seinen „typisch englischen Charakter" zu bewahren, bringt es aber dem deutschen Leser nicht näher. kö.

Dem Himmel am nächsten

von GÜNTHER BLOEMERTZ

Copyright by Verlag der Europäischen Bücherei, H. M. Hieronimi, Bonn, 1952.

....Die letzte Fortsetzung schloß:

„Wo ist das?" fragte der andere aufgeregt. Ich schilderte ihm den Weg. Da winkte er ab: „Hat gar keinen Zweck, viel zu weit. Unsere Tanks sind fast leer!"

„Wir fahren zurück", rief ich zu Hinterschallers. „Der Major soll wissen, daß er seinen A 3 in die Luft jagen kann."

„Schon geschehen", antwortete Hinterschallers; denn gerade über unserem Flugfeld stieg ein riesiger schwarzer Rauchpilz höher und höher in den Himmel.

Die feindlichen Tiefflieger suchten noch immer die Straße ab. Einer schien uns gesehen zu haben, denn er umflog uns in geringer Höhe. Hinterschallers bremste scharf. Deutlich sahen wir, wie der Pilot zu uns hinunter schaute. Dann setzte er zum Angriff an.

Bevor Sie dieses Heft weitergeben, öffnen Sie vorsichtig die Heftklammern, nehmen die folgenden Romanseiten heraus und bewahren Sie diese auf. Auf Wunsch liefern wir Ihnen später einen Einband-Deckel dazu.

Herausgeber und Hauptschriftleiter: Eberhard Fritsch, **Geschäftsführer:** Ernst Clouth. **Im DÜRER-VERLAG,** Buenos Aires (Editorial Dürer S. R. L.). **Schriftleitung, Verwaltung und Anzeigenannahme:** Amenábar 1725, Buenos Aires, Telefon: 76 - 2315. (Bürozeit: 8—12, 13—18 Uhr außer Sonnabend). **Postanschrift nur:** Casilla de Correo 2398, Buenos Aires, **Satz und Druck:** Imprenta Mercur S. R. L., Rioja 674, Buenos Aires. **Titel:** Hasso Freischlad. Z. Zt. ist **Anzeigenliste III** gültig.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen, bei erwünschter Rücksendung bitte Porto beifügen. • Für alle im Inhaltsverzeichnis vermerkten Artikel gilt der Rechtsschutz geistigen Eigentums, ganzer oder teilweiser Abdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Die in den Beiträgen ausgedrückte Meinung stellt nicht unbedingt die Ansicht der Schriftleitung dar.

Der Weg erscheint monatlich. In Buenos Aires erhältlich in den deutschen Buchhandlungen und bei Vertretern. In fast allen Ländern bestehen eigene Vertretungen. Preis des Einzelheftes: arg. $ 10.—, USA$ 0,75, Cruz$ 20.—, £ —5.8, Chil$ 60.—, Sfrs. 3,50, Liras 350.—, DM 2.— Halbjahrsbezug: sechsmal Preis des Einzelheftes. Bei Nichterscheinen der Zeitschrift aus Gründen höherer Gewalt haftet der Verlag nicht für die Rückzahlung der Bezugsgelder.

Queda reservada la Propiedad Intelectual de todos los artículos publicados, según indicación en el índice. Queda hecho el depósito que marca la Ley 11.702. Impreso en la Argentina. Copyright by Editorial Dürer SRL., Bs. Aires, Amenábar 1725, Printed in Argentine. En caso de suspensión de la publicación de nuestra revista por causa de fuerza mayor, la editorial no se responsabiliza en restituir los pagos de los abonos.

Se terminó de imprimir el 2 de Abril de 1953.

Wir sprangen in den Straßengraben, suchten die Einmannlöcher, die an fast allen Autobahnen in Abständen von fünfzig Schritten ausgehoben waren; doch gerade hier schienen sie nur vereinzelt zu sein. Ich hatte das Glück, sofort ein solches Loch zu finden. Mein Kamerad aber rannte noch wie irrsinnig umher, als schon die ersten Garben rauschten. Die Geschosse schlugen neben uns auf den Asphalt, krepierten mit fürchterlichem Getöse. Hinterschallers war in seiner Not zu mir gesprungen, quetschte sich kopfüber in das ohnehin schon enge und untiefe Loch.

Der erste Anflug war überstanden. In wenigen Sekunden aber mußte die zweite Attacke folgen, und der feindliche Pilot würde sein Visier berichtigen. Das waren unsere Gedanken.

Der Versuch, zu zweit in dem Schutzloch zu stehen, mißlang; denn Brust und Kopf blieben ungeschützt, da die Enge keine Kniebeuge erlaubte. Ich riß mich und Hinterschallers aus dem Erdloch:

„Mit dem Kopf zuerst hinein, schnell!"

Ich dachte, ein Kopf ist mehr wert als zwei Beine. Der andere, der noch nicht mit meiner Räson einverstanden schien, folgte geschwind, als die Salve niederprasselte. — Das waren schlimme Augenblicke, da man gefaßt war, seine Beine zerfetzt zu sehen. Mein Kamerad keuchte wie ich, denn er hatte sich schlecht abgestützt. Kopfstand und Angst waren schwerlich durchzustehen. — Der Nachbar zuckte zusammen.

„Mich hat's erwischt", stammelte er. Fast freute ich mich, daß er zuerst, daß er vor mir leiden mußte.

Ich drückte mich hoch und zerrte den Verwundeten aus dem Loch. Er sah käsig aus; die Hose hatte stark gelitten, doch sein Gesäß wies nur eine kleine Schramme auf.

„Ich kann nicht mehr", prustete Hinterschallers. „Wenn der jetzt noch mal kommt, knall ich ihn ab." Dabei zog er seine Armeepistole und entsicherte.

Der Amerikaner slipte auf wenige Meter heran, flog so langsam, als wollte er landen. Jetzt umkreiste er uns, wir konnten seinen Kopf und die Schulter genau erkennen. Hinterschallers riß seine Pistole hoch, ging in der Bewegung des Flugzeugs mit, hielt vor, drückte ab — zweimal, dreimal, viermal.

Der Amerikaner mußte das gesehen haben. Denn nun geschah etwas Verblüffendes: Er hob die Hand, legte sie an die Kopfhaube.

„Der grüßt", rief ich, „der grüßt! — Ein toller Bursche. Das mit der Pistole imponiert ihm."

Ganz tief strich der Gegner jetzt an uns vorbei, sein Propeller pflügte beinahe den Boden; fast konnten wir in die Armaturen schauen. — Noch immer grüßte der feindliche Pilot, stetig an seine Kappe tippend. Dann aber sahen wir es genau: Nicht mit der Hand, wohl nur mit einem Finger „grüßte" er; nicht an die Schläfe, sondern auf die Stirn tupfte er ihn.

Hinterschallers und ich sahen uns verdutzt an.

„Das ist mehr als fair", sagte ich.

„Er hat recht", ergänzte Hinterschallers. „Wir sind wirklich Idioten: Wie kann man auch nur mit einer Pistole eine Thunderboldt abschießen wollen!"

Der Amerikaner drehte ab und griff nun einen schweren Lastzug an, der wenige hundert Meter hinter uns heranrollte.

Wir jagten davon. Aber alle dachten ja so: Möge Gott den anderen gnädig sein!

Endlich erreichten wir die Pariser Vorstädte. Zurückflutende Truppen verstopften die Durchgangsstraßen, es war ein trauriges Bild: Alte, geflickte Fahrzeuge, zweistöckige Omnibusse aus städtischen Fuhrparks, Reservisten mit schlechten Waffen, tschechischen Beutegewehren und Munition, die nicht dazu paßte. Forsch und mutig hatte unsere Wehrmacht einst dieses Land besiegt. Jetzt zog dasselbe Heer zurück, müde schlürfend oder mit letzter Kraft hastend, gerade so, wie es der Gegner befahl.

„Halten Sie doch mal, Hinterschallers!"

In einem Seitenwinkel der ersten Versailler Straßenzüge wollte ich mit dem älteren Kameraden über Ulrichs Anliegen sprechen.

„Wir fahren jetzt zur Kommandantur. Da wartet ein Mädchen auf uns. Das Mädchen heißt Danielle und will nach Deutschland."

„Aber nicht mit mir!" wehrte Hinterschallers ab. „Ich soll für alles herhalten: Mädchenraub, Verschleppung französischer Staatsangehöriger und so weiter. Kommt gar nicht in Frage."

„Sie ist Ulrichs Braut, er will sie in Deutschland heiraten. Und ich habe ihm versprochen ..."

„Mag sein, schöne Sache, direkt romantisch. Aber ich, ich habe nichts versprochen."

„Also los, wir fahren wenigstens mal hin."

Da saß Danielle vor der Kommandantur auf ihrem Koffer. Sie sprang hoch, als wir hielten und sie mich erkannt hatte. — Ich sah noch das trotzige Gesicht aus Perpignan vor mir; diese Danielle hier aber schien sich verändert zu haben: Ueber dem blassen Gesicht lag jener feierliche Ernst, mit dem man sich auf einen Opfergang vorbereitet. Ein reifer Mensch, eine frauliche Stimme sprach zu uns. Ulrich war um ein solches Mädchen zu beneiden.

„Ich danke Ihnen", sagte Danielle, und ihr Gesicht wurde rot, daß ich nicht wußte, ob sie sich dieser Situation schämte oder die Ungewißheit ihres neuen Weges sie erregte.

„Ulrich läßt Sie herzlich grüßen", erwiderte ich endlich, nur um das Peinliche des Augenblicks überwinden zu helfen.

„Ist das alles, was er sagte?"

„Nein."

Danielle wartete. Ihr Blick wurde immer ängstlicher. Sie sah mich an, dann Hinterschallers; sie ahnte wohl, daß wir sie nicht mitnehmen konnten. Ueber der Nasenwurzel des Mädchens hob sich die Stirn, winkelten sich die Brauen. Danielle tat mir leid, da sie so hoffnungslos dreinschaute.

Sie begann zu schluchzen: „Bitte, ich will zu Ulrich!"

„Nimm sie doch mit!" bat ich Hinterschallers, und wenn ich einen Kniefall hätte tun müssen, wahrlich, ich würde ihn getan haben.

„Nein!" entgegnete der andere mit der ganzen Härte, die er sich abzuringen vermochte.

Da raffte Danielle ihr Bündel und lief weinend davon — Hinterschallers neben mir druckste, er brauchte nur noch einen Anstoß, um zu zerfließen:

„Die fährt jetzt nach Paris", sagte ich mitleidvoll, „und springt in die Seine."

Hinterschallers zuckte und schluckte. Mit großen Augen sah er mich an: „Wirklich, will sie das tun?"

„Ja, natürlich, die ist nun mal so." — Hinterschallers gab Gas, und wenige Augenblicke später saß Danielle in unserem Wagen. Sie weinte noch immer; nun aber wohl vor Glück.

Im Gewirr des Verkehrs jubelten die Menschen gefangenen Engländern und Amerikanern zu, die auf Lastwagen unentwegt aus der Frontnähe geschafft wurden.

Wir benutzten Seitenstraßen und mußten doch langsam fahren; denn überall hatte die eifrige Untergrundbewegung Fünfzacknägel verstreut. So geschah es, daß sich trotz aller Vorsicht einer dieser Nägel in unseren Pneu bohrte. Die Pariser lagen mit schadenfrohen Blicken in ihren Fenstern oder scharten sich unter hämischen Bemerkungen um uns; indes wechselten wir den Reifen.

Aber immer dichter umdrängten die Franzosen unseren Wagen, ja, sie umstanden uns nicht mehr, sondern hatten uns plötzlich umstellt, als wollten sie im nächsten Augenblick zuschlagen. Aus hämischen Bemerkungen wurden drohende Gesten und haßerfüllte Mienen.

Nur, daß Danielle, eben eine Dame, in unserem Wagen saß, mochte uns noch vor dem Schlimmsten bewahren. Hätte Danielle sich jedoch als Französin zu erkennen gegeben, man würde sie vielleicht vor unseren Augen totgeschlagen haben. — Danielle hielt beide Hände vor das Gesicht gepreßt, wohl weil sie insgeheim vor ihren Landsleuten die Rolle einer Verräterin zu spielen glaubte. Und hier erst begriff ich wie tief sich Danielle gewandelt haben mußte, da sie einem Mann folgte, den sie kaum kannte — ihm folgte in ein fremdes, kriegbedrängtes Land. Fast mißgönnte ich Ulrich dieses Mädchen. — Nun zog ich vorsorglich meinen Revolver, doch jeder dieser düsteren Franzosen mochte gleichfalls eine Pistole in der Tasche halten. Wir stiegen in den Wagen. Da breitete sich eisige Stille über das drängende Volk. Irgend jemand gab einen kaum hörbaren Befehl, und vor dem Motor teilte sich die Menge. — Sie machen eine Schußbahn frei, dachte ich; wenn wir abfahren, werden sie schießen. So hob ich meine Waffe und richtete sie auf den Nächststehenden. Und das genügte als Warnung. Unser Wagen schnellte vor, jagte mit kleinem Licht nach Le Bourget. — Ununterbrochen landeten hier alte, schwerfällige Transportflugzeuge mit dem Rot-Kreuz-Zeichen, um Verwundete zu holen.

„Wann seid ihr in Düsseldorf?" fragte ich, als ich Danielle und Hinterschallers aus meiner Seenottasche Pervitin reichte und selbst auch eine Tablette gegen den Schlaf nahm.

Hinterschallers wägte das Pervitin-Täfelchen in seiner Hand: „Hm, das reicht für 24 Stunden. Also Treffpunkt: Morgen nachmittag bei mir in der Wohnung. Sie waren ja schon einmal da."

„Und wie wollt ihr über die Grenze kommen?"

„Kleine Fische", sagte Hinterschallers, hob dabei eine riesige Dose Oelsardinen, eine Flasche Cognac und einige Stangen Zigaretten hoch. Dann brauste er mit Danielle davon. — Eine Weile noch sah ich dem Wagen nach: Was nun, wenn es Ulrich eines Tages erwischt? Ich fürchtete, daß ich mehr für Danielle empfinden konnte, als mir zustand. — Doch ich wollte diesen Gedanken vergessen. — —

Ich mußte durch die Nacht fliegen; aber in der Aufregung dieser Tage war das nichts Besonderes. — Mein Kurs lag fast auf Nordost und führte über Soissons, Laon, Givet, Lüttich, nordwestlich an Aachen vorbei bis Düsseldorf. Am besten „peilte man über den Daumen": Man nahm dazu eine kleine Landkarte, schätzte die Gradzahl des Kurses ein mit zugekniffenem Auge, maß die 400 Kilometer von Paris bis Düsseldorf mit einem Bleistift, taxierte die Entfernungen zwischen den zu überfliegenden Städten und Flüssen, teilte danach die Gesamtflugzeit von sechzig Minuten ein und lernte also auswendig: „Start, 12 Minuten kleine Stadt mit Fluß, 20 Minuten kleine Stadt mit Fluß, 11 Minuten große Stadt mit Fluß, 5 Minuten große Stadt rechts, 60 Minuten nach Start Düsseldorf mit Rhein."

Die Fluzeugführer der großen Transporter lachten mich aus und schüttelten über solche Navigation den Kopf. Nur ein ganz alter Kapitän nickte beifällig: „Das haut immer hin."

Es dämmerte bereits, als ich vor den großen Glasfenstern des Pariser Flughafenrestaurants Vollgas gab. Dann lösten sich die Räder meiner Maschine vom französischen Boden. Nun war Frankreich Erinnerung — schmerzlich nur im Abschied. —

Noch konnte ich die breite Landstraße unter meinem Kurs erkennen; den langen Treck müder Heimkehrer. Wochen würde die Infanterie bis nach Deutschland brauchen. Die Nadel meines Fahrtmessers blieb ruhig an der 400-Kilometer-Marke stehen. In einer Stunde würde sie auf die Null zurückfallen, und das bedeutete dann, in der Heimat zu sein.

Immer dichter zog sich der graue Schleier da unten über das Land, doch Mond und Sterne leuchteten; auch im Westen war Nacht geworden. Das hellglimmende Licht der Phosphorskalen störte mich, übergoß meine Hände und mein Gesicht mit fahlem Grün. Neben mir spiegelten sich die Tragflächen im Mondschein. — Ob irgendwo da auf dem Erdball ein Liebespaar zu dem guten Mond aufschaute und dabei meinen Schatten sah? Oder mochte vielleicht eine der schnellen „Mosquitos" mich über die Mondscheibe und durchs Visier ziehen lassen?

Eine silberblaue Schnur rückte heran. Ich sagte meinen Spruch: „12 Minuten kleine Stadt mit Fluß." Die Aisne vertrieb meine ängstlichen Gedanken. Sie blinkte wie ein Lamettafaden. — Angestrengt schaute ich hinunter und einmal links, einmal rechts, dann zurück: Keine Mosquito zeigte sich.

Endlich gewahrte ich auch Soissons, und als ich meinen Kopf wieder in die Flugrichtung nahm, lag Laon bereits im Propellerkreis.

Zwanzig Minuten lang mußte ich nun auf den nächsten Silberfaden warten; eine Unendlichkeit, wenn nur das monotone Brummen des Motors die Reise begleitet und Land und Himmel unbeweglich erscheinen. Doch jeder Motor trägt in sich etwas Geheimes, etwas wie eine Seele, die er nicht allen Piloten offenbart. Aber wenn der Flieger ein Ohr dafür hat, sein Blick sich in der Weite verliert und er nichts von allem Irdenen mehr zu vernehmen glaubt als nur das gleichmäßige dumpfe Dröhnen des Getriebes, dann spinnt sich aus der Wirrnis der Geräusche mit einem Male eine Melodie, daraus unentwegt die Harmonien einer mächtigen Orgel erwachsen. Die zauberhaften Klänge finden immer neue Variationen, entrücken den Flieger, lassen ihn in Andacht versinken, bis er erschrickt! — bis plötzlich das Brummen in seinen Ohren widerhallt und alle Dinge um ihn wieder wirklich sind. —

Ich dachte an die Heimat, deren Söhne nun zurückkehrten. Als verstoßene Söhne? Blumen würde es nicht geben, auch keine Hurrarufe. Aber ein gutes Wort mußte doch gesagt werden; es genügte schon: Der Soldat brauchte dieses eine erste Wort, wenn er geschlagen und verfolgt den Heimatboden betrat — wenn er nach Jahren wieder Frauen und Kinder sah, die seine Sprache verstanden und redeten; die ihm ihre Hand reichten und wußten, daß er kein Fremder war ...

Ich schaute aus meinen Gedanken auf. Im Unterbewußtsein erwartete ich eine Situation, die ich noch nicht kannte: Vielleicht war doch einer der britischen Nachtjäger hinter mir? — Ich slipte, äugte zurück, drehte eine Rolle in den nächtlichen Himmel. Dann mußte ich lachen; nur die Angst hatte mir im Nacken gesessen. Der Phosphor der Skalen flimmerte, als sei es ein Gewimmel von tausend kleinen Glühwürmern. Und diese Unruhe des Lichtes übertrug sich auf mich. Ich fühlte, daß etwas geschehen sollte. Ich dachte an Danielle und Hinterschallers, die unter demselben Mondlicht dahinzogen. Auch sie mußten die Mosquitos fürchten. — Ich führte mir den Düsseldorfer Flugplatz vor Augen: noch 40 Minuten ...

Da huschte ein Schatten über die Mondscheibe, ich hatte ihn deutlich bemerkt. Wie von selbst zog mein Flugzeug einen steilen Kreis zu den Sternen hinauf. Heftig drückte es mich in den Sitz. Meine Linke schaltete das Leuchtvisier ein, es strahlte hell auf. Ich mußte es abblenden. Der Zeigefinger legte den Abzugsbügel um. Jetzt war ich bereit.

Das beruhigte mich, und ich nahm wieder den alten Kurs auf. Doch wo war der Schatten geblieben?

Ich spähte, suchte den Luftraum ab; nirgends sah ich jenen Schatten. Ein kleiner Stern lag tief in meinem Propellerkreis — nur zu tief, um über dem Horizont zu stehen. So muß es das Licht eines Hauses oder Autos sein, dachte ich, da sonst alle Landschaft sich im Dunkel verbarg. Aber das Licht kam nicht näher. War es wohl doch ein Stern? Oder flog ich rückwärts?

Mein Geschwindigkeitsmesser stand auf 450 Stundenkilometer. Ich schob den Hebel auf Vollgas; der Motor steigerte seine Tourenzahl, die Nadel zitterte vor: 500—550 Kilometer. — Das Licht kam nicht näher, ja, mehr und mehr wich es nach links ab: Das konnte nur ein Flugzeug sein — der Schatten!

Ich bin kein Nachtjäger, rechnete ich; der andere ist mir überlegen. Dann aber bedachte ich, daß der Gegner in dieser Stunde noch seine Opfer finden wollte, vielleicht Danielle und Hinterschallers oder auch gleich wen ... Ich drückte meine Maschine hinter dem Lichtlein her, stieß den Gashebel bis in die letzte Reserve. Eine Miunte lang nur durfte der Motor seine Höchstleistung geben. Der Lader heulte auf: Auch ein Flugzeug hat Nerven, die zerreißen können.

Der Fahrtmesser überschritt die Zahl 650.

Das Licht vor mir blieb endlich stehen, rückte langsam näher: Da mußte das schnellste Flugzeug des Gegners liegen, ein Mosquito! Die technischen Daten flogen mir durch den Kopf: Schulterdecker, zweimotorig, zwischen den Motoren gerade Flügelkante, starre Bewaffnung nach hinten ... Mein Auge warf die Konturen um das Licht. Dann gewahrte ich das blitzende, längliche Kabinendach, die Auspuff-Flammen. Zeigefinger und Daumen nahmen Druckpunkt. Noch wartete ich einen Augenblick, bis sich die Kokarden

aus dem Visierkranz dehnten. Dann spritzte die erste Garbe grell in die Nacht. Ich war geblendet, konnte den Feind nicht mehr erkennen.

Ein riesiger Schatten wuchs auf mich zu, wollte mich packen, strich mich hinweg. Ich zitterte: Mosquito! Das unheimliche Wort klammerte sich an mich. Mosquito! Wo war sie jetzt?

Ich schleuderte mein Flugzeug herum: Da — die steuerte auf mich zu! — Ich begriff: Der andere hatte sein Gas herausgerissen, hatte seine Geschwindigkeit gestoppt. — Die breiten flachen Schultern der Mosquito glänzten, boten ein gutes Ziel. Linkisch schob sich der Gegner heran.

Der Propeller des linken Motors drehte sich nicht mehr. Die Tommys versuchten, dicht über den Boden im Dunkel zu entwischen. Ich saß ihnen im Nacken, nahm noch einmal Druckpunkt, zielte auf den rechten Motor. Doch da verschwand das Flugzeug im Dunst einer Niederung. — Eine Weile noch suchte ich den angeschossenen Feind, dann ließ ich ihm seine Chance und suchte im alten Kurs die 45-Grad-Marke. — Doch wie ich zurückschaute, wimmelte es um die Mondscheibe von Insekten, als habe sie das Licht angezogen: Mosquitos, die ihrem Kollegen helfen und mich stechen wollten. Wieder preßte ich den Gashebel in den vordersten Anschlag. Mein Motor schluckte hastig sein Benzin und tat, als ob auch ihn das Grauen überfallen habe. Bald aber registrierte nur noch der Rhythmus meines Pulses das gefährliche Erlebnis.

Von weitem blinkte die Maas, der Vorposten zur Heimat. Fern im Osten tasteten Scheinwerfer mit nervösen Fingern den Himmel ab. Hier und da streiften sie einen silbernen Punkt und hielten inne: feindliche Bomber. Leuchtkugeln hingen plötzlich über der Landschaft dahinten, rotgelbe Flecke zeichneten sich dort ab. —

Unter mir zog Lüttich hinweg, während schwere Bomben auf Köln oder Aachen fielen. Aber es mußte wohl Aachen gewesen sein, denn Minuten später sah ich die brennende Stadt rechts unter mir. Dann blendete mich ein Strahlenbündel von Scheinwerfern.

Zuerst nahm ich das nicht ernst und drückte tiefer, um dem störenden Licht zu entgehen. Doch da blitzten krepierende Geschosse vor mir auf. Die Flak war verrückt geworden; sie schoß auf die eigenen Leute! Ich schwenkte mein Flugzeug seitlich in das Dunkel, schlug einen Haken und ging wieder auf Kurs. — Immer noch versuchten die Aachener Lichtfinger, mich zu greifen. Es sollte mich nicht wundern, wenn man nun für Düsseldorf Alarm gab: Einzelnes schnelles Kampfflugzeug im Anflug aus Richtung Aachen!

Ich rief Düsseldorf an. Der Platz war groß. Ich kannte ihn gut. „Aufpassen, hier sind Nachtjäger!" gab man mir zurück. Unter mir glänzten die Windungen des Rheins. Am Nordrand der Stadt, unweit vom Strom, lag der Flughafen. —

In großem Bogen „mogelte" ich mich heran. Langsam ging ich tiefer. Ich konnte die weite, kahle Fläche gut ausmachen, doch um die letzten Meter Bodenabstand einzuschätzen, dazu war das Mondlicht zu schwach. Und auf diese letzten Meter kam es bei jeder Landung an. „Bitte Platzbeleuchtung einschalten!"

„Kann nicht gestattet werden, wir haben Fliegeralarm."

„Nur für ein paar Sekunden", bat ich.

Aber nicht ein Lämpchen ließ man aufleuchten. — Das Landefeld kam

schnell auf mich zu. Mir fiel ein, was Ulrich stets von einer Landung sagte: In einem achtzig Zentner schweren Auto zu sitzen, was vorne zwei große, unlenkbare Räder und hinten ein winziges, hin- und herschlagendes Rädchen habe, und dann mit fast zweihundert Kilometer Geschwindigkeit über einen holperigen Boden rasen zu müssen. — Hier war außerdem noch Nacht, und dazu gab es sicher frisch planierte Bombentrichter!

Wie hoch war ich? Zehn Meter, fünfzig oder ein Meter? Ein schwarzer Wall vor mir wurde dicker und höher: Da standen schon Hallen und Bäume von der anderen Seite. Ich riß das Gas zurück. Vorsichtig nahm ich den Steuerknüppel an. Mit hartem Stoß schlugen die Räder auf, wurden sie in heftigem Satz wieder hochgerissen. — Mehr als drei Sekunden durfte der Riesensprung nicht dauern oder es gab Bruch. Ich zählte: Zwei — drei — vier — fünf: Wuchtig prallten wir auf. Ich riß noch den Arm vor das Gesicht, während mein Flugzeug schon friedlich ausrollte, einen „Ringelpitz" drehte und sich doch noch das linke Bein verstauchte. „Einen Tag brauchen wir bestimmt dafür", meine der Werkmeister.

*

Wie ein Urlauber ging ich durch die Stadt, denn meine Staffel war bereits nach Norden weitergereist.

Der Morgen brach an. Doch das Tageslicht schimmerte nur gelegentlich, wenn der Wind umschlug; denn eine undurchdringliche Dunstschicht überlagerte die ganze Stadt, und die schwarzen Nebel der Brände hingen tief in den Straßenläufen. —

Ich ging zu Hinterschallers Wohnung und kam an der Altstadt vorbei. Schon von weitem sah ich den gelbroten Schimmer der Feuersbrunst. Verlassene, flennende Kinder liefen durch den Qualm. Verkohlte Papierfetzen wirbelten zur Erde nieder.

Immer mehr verdichtete sich der Aschenregen. Schreiende Frauen, suchende Mütter irrten über die ausgebrannten Trümmer, oft nur mit ihrer einzigen Habe, einer feuchten Wolldecke zum Schutz gegen die Hitze. Ein paar Feuerwehrleute mühten sich ab. Ihr Getue wirkte vor dem riesigen Brandherd lächerlich.

Ich bog in eine Seitenstraße ein. Da war ein Wagen der Müllabfuhr. Männer mit großen Schaufeln und Gabeln, Männer mit groben Fausthandschuhen häuften kleine schwarze Leichen auf das Gefährt.

„Sind das alles Kinder?" fragte ich entsetzt.

„Nein, junger Herr", antwortete einer der Männer mit tierischem Ernst, „die sind alle einmal so groß gewesen wie Sie: ein Meter siebzig, ein Meter achtzig und mehr", endete er wie bei einer Versteigerung. Mir wurde übel. Schnell ging ich weiter, um die verkohlten Leichen nicht mehr zu sehen. Aber überall lagen sie umher: klein, schwarz, zusammengeschrumpft oder schon aufgedunsen — wie Zwergneger. Es roch süßlich. Doch ich mußte atmen, und wenn ich die Augen geschlossen hätte, wäre ich umgefallen.

Erst vor Stunden waren sie gestorben, die da lagen: in den ausgebrannten Trümmern, da sie gerade das Haus verlassen wollten, der Phosphor sie aber überschüttete — in den Kellerlöchern, aus denen sie sich vor der glühenden Hitze retten wollten, die Glut der Außenluft sie aber erfaßte — auf der Mitte der Straße, da sie zwischen den Feuern mit einer feuchten Decke zu entkommen suchten, der Dampf ihrer nassen Tücher sie aber zu Tode brühte —

an den Straßenrändern, da sie sich mit angesengtem Gesicht in das bißchen Naß der Gosse warfen, dort aber elend ausglühten — in den Löchern der Kanalisation, wie sie immer wieder in die Brühe tauchten, bis das Feuer den letzten Sauerstoff verbraucht hatte und sie mit der Ohnmacht in den Tod glitten.

Die Übermacht ist zu groß — dachte ich — und doch: Es kommt auf jeden Bomber an; jetzt erst recht!

*

Ich lag auf meinem „Bett" — um mich die Wände einer Holzbaracke, die rohgezimmerten Spinde, vor denen Staub und Häcksel wohl seit Wochen nicht weggekehrt worden waren. Von jeder Kante hingen dichte Spinngewebe, in allen Ecken hatte sich der Geruch von Schweiß und Kommißbrot unserer Vorgänger eingebeizt. Die Tür zum Nebenraum mochte als Brandholz gedient haben, und das Loch blieb nur durch einen Schrank verschlossen. Hinter der dünnen Holzwand hauste Ulrich. Danielle redete verzweifelt auf ihn ein. — Ich hatte schon zu viel gehört und konnte nun nicht mehr fortgehen; man hätte es bemerkt.

Ich wollte schlafen und vernahm doch die Stimmen:

„Du darfst nicht mehr fliegen, Ulrich!"

„Ich bin glücklich, daß du hier bist."

„Der Krieg ist bald aus, melde dich krank!"

„Was macht wohl Simone?"

„Ulrich, ich bitte dich; gibt das Fliegen auf!"

„Ich bin glücklich."

„Ulrich, du mußt dich entscheiden!"

Aber er entgegnete monoton:

„Ich bin glücklich."

Danielles Worte wurden immer schärfer:

„Ulrich, höre: du hast zu wählen zwischen deiner Fliegerei und mir."

„Weshalb bist du hergekommen, Danielle!" rief er jetzt vorwurfsvoll und fuhr dann mutlos fort: „Es geht ja nicht um das Fliegen; aber das wirst du nicht verstehen können."

Danielle entwickelte hastig ihren Plan: „Noch einmal sollst du fliegen: Nimm Kurs Süden, fliege in die Schweiz! Keiner vermag dich daran zu hindern. Man würde dich drüben internieren, und nach dem Kriege könnten wir gemeinsam unser Leben aufbauen."

Da sprach er traurig, aber mit fester Stimme: „Es wird nicht gehen, Danielle — nein, es geht nicht!"

„Es geht nicht, sagst du?" wiederholte Danielle enttäuscht. Sie weinte nun laut. „Ich habe alles aufgegeben — für dich. Und du sagst einfach: Es geht nicht!" — Ich hörte, wie sie von ihrem Lager hochsprang. „Du, du gibst nichts, nichts auf!" rief sie verbittert.

„Danielle, bleib!" Auch Ulrich war nun wohl hochgeschnellt. „Bitte, Danielle, du wirst es verstehen..." Die Zimmertür knarrte in ihren Angeln, doch sie schloß sich nicht. Danielle mochte da noch stehen, und auch Ulrich schien keinen Schritt mehr getan zu haben.

„Danielle", sprach er leise und gelassen, „ich liebe dich über alles. — Ich hatte vergessen, daß es Gebete gibt; doch seit ich dich fand, habe ich gebetet, daß du zu mir kamst — ich habe gebetet, als ich dich wiedersah. Nun schenke mir den Augenblick, um etwas zu sagen, was mir wie ein Ge-

bet ist; vielleicht wirst du mich dann verstehen: Hier ist mein Land, in dem ich geboren, in dem ich groß geworden bin, dessen Sprache ich spreche, dessen Menschen, Felder und Wälder ich liebe. Und mit jedem Bomber, den ich abschieße, schütze ich diese Heimat, rette ich Menschen, wie du und ich und alle deine und meine Freunde es sind. Nur deshalb noch kämpfe ich. — Es mag auch ein ganzes Volk im Unrecht stehen: Es ist kein anderes Unrecht, als das ein Sturm begeht, der die Felder verwüstet — als das ein Vulkan tut, der Städte einäschert, oder eine Flutwelle, die Tausende von Menschen ertränkt. Nur der Einzelne mag sein Tun einst zu verantworten haben: Denn es gibt ein Gut und Böse, das zwischen Recht und Unrecht steht: Es ist das Böse, das man im Recht begeht, und das Gute, das man im Unrecht tut. Und ich bin diesen letzten Weg gegangen; ich will ihn weitergehen."

Danielle mochte Ulrich verzweifelt anstarren, mählich mochte sich ihr verkrampfter Blick lösen und zu Boden sinken.

„Ist es wirklich so?" sagte sie unverwandt und doch, als ob es sie schmerze. „Während ich vorgestern durch die Stadt am Rhein fuhr, sah ich totgebrannte Menschen. Die Leichen von Frauen und Kindern häuften sich. — Da wußte ich, daß ich dich nicht überreden konnte. — — — — Wenn ich jetzt gegangen bin", sagte sie nach einer Pause, „und du und Deutschland und Krieg und Bomben hinter mir liegen, werde ich dich vielleicht hassen."

Ulrich rührte sich nicht. Dann mochten sich ihre Augenpaare treffen und lange miteinander sein, bis Danielles Lippen zu zittern begannen. Ulrich regte sich wohl noch immer nicht; er schien zu träumen oder tot zu sein — Da rief Danielle verzweifelt:

„Ulrich!"

„Danielle!", kam es wie ein zartes Echo.

Ich hörte die schnellen Schritte von Danielle; sie hielten bei Ulrich inne. Und bald vernahm ich die Stimmen der beiden wieder aus jener Ecke, wo stets alle Polemik verstummte.

*

Hinterschallers trug gerade die Fleischplatten auf, als George hereinkam. Wir glaubten unseren Augen nicht: Aber der fast vergessene Unglücksrabe stand im Türrahmen.

George verzog keine Miene und trat vor den Kapitän: „Melde mich vom Einsatz zurück; eine Boeing gerammt."

Der Chef, der den Fähnrich zwar nicht kannte, doch aber um dessen unheilvolle Geschichte wußte, erhob sich lächelnd: „Daß Sie anschließend einige Monate im Lazarett gelegen haben, ist wohl kaum nennenswert, wie?

Dann reichte er ihm die Hand und bat ihn zu Tisch. Von allen Seiten streckten sich George die Hände entgegen, und so saß er wieder unter uns: mit einer plattgedrückten Nase, einem künstlichen Gebiß, wie durchweg die älteren von uns es hatten, mit einer grauen Haarsträhne, die sich von der Stirne zurückbog, und — wie wir bald bemerkten — mit einem beachtlichen „Dachschaden".

„Heute nachmittag freie Jagd auf Tiefflieger", verkündete der Kapitän. „Der zweitausendste Abschuß des Geschwaders steht bevor!"

George gab es einen Ruck. „Ich bitte Herrn Hauptmann, mitstarten zu dürfen."

Der Chef runzelte die Stirn. „Sie kommen gerade erst aus dem Lazarett,

mein Lieber — haben einige Zeit nicht geflogen. Ich weiß nicht, ob ich das gestatten kann, zumal der Kommandeur Ihnen vor Ihrem letzten Einsatz Startverbot gegeben hatte. — Sie wissen: Für solchen Ungehorsam ist das Kriegsgericht zuständig."

George sah verzweifelt drein. Wir dachten wie er: Er mußte wieder fliegen! „Papi" schaute den Hauptmann an — lange, sehr lange. Der Chef verstand: „Gut", meinte er, „ich will den Kommandeur anrufen. Ich will mein Bestes tun." —

Und George flog mit, bekam als erster den Gegner zu Gesicht, verfolgte — uns allen voran — die amerikanischen Tiefflieger, nahm den letzten aufs Korn, schoß, und der 2000. Abschuß des Geschwaders war sein Sieg. —

Wir waren mit mehreren Schwärmen gestartet und jagten noch hinter einigen Amerikanern her. Alle Aufmerksamkeit mußten wir auf das Gelände richten, das nur wenige Meter unter uns dahinraste. Bäume, Häuser und Starkstromleitungen geboten Vorsicht; es galt, sie im richtigen Augenblick zu überspringen. Jede Sekunde trieb uns um mehr als hundertfünfzig Meter voran; ein kleiner verfehlter Steuerdruck nach unten würde den Aufprall und Tod bedeuten.

Ulrich flog in seinem Einsitzer dicht neben mir. Als helles Etwas lag seine Maschine am Rande meines Blickwinkels, und schemenhaft begleitete mich dieser lichte Fleck, schob sich für Augenblicke vor oder blieb zurück. Es war nicht leicht, dabei Gedanken und Augen zu beherrschen. Der Blick fieberte vorwärts, mochte er nach außen hin auch kalt und beherrscht erscheinen. Notgedrungen rafften die Augen das Band der heranziehenden, streifenden und zuletzt rasenden Erde auf. Schließlich reizte es mich, zum Nachbar hinüberzuschauen und einen kurzen Gruß zu tauschen. — Ich wußte, daß Ulrich den gleichen Wunsch hegte, denn die Amerikaner waren unserer Sicht entschwunden.

Ich wollte mir doch den kurzen Blick hinüber gönnen und zog daher mein Flugzeug um einige Meter in sichere Höhe. Leicht nach vorne gebeugt hockte Ulrich in seiner engen Kabine, in der ich ihn so deutlich erkannte, als säße man zusammen bei einer Tasse Kaffee. Noch schaute er nicht auf, obwohl er merkte, daß ich ihn ansah. — Dann endlich schnellte sein Kopf zu mir herum, er nickte, verzog den Mund zu einem frechen Grinsen und brachte danach den Kopf genau so schnell wieder in die alte Richtung, in die uns die 2000 PS rissen.

Es mochte auch nur der Teil einer Sekunde gewesen sein, doch jene Zeit, um die Ulrich zu spät das verhängnisbringende Hindernis erkannte. Gerade als er den ersten Blick in die entgegenstürzende Landschaft warf, streifte seine Maschine die Krone eines Baumes. Mit sanftem Ruck hob sich der linke Tragflügel, und das Flugzeug legte sich immer steiler auf die Seite. — Ich begriff sofort, was geschehen war, und sah entsetzt in das verzerrte Gesicht des Freundes. Seine Maschine war beschädigt, gehorchte nicht mehr seinem Willen. Da hielt Freund Hein jetzt das Steuer, nur einen Augenblick — nur jetzt. Ich sah den Tod, und Ulrich fühlte ihn, obwohl er sicher noch verzweifelt hoffte.

Aber er konnte den Sensenmann nicht mehr bezwingen, es war zu spät: Langsam, wie in der Zeitlupenfolge eines Filmes, legte sich das Flugzeug auf

den Rücken und besiegelte Ulrichs Ende. Der Apparat schlug auf, explodierte und spritzte in tausend glühenden Fetzen dahin. Mitten aus unseren Reihen schoß die Rauch- und Feuersäule wie ein gigantischer Pilz hoch in die Luft.

Mein Herz pochte wild und trieb mir eine Welle heißer Übelkeit in die Kehle. Allein, ich mußte meinen Schmerz und das Gefühl der Mitschuld beherrschen. Ich hatte kalt und nüchtern zu bleiben, hatte den Blick nach vorne zu richten und nicht zurück, dahin, wo Ulrich vor Sekunden noch in Stücke zerrissen worden war.

Sekunden bedeuteten Kilometer, in der Minute war ein Dutzend davon voll; und immer weiter trennten Weg und Zeit uns von seinem Leben und den Fetzen seines Leibes.

Einige Kameraden flogen hinter mir und wurden unruhig. Sie hatten nicht die Ursache des Absturzes gesehen. Einer fragte schon, ob feindliche Jäger angegriffen hätten. — Ich mußte sie durch kurze Worte beruhigen. So gab ich mit verstockter Stimme in die Muscheln meines Sprechfunks: „Ist nichts!" —

Wie im Traum rollte ich vor meine Boxe und kletterte benommen aus dem Sitz.

Neben Ulrichs Boxe wartete Danielle. Zögernd schritt ich auf sie zu. Sie mußte wohl ahnen, was ich zu sagen hatte. So sahen wir einander lange an, bis Danielle zu zittern begann und ihre Not mich aus den weiten Augen anschrie — bis ich ihren Blick nicht länger ausstehen mochte und zu Boden schaute.

„Ich bin schuld", sprach ich.

„Nein", sagte Danielle. Dann wandte sie sich blitzschnell um und lief davon.

„Danielle!" rief ich und wollte sie zurückholen. Doch sie wollte mich nicht hören, lief immer schneller quer über das Feld, auf dem die landenden Flugzeuge dahinrasten. — Danielle aber wollte nichts hören und sehen. Bald war sie im Dickicht des jenseitigen Waldes entschwunden. —

Als ich in die Baracke kam, fand ich Danielles Zimmer leer. Nur ihren roten Schal hatte sie liegengelassen. Ich nahm ihn an mich, um ihn Ulrich zu geben.

*

Wir konnten nicht mehr viel von unserem Kameraden Ulrich finden. Nur ein abgeschälter, gelblicher Schenkelknochen mit verkohlten Fleischresten fiel in den ausgeglühten Trümmern und der gebrannten Erde auf.

Das wollten wir zu Grabe tragen. —

Die Worte des Geistlichen waren uns geläufig, wir hörten sie ja oft. Sie störten uns schon nicht mehr im Sinnen um den Toten, dassen Geschick mir zur Mitschuld geworden war. — Aber ich wußte, daß er mich freisprechen würde, so er es nur vermochte — daß er, der Wanderer aus dem Weltenall, seine Reise lächelnd fortsetzte — weiter zu andren Gestirnen...

Wieder suchte ich das Gesicht des toten Freundes und das Eigentümliche, das stets im Klange seines Namens mitschwang. Ich suchte eine Bewegung, die nur zu ihm paßte, nur ihm zu eigen war, oder den Tonfall seiner Stimme, seines Lachens. — Es war vergeblich. Weder Wunsch noch Sammlung vermochte die Erinnerung in diesen Augenblicken herbeizurufen, die

ihm noch einmal allein gewidmet sein sollten. Wenn mir wenigstens sein Gesicht jetzt vor Augen stünde, so würde ich auch seine Worte wiederfinden, sein Lachen sehen und hören! — Verwirrte Trauer erfüllte mich immer mehr, nun, da sich der Sarg in die Erde senkte und ich mir in nichts mehr den Freund vorstellen konnte. —

Die Salven jagten meine Gedanken auseinander.

Wieder sprach einer da vorne Worte, die er vielleicht bei jeder Beerdigung gebrauchte. Dumpf und hohl fiel die Schaufel Erdreich auf den Sarg. — Warum mußte man das alles miterleben: diese Abschiedsreden, die Worte von der Vergänglichkeit des Menschen, diese Trauermusik und den hohlen Klang des Sarges? All das vergrößerte nur den Schmerz, vertiefte die Erkenntnis des Nimmer-Wiedersehens — nie mehr! Warum konnten nicht Fremde Ulrichs Leiche bestatten? Weshalb sollte ich mir nicht sein Weiterleben vorgaukeln, weshalb nicht seinen Tod leugnen? Warum sollte ich an das Grab, die Herberge modernden Kadavers schleichen, der nichts mit dem Ulrich, den ich kannte, gemeinsam hatte? — Nein, Ulrich war nicht tot, solange ich lebte. —

Ich hatte gehofft, Danielle am Grabe zu sehen. Doch nirgends war sie zu finden, auch nicht, als sich die Schritte der Gemeinde auf den Kieswegen des Friedhofslabyrinths verloren. Ich konnte Danielle wohl verstehen, und es mochte auch gut sein, daß sie nicht gekommen war — daß ich sie nicht wiedersah.

Ich ging mit Werner zu dem grauen, bescheidenen Haus neben der Kirche des kleinen Städtchens. Der alte Organist kannte uns, wußte um unsere Bitte. — Und wir lauschten Bachscher Musik. Sie müßte doch wohl noch bis in den Himmel klingen! Man konnte die Augen schließen und sah nichts mehr von dieser Welt; man konnte die Erinnerung erträumen und fühlte nicht mehr die Schwere dieser Welt — und wenn es keinen Himmel gäbe, so ward er hier gefunden.

*

Wochen waren seit Ulrichs Absturz vergangen. Die Disharmonien und Mollakkorde unserer Stimmung machten den Herbst noch trüber. Er möchte das Ende bringen, wünschte mancher.

Die Front konnte zwar noch den Ansturm an den Grenzen des Reiches hinhalten, doch die Etappe faulte, fiel mehr und mehr in sich zusammen.

Unsere fliegerischen Einsätze wurden von Tag zu Tag schwieriger: Die feindliche Übermacht stieg ins Unermeßliche, und nur selten kehrte unser Verband ohne Verluste heim — nur selten kletterte einer von uns lächelnd aus dem Sitz.

*

Am letzten Tag des Jahres rief man uns zusammen. Berge von Fliegerkarten, Vordrucken und Befehlen lagen vor uns. Wir mußten eine Erklärung unterzeichnen, die größte Geheimhaltungspflicht auferlegte und mit der Todesstrafe drohte, wenn man diese Pflicht vergaß. Zweitausend deutsche Jagd- und Zerstörerflugzeuge — so hieß es, sollten in den frühesten Stunden des Neujahrstages, da man die Engländer und Amerikaner im Rausch ihres größten Festes wähnte, die Flugplätze in Belgien und Nordfrankreich angreifen; der Angriff sei im Tiefflug mit Bordwaffen durchzuführen.

Mit gemischten Gefühlen stapften wir durch den hohen Schnee nach Hause. —

Aber als die Glocken der benachbarten Kirche das neue Jahr einläuteten, erhoben wir uns von der Festtafel und leerten unser Glas auf das gute Gelingen des bevorstehenden Fenidfluges. — Die Flugzeugführer, die um die Schwere des Einsatzes wußten, hielten die befohlene alkoholische Abstinenz nicht ein; noch einmal wollten sie von den Genüssen dieser Welt nehmen. — Was bevorstand, ahnten selbst die Jüngsten, und die Alten rechneten, daß wohl jeder zweite oder dritte unter uns in den Morgenstunden sein Leben beendete.

Der Trubel währte schier unaufhörlich. Man tanzte, lachte, trank, bis plötzlich — auf ein Zeichen des Kommandeurs — die Kapelle ihr Spiel abbrach; der sinnlich süße Klang des Saxophons schwang nach, und die Pauke, deren Schläger gedöst hatte, wirbelte ihren Rhythmus noch einige Sekunden durch den Raum — ein Fanal, gleich dem unheimlichen Trommelschlag vor einer Erschießung. Fast war in der peinlichen Lautlosigkeit der stockende Takt banger Herzen zu vernehmen. Jeder wußte, daß das Kommende ein Abschied für immer sein konnte.

„Meine Herren", rief der Kommandeur in die Stille, „wir wollen die Uhren vergleichen. In fünfzig Minuten starten wir!"

Man ließ die Mädchen stehen und ging schweigend zu den Wagen. Es gab keine herzzerreißende Szene — in einer Ecke vielleicht einen Kuß oder ein paar traurige Augen. —

Draußen am Flugfeld standen sechzig Flugzeuge im frischen Pulverschnee wie zu einer Parade bereit. — Im Gefechtsstand hörten wir die letzten Erklärungen des Kommandeurs. Der Raum war klein, und die Gestalten drängten sich wißbegierig um den taktischen Plan. Unter den unbekannten Gesichtern einiger Flieger, die am Vortage hier gelandet waren, fielen mir die kindlichen Züge eines Siebzehn- oder Achtzehnjährigen auf. Ich bedachte, daß auch von den fremden Piloten, die der Kommandeur für diesen Einsatz verpflichtet hatte, mancher nicht heimkehren würde. Vielleicht wurde es nicht einmal bemerkt; unbekannte Gesichter wird man nicht vermissen. So prägte ich mir wenigstens das Antlitz dieses Siebzehnjährigen ein, um mich seiner zu erinnern, wenn er nicht zurückkäme.

„Blutrote Rosen" spielte die Jazzkapelle im Nebenraum. Vogel fuhr die Musiker an: „Vielleicht spielt ihr mal das ‚Lied vom toten Kameraden'!" Der Saxophonist schaute blöde auf und setzte zu „Take it easy" an; der Mann am Schlagzeug verrenkte seine Arme und rasselte mit verzückten Augen den Hot-Rhythmus dazu. —

Die Flugzeugführer in den Lederkombinationen sogen nervös an ihrer Zigarette. Nur Vogel und Meyer II waren vom Feste her in Gala geblieben. Mit weißer Wäsche, mit Lackschuhen und weißen Glacéhandschuhen stiegen sie in ihre Maschinen.

„Wenn wir drüben bleiben", rief Vogel ungezwungen, „dann sollen die Tommys wissen, daß sie es mit vornehmen Leuten zu tun haben. — Ja, ja — werden sie dann sagen —, die Kavaliere von Abbeville leben noch. Wie sagt der Lateiner?: Symbolum mentis!" antwortete er sich selbst mit diesem Ausdruck eigener Prägung. —

Die „X minus dreißig Zeit", der Augenblick des Startes, rückte heran. Filmleute der „Wochenschau" hatten während der Nacht automatische Kameras in die Flugzeuge der Experten eingebaut. Nun standen sie hinter ihren eigenen beweglichen Geräten, um das seltene Bild eines Massenaufstiegs deutscher Jagdmaschinen im Büchsenlicht zu filmen. Aus dem Hinterland jagten bereits die ersten Nachbargeschwader in geringer Höhe nach Westen. Wir starteten.

Hundertzwanzigtausend PS, die Kraft von sechzig Flugzeugen, donnerten über den Platz und wirbelten den jungfräulichen Schnee der Neujahrsnacht auf. —

Wir mußten tief fliegen, damit die feindlichen Radargeräte uns nicht entdeckten. — Über den grauweißen, waldarmen Strecken war die Sicherheitshöhe schwerlich abzuschätzen. Oft meinte man den Boden zu streifen, doch plötzlich stand ein einzeln stehender Baum wohl hundert Meter tiefer, oder man glaubte sich in gefahrloser Höhe, bis man erschreckt vor einem Heuschuppen hochriß. Grau in grau zog das verschneite, einsame Land dahin, und nur die roten und grünen Positionslampen der anderen Flugzeuge erinnerten, daß man nicht allein war. Hin und wieder passierten wir ein Städtchen, und da wir uns über Holland befanden, mochten die friedlichen Bürger noch in den Federn liegen und sich knurrend auf die andere Seite wälzen. Derweil rasten wir den Frontlinien entgegen.

Wir waren zu sechzig, neben uns aber lagen unzählige Flugzeuge in der Luft; man sah sie erst jetzt, da alle Geschwader zugleich hochstiegen, um nicht der feindlichen Flak ein leichtes Ziel zu bieten. — Doch schon vor den ersten Frontstellungen zersprengten Geschosse aller Kaliber zwischen unseren Reihen: Die deutsche Flak mußte uns verkennen; wir flogen im Feuer der eigenen Batterien! Es war erschütternd. Sie trafen mit jeder Serie. Hier in dem dichtgestaffelten Verband gab es kein Ausweichen, ohne den Nachbarn zu rammen. Allein das Glück entschied, und dieses Glück hatte bereits sechs meiner sechzig Kameraden verlassen, als wir in das Feindgebiet einflogen.

Noch zehn Minuten, dann sollten wir unser Angriffsziel bei Brüssel erreichen. — Wir jagten um die Wette mit der Alarmnachricht unseres Kommens: Unten am Boden mochten die ersten Wachtposten gerade zum Telefon rennen. Da wurden Kommandanten aus dem Schlaf gerüttelt, Flaksoldaten an die Waffen getrieben, Telefonistinnen in ihrer Lektüre unterbrochen, und schließlich erscholl der Alarmruf bei den Piloten von Brüssel-Evère, jenes Flugplatzes, dem unsere Attacke galt. —

Über Brüssel lagerte der übliche Dunst der Großstädte. Während die anderen Geschwader zu den ihnen bestimmten Zielen weiterzogen, bogen wir nach Osten ab — drückten wir Evère an: Da lag der weite Platz mit den bekannten Hallen schon vor unseren glimmenden Visieren. Hunderte Bomber und Jagdmaschinen standen in Reih und Glied zu allen Seiten des Feldes.

„Feuer frei!"

Unsere Garben klatschten in die Parade. Soeben starteten einige Spitfire: sie gerieten in den tödlichen Hagel, überschlugen sich, stießen zusammen oder brannten. — Zischend prallten die Geschosse an den Betonbahnen ab, schnellten steil in den Morgenhimmel.

Der Turm der Flugleitung hatte uns oft als Gäste gesehen. Doch nun

hämmerte von seinem Dach eine schnellfeuernde Abwehrkanone. Schon fiel einer der unseren. — Nach Sekunden hatte ich den Platz durchmessen, und im Abkurven sah ich einen Piloten tollkühn auf die Abwehr des Turmes zustürzen. Er und der Gegner schossen zugleich; die Granaten mußten zusammenprallen. Einen solch rasenden, wütenden Angriff sah ich nie zuvor. Die Garben spritzten zwischen die Geschützmannschaft, bis kein Leben mehr war.

Unter den abgestellten Flugzeugen flammten die ersten Brände auf. Soldaten hasteten über das verschneite Feld, um irgendeine Deckung zu finden. Einer warf sich wie tot hin, sprang aber immer wieder auf, ein Stückchen weiterzurennen — bis er getroffen vornüberpurzelte. — Einzelne Mechaniker standen gebannt an den Wänden einer Halle. Auch sie sanken um, da die Waffen in alle Ecken spien. Unentwegt und ungestört stürzten wir uns auf die Bomberreihen. Von nahezu vierzig Flugzeugen stiegen schwere, blauschwarze Brandwolken auf.

Doch plötzlich jagten Pfauenaugen, britische Kokarden daher: Spitfire mußten von anderen Plätzen gestartet sein. Man hatte Mühe, Freund und Feind zu unterscheiden. Alles zersplitterte sich. Rotten und Schwärme kurvten auf die Angreifer zu, es begann eine wilde Jagd, ein Trubel ohne erkennbare Fronten. Leuchtspuren blitzten in alle Richtungen, getroffene Maschinen stürzten mit dunkler Fahne oder glühendem Kometenschweif ab, und wo sie aufschlugen, quollen riesige Rauchpilze in den Himmel.

Einige Fallschirme sanken gemächlich zu Boden. — Ich mochte der einzige sein, der nicht in den Kampf verwickelt war.

Wo ist Werner? Während es mir durch den Kopf schoß, erkannte ich zur Linken sein Flugzeug: Senkrecht trudelnd tauchte es in den Dunstschleier der Stadt.

„Werner! — Werner!"

Aber er antwortete nicht mehr. — Nein, ich täuschte mich nicht: Die große Zahl auf dem Rumpf, seine Nummer hatte ich deutlich gesehen. Alles kreiste vor meinen Augen. Mit Mühe hielt ich den Kurs geradeaus. Ich war schuld, ich hätte bei ihm bleiben müssen!

Noch einmal rief ich in den Funk. — Keine Antwort! Tot!

Da wurde es mir übel wie damals bei Ulrichs Absturz. Ich erbrach mich, würgte — würgte immer wieder.

Automatisch steuerte ich nach Hause. —

Weit vor mir flog ein altmodischer englischer Doppeldecker. Er machte wohl den üblichen Wetterflug. Ich hatte keine Lust, ihn abzuschießen, ich konnte nicht, war nicht fähig dazu. — Ich holte den Gegner ein, flog langsamer und hielt mich wenige Schritte an seiner Seite: Da saßen sie und starrten mich und das deutsche Balkenkreuz an; der Schrecken lähmte sie. Ihr seid die Leute — dachte ich —, ihr seid der Menschenschlag, der uns mordet, der die Besten zur Hölle jagt — jetzt auch Werner! Mit geringschätzender Geste winkte ich ab; da rissen sie ihren alten Apparat in die Tiefe, als hätten sie den Teufel gesehen. —

Erst die gleißenden Strahlen der aufgehenden Sonne erinnerten mich, daß das Leben der großen Erde unbeirrt seinen Lauf fortsetzte. Und ich fand mich wieder, mein Flugzeug heil nach Hause und in die Boxe zu bringen. —

„Sie kommen!" riefen die Monteure. — In der Ferne hörte man Motorengeräusch, und bald sahen wir unsere Armada in aufgelösten Schwärmen

das Flugfeld ansteuern. Es mochten wenig mehr als dreißig Maschinen sein. Einige fegten tief über die Hallen und wackelten; andere landeten mit zerschossenem Fahrwerk, rutschten ein Stück über den Boden, wirbelten den Schneestaub hoch und blieben mit zerbrochenen Flügeln liegen. —

Vogel trat neben mich. Seine weiße Wäsche und die Glacéhandschuhe waren von Oel bespritzt und verschmiert. Vor sein linkes Auge preßte er ein Taschentuch. „Werner ist gefallen", sagte ich nur, ohne auf die Verwundung einzugehen.

„Ach, weißt du", antwortete er müde lächelnd, „weißt du...!" endete er mit einer kindlich-hilflosen Gebärde. Aus seinem Auge schaute mich ein solch trauriger Ernst an, daß ich stutzte.

„Mein Meyer ... Aufschlagbrand ... auch."

Meyer II war gefallen!

Und ich erfuhr, daß Meyer II es gewesen war, der im Feuer der Turmflak fiel — daß Vogel in tollkühnem Angriff die Geschützmannschaft zusammengeschossen hatte. — Nur wer die beiden kannte, wußte, daß der eine nicht ohne den anderen sein konnte; auch Vogel mußte nun fallen. — Nie hatten die beiden von ihren Eltern oder Geschiwstern gesprochen; sie fuhren nicht in Urlaub, sie schrieben keine Briefe und suchten nicht die Freundschaft eines Mädchens — nur um ungestört in ihrer eigenen Welt leben zu können. Jeder war der mehrfache Lebensretter des anderen. Allein in der Gefahr fühlten sie sich wohl, weil sie dort einander die größten Opfer bringen durften. — Vogel und Meyer II, das war schon mehr als eine Fliegerehe, und wenn beide lebend in den Frieden gelangt wären, würde das Leben sie vielleicht zerbrochen haben.

Wohl jeder unserer Piloten hatte ein besonderes Erlebnis zu bringen. Mich kümmerte anderes: Während die hastigen Berichte durch den Gefechtsstand schwirrten, begann ich, die Toten- und Vermißtenliste aufzustellen. Ich tat es, um nicht zu denken oder weil Werner zu den Toten zählte oder aus irgendeinem oder keinem Grunde. Aber ich schrieb. — Die Führung wollte wissen, wie groß der Ersatz sein mußte. Das war recht nüchtern und ohne Sentiment; denn nicht die Namen, sondern die Zahl der Toten erreichte den führenden Kopf mit dem Innern einer Rechenmaschine. Die Namen konnte dieser Apparat nicht verarbeiten, weil sie unfaßbares Leid, weil sie den endgültigen Verlust von Persönlichkeiten bedeuteten — von Menschen, um die Frauen und Kinder, Eltern und Freunde trauerten.

Ich schrieb noch immer. Doch wenn ich aufschaute, sah ich nur frohe Menschen, ganz gleich, ob sie mit Blut beschmiert oder vom Schweiß verklebt waren; das waren die, die es überstanden hatten. Die Toten fanden sich hier nicht; sie lagen irgendwo in glimmender Asche, verzerrt und verkohlt. — Man nannte mir einen fremden Namen. „Wer ist das?" — „Der ist über Brüssel geblieben, so ein ganz junger", sagten die Kameraden, die am Vortage hierher gekommen waren. Da wußte ich, daß auch der Siebzehnjährige nicht mehr heimkehrte. — Irgend jemand hinter mir beugte sich über meine Schulter und strich Werners Namen aus der Liste. Ich sah auf.

„Nicht jeder, der ins Trudeln gerät, wird zu den ewigen Jagdgründen abberufen", lachte Werner, und draußen auf dem Platz lag seine Maschine mit zerschossenen Gliedern und ohne Antenne.

*

(Fortsetzung im nächsten Heft)

In der

SCHRIFTENREIHE ZUR GEGENWART

erschien soeben Band 6:

Es geht um das Reich

Gesammelte Aufsätze von

HANS ULRICH RUDEL

60 Seiten, m$n 12.—



Weitere Veröffentlichungen in der Schriftenreihe:

Band 1: BRENNPUNKT F. H. Q., von Hanns Schwarz (vergriffen!)

Band 2: WIR FRONTSOLDATEN ZUR WIEDERAUFRÜSTUNG, von Hans Ulrich Rudel (vergriffen!)

Band 3: **REGIERUNG DOENITZ**, von Walter Lüdde-Neurath, 80 Seiten, 8 Bildtafeln, Preis m$n 22.—

Band 4: DOLCHSTOSS ODER LEGENDE, von Hans Ulrich Rudel (vergriffen!)

Band 5: **DAS EI DES KOLUMBUS**, von Maurice Bardèche, 130 Seiten, Preis m$n 35.—

DÜRER - VERLAG BUENOS AIRES

Casilla Correo 2398

Correo Argentino | Suc. 26 | TARIFA REDUCIDA Concesión 3638 | FRANQUEO PAGADO Concesión 4365

WARUM

GEHT ES IN EUROPA NICHT VORWÄRTS?

WIE

KÖNNTE ES VORWÄRTSGEHEN?

LESEN SIE:

Das Ei des Kolumbus

von Maurice Bardèche

(Die Ausgabe des Dürer-Verlages wurde gegenüber der europäischen Ausgabe um bedeutungsvolle Stellen ergänzt und vervollständigt)

Preis m$n 35.—

Erhältlich in den deutschen Buchhandlungen
und bei Vertretern vom

DÜRER-VERLAG, BUENOS AIRES
Casilla Correo 2398